Historisch-po... Jahresübersi... für ...

Gottlob Egelhaaf

Preisermäßigung!

Die ersten neun Jahrgänge der politischen Jahresübersicht (für die Jahre 1908 bis 1916) kosten, wenn auf einmal zusammen bezogen, geheftet nur noch M. 14.80 (statt M. 21.–), in Leinen gebund. M. 21.60 (statt M. 27.80)



P. i. R. R. Niemöller
Gütersloh 1918.

Egelhaaf

Historisch-politische
Jahresübersicht
für 1917

von

Gottlob Egelhaaf

Zehnter Jahrgang
der Politischen Jahresübersicht

Stuttgart
Carl Krabbe Verlag
Erich Gußmann
1918

Carl Hammer Hofbuchdruckerei, Stuttgart

Inhalt

Bisher erschienen:

Politische Jahresübersicht für 1908
1909. 96 Seiten geh. Mk. 1.50, geb. Mk. 2.25.

Politische Jahresübersicht für 1909
1910. 122 Seiten geh. Mk. 2.—, geb. Mk. 2.75.

Politische Jahresübersicht für 1910
1911. 124 Seiten geh. Mk. 2.—, geb. Mk. 2.75.

Politische Jahresübersicht für 1911
1912. 137 Seiten geh. Mk. 2.25, geb. Mk. 3.—.

Politische Jahresübersicht für 1912
1913. 143 Seiten geh. Mk. 2.25, geb. Mk. 3.—.

Hist.-pol. Jahresübersicht für 1913
1914. 181 Seiten geh. Mk. 2.75, geb. Mk. 3.50.

Hist.-pol. Jahresübersicht für 1914
1915. 159 Seiten geh. Mk. 2.50, geb. Mk. 3.25.

Hist.-pol. Jahresübersicht für 1915
1916. 175 Seiten geh. Mk. 2.75, geb. Mk. 3.50.

Hist.-pol. Jahresübersicht für 1916
1917. 191 Seiten geh. Mk. 3.—, geb. Mk. 3.80.

Erstes Buch.

Geschichte der einzelnen Staaten.

I.

Das Deutsche Reich.

a. Reichstag und Reichsbehörden. Am 19. Januar fand eine Sitzung des 15gliedrigen Ausschusses statt, der zur Mitwirkung bei der Ausführung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst von dem Bundesrat zugestanden worden war. Am gleichen Tag wurden die Präsidenten des österreichischen, ungarischen, bulgarischen und türkischen Parlaments von dem Reichstagspräsidenten Kämpf, dem Berliner Bürgermeister Reicke und den Vertretern des auswärtigen Amts und der Gesandtschaften feierlich in Berlin empfangen; sie wohnten als Gäste des auswärtigen Amts im Hotel Adlon und bekräftigten durch ihren Besuch vor aller Welt die engen Beziehungen der vier verbündeten Staaten. Am 1. Februar kündigte der Reichskanzler im Hauptausschuß den Beginn des rücksichtslosen Unterseebootskrieges an. Der Reichstag selbst trat am 22. Februar wieder zusammen und verwilligte am 23. neue fünfzehn Milliarden für den Krieg. Die Regierungen legten damals Vorschläge über eine Anzahl neuer Steuern zur Deckung des Kriegsaufwandes vor; sie forderten erstens einen 20prozentigen Zuschlag zur Kriegssteuer, dann eine Kohlensteuer im Betrag von 20% des Wer-

tes; weiter erhöhte Taxen auf die Beförderung von Personen und Gütern; endlich eine Auflage von 100 Millionen auf die Reichsbank als Gegenleistung für die Steuerfreiheit ihrer Kriegsgewinne. Am 27. Februar hielt der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg eine Rede im Reichstag über unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, worin er die völlige Rechtmäßigkeit unseres Unterseebootskrieges dartat, unter Berufung auf englische Äußerungen vor dem Krieg. Da der Vertreter des Wahlkreises Osthavelland, Liebknecht, wegen seiner Verurteilung (s. Übersicht für 1916, S. 8) seines Mandats für verlustig erklärt war, fand am 13. März eine Neuwahl statt. In ihr unterlag der Kandidat der radikalen Minderheit der Sozialdemokratie, Franz Mehring, mit nur 5010 Stimmen gegen den von der Mehrheit aufgestellten Bewerber Stahl, der 16 907 Stimmen erhielt. (Liebknecht war 1912 in der Stichwahl mit 24 299 gegen 20 369 bürgerliche Stimmen gewählt worden.) Am 22. März ging ein Antrag Bassermann auf Errichtung eines Reichswasser-Amts mit kleiner Mehrheit durch, und ohne Widerspruch ein anderer Antrag, daß für Studien über einen Wasserweg vom Rhein über den Neckar zur Donau und vom Oberrhein und dem Bodensee zur Donau je 100 000 Mark ausgeworfen werden sollten. Der Krieg hatte handgreiflich bewiesen, daß Deutschland eines Ausbaus der Wasserstraßen zur Entlastung der Eisenbahnen dringend bedarf. Die russische Revolution gab dem Reichskanzler abermals Anlaß zu einer Erörterung der auswärtigen Fragen am 29. März. Er wies darauf hin, daß — worüber vom 10. September an die Akten veröffentlicht wurden — der Kaiser 1905 dem Zaren geraten habe berechtigten Wünschen seines Volkes nachzugeben, und daß wir nicht beabsichtigen den Zarismus herzustellen. Auch erinnerte er daran, daß Wilson früher die englische Blokade für ungesetzlich erklärt habe, und sprach die Hoffnung aus, daß der

Gang des Krieges uns instand setzen werde für die in China drohende Schädigung deutschen Eigentums Ersatz zu erlangen. Die „Neuorientierung" unserer inneren Verhältnisse stellte er nach dem Krieg in bestimmte Aussicht; jetzt sei dazu im Hinblick auf die dringenderen Aufgaben der Stunde nicht die Zeit. Am 28. und 29. März nahm der Reichstag den 20prozentigen Kriegssteuerzuschlag, die 20% vom Wert betragende Kohlensteuer und die Erhöhung der Eisenbahntaxen (um 14% und 12% je nach den Klassen) mit großer Mehrheit an. Nachdem noch auf einen nationalliberalen Antrag hin ein 28köpfiger Verfassungsausschuß zur Beratung von Abänderungen der Verfassung gewählt war, erfolgte die Vertagung bis zum 24. April. Der Ertrag der neuen Steuern wurde fürs Jahr auf 815 Millionen Mk. angeschlagen. Mit den Bewilligungen von 1906 (180 Mill.), 1909 (500 Mill.) und 1916 (600 Mill.) ergab sich gegen 1905 eine Zunahme von beinahe 2100 Millionen laufender Einnahmen; dazu sind für 1917 an einmaligen Einnahmen 4—500 Millionen verwilligt worden. Der Zusammentritt des Reichstags am 24. April brachte nur die Beantwortung einiger Anfragen; dann erfolgte eine Vertagung bis zum 2. Mai. Am 10. Mai wurde eine Reihe von deutsch-türkischen Verträgen in einer Sitzung in allen drei Lesungen genehmigt; darüber s. das Nähere in Kap. VI. Am 11. Mai gab der Staatssekretär des Auswärtigen Zimmermann eine Erklärung gegen den englischen Minister Lord Cecil ab, der sich nicht entblödet hatte zu sagen, daß die Nachricht, nach welcher die deutsche Regierung aus Soldatenleichen Fett herstellen lasse, nicht unglaubwürdig sei. Zimmermann schleuderte dem Engländer mit vollem Recht den Vorwurf ins Gesicht, daß er vor wohl überlegter Lüge und bewußter Ehrabschneiderei nicht zurückschrecke. In Wahrheit wird Fett natürlich nur aus Tierleichen gewonnen, durch die sog. Kadaver-

Verwertungsgesellschaft; daß in Deutschland unter Kadavern nicht Menschenleichen verstanden werden, hätte Lord Cecil, wenn er wollte, gewiß leicht wissen können.

Am 11. Mai gab sich die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft — die Fraktion der Unversöhnlichen — den Namen „Fraktion der unabhängigen Sozialdemokratie". Eine konservative und eine sozialdemokratische Anfrage über die Kriegsziele veranlaßte v. Bethmann Hollweg zu folgender Antwort am 15. Mai. Eine programmatische Erklärung im gegenwärtigen Augenblick würde den Interessen des Landes nicht dienen. Er befinde sich im Bann keiner Partei, nur in dem des deutschen Volkes. Wolle Rußland (wo ja am 16. März der Zar durch die Revolution beseitigt worden war) ein dauerndes Verhältnis friedlichen Nebeneinanderlebens mit uns herstellen, so werden wir diese Entwicklung nicht unmöglich machen durch Forderungen, welche sich mit der Freiheit und dem Wohl der Völker nicht vertragen und die im russischen Volk den Keim zu neuer Feindseligkeit legen würden. Warm erkannte der Reichskanzler die Haltung Spaniens an und wünschte, daß dieses ritterliche Volk Macht und Blüte als Frucht seiner (ehrlich neutralen) Politik erlange. Er betonte die völlige Einigkeit mit unsern Bundesgenossen und seine, des Kanzlers, völlige Übereinstimmung mit der obersten Heeresleitung. In der Debatte hatte Scheidemann geäußert: wenn die alldeutschen Kriegsziele von der Regierung angenommen würden, würden die Klammern auseinanderfahren, und dann haben wir die Revolution! Hiefür erhielt er den Ordnungsruf, und Namens des Zentrums, der Nationalliberalen, der deutschen Fraktion und der fortschrittlichen Volkspartei gab Spahn die Erklärung ab: Erörterungen über die Friedensziele seien zurzeit den Interessen des Vaterlandes nicht dienlich. Die Sehnsucht des deutschen Volks sei auf einen Frieden gerichtet, der dem Reich sein Da-

sein, seine politische und wirtschaftliche Stellung, seine Entwicklungsfreiheit sichere und die von England versuchte Abschnürung vom Weltmarkt dauernd verhindere. „Das Streben der Feinde den Hohenzollernthron zu stürzen, hat die Person des Kaisers dem Herzen aller Deutschen nur noch näher gebracht. Wir begrüßen es, wenn ein dauernder Friede mit Rußland zustande kommt, der zu einem gut nachbarlichen Verhältnis führt ... der Geist der Osterbotschaft (s. unter Preußen) gewährleistet ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen Kaiser und Volk! Unser Losungswort ist Zusammenschluß, nicht Spaltung!" Am 16. Mai erfolgte die Vertagung bis zum 5. Juli.

Als die Sitzungen wieder aufgenommen wurden, legten die Regierungen eine neue Forderung von 15 Milliarden zur Fortsetzung des Krieges vor. Da Neuwahlen zurzeit nicht möglich erschienen, wurde die Lebensdauer des Reichstags, dessen Auftrag am 12. Januar 1917 eigentlich erloschen war, wie 1916 auf ein weiteres Jahr verlängert. Die Stimmung, in welcher das Parlament wieder zusammenkam, war schwül. Einmal hatte zwar der Tauchbootkrieg gewaltige Erfolge, welche über das von der Admiralität erhoffte Ergebnis noch hinausgingen; aber die Vorhersagungen halbamtlicher Redner, daß England am 1. August gezwungen sein werde, um Frieden zu bitten, erfüllten sich nicht, und so trat ein gewisser Zweifel hervor, ob wir überhaupt auf diesem Weg zum Frieden kommen könnten. Dann war die Linke ungehalten, daß zwar dem Zentrum am 19. April das Jesuitengesetz geopfert worden war, daß aber ihre Forderung des gleichen Wahlrechts in Preußen noch nicht erfüllt sei. Drittens verlangte die Linke, daß der alldeutschen Empfehlung eines weitgreifenden Annexionsfriedens von der Regierung entgegengetreten werde, und viertens riefen die großen Ernährungsschwierigkeiten im Industrieviertel des Westens,

in Hamburg und Berlin in den breiten Volksmassen eine Verstimmung hervor, welcher die Abgeordneten Rechnung tragen zu müssen glaubten. Fünftens war umgekehrt auf der rechten Seite schon lange eine große Erbitterung gegen Bethmann vorhanden, den man zu großer Nachgiebigkeit gegen die Linke und schlaffer Politik nach außen beschuldigte. Wenn die Sozialdemokratie eine Stellungnahme gegen die Alldeutschen vermißte, so klagte die Rechte darüber, daß Scheidemann mit seiner Empfehlung eines Friedens nach russischem Vorschlag, „ohne Annexionen und Entschädigungen" sich als Vertreter Bethmannscher Gedanken, als Vertrauter, um nicht zu sagen Einbläser und Sprachrohr des Reichskanzlers geberden dürfe, ohne zurechtgewiesen zu werden.

So war Zündstoff auf allen Seiten genug vorhanden, und in dieser Lage glaubte der Zentrumsabgeordnete für Biberach, Erzberger, am 6. Juli im Hauptausschuß der Katze die Schelle anhängen zu sollen — zugestandenermaßen in der Absicht, neben der Wahrung vaterländischer Interessen auch seiner Partei zu dienen, damit nicht die Sozialdemokratie allein das Wasser der Unzufriedenheit auf ihre Mühlen leite. Er bestritt die Möglichkeit, durch das Unterseeboot England den Hals zuzuschnüren, da England außer der eigenen Tonnage auch die seiner Verbündeten und der Neutralen, also sozusagen fast die gesamten Handelsflotten der Welt, zu seiner Verfügung habe, und verlangte jetzt Friedensverhandlungen, da Deutschland 1918 in keiner besseren Lage sein werde als jetzt und da die gute Kriegslage den Erfolg von Verhandlungen verbürge. Der Reichskanzler antwortete Tags darauf, und am gleichen Tag trafen der Kaiser, Hindenburg und Ludendorff in Berlin ein. Der Kaiser berief dann auch den Kronprinzen nach der Hauptstadt, und der Kronprinz hatte mit einer Anzahl von Parlamentariern Besprechungen. Das Wesentliche war die Frage, ob der Reichskanzler angesichts der bestehenden

Lage noch der richtige Mann auf dem Posten des leitenden Staatsmannes sei; die Rechte verneinte das seit langem; nun kündigten auch die Nationalliberalen (deren Führer Ernst Bassermann aber todkrank in Baden-Baden war) am 7. Juli durch Stresemann dem Kanzler im Hauptausschuß die Gefolgschaft völlig auf, da er von Mißerfolg zu Mißerfolg schreite, den Abfall vieler Neutraler zu unsern Feinden nicht habe verhindern können und durch fortwährende Zugeständnisse nach den verschiedenen Seiten seine Haltlosigkeit kund gebe; auch sei er selbst wohl nicht der Meinung, daß er der Mann sei, um einen guten Frieden zustande zu bringen. Der Reichskanzler, der das Bewußtsein hatte, dem Vaterland in einer ungeheuer schwierigen Lage treu und redlich nach allen seinen Kräften gedient zu haben, antwortete in großer Erregung, daß die Verhältnisse stärker seien als die Menschen und der Abfall der Neutralen von niemand hätte verhütet werden können; übrigens sei er bereit zu gehen, wenn man glaube, daß damit dem Vaterland gedient werde.

Am 11. Juli erfolgte eine Kundgebung des Kaisers als Königs von Preußen, wornach der in der „Osterbotschaft" vom 7. April angekündigte Gesetzesentwurf über das preußische Wahlrecht auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts aufgestellt werden und bereits die nächsten Wahlen nach diesem Recht vollzogen werden sollten; Bethmann wurde mit der Vollziehung des kgl. Willens beauftragt. Nunmehr schien seine Stellung neu befestigt zu sein. Aber in Wahrheit war damit, wie ein eingeweihter Berichterstatter gesagt hat, seine letzte Karte ausgespielt; die Linke bedurfte seiner nun nicht mehr notwendig, und sie war nicht zufriedengestellt, wenn nicht auch die Einsetzung des parlamentarischen Systems erreicht wurde. Gegen diese aber erhoben sich die Mittelstaaten im Namen der Bundesverfassung, und als ihr Wortführer erschien

der bayerische Ministerpräsident Graf Hertling in Berlin. Bethmann wollte und konnte gegen diesen gerechtfertigten Einspruch nicht aufkommen; er war genötigt der Demokratisierung nun doch ein Halt zuzurufen. In dieser Lage nahm auch das Zentrum gegen ihn Stellung, und in irgendeiner Weise griff auch die oberste Heeresleitung in den Gang der Dinge ein. Jedenfalls erhielt Bethmann am 14. Juli auf sein Ansuchen mittelst eines sehr gnädigen kaiserlichen Handschreibens seine Entlassung. Wie man auch über seine Führung der Geschäfte urteilen möge, so kann ihm das Zeugnis ehrlichen und patriotischen Wollens so wenig versagt werden als die Anerkennung, daß er wiederholt in schwieriger Lage das nationale Empfinden verkörpert hat, so am 4. August 1914, bei Italiens Treubruch, selbst in den wechselnden Phasen unseres Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten. Zu Bethmanns Nachfolger wurde der preußische Staatskommissär für Volksernährung, Dr. Georg Michaëlis, ernannt (geb. 1857, 1885—87 Dozent an der deutschen Rechtsschule in Tokio, 1891 Staatsanwalt in Schneidemühl, 1899 Oberregierungsrat im Kultusministerium, 1909 Unterstaatssekretär im Finanzministerium, seit März 1917 in seinem Amt als Staatskommissär). Man schrieb ihm eine streng christliche, dem Pietismus entsprechende, Weltanschauung und große Tatkraft zu. „Ich werde mir, hat er im Abgeordnetenhaus erklärt, kein Schwert ohne Schärfe in die Hand drücken lassen, und nicht im Amte bleiben, wenn mir diese Schärfe genommen wird." Wie es heißt, hat er 80 Landräte und Bürgermeister wegen Nichtausführung der Brotvorschriften ihres Amtes enthoben. Im Reichstag trat er erstmals am 19. Juli auf, an dem Tag, an welchem sich das Zentrum, das damit sein Verhalten vom 15. Mai völlig verleugnete, die Sozialdemokratie und die fortschrittliche Volkspartei zur Durchsetzung eines Beschlusses zusammenscharten, der besagte: „daß der Reichstag einen Verständigungsfrieden erstrebe, mit wel-

chem erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar seien.“ Die wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Krieg ward abgelehnt, Sicherstellung der Freiheit der Meere verlangt und die Bereitwilligkeit zu tatkräftiger Förderung internationaler Rechtsorganisationen erklärt. Solange die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, werde das deutsche Volk unerschütterlich wie e i n Mann zusammenstehen und für sein Recht auf Leben und Entwicklung kämpfen. Der Reichskanzler erklärte, nachdem er mit den Parteien Fühlung genommen hatte, zu diesem Antrag, daß wir den Krieg nur gezwungen durch die russische Mobilmachung aufgenommen haben und ihn nicht einen Tag länger führen werden, bloß um gewaltsame Eroberungen zu machen. Er hoffe unsere Ziele in dem Rahmen des Antrags, so wie er ihn verstehe, durchführen zu können. Militärisch sei unsere Lage, vollends nach dem eben erfolgten Durchstoß in Galizien, besser als je; ausgehungert werden können wir nie, was einen unberechenbaren Vorteil gegenüber England darstelle; manche Fehler in der Ernährungsfürsorge müßten allerdings verbessert werden. Auf dem Boden des kgl. Erlasses über das preußische Wahlrecht stehe er selbstverständlich. Männer, welche das Vertrauen der großen Parteien genießen, sollten in leitende Stellen kommen; der bundesstaatliche Charakter des Reiches dürfe aber nicht angetastet werden. Die Führung werde er sich nicht aus der Hand nehmen lassen. Der Eindruck dieser Rede war nicht packend, was bei der Schwierigkeit der Lage, welche Michaëlis vorfand, nicht zu verwundern ist; der von ihm erst im letzten Augenblick (ohne Wissen der sonst ins Vertrauen gezogenen Parteiführer) eingefügte Zusatz: „so wie ich den Antrag verstehe“, hat auch Aufsehen gemacht und im Ausschuß zu einer verwirrenden Szene geführt, die aber durch die Versicherung des Kanzlers, daß er

damit nicht in Gegensatz zu dem Antrag treten wolle, wieder überwunden wurde. Die „Resolution", wie der Ausdruck lautet, wurde am 19. Juli mit den Stimmen der drei genannten Fraktionen, denen sich einige Abgeordnete anderer Gruppen anschlossen, angenommen. Auf Seite der Mehrheit waren 212 Abgeordnete; die Minderheit betrug 126 Stimmen (43 Konservative, 42 Nationalliberale, 13 von der deutschen Fraktion, 5 vom Zentrum, nämlich v. Franckenstein, Graf Galen, Graf Praschma, Pfleger, Schwarze, 22 „unabhängige" Sozialisten und Schultz-Bromberg). 17 Abgeordnete enthielten sich (14 Polen, 1 Fortschrittler (Heckscher), 1 Wildnationalliberaler (Becker) und 1 von der deutschen Fraktion (Löscher). Diese Fraktion brach in zwei fast gleiche Hälften auseinander. Am gleichen Tag nahm der Reichstag den neuen Kriegskredit von 15 Milliarden in erster und zweiter Lesung mit allen Stimmen außer denen der unabhängigen Sozialisten an; am 20. hatte die dritte Lesung dasselbe Ergebnis. Am gleichen Tag erschien der Kaiser bei dem Staatssekretär Helfferich zu einer geselligen Veranstaltung und hatte Gespräche mit 24 dazu geladenen Abgeordneten (von den Sozialdemokraten waren da Ebert, David, Scheidemann, Südekum, Molkenbuhr, von den Konservativen Graf Westarp, von den Nationalliberalen Stresemann, Prinz Schönaich-Carolath, Paasche, vom Zentrum Erzberger, Fehrenbach, Mayer-Kaufbeuren, von der Volkspartei v. Payer, von den Elsäßern Ricklin). Am 20. Juli vertagte sich der Reichstag bis zum 26. September. Der Streit über die Nützlichkeit der „Resolution" lohte weiter. Die Annahme der „Resolution" wurde von der Mehrheit damit begründet, daß es gegolten habe den Gegnern die Verleumdung, als ob wir die Welt knechten wollten, unmöglich zu machen und so den überall sich regenden Friedenswillen zu stärken. Die Minderheit wies darauf hin, daß überall das Echo bei unsern Feinden ein verstärkter Kriegswille war, insofern sie erklärten,

Deutschland würde nicht an alle Türen pochen, wenn es nicht seine Kraft schwinden fühlte; daß es unsern Unterhändlern später die Arbeit erschweren werde, wenn sie mit gebundenen Händen auftreten müßten, und daß Deutschlands Sicherheit ohne gewisse Grenzerweiterungen bedrohter sein werde als vor dem Kriege.

Die Umgestaltungen in der Besetzung leitender Stellen, auf welche der Reichskanzler am 19. Juli vorbereitet hatte, wurden am 5. August durch die „Nordd. Allg. Ztg." bekannt gegeben. Es schieden aus dem preußischen Staatsministerium teils wegen höheren Alters, teils weil sie das gleiche Wahlrecht nicht billigten, der Minister der Justiz Beseler, der des Kultus v. Trott zu Solz, der Landwirtschaft v. Schorlemer-Lieser, der Finanzen Lentze, des Innern v. Löbell. An Beselers Stelle trat Peter Spahn, der Führer des Reichstagszentrums, Oberlandesgerichtspräsident in Kiel, an Stelle Trotts der Ministerialdirektor im Kultusministerium Dr. Schmidt, an die Schorlemers der Landeshauptmann v. Eisenhart-Rothe, an die Lentzes der Regierungspräsident Hergt und an die Löbells der Unterstaatssekretär Drews. Weiter wurden die Staatssekretariate des Postwesens, der Justiz und des Auswärtigen neu besetzt; an Stelle von Krätke, Lisco und Zimmermann traten der Eisenbahndirektionspräsident Rüdlin, der Geh. Justizrat v. Krause, ein Führer der Nationalliberalen, und v. Kühlmann, der Botschafter in Konstantinopel. Staatssekretär Dr. Helfferich behielt die allgemeine Stellvertretung des Reichskanzlers im Reich und in Preußen, gab aber das Reichsamt des Innern ab. Von diesem wurde wegen seiner ungeheuren Geschäftslast ein Wirtschaftsamt abgezweigt, an dessen Spitze der der Volkspartei nahe stehende Bürgermeister von Straßburg, Schwander, trat. Das Staatssekretariat des Innern selbst, dem vor allem die sozialen

Aufgaben verblieben, erhielt der Oberbürgermeister Wallraf von Köln. An die Spitze des Kriegsernährungsamtes trat mit der Eigenschaft als preußischer Staatsminister und Staatskommissar statt des Herrn v. Batocki der Oberpräsident Pommerns, v. Waldow, unter welchem zwei Unterstaatssekretäre, der Bayer Edler v. Braun und der hamburgische Gewerkschaftssekretär Müller, ein Sozialdemokrat, arbeiten sollten. Der Reichskanzler wählte für sein Büro als Vorstand den Landrat v. Gräveniß (statt des Unterstaatssekretärs Wahnschaffe). Ferner wurde nach einigen Tagen der nationalliberale Abgeordnete Oberverwaltungsgerichtsrat Schiffer als Unterstaatssekretär ins Reichsschatzamt berufen, um die künftige Finanzgestaltung vorzubereiten. Endlich wurde am 16. August der hoch verdiente und überall von unbedingtem Vertrauen getragene Vorstand des Kriegsamts, General Gröner, durch den Generalmajor Scheuch (einen Altelsässer aus Schlettstadt) ersetzt und mit der Führung einer Division betraut. Als Grund ward angegeben, daß die Ernährungsfürsorge vom Kriegsamt an das Kriegsernährungsamt übergehen solle und diese Organisationsänderung auf die Personen überwirke. Wie man sieht, sehr umfangreiche Neubesetzungen, welche einige hervorragende Parteimänner in leitende Stellen brachten. Die Linke war aber damit nicht zufrieden, weil die etwas nebelhafte „Parlamentarisierung" der Regierung doch nicht gründlich genug vorgenommen sei, und noch weniger war ein Fortschritt auf dem Weg selbständiger Reichsministerien und des parlamentarischen Systems erfolgt. Für dieses fehlten zwei Voraussetzungen: der Einheitsstaat und das Bestehen zweier großer Parteien, welche sich in der Mehrheit ablösen könnten. Die Mehrheit des 19. Juli war eine zufällig auf dem Boden des „Verständigungsfriedens" zusammengekommene; sie entbehrte jeder inneren Geschlossenheit.

Am 4. Oktober genehmigte der Reichstag das Gesetz über

den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte nach Friedensschluß und am 11. den Nachtrag zum Staatshaushalt, durch den für Helfferich der Gehalt als Vizekanzler ohne besonderen Geschäftszweig bewilligt wurde, ebenso die zwei neuen Staatssekretariate für Wallraf und Schwander.

Der Reichskanzler Michaelis hatte schon bisher den Erwartungen, welche man an seine Befähigung als Führer der Nation gestellt hatte, durch sein Schwanken hinsichtlich der „Resolution" nicht entsprochen. Am 9. Oktober brachte er im Reichstag eine böse Angelegenheit, welche ein halbes Jahr zurücklag, öffentlich zur Sprache, eine Meuterei in der Marine, deren Teilnehmer sich bei den Mitgliedern der unabhängigen Sozialdemokratie (Haase, Dittmann u. a.) Rats erholt hatten und angewiesen worden waren, „ja recht vorsichtig zu sein". Der Reichskanzler bezeichnete diese Fraktion als eine, welche Ziele verfolge, die das Bestehen des Reichs gefährdeten, und also jenseits der zulässigen Grenze stehe. Der Staatssekretär der Marine, v. Capelle, ergänzte die Mitteilungen des Reichskanzlers durch tatsächliche Angaben. Der Vorfall machte peinliches Aufsehen, weil er geeignet war, das Zutrauen zur Marine im Inland zu erschüttern und im Ausland Hoffnungen auf russische Zersetzung in unserer Marine zu erwecken, und weil die angedeutete gerichtliche Verfolgung der genannten Abgeordneten mangels ausreichender Anhaltspunkte nicht möglich war. Wozu, fragte man sich, ein Vorstoß, der ins Leere traf? Gewiß hatten die Abgeordneten das eine, was sie hätten sagen müssen, nicht gesagt: „was ihr begehen wollt, Gehorsamsverweigerung, ist Hochverrat! Das dürft ihr schlechtweg nicht tun!" Ihr Urteil war für jeden Patrioten gesprochen, aber leider nicht juristisch, dazu waren sie zu aalglatt, nur moralisch. Der Reichstag ließ keinen Zweifel, daß er Michaelis Vorgehen für sehr ungeschickt ansah, und obwohl der Kanzler gegen Ende Oktober noch eine Besichti-

gungsreise nach Kurland unternahm, was auf seine Absicht im Amt zu bleiben hindeutete, erhielt er doch, „da es ein Unglück gab, so oft er sich von seinem Sitz erhob", wie ein nicht voreingenommener Beobachter gesagt hat, seine Entlassung. Man muß den wackeren und vielfach hochverdienten Mann bedauern, daß er sich aus Pflichtgefühl vor einen Wagen hat spannen lassen, den er nicht zu ziehen vermochte. Am 2. November wurde — nach langen Verhandlungen — das Amt des (siebten) Reichskanzlers und zugleich preußischen Ministerpräsidenten dem Grafen v. Hertling übertragen (geb. 1843, 1882 Professor der Philosophie in München, seit 1875 im Reichstag, Führer des Zentrums, seit 1912 bayrischer Ministerpräsident). Er hatte sich vorher mit den großen Parteien über ein einhellig zu verfolgendes Programm und damit eine zu erhoffende reibungslose Führung der Geschäfte verständigt. Das Programm enthielt die Annahme der auf die Antwort an den Papst (vom 19. September) begründeten allgemeinen Politik, die Einführung von Arbeiterkammern und die Abänderung von § 153 der Gewerbeordnung (Sicherstellung der Koalitionsfreiheit). Außerdem sollten Hertling Vertrauensmänner der vier Parteien, die sich verständigt hatten, zur Seite treten. Er selbst gehörte dem Zentrum an; als Vizekanzler an Stelle Helfferichs, dessen Auftreten im Reichstag ihm viele Gegner geschaffen hatte, wurde der Württemberger Friedrich v. Payer (geb. 1847), von der fortschrittlichen Volkspartei ausersehen, als Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums der frühere Professor des Rechts in Halle, Friedberg, der Vorsitzende der nationalliberalen Landtagsfraktion. Er sollte die Leitung der preußischen Dinge haben, besonders die Durchführung des gleichen Wahlrechts; als Bayer war Hertling für diese Aufgabe nicht recht geeignet noch auch eingearbeitet. Die Sozialdemokratie verzichtete auf den Eintritt in ein Ministerium und erklärte sich mit v. Payers

Berufung zufriedengestellt; sie klebte noch zu sehr an ihrer Vergangenheit, um jetzt schon an der Verantwortlichkeit teilzunehmen. Die Ernennung Friedbergs durch den Kaiser erfolgte am 10., die v. Payers am 12. November. (Die Vorstandschaft über das Büro des Reichskanzlers erhielt der Geh. Legationsrat v. Radowitz. Die Vorstandschaft der nationalliberalen Landtagsfraktion übernahm an Friedbergs Stelle Lohmann.) Am 20. November trat Schwander aus Gesundheitsgründen, welche diesmal nicht bloß Vorwand waren, schon wieder zurück, und der frühere elsaß-lothringische Unterstaatssekretär v. Stein erhielt das neu geschaffene Wirtschaftsamt. Am 29. November trat Hertling erstmals vor den Reichstag und fand durch seine wohl abgemessenen, der Kraft nicht entbehrenden Worte eine im Ganzen günstige Aufnahme, wenn auch namens der Konservativen Graf Westarp die Vorgänge, die zur Entlassung von Michaëlis und Helfferich geführt hätten, bedauerte. Hertling betonte namentlich, daß unser Kriegsziel vom ersten Tag an die Verteidigung des Vaterlandes, die Unversehrtheit seines Gebietes, die Freiheit und Unabhängigkeit seines Wirtschaftslebens gewesen sei und daß unsere Antwort auf die Papstnote keinen Freibrief für frevelhafte Verlängerung des Krieges biete. Unsere Parole könne nur lauten: abwarten, ausharren und durchhalten!

b. Allerlei. Parteisachen. Am 16. Januar erließen 1) die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (Vorstand Legien), 2) der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, 3) der Verband der deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker, Vorstand Hartmann), 4) die Arbeitsgemeinschaften der kaufmännischen Verbände, 5) die Arbeitsgemeinschaft für einheitliches Angestelltenrecht (Vorstand Aufhäuser) und 6) die Arbeitsgemeinschaft für die Technikerverbände (Vorstand Dr. Höfle) ein gemeinsames Schreiben an den Reichskanzler: daß es nach Ablehnung des Frie-

densangebots der Mittelmächte heiligste Pflicht sei, in verstärktem Maße alle Kräfte in dem Kampf um die Existenz des Landes einzusetzen. Der Reichskanzler antwortete: „daß die deutsche Arbeiterschaft in diesem schweren Kampfe treu und fest zum Vaterlande steht, ist mir eine feste Bürgschaft für unsern endlichen Sieg, für eine Zukunft Deutschlands, in der all seine Söhne ihr Glück finden sollen.“ Ein ähnliches Schreiben der sechs Verbände an General Gröner, den Vorstand des Kriegsamtes, beantwortete dieser mit dem Satz: „Das deutsche Volk läßt sich nicht unterkriegen!“ Zwischen der deutschen Turnerschaft und dem preußischen Kriegsministerium wurde am 19. Januar eine Vereinbarung getroffen, wornach die Jugendabteilungen der Turn-, Sport- und Jugendpflege-Organisationen über die Dauer des Kriegs dem stellvertretenden Generalkommando unterstellt werden sollten. Der sozialdemokratische Parteiausschuß beschloß am 18. Januar mit 29 gegen 10 Stimmen, jede Parteizusammengehörigkeit mit der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft aufzuheben, weil eine Sonderorganisation unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur Gesamtpartei sei. Als der Vorsitzende der amerikanischen Gewerkschaften, Gompers, von den deutschen Gewerkschaften forderte, daß sie ihren Einfluß auf die Regierung gegen den verschärften Unterseebootkrieg anwenden sollten, antwortete Legien (unter dem 20. Februar) mit Nein, solange England den Aushungerungskrieg nicht aufgebe; Pflicht der amerikanischen Arbeiter sei es, den Krieg zu verhindern. Da an einigen Orten die Munitionsherstellung durch unverantwortliche Ausstände gefährdet wurde, erließ der Reichskanzler am 28. April ein Schreiben an den Bundesrat, daß Personen, welche die Arbeiter dazu aufzuhetzen versuchten, sich bewußt oder unbewußt in den Dienst unserer Feinde stellen und auf Grund des Strafgesetzbuches schwer bestraft werden sollten. Wer unsern

tapferen Kriegern in diesem heiligen Kampf ehr- und treulos in den Rücken falle, müsse von der ganzen Strenge des Gesetzes getroffen werden. Der 1. Mai wurde dann ohne Arbeitseinstellung begangen. Vorfeiern fanden am 30. April statt. Am 16. Mai wurde die Ernennung des sozialdemokratischen Abgeordneten Südekum zum Leutnant mitgeteilt. Am 2. Juni legte Rechtsanwalt Claß in Mainz den Vorsitz über den alldeutschen Verband nieder; sein Nachfolger wurde der Admiral a. D. v. Grapow. Am 13. Juni ward aus Genf berichtet, daß der italienische Künstler Alessandro Moissi, der bei Kriegsausbruch als deutscher Kriegsfreiwilliger eingetreten, schwer verwundet, gefangen und in der Schweiz interniert war, einen Gedichtvortrag gehalten habe und beim nächsten Austausch nach Deutschland zurückkehren dürfe. Am 24. Juli starb der Führer der nationalliberalen Partei, Ernst Bassermann, 63jährig, infolge eines Herzleidens in Baden-Baden, weit über die Kreise seiner Gesinnungsgenossen hinaus schmerzlich betrauert, ein getreuer Hüter der stolzen Überlieferungen seiner Partei aus den Tagen v. Bennigsens, vermöge deren sie die nationale Entwicklung ohne starken liberalen Einschlag sich nicht zu denken vermag, allezeit aber die nationalen Interessen vor die andern stellt. An seiner Stelle übernahm der sächsische Abgeordnete Stresemann, ein überaus wirkungsvoller Redner, die Leitung der Reichstagsfraktion. Die Kyffhäuser-Korrespondenz schrieb um den 22. August, daß die Kyffhäuser Vereine von nun an alle ehemaligen Soldaten aufnehmen werden, auch Sozialdemokraten, wenn sie die Treue zu Kaiser und Reich und zum Bundesherrn zu halten bereit seien. Es geschehe das im Vertrauen, daß die einmütige Gesinnung, die während des Kriegs das Heer beseele, auch künftig erhalten bleibe.

Hindenburg gab gegenüber den Flaumachern am

25. September öffentlich als seine Überzeugung bekannt: „Wir sind wirtschaftlich und militärisch für weiteren Kampf und Sieg gerüstet." Sein 70. Geburtstag wurde am 2. Oktober, soweit die deutsche Zunge klingt, festlich begangen; große Summen wurden zu Ehren des Feldherrn gesammelt, und der Generalfeldmarschall bestimmte, daß mit ihnen die Fürsorge für Kriegsbeschädigte erleichtert werden solle. In seinem Dank an die Nation sagte er: „Wir widerstanden, weil wir einig waren. So muß es bleiben bis zum Letzten! Sorgt nicht, was nach dem Krieg werden soll! Vertraut, daß Deutschland das erreichen wird, was es braucht, daß der deutschen Eiche Luft geschaffen wird zu freier Entfaltung!" Der sozialdemokratische Abgeordnete Wolfgang Heine, der im Reichstag Hindenburg einen Schwätzer nannte, nahm seine unqualifizierbare Äußerung in der nächsten Sitzung in anerkennenswerter Weise unumwunden zurück.

Im Oktober veröffentlichten 1100 Hochschullehrer eine Erklärung gegen den Reichstag, der die gesetzliche Zeit seines Auftrags überschritten habe (am 12. Januar 1912 war er gewählt) und überlebt sei, also eigentlich kein Recht mehr habe, etwas zu beschließen.

Am 15. Oktober wurde der sozialdemokratische Parteitag in Würzburg eröffnet. Er verlief, da die Unabhängigen natürlich fehlten, im Gegensatz zu früheren Tagen sehr ruhig. Mit 262 gegen 14 Stimmen ermächtigte er die Fraktion, die Kriegskredite auch ferner zu bewilligen, wenn sie im Interesse der Landesverteidigung notwendig seien. Der Antrag Hoch, daß die Kredite versagt werden sollten, wenn die Regierung sich nicht unzweideutig zu den sozialdemokratischen Friedensforderungen und den notwendigen Verfassungsänderungen bekenne, fiel mit 258 gegen 26 Stimmen durch. Die Führerschaft Scheidemanns stand fester als je.

Am 2. September wurde in Königsberg die sog. Vater-

lands-Partei gegründet, um den Geist des Siegeswillens zu stärken. Sie wollte mit inneren Fragen nichts zu tun haben und sollte sich mit Friedensschluß sofort wieder auflösen. Ehrenvorstand war Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg, Leiter Großadmiral v. Tirpitz. Sie fand großen Zuzug, aus allen Parteien und Schichten, (am Ende des Jahres über 3 Millionen Mitglieder) wurde aber von der Mehrheit des 19. Juli schroff abgelehnt und in nicht sehr loyaler Weise beschuldigt, daß sie eigentlich das gleiche Wahlrecht in Preußen verhindern wolle. Die Konservativen und Nationalliberalen stellten sich freundlich zu ihr. So beschloß der nationalliberale Verein in Posen am 12. Oktober, daß die Begründung der Vaterlands-Partei als der natürliche Protest des deutschen Volkes gegen das Verhalten der Reichstagsmehrheit zu betrachten sei und er seinen Mitgliedern die Tätigkeit für die Vaterlands-Partei freistelle.

Soziales und Wirtschaftliches. Hindenburgs Aufruf an die Landwirte, den Munitionsarbeitern bei ihrem schweren Dienste nahrhafte Lebensmittel, besonders Fett, zur Verfügung zu stellen, hat ein erfreuliches Echo gefunden. Am 9. Januar wurde gemeldet, daß der von den Russen 1914 so schwer heimgesuchte Kreis Pillkallen in Ostpreußen 250 Zentner Butter und 27 000 Eier an die Königsberger Zentralstelle abgeliefert habe. Im Oberamt Freudenstadt (Württemberg) wurde die Anordnung getroffen, daß der Eingang aus allen Gemeinden monatlich veröffentlicht werde. Das hatte eine große Steigerung der Ablieferung zur Folge; aus den 15 abliefernden Gemeinden im November wurden im Januar 26; statt 889 Eiern wurden 2528 abgeliefert; schließlich kamen aus 31 Gemeinden 1804 Pfund Butter (statt vorher 1080). Am meisten Eier und Butter (290 und 261 Pfund) lieferte die Gemeinde Schopfloch ab. Am 20. Januar wurde gemeldet, daß Pommern 1000 Zentner Fett aufgebracht habe.

Am 27. Januar teilte Graf Schwerin-Löwitz als Vorsitzender der „Hindenburgspende“ dem Kaiser mit, daß in sechs Wochen über 1½ Mill. Kilogramm Speck, Schmalz und Fleisch eingegangen seien.

Der Gesundheitszustand des Heeres hat sich im zweiten Kriegsjahr gebessert. Auf 1000 Mann gingen im ersten Jahr 120, im zweiten 100 Kranke ab. Die Kriegsseuchen (Pocken, Cholera und Typhus) sind durch die Impfung fast erloschen; die Typhusziffer sank z. B. von 5,6 auf 1,4, die der Pocken auf 0,1, die der Cholera von 0,32 auf 0,24, die der Tuberkulose von 2,3 auf 1,7. Auch Lungen- und Nervenkrankheiten gingen zurück; „kein schwächeres Geschlecht wird aus dem Krieg zurückkommen, vielmehr ein stärkeres.“ Von den Verwundeten kamen 70 % zur Front zurück; nur 6,4 % wurden ganz unbrauchbar. Von den Lazarettkranken kehrten 90 % in den Dienst zurück. Erblindet sind bis jetzt 1250 Mann. Die Preise für Schuhwaren wurden am 25. Januar unter Aufsicht genommen; die Schuster hatten ihre Preise künftig öffentlich anzuschlagen. Am 27. Januar wurden die Preise für Seefische ermäßigt, durch behördliches Eingreifen an den Fangstellen; aber in Süddeutschland wenigstens blieben sie rar und sehr teuer.

Im deutschen Landwirtschaftsrat teilte der Staatssekretär des Innern, Dr. Helfferich, am 18. Februar mit, daß vor dem Krieg eine normale Ernte in Deutschland an Brotgetreide für den Kopf ergab 230 Kilo, in Großbritannien und Irland 30, an Getreide insgesamt dort 400, hier 130 Kilo, an Kartoffeln 650 und 150. An Rindern hatten wir auf 1000 Einwohner 320 gegen 260 dort, an Schweinen 370 gegen 80. Unser Zuckerrübenbau ertrug fast so viel für die Ausfuhr wie für unsern eigenen Verbrauch. In den englischen Häfen kamen an vor dem Krieg monatlich 4,2 Mill. Tonnen, im Dezember 1916 noch 2,2.

Am 1. Februar wurde bei dem auftretenden Kohlenmangel, der durch die Lieferungen an die Neutralen und Mangel an Arbeitern und Wagen verursacht war, ein Reichskommissar für Kohlenverteilung bestellt. Bei der Weinversteigerung des Grafen Matuschka in Östrich erzielten 300 Liter (= ¼ Stück) der Marke „Schloß Vollrats" einen Erlös von 20 910 Mk., also 69,70 Mk. für das Liter. Man ersah, welche ungeheure Kriegsgewinne von denen gemacht worden sein mußten, welche sich solche Preise leisten konnten.

Hart daneben müssen wir die Tatsache verzeichnen, daß ab 1. April der tägliche Anteil einer Person an Brot und Mehl von 200 gr. auf 170 gr. und die wöchentliche Kartoffelmenge auf 5 Pfund gekürzt werden mußte. Dafür wurden wöchentlich 500 gr. Fleisch statt 250 gegeben. Da das wegfallende Brot 20 Pfg. Ersparnis bedeutete, der Zuwachs an Fleisch aber 90 Pfg. Mehrkosten, also im ganzen 70 Pfg. Mehrauslagen entstanden, so übernahm das Reich für die Bedürftigen 40 Pfg., der Einzelstaat 30 Pfg. des Mehrbetrags. Vom 15. August ab wurde infolge des befriedigenden Ausfalls der Getreideernte der Brotanteil für Kopf und Tag wieder auf 220 (später 200) gr erhöht, der an Fleisch aber wieder auf 250 gr die Woche herabgesetzt. Nach einer Mitteilung vom 8. Mai war es gelungen, aus dem Getreide Fett und Eiweiß zu gewinnen, ohne den Mehlwert zu vermindern, indem der im Korn vorhandene Keim entfernt und zu Öl und Eiweiß verarbeitet wurde. Es wurden verschiedene Nahrungsmittel (ein Magentrunk, Suppen- und Speisewürzen) damit hergestellt. Der Mais ergab 2% Öl, ein Wagen voll Mais also 15 Zentner Margarine. Man hofft, daß man nach dem Krieg auf die Einfuhr von Palmkernen und Erdnüssen verzichten kann.

Am 12. Mai ward gemeldet, daß die Ausnützung der großen Kolbenschilfbestände der norddeutschen Seen ge-

sichert und damit Aussicht auf einen Ersatz für Baumwolle gewonnen sei; die auf die Brennessel gesetzten Hoffnungen haben sich namentlich nach Seite der Quantität bis jetzt nicht erfüllt. Durch Vervollkommnung der Herstellung von Papiergarnen soll die Jute entbehrlich werden; die Nebenerzeugnisse von Stein- und Braunkohle sollen besser verwertet werden; Zink und das aus Ton herstellbare Aluminium sollen vielfach das Kupfer ersetzen, und da wir an Eisen und Kohle unerschöpfliche Vorräte haben, so wird unserer Industrie die Entwicklung nicht unterbunden werden können.

Ein sehr abstoßender Prozeß kam am 4. Juli in Berlin gegen eine Frau Meta Kupfer zur Aburteilung, indem sie wegen schwerer nicht öffentlicher Urkundenfälschung und Konkursvergehens unter Zulassung mildernder Umstände zu 2 Jahren, 3 Monaten und 3 Tagen Gefängnis verurteilt wurde. Sie hatte zu Nahrungsmittelangeboten unter Zusicherung von 720% Jahresgewinn angelockt und viele in ihren Netzen gefangen.

Eine Statistik des kaiserlich statistischen Amts vom 5. September stellte auf Grund von 369 Antworten, die von 13 Gewerbegruppen erteilt waren, die Tatsache fest, daß die Löhne der männlichen Arbeiter in der Zeit vom März 1914 bis zum September 1916 durchschnittlich von 5 Mk. 17 Pfg. auf 7 Mk. 55 Pfg., also um 46%, gestiegen waren, die der weiblichen von 2 Mk. 29 Pfg. auf 3 Mk. 53 Pfg., also um 56,4%. Am höchsten (64%) war die Steigerung bei den Arbeitern in elektrischen Betrieben; die Metallarbeiter hatten trotz des Kriegs eine geringere Steigerung, aber doch noch um 44,5%. Nur kurz nach Kriegsausbruch, im September 1914, sind die Löhne gegen den Friedensstand etwas zurückgegangen, auf 5 Mk. 12 Pfg., also um 5 Pfg. Dann setzte eine anhaltende Zunahme ein, welche den Folgen der Teuerung in hohem Grad entgegenwirkte. Den Arbeitern gegenüber haben die festbesoldeten

staatlichen und Gemeindebeamten in viel geringerem Maße Ausgleich für die beständig sich verschärfende Teuerung erlangt.

Der Bestand an Rindern betrug am 1. Juni 1917 21 462 071 Stück, was gegen den 2. Juni 1916 eine Zunahme von 1 344 004 Stück bedeutet. Die Schweine haben mit 12,7 Mill. um 4 238 791 Stück abgenommen, d. h. um 29,9%, was auf den Mangel an Futtermitteln zurückgeht. Am 1. Dezember 1913 hatten wir sogar rund 25½ Mill. Stück gehabt, so daß seit dieser Zeit eine Abnahme von 50,3% eingetreten ist. Die Zahl der Schafe betrug am 1. Juni 1917 6,1 Mill., was gegen das Vorjahr einen Zuwachs von 95 950 Stück ergibt.

Am 18. Oktober fand eine Erhöhung der Eisenbahntarife für Schnellzüge auf das Doppelte statt, um die übermäßige Inanspruchnahme des Bahnmaterials einzudämmen; auch Sonntagszuschläge kamen in Frage. In den besetzten Gebieten rollten 155 000 deutsche Güterwagen. 91 000 Wagen sind neu gebaut worden; die Gesamtzahl erreichte im Juli 712 416. An Lokomotiven gab es 26 135, darunter 4000 neue. Frauen waren im Bahndienst 94 000 beschäftigt.

Am 30. Oktober erklärte der Zentralverband des deutschen Großhandels im Kaiserhof zu Berlin, daß er verlange, daß dem deutschen Wirtschaftsleben die Bewegungsfreiheit nicht weiter beeinträchtigt werde und daß, wenn auch die Warenherstellung syndiziert werde, doch die Warenverteilung dem Großhandel verbleiben müsse. Nach dem Frieden solle eine rasche Rückkehr zur wirtschaftlichen Freiheit erfolgen. Am 4. November verfügte der Bundesrat die Zusammenlegung der Brauereien, zunächst durch Abrede, nötigenfalls durch Zwang. Bald nachher wurden die Brauereien im allgemeinen auf 10%, in Bayern auf 15% ihres bisherigen Malzverbrauchs eingeschränkt. Das kolonialwirtschaftliche

Komitee und Vertreter der Industrie hielten am 16. November in Berlin eine Sitzung, auf der Professor Buck feststellte, daß unsere Wirtschaft ohne überseeische Zufuhr von Rohstoffen nicht gesichert sei, also unser Kolonialbesitz erhalten und ausgestaltet werden müsse. Vor Weihnachten erhob der Magistrat von Neu-Cölln (Berlin) in einer Eingabe an den parlamentarischen Ernährungsbeirat die Anklage, daß das System des unerlaubten Schleichhandels, welches Waldow habe gewähren lassen, die Städte finanziell in große Schwierigkeiten versetzt und die gleichmäßige Versorgung aller Staatsangehörigen unmöglich gemacht habe. Die Frankf. Ztg. bemerkte dazu am 25. Dezember, daß der Schleichhandel und im engen Zusammenhang mit ihm der Lebensmittelwucher dadurch ermöglicht worden sei, daß die preußischen Provinzialbehörden zugelassen hätten, daß die reichen Ernten in Getreide und Kartoffeln um die Hälfte zu niedrig angegeben und so ein reiches Feld für Schleichhandel und Wucher eröffnet wurden. Daran tragen sowohl die Erzeuger schuld als diejenigen Verbraucher, welche jeden verlangten Preis ohne Widerstreben anlegten. Die 6. Kriegsanleihe ertrug bis Mai 13 122 069 000, die 7. im September 12 265 660 200 Mark.

Wissenschaftliches. Im Lauf des Juni und Juli erließen die meisten Professoren der an der Sache beteiligten Fakultäten der Hochschulen Breslau (60), Heidelberg (40), Tübingen (38), Freiburg (44), Erlangen (32), Greifswald (19), Kiel (40), Königsberg (26), München (28), Marburg (45) eine Erklärung, vermöge deren sie das humanistische Gymnasium als die beste Vorbereitungsanstalt zum Studium der Geisteswissenschaften bezeichneten und den Versuchen, dieses Gymnasium zu beseitigen oder es verkümmern zu lassen, entgegentraten. Die Professoren der Naturwissenschaften und der Medizin konnten der Lage der Sache nach nicht zum Beitritt auf-

gefordert werden; aber auch sie stehen in der großen Mehrzahl auf der Seite des Gymnasiums, womit der eigentümliche Wert der Realschulen selbstverständlich in keiner Weise angezweifelt werden soll. Der württembergische Kultusminister Dr. v. Habermaas rief am 5. Juli im Landtag „denen, welche an den bewährten Grundlagen unseres humanistischen Gymnasiums rütteln wollen, ein kräftiges: Hände weg!“ zu. Ende Juni wurde in Berlin das Kaiser-Wilhelm-Institut für Geschichtschreibung unter der Leitung des Generaldirektors der preußischen Archive, Dr. Kehr, gegründet. Die nächste Aufgabe dieser Anstalt soll sein die Herausgabe der Germania sacra et profana, eines groß angelegten historisch-geographischen Werkes, und dann die Erforschung und Erhellung der Zeiten Karls V. und Wilhelms I.

II.

Die einzelnen Staaten des Deutschen Reichs.

a. Preußen. Der Landtag wurde am 16. Januar eröffnet. Der Staatshaushalt ergab aus der Einkommensteuer einen Überschuß von 147 Mill., worin die zum Teil ungeheuren Kriegsgewinne zum Ausdruck kommen, bei den Ergänzungssteuern eine von 14 Mill. Dagegen waren naturgemäß starke Ausfälle bei den Zöllen und indirekten Steuern zu buchen. Besonders günstig schnitten die Eisenbahnen ab (der Güterverkehr überstieg sogar die Friedensziffer); sie ergaben 276,7 Millionen mehr. Auch der Bergbau wies einen größeren Ertrag als früher auf. Die ordentlichen Einnahmen lieferten 5154,1 Mill., die dauernden Ausgaben betrugen 4954,5 Mill.; also blieb ein Überschuß von 199,6 Mill. Natürlich stehen die Kriegsausgaben nicht im ordentlichen Haushalt; daß sie das Bild ins Gegenteil verkehren, ist klar. Am 19. Januar kam

es zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem oberschlesischen polnischen Radikalen Korfanty, der sich beklagte, daß die Polen immer noch als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt würden, und dem Minister des Innern, v. Löbell. Dieser antwortete: am 20. November 1916 hätten die Polen den Erlaß vom 5. November nur „im Prinzip" begrüßt und gegen die Absicht, der deutschen Ostmark ihren deutschen Charakter zu wahren, protestiert. Damals habe er erklärt, daß die Regierung an die polnischen Interessen mit aller Sachlichkeit herantreten werde, um so eher, je mehr die preußischen Untertanen polnischer Zunge sich auf den Boden preußischer Staatszugehörigkeit stellten. Sie haben aber für Preußen nur schnödesten Undank. Sie hätten sich unter preußischem Szepter so entwickelt, daß sie Anlaß hätten, Gott und den preußischen Königen auf den Knien zu danken. Bei einem solchen Mißtrauen der Polen werde die preußische Regierung mit der Anerbietung ihres Vertrauens sehr vorsichtig sein müssen; aus solchen Reden, wie sie Korfanty gehalten habe, müßten die Folgerungen gezogen werden.

Am 19. Januar schloß die Mehrheit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion die 4 Abgeordneten Adolf und Paul Hoffmann, Hofer und Ströbel aus, worauf diese „die sozialdemokratische Fraktion alter Richtung" gründeten. Der Erwerb der Hiberniazeche wurde vom Abgeordnetenhaus am 23. Januar gutgeheißen; ebenso das Gesetz, nach dem die Abgeordneten nach dem Vorbild des Reichstags statt der Taggelder die feste Summe von 3000 Mark jährlich und freie Fahrt auf den Eisenbahnen haben sollten. Die erwähnte Polendebatte hatte die weitere Folge, daß Anfangs Februar von Graf Adam Zoltowski, Domkapitular Hozakowski und Rittergutsbesitzer Dr. Thaddäus Chrzanowski die „polnische Arbeitspartei im preußischen Staat" begründet ward. Nach ihrem Programm soll erstrebt werden das Ge-

deihen der polnischen Schule, Anerkennung des Rechts der Muttersprache, Entwicklung von Landwirtschaft, Gewerbe, Handel und Industrie, Förderung des Wohls der Arbeiter, gerechte Stimmenverteilung, Ansiedlungsfreiheit, alles auf freiheitlicher Grundlage. Die Partei trat ins Leben im Gegensatz zu dem Radikalismus Korfantys; sie schuf sich in der Gazetta Narodowa (Volkszeitung) ab 1. Juli in Posen ein eigenes Organ. Der Führer der polnischen Konservativen, Franz v. Morawski, wurde vom Kaiser am 27. Januar ins Herrenhaus berufen. Am 19. Februar erfolgte die Ernennung des Unterstaatssekretärs Dr. Michaelis zum preußischen Staatskommissär für Volksernährung; er erklärte, daß er etwas auszurichten oder zu gehen entschlossen sei. Gegen den Landwirtschaftsminister v. Schorlemer-Lieser wurden heftige Angriffe gerichtet, daß er aus Rücksicht auf den Großgrundbesitz die Volksernährung erschwere, worauf er am 3. März im Abgeordnetenhaus antwortete: er sei nicht schuld an der Knappheit der Nahrungsmittel; die Reichsbehörden — also Batocki — hätten ihm die Übersicht über sein Ministerium genommen und seine Tätigkeit gehemmt. Das oben erwähnte neue Diätengesetz für das Abgeordnetenhaus wurde am 14. März vom Herrenhaus abgelehnt, und Graf York v. Wartenburg griff dabei die Regierung heftig an. Der Ministerpräsident bezeichnete in seiner Antwort die Wahlreform und eine Neuorientierung als unbedingt notwendig. Der Irrwahn von einem unversöhnlichen Gegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern müsse ausgerottet werden; ein einiges und starkes Volk müsse aus dem Unheil dieses Krieges hervorgehen. Gegen die im Herrenhaus am Reichstag geübte Kritik müsse er Widerspruch erheben; der Reichstag habe in diesen drei Kriegsjahren dem deutschen Volk Dienste geleistet wie kein Parlament der Welt. Der amtliche Bericht bemerkt hier: lebhafter Beifall. Da Liebknecht 1916 auch seines Abge-

ordnetensitzes im Landtag für verlustig erklärt worden war, fand in seinem Berliner Wahlkreis eine Neuwahl statt, die mit 341 gegen 44 Stimmen auf Liebknechts Gesinnungsgenossen Hausberg fiel, da die früheren Wahlmänner auch diesmal zu wählen hatten.

Die Neuorientierung tat am 7. April einen mächtigen Schritt vorwärts, indem die kaiserliche „Osterbotschaft“ erging. Ihr wesentlicher Inhalt war: „für das Dreiklassen-Wahlrecht ist nach den gewaltigen Leistungen des Volks in diesem Krieg kein Raum mehr in Preußen. Bei der Rückkehr der Krieger in die Heimat soll diese Reform schnell durchgeführt werden; die Wahl der Abgeordneten soll unmittelbar und geheim sein. Die Verdienste des Herrenhauses und seine bleibende Bedeutung für den Staat wird kein König von Preußen verkennen; aber es wird den gewaltigen Aufgaben der künftigen Zeit besser gerecht werden können, wenn es in weiterem und gleichmäßigerem Umfang als bisher aus verschiedenen Kreisen und Berufen des Volkes führende, durch die Achtung ihrer Mitbürger ausgezeichnete Männer in seiner Mitte vereinigt.“ Also war eine Neugestaltung beider Häuser des Landtags nunmehr als Ziel der Neuorientierung aufgestellt; der Kritik des Herrenhauses begegnete das Ministerium mit dem Bescheid: ihr seid veraltet; wir brauchen ein neues Oberhaus! Die „Kreuzzeitung“ zog daraus den Schluß, daß ein Anhalten auf dem Weg zur vollen Demokratisierung Preußens von Bethmann nicht mehr zu erwarten sei; der „Vorwärts“ aber erklärte: „unser Verteidigungswillen in diesem Krieg ist von inneren Fragen unberührt; wir helfen an der deutschen Verteidigung mit, weil sie im Lebensinteresse des Volkes ist. Aber es freut uns, daß in einem Augenblick, wo der neue Feind (Wilson) die alten abgestandenen Phrasen vom Kampf der Demokratie gegen den Absolutismus und Militarismus neu aufwärmt, die Regierung mit dieser Botschaft den

Beweis gibt, daß das deutsche Volk seine innerpolitische Entwicklung selbst besorgt. Wir sehen vertrauens- und hoffnungsvoller in die preußische Zukunft."

Wegen der Verkürzung des Brotanteils von 200 auf 170 gr streikten am 16. April in Berlin 250 000 Arbeiter, aber lauter nichtorganisierte. Michaelis machte damals das Zugeständnis, daß das Streikkomitee als ständiger Ausschuß neben dem Oberbürgermeister bei Ernährungsfragen mitwirken und auf dem Laufenden erhalten werden solle. Hindenburg aber telegraphierte: „Dieser Streik ist eine unsühnbare Schuld am Heer und besonders an den Männern im Schützengraben," und General Gröner erklärte: „wer wagt es nicht zu arbeiten, wenn Hindenburg es befiehlt?" Im Hauptausschuß des Reichstags sagte er: „ein Ventil kann aufgemacht werden für einige Stunden; aber politische Wühlerei zum Zweck des Streiks darf nicht geduldet werden," und der Reichskanzler kündigte ein Eingreifen der Staatsanwaltschaft auf Grund des Strafgesetzbuches an (s. oben S. 20 f.).

Das Fideikommißgesetz, das in dieser Zeit äußerst unangebracht war, wurde am 1. Mai vom Abgeordnetenhaus vertagt. Der Posener Lehrerverein sprach sich am 11. Mai gegen die Zulassung des Polnischen im Religionsunterricht aus; vom Ausbau des Volksschulwesens auf den bewährten Bahnen erwarte er eine gesteigerte Volksbildung und einen Ausgleich der völkischen Gegensätze in der Provinz Posen. Der Kultusminister aber verfügte am 25. Juni, daß da, wo die in die Schule eintretenden Kinder des Deutschen nicht ausreichend mächtig seien, auf den unteren Stufen der Religionsunterricht polnisch erteilt werden solle. Einige Wochen nachher wurde die Aufhebung des Enteignungsgesetzes angekündigt, weil es nur einmal, im Herbst 1912, und nur auf 1655 ha angewandt worden sei, also entbehrlich erscheine. Die Ernährungsschwierig-

teiten riefen in Gleiwitz und Hindenburg am 1. Juli Krawalle hervor, wobei Militär ausrückte, aber ohne zu schießen.

Die Neuorientierung wurde am 11. Juli einen noch wichtigeren Schritt weiter geführt, indem — wie schon oben S. 11 erzählt ist — ein kaiserlicher Erlaß dem Reichskanzler auftrug, einen Gesetzesentwurf über das Wahlrecht zum Abgeordnetenhaus auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts aufzustellen, und zwar so, daß schon die nächsten Wahlen nach diesem Recht erfolgen sollten. Daß damit die alten Grundlagen des preußischen Staats aufgegeben und neue Zeiten eröffnet wurden, liegt auf der Hand; möge der Schritt dadurch gerechtfertigt werden, daß das preußische Volk von der Staatsgesinnung, welche es am 4. August 1914 so herrlich betätigte, auch in Zukunft sich erfüllt zeigt: dann wird der 11. Juli als Markstein von glücklicher Bedeutung in der Geschichte stehen. Der neue Ministerpräsident Graf Hertling legte dem preußischen Landtag am 24. November die Gesetzesentwürfe vor, nach welchen 1) das Abgeordnetenhaus nach dem Reichstagswahlrecht gewählt werden sollte, unter Voraussetzung dreijähriger Staatszugehörigkeit und einjährigen Wohnsitzes in der betreffenden Gemeinde (so bestimmt die Verfassung für Elsaß-Lothringen von 1911, welche der Reichstag ja angenommen hat). 2) sollte das Herrenhaus bestehen aus einigen volljährigen Prinzen, aus 60 dem König „präsentierten" Vertretern der bisherigen erblichen Mitglieder, sonst aber aus „präsentierten" Vertretern von den Kirchen, den Hochschulen, der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft und der Gewerbe, aus 30 Bürgermeistern, aus 72 Vertretern der städtischen und ländlichen Selbstverwaltung, endlich aus 150 Berufenen des königlichen Vertrauens, insgesamt aus höchstens 510 Personen. 3) Wenn das Abgeordnetenhaus einen Posten im Staatshaushalt ablehnt, muß eine Verständigungs-

verhandlung darüber mit dem Herrenhaus stattfinden, ehe das Abgeordnetenhaus endgültig beschließt. Falls ein Gesetz über den Staatshaushalt nicht rechtzeitig zustandekommt, ist die Regierung berechtigt bis zu seinem Zustandekommen die gesetzlich begründeten Ausgaben fort zu leisten. Am 5. Dezember fand die erste Beratung der Gesetze im Abgeordnetenhaus statt, wobei die Minister Graf Hertling, Drews und Friedberg nachdrücklich für die Reformen eintraten. Der konservative Führer v. Heydebrand lehnte scharf ab; Zentrum und Nationalliberale gestanden zu, daß unter ihnen viele Gegner des gleichen Wahlrechts seien. Am 12. Dezember wurde der Antrag des rechts nationalliberalen Abgeordneten Fuhrmann auf Anerkennung der Freiheit der Beamten für die Vaterlandspartei zu wirken einem Ausschuß überwiesen. Der Minister Drews hatte die Beamten im allgemeinen vor Parteitätigkeit gewarnt, was tatsächlich auf eine gewisse Warnung vor der Vaterlandspartei hinauslief.

Die wichtigen Veränderungen im Ministerium, welche aus dem Erlaß vom 11. Juli und der gesamten politischen Lage erwuchsen, sind schon S. 12 und 15 verzeichnet worden: fünf preußische Ministerien sind mit neuen Männern besetzt worden.

Am 4. August wurden die Kriegszulagen für die verheirateten Beamten bis zu 13 000 Mark Einkommen auf 360, 540, 720 und 900 Mark bemessen. Die ledigen mit Einkommen bis 6000 Mark erhielten 300 Mark. Für Kinder wurden Zuschläge bis zu 10% bewilligt.

b. Bayern. Der Plan einen Kanal zur Verbindung von Donau und Main zu bauen wurde am 22. Februar von der Abgeordnetenkammer beraten, und der Minister v. Seidlein betonte dessen Notwendigkeit zwecks der Entlastung der Eisenbahnen, des Zusammenschlusses mit Österreich und der Stärkung der mitteleuropäischen Mächtegruppe.

Die Länge des geplanten Kanals von Aschaffenburg über Würzburg, Bamberg, Nürnberg, Pleinfeld, Pappenheim, Ingolstadt, Kehlheim und Regensburg ist 734 Kilometer; man rechnet auf die Beförderung von 10 Millionen Tonnen im Jahr, was 800 000 Wagenladungen gleich ist. Im Februar kam ein Vertrag mit Württemberg über die bessere Ausnützung der Wasserkräfte der Iller zustande; Württemberg erhielt die Verfügung über die Strecke von Ferthofen bis zum Filzinger Wehr (27 Kil.), Bayern über den Rest des Flusses bis zur Donau. Die Leistung wurde auf mindestens 6350, höchstens 11 400 PR angeschlagen. Am 1. April feierte die auf die Lehren von Pfarrer Kneipp gegründete Kathreinersche Malzfabrik in München ihr 25jähriges Bestehen. Ihr Absatz hat 1892 17 718 dz betragen, 1913—14 496 582; die Zahl der Angestellten wuchs von 40 auf 731. Auf den Kopf wurden 1916 in Deutschland 5 Kilo Kaffee und Kaffee-Ersatz verbraucht, davon 2 Kilo Bohnen- und 1 Kilo Malzkaffee und 2 Kilo Cichorie und Rübenkaffee. Der Erzbischof von München, Kardinal Bettinger, starb am 12. April an einem Herzschlag. Er war 1850 als Sohn eines Hufschmieds in Landstuhl geboren, wurde 1909 Erzbischof und 1914 Kardinal; politisch war er ein extremer Zentrumsmann, der seinerzeit am Patt mit der Sozialdemokratie mitwirkte, persönlich hoch achtbar. Sein Nachfolger wurde durch königliche Ernennung und päpstliche Bestätigung am 28. Mai der Bischof Faulhaber von Speier (geb. 1869 in Unterfranken, 1908 Professor in Straßburg, 1910 Bischof), ein hochgebildeter und versöhnlicher Mann, den weite Kreise mit den besten Hoffnungen begleiteten. Um dieselbe Zeit verlor auch die evangelische Kirche Bayerns ihren ersten, hochverdienten Hirten, den Präsidenten des Oberkonsistoriums D. Bezzel. Seine Stelle erhielt durch königliche Ernennung der Oberkonsistorialrat Friedrich Veit (geb. 1861, früher

Dekan in München). Die christlichen Bauernvereine Bayerns, welche 170 000 Mitglieder zählen und zum Zentrum halten, waren am 12. September zu ihrer Kriegstagung in München versammelt. Dabei wurde die Reichstagsresolution vom 19. Juli scharf getadelt; Professor Schlittenbauer erklärte: „wir bayrischen Zentrumsleute lassen uns nicht vererzbergern!" und der „Bauernkönig", der frühere Reallehrer Dr. Heim, rief aus: „wir verurteilen die Miesmacher und das Friedensgewinsel des Reichstags! Der Reichstag hat sich von einem Alleswisser und Wichtigtuer an der Nase herumführen lassen!" An Stelle des Grafen Hertling wurde am 16. November der königliche Kabinettschef v. Dandl Ministerpräsident. In Nürnberg wurde am 22. Dezember eine Gesellschaft zur Herstellung einer Großschiffahrtsstraße von Aschaffenburg bis Passau gegründet (Kapital 6 Mill. Mark, Vorstand Geh. Rat Dr. v. Großmann).

c. Württemberg. Am 4. Januar erhielt der Metallfabrikant Robert Bosch das Ehrenbürgerrecht von Stuttgart, weil er an Weihnachten 1916 zugunsten der Erbauung des Neckarkanals eine Stiftung von 13 Mill. Mark gemacht hatte. Wenn der Bau des Kanals nicht spätestens am 1. Januar 1926 begonnen wird, so verfällt die ganze Stiftung der Wohlfahrtspflege. Am 13. Januar wurde der Botschaftsrat in Konstantinopel, Freiherr v. Neurath, zum kgl. Kabinettschef als Nachfolger des Freiherrn Julius v. Soden ernannt. Der Kaiser verlieh dem König Wilhelm II. am 25. Januar den Orden pour le mérite in Anerkennung der Fürsorge des Königs für seine Truppen und der vorzüglichen Leistungen dieser Truppen. Am 4. Februar wurde bekannt gegeben, daß die Weinbaufläche 1915 noch 12 177 ha betragen hatte, 1916 aber wieder zurückgegangen war auf 11 454 ha, die Zahl der Weinbaugemeinden von 392 auf 372. Der Ertrag war 1916 zusammen 70 276 hl gewesen, also auf das Hektar 6,14 hl

gegen 16 hl im Jahr 1915 und gegen 8,43 im Durchschnitt der Jahre von 1906—1915. Der Durchschnittspreis für das hl war 1916 155,41 Mk., ein unerhörter Fall; in dem ausgezeichneten Weinjahr 1911 waren nur 80,24 Mk. bezahlt worden. Infolge dieses hohen Preises erlösten die Winzer trotz des mageren Ertrags 10 818 273 Mark (gegen 25 Mill. in dem gesegneten Weinjahr 1915). Der Herbst von 1917 hat noch viel höhere Preise gebracht, 260—270 Mark auf das Hektoliter, insgesamt 56 Millionen! Am 7. März wurde vom Kriegsministerium ein Kriegswirtschaftsamt eingerichtet zur Sammlung von Arbeitern, Pferden, landwirtschaftlichen Maschinen, zur Bestellung der Felder und Einbringung der Ernte. Im Oberamt Gerabronn wurden vom 28. Februar bis 5. März 28 938 Eier abgeliefert, gegen 2—3000 in den vorhergehenden Wochen. Besonders taten sich hervor die Gemeinden Blaufelden, Herrentierbach, Oberstetten und Wiesenbach. Die Stadt Stuttgart hatte am 1. April ein Vermögen von 178 595 280 Mk. 95 Pfg. Nach Abzug von 89,5 Mill. Verbindlichkeiten blieben 89 081 098 Mk. Reinvermögen. Der städtische Haushalt erforderte rund 50 Mill., die Umlage belief sich auf 7%. Auf die 6. Kriegsanleihe wurden bis 16. April 555 Mill. gezeichnet (auf die 1. 108,5, auf die 2. 319,9, auf die 3. 432, auf die 4. 414, auf die 5. 403). Zusammen hat Württemberg 2223,4 Mill. aufgebracht. Aufsehen erregte, daß am 21. Mai der Küfer des Stuttgarter Ratskellers, Ackerle, wegen Vergehens gegen das Weingesetz (Zuckerung ohne Angabe ans Publikum!) zu 300 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde, Gemeinderat Theurer wegen Anstiftung dazu zu 400 Mk.; dieser erhielt noch 10 Mk. Strafe, weil er den gezuckerten Wein auf der Weinkarte als reinen Wein verzeichnet hatte. Die Beklagten hatten überdies die Kosten des Verfahrens zu tragen, und die 38 Fässer mit den 40 000 Liter gezuckerten Weins wurden eingezogen. Die

eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht verworfen. Die Staatseinnahmen beliefen sich nach dem Bericht des Finanzministers v. Pistorius vom 2. Juni auf 122 498 914 Mark, die Ausgaben auf 120 990 787 Mk., so daß ein Überschuß von 1 508 127 Mk. vorhanden war. Die Einkommensteuer hatte auf Grund der neuen Sätze allein ein Mehr von 7 730 000 Mark ergeben. Betreffs der Zulassung von Männerorden richtete der Führer des Zentrums, Generalstaatsanwalt v. Kiene, am 16. Juni eine Anfrage an die Regierung; „ein paar Orden" sollten doch zugelassen werden. Der Kultminister Dr. v. Habermaas erwiderte, daß der — allein zuständige — Bischof ein Verlangen nicht ausgesprochen habe; die Regierung halte eine Erörterung der Sache aus naheliegenden Gründen während des Krieges nicht für erwünscht; nachher werde die Angelegenheit geprüft werden. Alle Parteien stimmten dieser Antwort zu; keine verhielt sich ablehnend gegen Männerorden; aber die Nationalliberalen bezeichneten staatliche Sicherheiten, besonders auch betreffs der toten Hand, als unerläßlich. Bei der allgemeinen Staatshaushaltsbesprechung betonte der Ministerpräsident Dr. v. Weizsäcker am 23. Juni die Gefahr, welche die alldeutschen Umtriebe bedeuten, das Zusammenstehen Württembergs mit der Reichsregierung, die Notwendigkeit der ersten Kammer; das Frauenstimmrecht lehnte er ab. Wegen der Kriegsteuerung wurden den staatlichen Beamten mit einem Einkommen bis zu 2700 Mk. jährlich 300 Mk., den höher besoldeten 200 Mk. gewährt; dafür waren 23 Mill. Mk. erforderlich. (Die große Aufbesserung von 1911 hatte 11½ Mill. beansprucht.) Am 1. August wurde der Staatshaushalt gegen die 3 unabhängigen Sozialisten genehmigt. (Durch den Tod Westmeyers am 15. November ging ihre Zahl auf 2 zurück.) Für 1916—17 belief sich der Haushalt auf 121 086 432 Mk., für 1917—18 auf 120 940 787. Das Kammergut warf 49 942 236 Mk. ab, die

Steuern 72 556 678 (davon entfielen auf die direkten 54,9 Mill., auf die indirekten 17,6). Die Eisenbahnen ertrugen 27 358 160 Mk. Am 7. Dezember trat der 70jährige Staatsminister der Justiz, Dr. v. Schmidlin, eine feine, vornehme Natur von strenger Sachlichkeit, nach elfjähriger Amtszeit in den Ruhestand und erhielt den Staatsrat Mandry (geb. 1866) zum Nachfolger. Damit trat wieder ein Katholik in das Ministerium ein (wie früher Mittnacht, Schmid und Pischek). Mandry war der erste Minister des Königreichs, der infolge der am 1. September 1913 erfolgten Aufhebung des mit der vierten Rangstufe verbundenen Personaladels das „von" entbehrte. Das Königshaus verlor am 11. Oktober den Thronfolger Herzog Philipp durch den Tod. Er war als Sohn des Herzogs Alexander und der Prinzessin Marie von Orleans 1838 geboren und zunächst evangelisch getauft worden; nach dem Tod seiner Mutter ließ ihn deren Wunsch gemäß sein Vater katholisch erziehen. Seines Alters wegen hatte Herzog Philipp auf seine Anwartschaft auf den Thron schon längst tatsächlich zugunsten seines Sohns Herzog Albrecht verzichtet.

d. Sachsen. Der Kultusminister Dr. Beck erklärte am 2. März es für notwendig, daß im sächsischen Gymnasialunterricht der Geschichte, Erdkunde und deutschen Sprache und Literatur mehr Berücksichtigung gezollt werden müsse. Derselbe teilte am 10. Mai in der zweiten Kammer mit, daß Sachsen mit voller Zustimmung des Königs im Bundesrat gegen die Aufhebung des Jesuitengesetzes gestimmt habe; das Reichsjustizamt teile übrigens den Standpunkt der Regierung, daß der § 56 der sächsischen Verfassung fortbestehe, welcher den Jesuiten den Aufenthalt und die Niederlassung in Sachsen untersage. Am 1. Juni wurde auf den sächsischen Bahnen die I. Klasse in allen Zügen außer den Fernzügen abgeschafft. Am 4. Juli entstand eine Spannung zwischen Ministerium und Kammer, weil diese mit 50 gegen 25 Stim-

men die Einsetzung einer „Zwischendeputation“ über die Wahlreform nur annehmen wollte, wenn eine solche Zwischendeputation über die allgemeine Verfassungsreform gebildet werde; dies lehnte die Regierung aber ab. Als der Minister des Innern sagte: die Triebfeder der Soldaten sei die Königstreue! antwortete ein Nationalliberaler: nein, die Vaterlandstreue! Der Verfassungsausschuß lehnte am 26. September mit 9 gegen 7 Stimmen den sozialistischen Antrag ab, daß in § 42 die Pflicht der Krone aufgenommen werde, vor Entlassung und Berufung von Ministern das Präsidium der 2. Kammer zu hören. Angenommen wurde der sozialistische Antrag auf einjährige statt zweijährige Tagung.

e. Baden. Der sozialdemokratische „Volksfreund“ des Abgeordneten Kolb schrieb am 27. Januar: „Der Kaiser ist das verfassungsmäßige Oberhaupt unseres Vaterlandes. So wie man erst in der Zeit der Not den Freund erkennt, so erkennt das Vaterland, was es an seinem ersten Diener hat, als den der Kaiser sich bezeichnet hat. Wenn man alle vergangenen Mißverständnisse beiseite läßt, so wird heute jeder Deutsche sagen können, daß der Kaiser in der schweren Zeit seiner großen Verantwortung in hohem Maße gerecht wird. Was wir an ihm schätzen dürfen, ist ein ausgeprägtes Pflichtgefühl. Der Kaiser hat zurzeit auch unser Vertrauen. Noch nie waren Kaiser und Volk so einig.“ Der Minister des Innern, v. Bodman, erklärte sich am 21. Februar damit einverstanden, daß ihn ein parlamentarischer Beirat von acht Mitgliedern bei den Ernährungsmaßnahmen unterstütze. Am 28. November kündigte die Sozialdemokratie den seit 1909 bestehenden Großblock ohne vorherige Verhandlungen auf, weil die Übereinstimmung über wichtige Fragen mit den Nationalliberalen nicht mehr vorhanden sei. Darauf wurde der Landgerichtsdirektor Zehnter (als Mitglied der stärksten Fraktion, des Zentrums) zum Präsidenten der Zweiten Kammer gewählt; der

bisherige Präsident Rohrhurst (nationalliberal) wurde erster, der Sozialdemokrat Geiß zweiter Vizepräsident. Der Finanzminister Rheinboldt teilte am 12. Dezember in der zweiten Kammer mit, daß im Reich 5 Milliarden Kriegsgewinnsteuer eingegangen seien, wovon 208 (= $^1/_{24}$) auf Baden entfielen. Am 22. Dezember trat der „Staatsminister" (Ministerpräsident) Alexander v. Dusch (geb. 1851, 1904 Minister, 1905 Staatsminister) zurück; an seine Stelle als Staatsminister kam der Minister des Innern Freiherr v. Bodman (geb. 1851); das erledigte Ministerium des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen erhielt der Präsident des Oberlandesgerichts Düringer (geb. 1855). Am 24. Dezember, am Christabend, wurde Mannheim durch Flieger beschossen und 2 Menschen getötet, 10 verwundet, darunter Kriegsgefangene. Ein anderer Angriff erfolgte am 28. Dezember nachts auf Lahr, ohne daß Menschen verunglückten.

f. Hessen. Der Finanzminister Dr. Becker teilte am 15. März mit, daß das Land bis jetzt 436 Mill. Kriegsanleihe gezeichnet habe. Am 24. März einigten sich die Fraktionen dahin, daß nach dem Kriege das Einkommensteuergesetz sozialer gestaltet, besonders das Kinderprivileg mehr ausgebaut werden solle; die unteren Steuerklassen sollen dann wegfallen.

g. Elsaß-Lothringen. Bei der Eröffnung des oberelsässischen Bezirkstags in Colmar wurde Ende Januar der Stabsarzt und Kammerpräsident Dr. Ricklin zum Vorsitzenden gewählt. Er widmete dem „auf unrichtige Voraussetzungen hin nach München abgeschobenen" und dort gestorbenen Preiß (dem Genossen der offenkundigen Hochverräter Blumenthal und Wetterle) einen Nachruf, obwohl Preiß am 13. Februar 1913 in der geographischen Gesellschaft zu Paris ausdrücklich erklärt hatte, daß es trotz des Frankfurter Friedens angesichts der Proteste von Bordeaux und Berlin eine elsaßlothringische Frage gebe. Ferner befürwortete Ricklin die

Wiederwahl des früheren Vorsitzenden des Armenschiedsamts Tempe, des nächsten Freundes des Wetterle, der in Schutzhaft saß. Der altelsässische Bürgermeister Dr. Spindler von Münster und der Bürgermeister Bußer von Horburg legten auf das hin ihre Mandate nieder, weil sie der im Bezirkstag herrschenden Stimmung nicht beitreten wollten. Der oberelsässische Bezirkspräsident v. Puttkamer richtete zustimmende Schreiben an beide, erkannte ihre erprobte deutsche Gesinnung an und nannte die Vorgänge bedenklich. Im April wurden die Vorschriften über die Liquidation der britischen Unternehmungen in Deutschland auf die französischen ausgedehnt. Das hatte eine große Bedeutung für Elsaß-Lothringen, weil hier eine Menge französischer Unternehmungen bestand. In Metz allein waren etwa 600 Häuser französisches Eigentum, mit einem Kapitalwert von etwa 24 Millionen Mark, in Straßburg 150; der französische Bodenbesitz im Reichsland belief sich auf 25—30 000 ha — Wälder, Jagdgebiete, welche militärischer Ausspähung dienten, Fabriken, so in Mülhausen, Grafenstaden, Hayingen, Großmoyeuvre. Die französische Familie de Wendel besaß an beiden letzten Orten seit alter Zeit für etwa 600 Mill. Hochöfen, Stahl- und Walzwerke, mit einem Erzeugnis an Roheisen, Stahl und Walzfabrikaten von gegen 3 Mill. Tonnen. Aller dieser Besitz wird nun entweder vom Staat angekauft oder an deutsche Eigentümer überführt. Die deutsche Erzreserve in Lothringen beträgt 3 Milliarden Tonnen, die französische 10 (davon 3 Milliarden in Briey-Longwy, 5 in der Normandie, 2 sonstwo). Behalten wir die Minen von Briey und Longwy im Frieden, so ständen unsere Reserven auf 6, die Frankreichs auf 7 Milliarden. Unsere Erzeinfuhr kommt aus Rußland, Schweden, Spanien, Frankreich. Der Landtag wurde am 6. Juni eröffnet; Ricklin wurde mit 29 gegen 17 Stimmen wieder zum Präsidenten der 2. Kammer erwählt.

Er und der Präsident der 1. Kammer, Dr. Höffel, erklärten, daß das elsaß-lothringische Volk den Krieg nicht gewollt habe; es wünsche den Ausbau seiner staatlichen Stellung in seiner Zugehörigkeit zum deutschen Reich zu vollenden; es wolle untrennbar mit dem deutschen Reich verbunden bleiben. „Wir legen," sagte Ricklin, „dieses Bekenntnis laut vor aller Welt ab; möge es überall gehört werden!" Die Worte erhielten dadurch besonderes Gewicht, daß der elsaß-lothringische Landtag auf Grund des allgemeinen gleichen Wahlrechts gewählt ist. Wenn Preiß in jener Rede zu Paris „eine präzise, augenfällige und freie Kundgebung des elsaß-lothringischen Volks im Sinn der Zugehörigkeit zu Deutschland verlangt hatte, damit die elsaß-lothringische Frage verschwinde", so war diese Kundgebung nunmehr doch wohl erfolgt. Als die neutralen Zeitungsschreiber am 4. Juni in Metz eintrafen, sagte der frühere Reichstagsabgeordnete Grégoire zu ihnen: „es ist eine Posse von der Befreiung unseres Landes zu reden; es will deutsch bleiben!" Der Straßburger Professor W. Kapp wies am 14. August in der „Süddeutschen Zeitung" darauf hin, daß Elsaß-Lothringen einst von den kerndeutschen Stämmen der Alemannen und Franken besiedelt wurde, daß die Abdachung der Vogesen unmerklich ins rheinische Schiefergebirge übergeht, dem es durch die zwei Flußländer der Mosel und Saar angegliedert ist. Otfried von Straßburg, Reinmar von Hagenau, Gottfried von Straßburg, Erwin von Steinbach, Tauler, Fischart sind klangvolle Namen in der deutschen Kulturgeschichte, nicht minder Martin Schongauer, Hans Baldung, Gailer von Kaisersberg, Wimpfeling, Sebastian Brant, Butzer, Jakob und Johannes Sturm. Goethe fand „in Straßburg bei alt und jung eine liebevolle Anhänglichkeit an alte Verfassung, Sitte, Sprache und Tracht", und Jakob Grimm hat bezeugt, „daß das Elsaß, schmählich verlassen von Kaiser und Reich, sich selbst beistand und Sprache, Sitte

und Tracht aufrecht hielt". Angesichts solcher Tatsachen wagen es die französischen Revanchards von dem französischen Elsaß zu faseln!

h. Andere Staaten. Der Landtag von Coburg-Gotha nahm am 11. März gegen die 7 sozialistischen Stimmen das Gesetz an, nach dem Mitglieder des Herrscherhauses, die einem ausländischen Staat angehören, in dem Fall, daß dieser Staat Krieg mit Deutschland führt, von der Nachfolge ausgeschlossen werden. Das Handelsunterseeschiff Bremen, über dessen Verbleib lange Unsicherheit geherrscht hatte, wurde im Mai für verloren gegeben, und die bremische Eisenbahnbehörde stellte demgemäß für die auf dem Schiff beförderten amerikanischen Wertpapiere auf Verlangen der Eigentümer Neuausfertigungen aus. In den Hansestädten sind Bestrebungen auf Reform des Wahlrechts amtlicherseits im Gang.

III.

Österreich-Ungarn.

a. Österreich. Am 25. Januar erging das kriegsgerichtliche Urteil gegen die tschechischen Abgeordneten Kramarsch, Rasin und Genossen. Es lautet auf Tod, „weil Kramarsch schon lange vor dem Krieg unter der Maske des Neuslawismus die Lostrennung der tschechisch-slowakischen Gebiete von der Monarchie bezweckt habe". Dabei war der (nach Kriegsausbruch entflohene) Professor Masaryk sein Helfershelfer gewesen. Auf Kramarsch Tätigkeit gehen laut des Urteils zurück die beklagenswerten Erscheinungen bei einem Teil der tschechischen Bevölkerung (Verbreitung russischer Ansprachen, Siegeskundgebungen für den Feind, Unterlassung der von verschiedenen tschechischen Führern beabsichtigten Loyalitätskundgebungen, das der Kameradschaft hohnsprechende Betragen

tschechischer Kriegsgefangener, Unzuverlässigkeit von Mannschaften und Truppenteilen, staatsgefährliche Ausschreitungen bei einzelnen tschechischen Truppenteilen). Die Verhandlung habe aber doch erwiesen, daß nur ein verhältnismäßig kleiner Teil des tschechischen Volkes und seiner Führer der verbrecherischen Agitation unterlegen sei. Die Tschechen haben sich, so wurde vom Gericht erklärt, in ihrer überwiegenden Mehrheit wie immer sehr tapfer geschlagen, was die blutigen Verluste und die erhaltenen Auszeichnungen beweisen. Kramarsch wurde vom Kaiser zunächst zu 15 Jahren schweren Kerkers begnadigt, Rasin zu 10, Cerwinka und Zamapol zu 6 Jahren.

Das Ministerium Clam-Martinitz, das am 22. Dezember 1916 gebildet worden war, zählte in seinen Reihen zwei zuverlässige Deutsche, den Handelsminister Urban und den Landsmannminister Bärnreuther. Diese waren auf die Zusicherung hin eingetreten, daß die Regierung gemäß § 14 die deutschen Forderungen für die Neuorientierung (vornehmlich nationale Abgrenzung in Böhmen, deutsche Staatssprache, brauchbare Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses, Sonderstellung Galiziens und damit Beseitigung der ehernen slawischen Mehrheit im Reichsrat) durchführen und dann erst den seit August 1914 nicht mehr berufenen Reichsrat zusammentreten lassen werde. Aus Rücksicht auf die politische Lage aber, welche die russische Revolution geschaffen hatte, wagte der Graf Clam dieses Versprechen nicht einzulösen; er fürchtete die Slawen, welche den zarenfrei gewordenen Russen gegenüber mehr Zuneigung und weniger Furcht empfanden, zu verstimmen und berief den Reichsrat sofort; mit diesem aber die Erfüllung der deutschen Forderungen zu vereinbaren war ausgeschlossen. Als dies ersichtlich wurde, traten Urban und Bärnreuther am 18. April zurück, und ihnen schloß sich der polnische Landsmannminister Bobrzynski an. Eine Audienz, welche am 20. April eine deutsche Abordnung unter der Führung des

Wiener Bürgermeisters Weiskirchner bei Kaiser Karl hatte, gab dem Kaiser Anlaß die unbedingte Staatstreue der Deutschen zu rühmen, diese aber auch zur ferneren Bewährung dieses Sinnes zu mahnen; die Ziele seiner Regierung, versicherte er, bleiben dieselben — werden sie aber auch betätigt werden, oder behalten im Zweifelsfall die Slawen immer das letzte Wort? Das war die Frage, welche sich die Deutschen vorlegen mußten. Wesentlich war, daß seit dem 18. Februar der deutsche Nationalverband und die Christlichsozialen, also weitaus die Mehrzahl der Deutschen, sich über feste Richtlinien des deutschen Volks in Österreich vereinigt hatten (Festhalten an dem bewährten Bündnis mit dem deutschen Reich; inniger wirtschaftlicher Zusammenschluß mit diesem, eventuell in Form von Zoll- und Handelsbündnis; Änderung der Verfassung und der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses; Sicherung der deutschen Staatssprache als eines Staatsbedürfnisses und des deutschen Charakters der deutschen Kronländer und der Hauptstadt Wien; Sonderstellung Galiziens, ohne Lockerung des Staatsgefüges; Wahrung der wirtschaftlichen Interessen Österreichs im Verhältnis zu Ungarn).

Am 30. Mai erfolgte nun der Zusammentritt des Reichsrats, zu dessen Präsidenten Groß vom deutschnationalen Verband als der stärksten Fraktion gewählt wurde. Sofort zeigte es sich, daß die schweren Bedenken gegen die Einberufung des Parlaments nur zu gerechtfertigt gewesen waren. Statt den Anforderungen der Stunde gerecht zu werden, also die Geschlossenheit aller Nationalitäten gegen den auswärtigen Feind zu betonen und zu bekräftigen, ging die slawische Mehrheit mit Schroffheit gegen die Deutschen vor und beantwortete die Forderung der deutschen Staatssprache mit dem Beschluß, daß die Aufnahme auch solcher Reichsratsreden, die in nicht deutschen Sprachen gehalten seien, ins amtliche Protokoll zu erfolgen habe. Dann meldeten die Tschechen den Fortbestand

ihrer Ansprüche auf Verkündigung des böhmischen Staatsrechts an und verlangten dessen Ausdehnung auch auf die slowakischen Bezirke des nördlichen Ungarn; ebenso holten die Südslawen ihre Forderung des südslawischen Reichs im Reiche hervor. Der Polenklub, verärgert über die Vorenthaltung der galizischen Sonderstellung, welche ihm natürlich nur als Vorstufe zur Vereinigung Galiziens mit dem neuen Polenreich galt, beschloß mit 28 gegen 12 konservative Stimmen der Regierung den Staatshaushalt zu verweigern; allerdings waren bei der Abstimmung im Klub von 74 Abgeordneten nur 40 anwesend; aber das war schließlich doch ein Zeichen, daß die 34 Fehlenden für das Ministerium nichts tun wollten. Vergebens bot ihnen Clam-Martinitz die Ernennung des Grafen Tarnowski zum Statthalter Galiziens (statt eines Generals wie bisher), zwei Ministerposten (den für Justiz und einen Landsmann-Minister) und große finanzielle Zuwendungen für Galizien; auch forderte er die Sozialisten am 23. Juni zum Eintritt in sein Kabinett auf. Die Polen ließen sich nicht gewinnen, und die Sozialisten lehnten ab, weil sie international versöhnlich wirken wollten, also nicht an der Regierung eines kriegführenden Staats mitwirken könnten (!), und weil die Verfassungszustände die Möglichkeit einer Verantwortung ausschlössen. So von verschiedenen Seiten im Stich gelassen, nahm der Graf am 25. Juni seinen Abschied, und der bisherige Ackerbauminister v. S e i d l e r bildete zunächst ein Beamten-Ministerium, dem das Abgeordnetenhaus am 26. Juni mit 292 gegen 150 Stimmen den vorläufigen Staatshaushalt genehmigte. Am 23. Juli erschien ein, wie es heißt, von dem Direktor der Kabinettskanzlei Grafen Polzer dem Kaiser angeratener k a i s e r l i c h e r A m n e s t i e - E r l a ß für alle Personen, die wegen Hochverrats, Majestätsbeleidigung und Aufruhrs verurteilt oder in Untersuchung verwickelt waren, „damit die Politik des Hasses, welche der Weltkrieg auslöste,

durch eine Politik der Versöhnlichkeit ersetzt werde". Dadurch wurden offenkundige langjährige Hochverräter (wie Kramarsch) auf freien Fuß gesetzt. Der deutsche Nationalverband ließ deshalb durch sein Mitglied Dobernig am 4. Juli im Abgeordnetenhaus seine schweren Bedenken zum Ausdruck bringen, und die Christlichsozialen erklärten beklommen, daß sie nur hoffen wollten, daß dem Kaiser nicht mit Undank gelohnt werde. Am 13. Juli erfolgte ein Zusammentritt der Deutschen der beiden Häuser des Reichsrats unter dem Vorsitz des Fürsten von Fürstenberg; es wurde eine Erklärung über die Notwendigkeit der nationalen Abgrenzung in Böhmen erlassen und ein Treubund zur Erhaltung des Deutschtums gestiftet. Das sog. wirtschaftliche Ermächtigungsgesetz wurde am 14. Juli vom Abgeordnetenhaus in der Gestalt genehmigt, welche ihm das Herrenhaus gegeben hatte.

Weil die politischen Parteien die Bildung eines parlamentarischen Kabinetts als unzeitgemäß ablehnten, wurde das Ministerium v. Seidler am 30. August endgültig als Beamtenkabinett errichtet. Das Unterrichtswesen übernahm Cwiklinski, die Eisenbahnen Banhans, die Justiz Schauer, die Finanzen Wimmer, die Landesverteidigung F.-Z.-M. L. Czapp, den Handel Weiser, den Ackerbau Graf Tarouca-Silva. Ohne Geschäftszweig trat ein Mataja (bisher Landsmannminister für Galizien); die soziale Fürsorge erhielt Zolger, die für Volksgesundheit Horbaczewski (dieses Ministerium wurde neu geschaffen). Als Hauptaufgabe bezeichnete eine offiziöse Mitteilung die Kräftigung der inneren Wirtschaft, die Überleitung in die Friedenswirtschaft, den Ausbau der Verfassung, den nationalen Ausgleich. Als die charakteristische Gestalt des Kabinetts ward der Graf Tarouca angesehen, ein früher konservativer böhmischer Magnat wie Graf Clam-Martinitz, der sich zum „Gesamtösterreicher" entwickelt hatte. Ob die — im Grund selbstver-

ständlichen — Ziele des Ministeriums sich verwirklichen lassen, ist abzuwarten; an guten Vorsätzen und gut gemeinten Worten hat es auch früher schon nicht gefehlt.

Am 23. Oktober bewilligte ein aus dem deutschen Nationalverband, Christlichsozialen, Polen, polnischen Sozialisten, Italienern, Ruthenen der Bukowina, Rumänien und 2 Juden bestehende Mehrheit von 243 gegen 175 (Tschechen, Slovenen, Sozialisten) dem Ministerium einen vorläufigen Staatshaushalt für 4 Monate (nicht für 6, wie verlangt war). Eine neue Kreditvorlage erhielt am gleichen Tag 227 gegen 170 Stimmen. Der Krieg hatte bis dahin 41,2 Milliarden Kronen verschlungen, was eine Zinsenlast von 1702 Mill. verursachte. Die Deutschradikalen traten am 18. Oktober aus dem Nationalverband aus, weil er ihnen nicht energisch genug auftrat. Kaiser Karl entging am 10. November mit knapper Not dem Tod des Ertrinkens in einem Wildbach, der in den Isonzo strömt, weil er seinen in Todesgefahr geratenen Leibjäger Riesenbichler retten wollte. Das Duell wurde am 11. November im ganzen Heer verboten. Den tschechischen Ansprüchen gegenüber betonte Seidler Ende November, daß der Bestand der Kronländer unangetastet erhalten werden solle und bei den Friedensverhandlungen solche Ansprüche nicht erfüllt werden würden. Am 5. Dezember wurde der provisorische Ausgleich mit Ungarn vom Abgeordnetenhaus genehmigt. Am 6. Dezember richten Schürff und Genossen (90 deutsche Abgeordnete) eine Anfrage über das Verhalten der Tschechen im Weltkrieg an das Ministerium und legten eine 640 Seiten Maschinenschrift enthaltende Denkschrift hierüber vor. Am gleichen Tag erklärte der Ackerbauminister Graf Tarouca-Silva, daß der Ertrag des österreichischen Ackers durch nachdrückliche künstliche Düngung von einem Wert von 4931 Mill. Kronen auf 6830 gesteigert werden könne. Verwende man bestes Saatgut und verbessere man

die Bodenbereitung, so könne man bis zu 9 Milliarden statt annähernd 5 gelangen.

b. Ungarn. Hier vollzog sich am 23. Mai sehr unerwarteterweise ein großer Umschwung. Noch am 12. April hatte der Ministerpräsident Graf Stephan Tisza vom König Karl die Erlaubnis erlangt, das Abgeordnetenhaus, weil die Opposition stürmisch auf das allgemeine gleiche Wahlrecht drang und von nichts anderem hören wollte, zu vertagen, und am 29. April richtete der König ein Schreiben an den Grafen, in dem er ihm für seine erprobte Treue und seine Leistungen für das Königreich Dank und Anerkennung aussprach und auf die feste Mehrheit hinwies, die Tisza im Abgeordnetenhaus habe. Trotzdem erhielt der Graf schon am 23. Mai seine Entlassung, weil er sich weigerte ein „Koalitions"- oder „Konzentrations"-Ministerium aus allen Parteien zu bilden und weil er vom gleichen Wahlrecht — als einer für den Staat zersetzenden Neuerung — nichts wissen wollte. Die Nachfolgerfrage war, da der Minister zwar gestürzt war, seine Mehrheit aber fortbestand und Neuwahlen im Krieg auf große Bedenken stießen, sehr schwer zu lösen. Am 9. Juni wurde der erst 36jährige Graf Esterhazy (geb. 1881) zum Ministerpräsidenten ernannt; er übernahm das Innere, Graf Apponyi den Kultus, den Handel Graf Serenyi, die Justiz der Demokrat Vazsonyi, die Finanzen Gratz, die Landesverteidigung F.-M.-L. Szumay; Minister für Kroatien wurde Graf Zichy, Minister am allerhöchsten Hoflager Graf Batthyany. Am 23. Juni entwickelte Esterhazy im Abgeordnetenhaus sein Programm, das vor allem in der radikalen Wahlreform gipfelte, und der Graf Andrassy, der selbst am Ministerium nicht teilhatte, erklärte: die Verfassung müsse demokratisiert werden; es sei eine Schande, daß zurzeit kein einziger Arbeiter im Abgeordnetenhaus sitze; Tiszas Hartnäckigkeit sei eine Gefahr für den Staat gewesen, der unbedingt mit den veränderten

Verhältnissen rechnen müsse. Zum Präsidenten des Hauses wurde mit 188 gegen 138 Stimmen Tiszas Gefolgsmann Szcacz gewählt; also erwies sich, daß das koalierte Kabinett lediglich von Tiszas gutem Willen abhing. Esterhazy hatte nicht das Ansehen, um diese Lage zu beherrschen; deshalb übernahm am 20. August der alte Parlamentarier Wekerle, an sich ein Gesinnungsgenosse der Liberalen, also Tiszas, die Ministerpräsidentschaft. Er sprach sich im Parlament für das feste Bündnis mit Deutschland aus, dann für Durchhalten bis zum Sieg, allgemeines Wahlrecht, Achtung der Rechte der Nationalitäten; im Heerwesen sollten die magyarischen Wünsche erfüllt werden (also soll wohl die magyarische Kommandosprache und die Zweiteilung des Heeres gewährt werden). Den tschechischen Ansprüchen auf Oberungarn trat Wekerle im Abgeordnetenhaus am 24. November mit aller Schärfe entgegen, indem er erklärte, daß die Krone nötigenfalls ihre volle Herrschermacht ins Treffen führen werde, um den Bestand des ungarischen Bodens zu wahren. Die neue Wahlrechtsvorlage brachte der Minister Vazsonyi am 21. Dezember im Abgeordnetenhaus ein; sie wurde einem Ausschuß von 42 Mitgliedern überwiesen. Nach dem vorläufigen Eindruck sucht die Vorlage das allgemeine Wahlrecht unter vielen Klauseln, welche der Magyarenvorherrschaft günstig sind, durchzuführen.

c. Gemeinsames. Im Laufe des Jahrs fanden zahlreiche Besuche der Herrscher, der leitenden Staatsmänner und Heerführer hinüber und herüber statt. Wir erwähnen, daß am 18. Januar die Ministerpräsidenten Graf Clam-Martinitz und Graf Tisza in Berlin waren; am 12.—13. Februar erschien Kaiser Wilhelm II. in Wien bei dem neuen Kaiser Karl, welchen Besuch das Kaiserpaar, begleitet von Freiherrn v. Burian und dem neuen Generalstabschef Arz v. Straußenberg, am 3. April im deutschen Hauptquartier erwiderte. Im September besichtigte Kaiser Wilhelm II. die rumänischen Schlachtfelder; auf

der Rückfahrt gab ihm Kaiser Karl bis Oderberg das Geleite. Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg war am 13. Mai in Wien, Michaelis am 1. August, ebenso am 31. August der neue Staatssekretär v. Kühlmann. Graf Czernin hat sich am 18. April im deutschen Hauptquartier eingefunden, am 14. August in Berlin zu gemeinsamer Beratung. Endlich stattete Hindenburg und Ludendorff am 2. Juli einen Besuch in Wien ab, und der Generalfeldmarschall sagte zu einem Berichterstatter: „Der Krieg ist für uns gewonnen, wenn wir den feindlichen Angriffen standhalten, bis der Unterseebootskrieg sein Werk getan hat. Die verbündeten Heere sind nicht zu schlagen. Ich nehme das felsenfeste Vertrauen mit, daß Deutschland und Österreich-Ungarn unerschütterlich zusammenstehen werden bis zum siegreichen Ende." Am 31. Juli hatte Graf Czernin auf die tückische Äußerung Lord Cecils im Unterhaus: „Deutschland ist der Hauptfeind, nicht Österreich", erwidert, daß Österreich-Ungarn bis zur Erreichung der Sicherheit seines Bestandes kämpfen werde, und die Neue freie Presse hat den bieder tuenden Engländer daran erinnert, daß die Hetzerei gegen Österreich auf dem Balkan 1908 gerade von England aus betrieben worden sei. Am 3. Oktober sprach sich Czernin in Budapest bei einem von Wekerle gegebenen Essen im Hinblick auf die ungeheure durch den Krieg hervorgerufene Belastung der Völker für allgemeine Abrüstung nach dem Krieg und schiedsgerichtliche Austragung aller Streitigkeiten aus. Am 7. Dezember wies, nachdem erstmals seit Kriegsausbruch wieder eine Einberufung der Delegationen möglich geworden war, Czernin in der ungarischen Delegation mit größtem Nachdruck die Unterstellung zurück, als ob Österreich-Ungarn von Deutschland getrennt werden könnte. Er erklärte, daß Österreich-Ungarn ebenso für Elsaß-Lothringen kämpfe, wie Deutschland für Lemberg und Triest, und daß er es mit Freuden begrüßen würde, wenn die Umstände es mit

sich bringen sollten, daß österreichisch-ungarische Truppen an der Westfront eingriffen, wie die Deutschen an der Ostfront so oft geholfen haben.

Den Oberbefehl der österreichisch-ungarischen Heere hatte bisher der Erzherzog Friedrich geführt (Enkel des Siegers von Aspern, geb. 1856). Am 15. Februar wurde er seiner Stellung enthoben und der Kaiser übernahm selbst den Oberbefehl. Am 2. März erfolgte auch die Änderung im Generalstab, dessen Chef Freiherr Conrad v. Hötzendorff durch Freiherrn Arz v. Straußenberg ersetzt wurde. Conrad trat darauf an die Spitze des Heeres, das Trient gegen die Italiener zu verteidigen hatte; er kannte diese Gegend, für deren Befestigungen er von jeher in tiefem Mißtrauen gegen Italien umsichtig gesorgt hatte, aufs genaueste. Die österreichische Flotte verlor um diese Zeit (24. Februar) ihren ausgezeichneten Leiter, den Großadmiral v. Haus, der ihr vor allem den kühnen Angriffsgeist, von dem sie so oft Kunde gab, eingehaucht hatte. In die Lücke trat der Vizeadmiral Keiler v. Kaltenfels; Befehlshaber der Kriegsflotte wurde Vizeadmiral Riegovan. Am 15. Februar wurde Kaiser Wilhelm II. zum Großadmiral der österreichischen Flotte ernannt.

Um den Ernährungsschwierigkeiten besser zu begegnen, wurde am 3. März ein für beide Teile der Gesamtmonarchie gemeinsamer Ernährungsausschuß in Wien geschaffen. Er sollte als Vermittler zwischen den bürgerlichen und militärischen Behörden dienen; die Leitung erhielt der General Landwehr v. Pragenau; unter ihm standen Ernährungsinspektoren. Die Notwendigkeit der Fürsorge für die bedürftigen Volksschichten wurde sehr betont. Die fünfte Kriegsanleihe erbrachte 6 234 610 000 Kronen, wovon 4,464 Mill. bar, 1,770 durch Umtausch erlegt wurden.

IV.

Rußland und Finland.

a. Rußland. Trepow, der am 24. November 1916 an Stelle des (des Strebens nach Sonderfrieden verdächtigen) Stürmer Ministerpräsident geworden war, mußte am 10. Januar schon wieder abtreten und dem Fürsten Golyzin Platz machen, der für bessere Lebensmittelbeschaffung sorgen sollte. Zu Anfang des Januar wurde der etwa 50 Jahre alte sibirische Bauer Rasputin, der, ein schöner, stattlicher Mann, als Wundermann (Staretz) verehrt wurde und auf Kaiser und Kaiserin einen mystischen Einfluß übte, im Garten des Fürsten Jussupow ermordet und in die Newa geworfen. Obwohl selbst ein Großfürst an dem Mord beteiligt gewesen sein soll, wurde doch eine förmliche Untersuchung nicht angestellt. Rasputin war der herrschenden, von England und Frankreich gestürzten Kriegspartei als Befürworter des Friedens verhaßt, und dies hat wohl ebenso zu seiner Ermordung beigetragen wie der Groll derer, welche ihn um seine mächtige Stellung beneideten und ihn als habsüchtig und sittenlos verschrien. Dabei fiel gerade damals ein grelles Licht auf die englisch-russischen Beziehungen, indem das Wolffsche Telegraphenbüro ein bezeichnendes Schreiben des englischen Gesandten in Teheran, Townley, an den englischen Generalkonsul in Schiras veröffentlichte. Es war vom 6. April 1915 datiert. In ihm war verlangt, daß dem russischen Handel in Persien auf jede Weise das Wasser abgegraben und der russische Einfluß abgedämmt werde, im Interesse des indischen Handels und aus politischen Gründen; es gelte Ispahan und Umgebung der englischen Sphäre einzugliedern. Eine Zusammenkunft der Verbündeten fand am 1. Februar in St. Petersburg statt; von Frankreich kam der Minister des Auswärtigen

Doumergue, für England Lord Milner, und die Verbündeten drangen in den Zaren, daß er durch Berufung eines liberalen Ministeriums die Eintracht mit der Duma herstelle. Der offiziöse „Temps“ unternahm einen lehrreichen Vorstoß, indem er erklärte, daß die innere Politik Rußlands im Sinn der äußersten Rechten geleitet werde, und diese sei gegen ein weiteres Zusammengehen mit den Westmächten, weil sie davon liberale Reformen befürchte. Wie man sieht, mit vollem Recht. Der Zar aber lehnte die Vorschläge seiner Bundesgenossen ab und entschloß sich die Duma zu vertagen, um ihren Einspruch zu ersticken.

Das aber gab nun das Zeichen zur Revolution. Schon lange litt Rußland unter schweren Ernährungsnöten; in Odessa war z. B. die Bevölkerung zwei Tage in der Woche ohne Brot, drei Tage ohne Fleisch; dabei wüteten Seuchen; in St. Petersburg wurde anfangs März Brot gar nicht mehr gebacken. So brach ein Aufruhr aus; es wurde die Intendantur gestürmt, und es gab einige hundert Tote und Verwundete. Am 11. März weigerte sich die Duma nach Hause zu gehen; das neue Arsenal rechts der Newa beim finischen Bahnhof und das große Justizgebäude wurden von der Menge erstürmt, am 12. die Admiralität und der Winterpalast, die am linken Newaufer nahe beisammen liegen. Das Entscheidende war, daß die Truppen, selbst die Garde, mit den Aufrührern gemeinsame Sache machten und die Polizei, welche auf den Dächern Maschinengewehre aufpflanzte, der Masse natürlich nicht gewachsen war. Am 15. März war die Hauptstadt in den Händen der Revolution; alle Minister wurden verhaftet, und ein Vollzugsausschuß der Duma, zwölf Mann stark, übernahm die Gewalt. Er bestellte den Obersten und Abgeordneten Engelhardt zum Kommandanten von St. Petersburg. Darauf wurde ein neues Ministerium gebildet, an dessen Spitze Fürst Lwow trat. Das Äußere erhielt der

Kadettenführer und Englandfreund Miljukow; die Justiz übernahm der Führer der Trudowiki, der „kleinen Leute“, Kerenskij; das Kriegswesen der Oktobrist Gutschkow. Diese „vorläufige Regierung“ kündigte am 16. an: allgemeine Amnestie, Freiheit des Gewissens, der Presse und der Vereine, Streikrecht, Abschaffung aller sozialen, religiösen und nationalen Beschränkungen, Gewährung aller sozialen Rechte auch für die Soldaten, Ersetzung der Polizei durch eine gewählten Anführern unterstehende Nationalmiliz, Gemeindewahlen nach dem allgemeinen Wahlrecht für alle Russen, Männer und Weiber, von 18 Jahren an, und Berufung einer verfassunggebenden Versammlung auf Grund desselben radikalen Wahlrechts.

Da nicht anzunehmen war, daß der Zar Nikolaus II. gewillt und der Mann sei, das neue Rußland zu leiten, so wurde er durch eine Abänderung der Duma unter Gutschkows Führung in Pskow, wo er sich gerade aufhielt, aufgesucht und ihm die Notwendigkeit der Abdankung klar gemacht. Gemäß seiner passiven Natur nahm der Zar die Eröffnung sehr ruhig auf und legte in der Tat mittelst Manifests vom 16. März seine Krone nieder, „damit der Krieg siegreich zu Ende geführt und die Organisation aller Kräfte erleichtert werde“. Er entsagte auch im Namen seines seit langem kränklichen Sohnes Alexei und übertrug die Thronfolge auf seinen Bruder, den Großfürsten Michael Alexandrowitsch. Dieser kündigte in einem Manifest an, daß er die oberste Gewalt unter der Voraussetzung übernehme, daß eine Volksabstimmung ihn dazu ermächtige, und überließ damit die letzte Entscheidung der verfassunggebenden Versammlung. Die bisher noch beobachteten dynastischen Rücksichten wurden aber rasch vollends abgestreift; der Großfürst kam gar nicht in die Lage, auch nicht vorübergehend, Regierungsbefugnisse auszuüben, und das Zarenpaar wurde aus Sorge vor einer Gegenrevolution am 21. März in Zarskoje-Selo gefangen gesetzt. Es

scheint wohl, daß einzelne Generale sich vorhielten, daß ihr Treueid und ihre persönliche und militärische Ehre von ihnen forderten den Zaren nicht zu verlassen. Keiner aber hat schließlich solchen Gewissensregungen nachgegeben, und man darf wohl sagen, daß schmählicher und ruhmloser noch nie eine uralte und dem Anschein nach unerschütterliche Monarchie zusammengebrochen ist als die russische. Selbst für das portugiesische Königtum, das sein Träger Dom Manuel 1910 feig preisgab, haben doch portugiesische Truppen ihr Blut vergossen; in Rußland hob sich keine Faust für den Zaren, der freilich durch seine jämmerliche Charakterschwäche und Haltlosigkeit das Meiste dazu getan hat, daß die russische Monarchie sang- und klanglos verschwand. Am 14. August wurde das Zarenpaar, um etwaige Pläne einer Gegenrevolution zu erschweren, nach Tobolsk in Sibirien gebracht. Für seine Verpflegung und die der ihm belassenen Bedienten wurde von der vorläufigen Regierung eine Summe von 16 000 Rubeln ausgesetzt; die Arbeiter murrten noch darüber und meinten, man solle dem „Nikolai Romanow", wie er nun schlechtweg hieß, nicht mehr zu essen geben als sie selbst hätten.

Am 23. März erfolgte die Anerkennung der revolutionären Regierung durch die Verbündeten Rußlands, von denen keiner etwas für den Zaren zu tun sich bemüßigt fühlte. Am 24. März wurde dem Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch der ihm vom Zaren wieder übertragene Oberbefehl abermals entzogen und am 16. April General Alexejew damit betraut. Am 29. hob der Kriegsminister Gutschkow die Kriegsgerichte auf; am 1. April wurde die Todesstrafe abgeschafft, und gemäß der Erklärung vom 16. den Frauen das Wahlrecht zu der verfassunggebenden Versammlung zuerkannt. Es bildete sich ein „Arbeiter- und Soldatenrat" (Sovjet) von 1600 Mitgliedern neben der vorläufigen Regierung; er war die

Verkörperung der proletarischen Massen und verlangte die Errichtung der Republik durch die verfassunggebende Versammlung; dem Krieg wollte er gemäß Beschluß vom 4. Mai ein Ende machen durch einen Frieden „ohne Annexionen und Entschädigungen".

Weil der Minister des Auswärtigen Miljukow und seine Partei, die Kadetten, mit dieser Formel nicht einverstanden waren, vielmehr als geschworene Englandfreunde den Krieg bis zur Zerschmetterung und Verstümmlung Deutschlands und seiner Genossen und bis zur Einnahme Konstantinopels fortsetzen wollten, kam es zu einer Krisis, in deren Verlauf der Kriegsminister Gutschkow am 14. und Miljukow am 16. Mai zurücktreten mußten. Es bildete sich eine neue Regierung, der vier Sozialisten angehörten; der maßgebende Mann war Kerenskij, welcher statt des Justizministeriums das des Krieges übernahm. Das neue Ministerium erließ am 19. Mai eine Erklärung für den Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen, aber auch dagegen, daß eine Niederlage der Verbündeten zugelassen werden dürfe; es enthielt das ein erneutes Bekenntnis zu der Allianz gegen Deutschland, und auf das Angebot, welches (laut unbestritten gebliebener Angaben des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Haase in der Sitzung vom 19. Juli) von Seite des deutschen Oberkommandos im Osten brieflich dem General Dragomirow über eine Besprechung übermittelt wurde, ist von ihm zwar eine Empfangsbescheinigung ausgestellt, sachlich aber mit keinem Wort erwidert worden. Ebenso erging es einem Waffenstillstandsvorschlag, den der Stab unseres Hauptkommandierenden am 19. Mai den Frontabteilungen der 8. und 9. russischen Armee machte.

Kerenskij blieb im Anfang seiner Vergangenheit treu, indem er am 26. Mai den Befehl herausgab, daß die Soldaten

alle bürgerlichen Rechte besitzen sollten, also z. B. das der Teilnahme an Vereinen, daß sie außer Dienst die bürgerliche Kleidung anlegen dürften und der Gruß gegenüber den Offizieren freiwillig sein sollte. Damit solle aber nicht Zuchtlosigkeit einreißen; die Welt solle vielmehr sehen, daß die Freiheit ein Unterpfand der Kraft, nicht der Schwäche sei. Die Entwicklung war freilich anders; die Soldaten und Unteroffiziere durften Ausschüsse bilden, welche ihre berechtigten Interessen wahrnehmen sollten, welche sich aber bald in alles mischten und alles kritisierten, und die Mannszucht zerfiel in solchem Grade, daß die Offiziere sich nicht mehr getrauten Befehle zu geben oder doch nicht auf ihnen zu bestehen. Von den vorhandenen Parteien gingen am weitesten die Bolschewiki, die „Maximalisten", welche die äußersten sozialistischen Forderungen aufstellten, im Gegensatz zu den Menschewiki, den Minimalisten, welche sich vorerst mit einem Mindestmaß begnügen wollten. Der Führer der Maximalisten war der aus der Schweiz zurückgekehrte Lenin (eigentlich Wladimir Uljanow), gegen den die Regierung bald einschreiten mußte; er erklärte Miljukow für einen Volksverräter und Kurland als logischerweise zu Deutschland gehörig; die deutschen Sozialdemokraten erschienen ihm als mit einziger Ausnahme Liebknechts dem Imperialismus verfallen. Im Verlauf der Erörterungen über den annexionslosen Frieden bestimmte die Iswestija, das Organ des Petersburger Sovjets, Annexion dahin, „daß es die Aneignung eines Gebiets bedeute, das am Tag der Kriegserklärung einem andern Staat gehörte". Eine allgemeine Versammlung aller Sovjets in St. Petersburg wiederholte die Forderung eines annexionslosen Friedens; außerdem forderte sie Selbstverwaltung, Landverteilung, Zusammentritt der verfassunggebenden Versammlung, und lud alle sozialistischen Parteien der Welt auf den 28. Juni zu einer Beratung in Stockholm ein, wo eine Abrechnung mit den Regierungen und

den mit ihnen verbundenen imperialistischen Klassen, als den eigentlichen Urhebern des Kriegs, vorgenommen werden sollte.

Um diese Zeit ward auch immer klarer, daß mit dem Zarentum der eiserne Reif geplatzt war, welcher das russische Reich als eine gewaltsame Verklammerung vieler verschiedener Nationalitäten zusammengehalten hatte; nunmehr strebten die lange Unterdrückten nach Freiheit und Selbständigkeit. Eine große Anzahl von Städten und Landschaften erklärte sich für selbständige Republiken, so Kronstadt, wo die von jeher revolutionär gesinnte Flottenmannschaft das Heft in die Hand nahm, der Regierungsbezirk Kostroma (84 000 qkm, mehr als Bayern, 1½ Millionen Seelen), die Städte Kirsanow, Irkutsk u. a. Wenn das indessen fast durchweg nur kurzdauernde Tageserscheinungen waren, so steht es anders mit Finland und der Ukraine. Über Finland sprechen wir unten mehr; die Ukrainer aber, deren nationales Leben das Großrussentum seit bald 300 Jahren grausam niederdrückte, gab sich eine rada, einen regierenden Ausschuß in Kiew, der anfangs Juli, gestützt, wie er sagte, auf drei Millionen ukrainische Soldaten, beschloß, daß keine Weisung aus St. Petersburg befolgt werden dürfe, ehe er sie gutgeheißen habe. Der Lemberger „ruthenische“, d. h. ukrainische, Professor Hruschewskij war der geistige Lenker der rada; auf sein Betreiben forderte die rada völlige Autonomie der Ukraine, eine Stellung etwa wie die Bayerns innerhalb des deutschen Reiches, eigenes Ministerium, auch des Auswärtigen, eigenes Heer und Zulassung ukrainischer Vertreter beim Friedenskongreß. Die Bevölkerung wurde angewiesen, die Steuern nur an die neue Regierung in Kiew abzuliefern. Am 19. August gab die vorläufige Regierung in St. Petersburg ihre Zustimmung dazu, daß in Kiew ein „Generalsekretariat“ errichtet werde, das bis zur Entscheidung der verfassunggebenden Versammlung die Selbstverwaltung der Ukraine leiten sollte. Es zerfiel in sieben

Abteilungen, d. h. Ministerien, für Inneres, Finanzen, Landwirtschaft, Unterricht, Handel und Industrie, öffentliche Arbeiten und nationale Fragen. Die Ukraine ward bestimmt als das Gebiet von Kiew, Wolhynien, Podolien, Poltawa und Tschernigow. Die Generalsekretäre sollten von der rada gewählt und von der St. Petersburger Regierung bestätigt werden; diese behielt sich auch die Genehmigung aller Gesetze für die Ukraine vor. Am 27. Oktober wurde der Kreuzer Swistlana der ukrainischen Regierung übergeben, und alle Schiffe im schwarzen Meer hißten die ukrainische Flagge. Das alles verstimmte die vorläufige Regierung doch sehr, so daß sie am 1. November der rada die bisher gezahlten Gelder sperrte. Darauf erfolgte am 20. November die Ausrufung „der mit Großrußland verbundenen ukrainischen Republik“ und die Ausschreibung der Wahlen zum ukrainischen Landtag auf 9. Januar. Auf das Angebot des Vielverbands, er wolle die ukrainische Republik anerkennen, wenn sie den Krieg fortsetze, antwortete die rada amtlich, daß die Ukrainer zu beiden kriegführenden Parteien gute Beziehungen zu unterhalten wünsche, verkündigte also Neutralität. Da die Ukrainer die Bewegung Kaledins unterstützten, erließ die Regierung der Bolschewiki ein Ultimatum an sie, worin ihr das Recht völliger Unabhängigkeit von Rußland zugesprochen, aber Abrücken von Kaledin gefordert wurde. Hierüber kam es zur äußersten Spannung. Anfangs Dezember beschloß auch der esthnische Landtag die Berufung einer verfassunggebenden Versammlung und die Unabhängigkeit Esthlands; einstweilen legte er sich selbst die oberste Gewalt bei. Ende November wurde auch die Ausrufung einer sibirischen Republik gemeldet, an deren Spitze Potapin trat; er erließ ein Getreideausfuhrverbot gegen das übrige Rußland. Da aber Wahlen für die Nationalversammlung vorgenommen wurden, so scheint Sibirien in einem russischen Bundesstaat bleiben zu wollen.

Die zunehmende Zerrüttung des Landes ward für Kerenskijs Haltung bestimmend: der ursprüngliche Freiheitsmann verwandelte sich mehr und mehr in einen Gewaltherrscher. Um das Erlöschen des Kriegs, der seit der Revolution von russischer und klugerweise auch von deutscher Seite tatsächlich eingestellt war, zu verhüten, sprengte Kerenskij wieder das Gerücht aus, daß Deutschland die Herstellung des Zarismus begünstige — wogegen der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg schon am 29. März feierlich Zeugnis abgelegt hatte — und ließ durch die Soldatenausschüsse (ein Teil freilich lehnte ab) den Beschluß einer neuen Offensive fassen, welche zum Schutz des Vaterlandes und seiner Freiheit gegen die Deutschen notwendig sei. Der Vorstoß begann am 30. Juni mit einem furchtbaren Trommelfeuer und am 1. Juli mit dem Vormarsch von 20 Divisionen in der Richtung von Breczany, und die Regimenter, welche hier angriffen, erhielten den Titel „Regimenter des 1. Juli.“ Freilich war dieser Offensive ein völliger Mißerfolg beschieden, und durch Heimzahlung derselben verloren die Russen Ostgalizien, die Bukowina und Riga. In St. Petersburg kam es in den Tagen des 16. bis 18. Juli zu blutigen Kämpfen zwischen regierungstreuen Truppen und solchen, welche, maximalistisch beeinflußt, sich geweigert hatten an die Grenze zu gehen und nun aufgelöst werden sollten. Der Ministerpräsident Fürst Lwow erklärte am 21. Juli seinen Rücktritt, weil er die „Agrar-Reform“, d. h. die Beschlagnahme des adeligen Grundbesitzes durch die Bauern, nicht gut heißen konnte, und Kerenskij trat nun selbst an seine Stelle. Er fand solche Schwierigkeiten bei dem Versuch eine Regierung zu bilden, daß er am 3. August seine Entlassung nahm. Es war aber nur ein Schreckschuß für die Parteien, welche ohne ihn der Lage nicht mehr gewachsen waren; nach einer langen Beratung der Minimalisten, Demokraten und Kadetten wurde

er aufgefordert wieder an die Spitze zu treten, unter der Bedingung, daß die Grundsätze der Demokratie maßgebend bleiben, er selbst aber „vom Druck der politischen Parteien unabhängig sein“ solle. Es war wohl nur eine Formel für die Erklärung diktatorischer Vollmacht; aber bereits erhob sich von militärischer Seite eine Gegenwirkung, indem der zum Generalissimus ernannte General Kornilow am 10. September an Kerenskij die Forderung stellte, er solle ihm die gesamte Zivil- und Militärgewalt übergeben, worauf er nach seinem Ermessen eine neue Regierung ernennen werde. Man glaubte, daß Kornilow seine Forderungen an der Spitze des Heeres durchsetzen werde und Kerenskijs Laufbahn zu Ende sei; in London und Paris, wo man ihn nicht energisch genug fand, ließ man ihn schon ebenso fallen wie früher den Zaren, und bezeugte Kornilow offenes Wohlwollen. Aber es ergab sich, daß das russische Heer in der Tat durch die innere Wühlerei so weit demokratisiert war, daß es für eine Reaktion nicht zu gewinnen war. Kornilow wurde von Kerenskij abgesetzt und am 16. September von seinen Leuten verlassen, so daß er sich ergeben mußte. Nachträglich wurde alles amtlich auf ein Mißverständnis zurückgeführt.

Nun schritt Kerenskij am 16. September zur Erklärung, daß Rußland eine Republik sei, was eigentlich nur der verfassunggebenden Versammlung zustand, und es folgten anfangs Oktober Beratungen einer großen „demokratischen Konferenz“, aus welchen die Berufung eines Vorparlaments hervorging, aus etwa 175 Mitgliedern der Linken bestehend und von dem Sozialisten Tscheidse gelenkt; ihm sollte die Regierung nicht juristisch, aber moralisch verantwortlich sein. Am 20. Oktober trat es im Marine-Amt zu Petersburg zusammen, konnte aber keine Wirksamkeit entfalten, weil es auch als Organ Kerenskijs galt und die Massen des russischen Volks,

wie der frühere Botschafter in Tokio, Rosen, am 9. Oktober an den Schriftsteller Maxim Gorki schrieb, nach Frieden lechzten und dem Regiment einer diesem Frieden widerstrebenden einflußreichen Minderheit ein Ziel setzen wollten. Aus diesem Grund neigten sich die Massen den Bolschewiki zu, deren kommunistisches Programm durch die Beanspruchung des Landes der Großgrundbesitzer für die Bauern auch diesen wohl gefiel. Dem Vielverband bereitete die immer mehr hervortretende Friedensneigung der Russen sehr viel Sorge und Unlust, und wie aus den später veröffentlichten Geheimpapieren hervorging, forderten die Botschafter der Großmächte am 9. Oktober das Ministerium auf dafür zu sorgen, daß Rußland eine Großmacht bleibe in einer Weise, welche der Minister des Auswärtigen Tereschtschenko als Demütigung, als eine Sprache empfand, wie man sie gegen einen Vasallen führt. Am 6. November verlangte „der revolutionäre Ausschuß des Soldaten- und Arbeiterrats" (des „Sovjets"), daß die Petersburger Garnison unter seine Aufsicht gestellt werde, und als dies nicht geschah, bemächtigten sich die Revolutionäre am 7. November nach einem Gefecht des Winterpalastes und verhafteten das Ministerium. Kerenskij entrann und bot Truppen auf, unterlag aber am 12. bei Zarskoje Selo den Maximalisten. Diese bildeten nun eine neue Regierung, an deren Spitze Lenin trat, mit der Losung: sofortiger Friede, Übergabe des ganzen Landes an die Bauern, Beseitigung der inneren Not. Die Generale Kornilow und Kaledin (Führer der Kosaken) setzten den Kampf zwar fort, verloren aber am 12. Dezember Kaluga an die Bolschewiki; ja am 15. Dezember hieß es sogar fälschlich, Kaledin sei gefangen. Zum Volksbeauftragten für das Auswärtige wurde von der neuen Regierung Trotzkij bestellt, der sofort am 24. November allen Botschaftern einen Waffenstillstand zum Zwecke der Herbeiführung eines Friedens „ohne Annexionen und Kontributionen" vor-

schlug und mit der Veröffentlichung der von dem Zaren mit den Verbündeten geschlossenen geheimen Verträge begann. Darüber waren die Verschwörer in London und Paris natürlich sehr ungehalten. Sie konnten es aber nicht verhindern, daß die Bolschewiki-Regierung anstatt des Obergenerals Duchonin, der sich ihr widersetzte, einen Fähnrich Krylenko zum Oberanführer ernannte (Duchonin ist im Kampf gegen ihn von den Soldaten aus seinem Eisenbahnwagen gestürzt und so getötet worden) und am 7. Dezember mit Deutschland, Österreich, der Türkei und den Bulgaren eine Waffenruhe abschloß, die bis 17. dauern sollte. Sie wurde am 15. in einen förmlichen Waffenstillstand auf allen russischen Fronten in Europa und Asien verwandelt, der bis 14. Januar laufen und, wenn er nicht gekündigt würde, automatisch sich fortsetzen sollte. Während des Stillstands wurden alsbald Friedensverhandlungen eröffnet. (S. unten S. 179.) Da die Gesandten des Vielverbands die Beziehungen zu der bolschewikistischen Regierung abbrachen, und in England befindliche Bolschewiki an der Abreise verhindert wurden, hielt Lenin auch Engländer, die abreisen wollten, mit Gewalt fest. Die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung wurden nun unter Teilnahme des Heeres in ganz Rußland angeordnet und ergaben im Heer für die Bolschewiki 555 000 Stimmen, für die „revolutionären Sozialisten" 178 000, für die Kadetten nur 10 700. Am 11. Dezember trat die Versammlung in St. Petersburg zusammen; unter 377 bekannten Wahlen fielen 221 auf die Sozialrevolutionäre, 131 auf die Bolschewiki, 12 auf die Kadetten.

b. Finland. Die russische Revolution hatte die Wirkung, daß die seit langen Jahren unterdrückten Finen sich wieder aufrichteten. Der harte Generalgouverneur Seyn wurde durch die vorläufige Regierung am 20. März abgesetzt; es folgte am 1. April die Zurücknahme aller seit 30 Jahren erlassenen einschränkenden Bestimmungen, der Erlaß einer Amnestie und

die Berufung des Landtags. Dessen seit Jahren nach Sibirien verbannter Präsident Svinhufvud durfte zurückkehren, und Kerenskij begrüßte am 15. April namens der Regierung den Landtag mit der Zusage, daß Finland für immer frei sein, aber Rußland brüderliche Hilfe leisten solle. Die Generalgouverneursstelle wurde Stachowitsch übertragen, der ein Ministerium aus allen Parteien bildete (4 Sozialisten, 3 Jungfinen, 3 Altfinen, 1 Schwede, 1 Agrarier). Den Vorsitz führte er selbst; sein Stellvertreter sollte der Sozialist Tokoi sein. Nun stellten sich aber die Finen auf den Standpunkt, daß Rechte auf die Regierungsgewalt in Finland nur der Zar gehabt habe; nach dessen Sturz trete von selbst die Unabhängigkeit des Landes in Kraft. Die vorläufige Regierung ließ das natürlich nicht gelten; nach ihrer Ansicht war sie die Rechtsnachfolgerin des Zaren auch in Finland, und als am 20. Juli „der erste Landtag des autonomen Finland“ in Helsingfors zusammentrat, löste sie ihn auf. Der Landtag legte sich darauf mit ¾ Mehrheit die Befugnisse einer vorläufigen Regierung bei. Nunmehr wurde Finland am 7. August zur Kriegszone erklärt und am 18. Stachowitsch ermächtigt, weitere Versammlungen des Landtags mit Gewalt zu verhindern; zu diesem Zweck ließ er das Landtagshaus militärisch besetzen. Die Neuwahlen wurden von der Bevölkerung nun vorgenommen, worin ein Zurückweichen vor den Russen lag, und ergaben eine Mehrheit von 54,3 % für die bürgerlichen Parteien, 45,7 % für die Sozialisten, welche damit ihre bisherige Mehrheit einbüßten; sie erlangten 92 Sitze, die Gegner 111 (der bürgerliche Block erhielt 64, die Agrarier 26, die Schweden 21). Dem neuen Landtag wurden am 9. Oktober Gesetzesentwürfe vorgelegt, welche Finland für eine Republik unter einem Präsidenten erklärten, die Bestimmung der Beziehungen zu Rußland dem Urteil der verfassunggebenden Versammlung Rußlands vorbehielten und die allgemeine Wehrpflicht einführten.

Die Sozialisten fügten sich aber in ihre Niederlage nicht, sondern erhoben am 16. November offenen Widerstand; sie erklärten den neuen Landtag für ungültig und beriefen den aufgelösten, in dem sie die Mehrheit hatten, wieder nach Helsingfors ein. Finland wurde zur „Republik in Verbindung mit der russischen Republik" erklärt. Aus diesen Dingen entwickelte sich eine allgemeine Anarchie mit Plünderung und Mord, was wieder die bürgerlichen Parteien ans Ruder brachte. Von ihnen wurde Svinhufvud als Präsident der Republik aufgestellt und diese endgültig errichtet.

c. Polen. Der Staatsrat erließ am 6. April eine Erklärung, die besagte: Die neue russische Regierung biete den Polen Gebiete an, welche ihr nicht unterstehen, übertrage die Festsetzung der Grenzen zwischen Rußland und Polen der russischen verfassunggebenden Versammlung und wolle Polen militärisch mit Rußland verbunden halten. Die Polen könnten aber den Jahrhunderte alten Streit über die ethnographischen Grenzen Polens und Rußlands nicht der einseitigen Entscheidung einer russischen Versammlung überlassen; auch müßten sie darauf bestehen, daß Polen eine verfassungsmäßige Monarchie sei, eine starke Regierung und ein eigenes Heer habe. Sie wünschten ein freundliches Verhältnis zu Rußland, wollten aber nicht Krieg gegen die Zentralmächte führen, die ihre Unabhängigkeit verbürgt haben. Am 13. April teilte der deutsche Generalgouverneur Beseler dem Staatsrat mit, daß das polnische Hilfskorps ihm von Österreich-Ungarn als Grundlage eines polnischen Heeres übergeben worden sei. Am 26. April wurde statt des Rubels eine eigene Münze eingeführt, die polnische Mark, welche mit der deutschen gleichwertig ist. Auch wurde eine Darlehenskasse errichtet, welche Scheine im Wert von ½ Mk. bis 100, dann solche zu 500 und 1000 Mk. ausgab. Am 27. April wurde der Anführer der polnischen Legion, Graf Szeptycki, statt des Feldzeugmeisters Kuk österreichischer Gene-

ralgouverneur in Lublin. Die Polen waren aber mit dem langsamen Ausbau ihres Staats nicht zufrieden. Der Staatsrat forderte am 1. Mai die Ernennung eines Regenten und eines Ministeriums; die galizischen Abgeordneten kamen am 20. Mai in Krakau zusammen und verlangten frischweg „ein unabhängiges Polen mit Zutritt zum Meer", also Abtretung eines Stücks von Westpreußen!! Einige Wochen vorher, Ende April, hatte ein Mitglied des „polnischen Nationalkomitees", Lutoslawski, in Paris öffentlich erklärt: „Polen ist nur unabhängig, wenn es zu seiner historischen Wiege, Posen und Gnesen, die Reichtümer der oberschlesischen Beckens um Oppeln und wenn es Danzig als Zugang zum Meer besitzt. Deutschland wird diese Landschaften gutwillig nicht abtreten; wir werden also seine eifrigsten Feinde bleiben, wie wir es seit 500 Jahren gewesen sind. Das Verhältnis Polens und Rußlands wird nach dem Krieg in jeder Hinsicht besser sein als vorher. Ein starkes Polen kann Rußland dazu helfen, daß es wirtschaftliche Beziehungen zu der Entente unterhält statt zu Deutschland. Polen wird für die Verbündeten ein wertvoller Vermittler zu Rußland sein." Am 31. Mai wurde ein „nationales Komitee" gegründet, in dem sich die vier bisherigen Parteien verschmolzen. Das Programm war 1) verfassungsmäßige Monarchie auf demokratischer Grundlage, 2) starke Regierung und starkes Heer als Bürgschaften wirklicher Unabhängigkeit, 3) fortgesetzte Arbeit an der Verwirklichung des polnischen Staats ohne Rücksicht auf den Fortgang des Kriegs, 4) Bekämpfung anarchistischer Ideen. Daß die Zentralmächte Polen auf Polen beschränken wollen, bewies die Erlaubnis zur Errichtung eines besonderen litauischen Verwaltungsrats, welche der Befehlshaber im Osten, Prinz Leopold („Ober-Ost") am 5. Juni erteilte. Die Polen waren aber recht ungeberdig; am 24. Juni mußte die Universität Warschau wegen Widerspenstigkeit der Studenten und

Nichtzahlung der Kolleggelder geschlossen werden; der Befehlshaber der polnischen Legion, Pilsudski, ward wegen zweideutiger Haltung verhaftet und die polnische Legion wieder unter österreichischen Befehl gestellt, womit sie selbst wegen des ungebührlichen Verhaltens der Polen gegen ihre Befreier einverstanden war. In der Hoffnung aber, durch Ausbau des Staatswesens die Polen, welche über dessen Verzögerung und über mangelndes Zutrauen der Zentralmächte klagten, doch zu gewinnen — der Staatsrat gab sogar seine Entlassung — wurde am 1. September die Justizverwaltung selbständig gemacht, und am 15. September erließen beide Generalgouverneure eine Bekanntmachung, nach der ein Regentschaftsrat von drei Personen als Vertreter des künftigen Königs und ein vergrößerter Staatsrat errichtet werden sollten; dieser sollte gesetzliche Befugnisse erhalten, mit Ausnahme der Dinge, welche während des Kriegs noch den Zentralmächten vorbehalten bleiben müßten. Der Regentschaftsrat wurde aus dem Erzbischof von Warschau, Krakowski, den Fürsten Lubomirski und dem Großgrundbesitzer Ostrowski gebildet und als Ministerpräsident der Kronreferendar Kucharzewski, ein angesehener historisch-politischer Schriftsteller, eingesetzt. Am 8. Dezember bildete dieser ein vollständiges Ministerium. Amtlich hielt sich die neue Regierung leidlich und erkannte die Notwendigkeit des Einvernehmens des neuen Polen mit den Mittelmächten an; aber wo ihr Herz ist, das sah man daraus, daß am 12. Dezember Fürst Lubomirski eine Abordnung aus Krakau empfing, das bekanntlich zu Österreich gehört, und sich von ihr sagen ließ, daß das Ziel das eine, unteilbare, auf die bestehenden Grenzen nicht beschränkte Polen sei. Solche Vorgänge würde es rechtfertigen, wenn man in Berlin und Wien andern Sinnes würde und ohne tatsächliche Bürgschaften das mit deutschem und österreichischem Blut eroberte Land nicht aus der Hand gäbe. Kucharzewski erhob den Anspruch, daß

Polen, das am Krieg höchstens als russische Provinz teilgenommen hat, zu den Friedensverhandlungen zugezogen werde, aber bis jetzt ohne Erfolg.

V.

Skandinavien.

a. Dänemark. Am 27. März nahm König Christian X. feierlichen Abschied von den dänischen Antillen, die durch Verkauf an die Vereinigten Staaten übergingen. Er sprach aus, daß die Überzeugung, daß das Gedeihen der drei Inseln durch ihre Vereinigung mit den Vereinigten Staaten gesichert sei, seine Regierung bewogen habe der Übergabe zuzustimmen; alle religiösen und bürgerlichen Rechte der Einwohner seien gewährleistet und ihnen das Recht der Wahl ihrer Staatsangehörigkeit verbürgt. Am 24. April besuchte der König den schwedischen König Gustav V. in Stockholm. Die dänische Zeitung Nationaltidende schrieb am 8. August: „Der Gedanke, daß die Entente für die Freiheit der Nationen kämpfe, ist so grotesk, daß ein homerisches Gelächter als Antwort darauf sicher ist. Wir wollen unsere Nationalität behaupten, und haben dazu ein moralisches und historisches Recht. Den Engländern und Franzosen beizustehen, die uns 1864 Hilfe versprachen und uns im Stich ließen, kann man uns nicht zumuten.“ Am 1. September zerstörten englische Schiffe in jütischen Gewässern 4 bewaffnete deutsche Fischdampfer, verletzten also gröblich und wissentlich die dänische Neutralität. Am 24. September entschuldigte sich die englische Regierung und bot Ersatz des an dänischen Häusern durch Kugeln angerichteten Schadens an. Der isländische Althing verwilligte im März dem Dichter und Dozenten an der Universität von Reikjavik Bjarni Jonsson fra Vogi 1200 Kronen für die Vollendung seiner isländischen Übersetzung des

Faust. Das führende Blatt der Insel, Landid, veröffentlichte damals einen Artikel: „Weltgeschichtliche Frechheiten“, worin — trotz der Island umlauernden englischen Kriegsschiffe — der englische Lügenfeldzug gegen Deutschland gebrandmarkt wurde. Solche Stimmen zeigen, daß auch in Skandinavien nicht alles ins englische Horn stößt. Die Unabhängigkeitsbestrebungen Islands sind im Zunehmen, und am 21. November wurde berichtet, daß die Insel eigene Gesandte nach London, Washington und Ottawa (Kanada) abgeordnet habe und nur noch ihre nationale Flagge führen wolle.

b. Norwegen. Am 22. Januar gestand selbst der verbandsfreundliche „Sozialdemokraten“ zu, daß die Torpedierung norwegischer, Bannware nach England bringender, Schiffe durchaus berechtigt sei, und beklagte sich darüber, daß England nur solchen norwegischen Schiffen Kohlen gebe, welche englische Frachten mitnehmen. Der Unterseebootserlaß vom 13. Oktober 1916 wurde am 31. Januar den deutschen Wünschen gemäß abgeändert. Nach einer Geheimsitzung des Storthings, welche bis nachts halb 1 Uhr dauerte, wurde am 22. April das Verbleiben der Regierung im Amte und Festhalten an der strengsten Neutralität beschlossen, trotzdem die Vereinigten Staaten die Neutralen bedrängten, ihrem Beispiel zu folgen und mit Deutschland und dessen Verbündeten zu brechen.

c. Schweden. Kapitän Liljedahl sagte am 12. Januar im Aftonbladet: „Die Entfestigung der Aalandsinseln und die Herstellung des finischen Staats muß Schweden beim Friedensschluß mit allem Nachdruck betreiben.“ Dem Präsidenten Wilson gab der Minister des Auswärtigen Wallenberg am 9. Februar die vortreffliche Antwort: „Die Mittel, durch welche die Vereinigten Staaten das Kriegsübel abkürzen wollen, stehen durchaus im Gegensatz zu den Grundsätzen, welche die kgl. Regierung leiten. Sie will den Weg der Neutralität

und Unparteilichkeit gegen beide Teile weiter verfolgen und ihn nur verlassen, wenn die Lebensinteressen und die Würde der Nation sie dazu zwingen." Der Mangel an Lebensmitteln nötigte anfangs Februar die Tagesportion Mehl auf 250 gr, die Brotportion auf 325 gr weiches oder 300 gr hartes Brot festzusetzen. Die von dem konservativen Ministerium Hammarskjöld für Verteidigungszwecke geforderten 30 Mill. Kronen wurden aber am 3. März vom Reichstag in gemeinsamer Sitzung beider Kammern mit 187 gegen 172 Stimmen abgelehnt. Darauf nahm das Ministerium, welches die Maßregeln im Landesinteresse für unbedingt geboten hielt, seine Entlassung. Der König wollte sie zunächst nicht gewähren, ernannte aber am 29. März den Universitätskanzler und früheren Minister Swartz zum Ministerpräsidenten. Dieser bezeichnete als erste Aufgabe das Festhalten an folgerichtiger, unparteiischer Neutralität und das Fernbleiben vom Weltkrieg. Das war gar nicht nach dem Wunsch des sozialistischen Führers Branting, der am 7. April nach St. Petersburg reiste und dort gegen Deutschland hetzte, so daß eine schwedische Zeitung ihn „den schwedischen Venizelos" nannte. Am 10. Mai hielten die Ministerpräsidenten und auswärtigen Minister der drei skandinavischen Staaten eine Zusammenkunft in Stockholm. Ende Mai wurden durch uns die in Schiras gefundenen Schreiben der englischen Vertreter in Persien veröffentlicht, aus welchen hervorging, daß gegen Oberst Hjalmarson und die 20 schwedischen Offiziere, die 1911 zur Organisation des persischen Landjägerkorps berufen worden waren, seitens der Engländer in unglaublicher Weise gearbeitet worden war, weil sie sich nicht gegen Persien im englischen Sinn gebrauchen ließen, sondern ihre beschworene Pflicht allein als maßgebend erachteten. Hjalmarson wurde von dem damaligen englischen Gesandten Townley (jetzt im Haag) als ein Mann von schwachem Hirn bezeichnet, ein anderer Offizier

„als ein ungewöhnlich minderwertiger Mensch selbst für einen Schweden“. Dazu wurde Hjalmarson als Verräter angeschwärzt. Daneben steht, daß Townley, ehe er gegen die Schweden ergrimmte, sie sämtlich als schneidige Soldaten und eifrige Arbeiter geschildert hatte, welche ein treffliches Landjägerkorps geschaffen hätten. Am 12. September erhob der Staatssekretär der Vereinigten Staaten, Lansing, in Stockholm Beschwerde, daß der schwedische Gesandte in Buenos Ayres, Löwen, im Mai und Juli 1916 drei Telegramme des dortigen deutschen Gesandten, Grafen Luxburg, abgesandt habe, welche Deutschlands Beziehungen zu Argentinien betrafen und deren Text in Buenos Ayres schwere Verstimmung hervorrufen mußte. Das sei eine unneutrale Handlung, welche die Vereinigten Staaten sich nicht gefallen lassen könnten. Wallenberg antwortete, daß Schweden auch Telegramme der Vereinigten Staaten nach der Türkei befördert habe, und was den Amerikanern billig sei, müsse den Deutschen recht sein. Der eigentliche Zweck der Sache war, erstens Deutschland und Argentinien zu entzweien (hierüber Abschnitt XIV), zweitens die damals im Gang befindlichen schwedischen Wahlen zu beeinflussen. Diese Wahlen gingen am 27. September zu Ende und ergaben in der Tat eine Schwächung der deutschfreundlichen Konservativen. Diese erlangten nur noch 70 Sitze, die Liberalen 62, die Sozialisten 98, die Linkssozialisten 22. Die Konservativen verloren 16 Sitze, von denen 5 an die Liberalen, 11 an die Sozialisten fielen. Darauf versuchte König Gustav angesichts der gefährlichen Lage, ein Koalitionskabinett aus allen Parteien zu bilden, was die Sozialisten aber am 9. Oktober ablehnten, weil der Meinungsgegensatz über innerpolitische Fragen zu groß sei. Der König mußte sich also bequemen den liberalen Professor Edén an die Spitze des neuen Kabinetts zu stellen und Branting als Finanzminister anzunehmen. Doch erklärte auch dieses Ministerium, daß sein

Standpunkt der der unbedingten Neutralität sei. Die Veröffentlichung der russischen Geheimpapiere brachte Branting in den schweren Verdacht von England bestochen gewesen zu sein. Am 29. November fand wieder eine Zusammenkunft der drei Könige und ihrer Minister in Christiania statt, auf der beschlossen wurde, die Neutralität fortzusetzen und sich gegenseitig in der Ernährungsfrage zu unterstützen.

VI.

Die Balkanhalbinsel.

a. Türkei. Das Unterrichtsministerium veröffentlichte im Januar einen statistischen Bericht, wornach im ottomanischen Reich an Regierungsschulen 6255 Lehrer und 1005 Lehrerinnen 200 766 Knaben und 41 293 Mädchen unterrichteten. Privatschulen besuchten 126 284 Knaben und 61 571 Mädchen. Nichtmuhamedanische Schulen gab es 1962, in welche 152 744 Knaben und Mädchen gingen. Die Gesamtzahl aller Schüler betrug 582 666; auf 21,6 Millionen Staatsangehöriger sollten aber nach normaler europäischer Rechnung etwa 4 Millionen Schüler kommen. Es bleibt also noch viel zu tun; doch zeigen die Zahlen einen erfreulichen Fortschritt. Lehrerseminare gab es in Adrianopel, Smyrna, Adana, Angora, Bagdad, Beirut, Brussa, Haleb. Knabenlyceen bestanden 11 mit 6202 Schülern; dazu treten 69 Realschulen mit 10 671 Schülern. An den Hochschulen studieren 6677 Jünglinge. In den Sandschaks mit günstigen Verhältnissen kommt auf 4—800 männliche Einwohner eine Volksschule. Die Mädchen betragen in den Volksschulen 1—43% (diese Zahl in Konstantinopel). Am 16. Januar wurde bekannt, daß das deutsche Reich und die Türkei fünf Verträge für die Hauptländer und fünf für die deutschen Schutzgebiete abgeschlossen hatten, nach welchen beide Staaten die Rechtsverhältnisse ihrer Untertanen auf

dem Fuß der Gleichheit und Gegenseitigkeit ordneten. Die sog. „Kapitulationen“, welche im ottomanischen Reich die Angehörigen fremder Staaten der Landesjustiz entzogen und ihnen eigene Gerichtsbarkeit vorbehielten, wurden zur großen Befriedigung der Türken, welche darin ein Anzeichen minderer Achtung ihres Staates sehen mußten, von Deutschland aufgegeben. Die fünf Verträge betrafen 1) die Konsulatsverhältnisse, 2) den gegenseitigen Rechtsschutz, 3) die Niederlassungsverhältnisse, 4) die Auslieferung von Verbrechern, 5) die Zuführung von Wehrpflichtigen und Fahnenflüchtigen. Der türkische Minister des Auswärtigen, Halil, sagte in der türkischen Kammer: „Die glänzende Waffenbrüderschaft beider Völker ist bekräftigt. Eine neue Zeit der Wohlfahrt beginnt; für unser Land gilt nunmehr nur noch das allgemeine Völkerrecht. Ehrfurchtsvoller Dank gebührt dem Herrscher Deutschlands, der dieses Werk genehmigt hat.“ Die Verträge wurden sowohl vom türkischen Parlament (26. März) als vom Reichstag glatt und einstimmig genehmigt. Ein türkisches Rotbuch gab im Januar die von Frankreich und England in Syrien angezettelten revolutionären Umtriebe bekannt. Der Zweck war, den Süden Syriens unter ägyptische, will sagen, englische Schutzherrschaft zu stellen, den Norden bis Alexandrette unter französische; die Mitte des Landes sollte als ein „autonomes muhamedanisches Fürstentum“ eingerichtet werden, wofür England irgendeinen Prinzen leicht gegen Geld und gute Worte finden konnte. Ein „Zentralkomitee“, La Merkazye, in Kairo leitete die Verschwörung. Der französische Konsul Ottavi in Damaskus schrieb aber am 27. November 1913 an die Botschaft in Konstantinopel, „daß die Einsetzung eines ägyptischen Prinzen als Fürsten in Damaskus so schlimm für den französischen Einfluß in Syrien sein würde, wie wenn ein deutscher Prinz käme, ja vielleicht noch schlimmer“ — ein herrlicher Beweis für die wahren Gefühle, welche

Franzosen und Engländer für einander hegen. Auch italienische Umtriebe in Assir wurden von dem Rotbuch an den Pranger gestellt. Leider zeigt sich die Zerklüftung der Muselmänner darin, daß diese Umtriebe Erfolg hatten und Sajjed el Idrissi gegen den Sultan sich empörte, wie sich ein Magnat Hussein von Mekka von den Engländern als Großscherif aufstellen ließ und die heilige Stadt unter britischen Einfluß brachte. Am 31. Januar stimmte die Kammer der Einführung des gregorianischen Kalenders — also des 1582 von Papst Gregor XIII. verbesserten Kalenders — zu; nur für religiöse Dinge blieb der sog. Hedschrakalender in Kraft. Das Finanzjahr sollte künftig am 1. März beginnen. Da der Großwesir Prinz Halim über mangelnde Gesundheit klagte — ob über physische oder politische, möge dahingestellt bleiben — so ernannte der Sultan Mehemed V. am 4. Februar Talaat (geb. 1874) zum Großwesir, womit der reform- und deutschfreundliche „Triumvirat" — Enver, Dschemal und Talaat — fertig war. Talaat war einst einfacher Postmeister in Saloniki, arbeitete sich aber durch große Gewandtheit und Tüchtigkeit empor; er galt für ehrlich und äußerst tatkräftig. Das Ministerium des Äußeren gab Halil ab, um nach Abschaffung der Kapitulationen das Justizwesen zu organisieren. Am 13. Februar genehmigte der Senat ein deutsches Anlehen an die Türkei im Betrag von 42½ Millionen Pfund (zu 18 Mark 44 Pfg.). Der Kriegsminister Enver Pascha stattete am 24. März dem deutschen Hauptquartier und der Westfront einen Besuch ab, den er am 26. September wiederholte. Am 22. April erschien Talaat in Berlin, wo er 1909 als Gesandtschaftsmitglied gewesen war. Der Finanzminister Dschavid Bey war am 31. August in Berlin; um dieselbe Zeit ließ sich der Marineminister Dschemal Pascha die deutsche Flotte zeigen. Wie diese Besuche die engen politischen Beziehungen der Türkei zu Deutschland beleuchteten, so gab der

Besuch des bulgarischen Prinzen Kyrill und des bulgarischen Generalissimus Schekow, die am 18. April nach Konstantinopel kamen, lautredendes Zeugnis dafür, daß der alte Haß der Türken und Bulgaren infolge der neuen 1915 entstandenen Lage abgetan und das Gefühl der gemeinsamen Interessen voll lebendig war. Der Prinz bezeugte seine Bewunderung des tapferen türkischen Heeres, von dem ein paar Divisionen Schulter an Schulter mit den Bulgaren kämpften, und der Sultan antwortete in der verbindlichsten Weise. Wegen der Kriegserklärung der Vereinigten Staaten an Deutschland brach die Türkei ihre Beziehungen zu diesen am 20. April ab.

b. Griechenland. Die Entente hatte am 31. Dezember eine gemeinsame Note an die griechische Regierung gerichtet, worin verlangt war 1) Verbringung aller Geschütze, Munition und Mannschaften in den Peloponnes; 2) Verbot aller Reservistenvereine nördlich vom Isthmus, 3) Anerkennung der Aufsichtsbefugnisse der Verbündeten über Griechenland, als der „Schutzmächte“; 4) Freilassung aller wegen Unruhen Verhafteten; 5) Absetzung des kommandierenden Generals des ersten Korps, Kalloris; 6) Abgabe von Entschuldigungen für die Vorgänge vom 1. Dezember 1916. Als der Ministerpräsident Lambros zögerte, diese Forderungen zu erfüllen, wurde am 8. Januar ein Ultimatum von 48 Stunden gestellt, worauf Lambros nachgab; die Absetzung von Kalloris vollzog er aber erst auf neuen Druck am 29. Januar. Darauf wurden auch die Reservistenvereine, welche für den König und gegen die fremden Dränger waren, aufgelöst. Am 25. März kehrten die Gesandten nach Athen zurück und die Aufhebung der Blokade wurde angekündigt. Lambros, der harten Drangsal müde, machte am 26. April Zaimis Platz. Die Italiener besetzten am 10. Juni Jannina in Epirus und zwangen die griechischen Behörden nach Arta überzusiedeln;

erst im Oktober gaben sie zu, daß auf den Staatsgebäuden der Stadt wieder die griechische Fahne gehißt wurde. Der Sturz des Zaren beraubte den König Konstantin des dynastischen Rückhalts, den er als Sohn einer russischen Großfürstin (der Schwester der Herzogin Wera von Württemberg) gehabt hatte, und so tat die Entente den Schritt, den sie bisher immer noch nicht gewagt hatte. Der als Oberkommissar der Entente nach Athen entsandte Senator Jonnart, einer der wegen Habgier anrüchigsten französischen Politiker, forderte am 12. Juni die Abdankung des Königs und die Bezeichnung eines Nachfolgers unter Ausschluß des Kronprinzen Georg, der gleich seinem Vater ein Anhänger der unbedingten Neutralität Griechenlands war. Der König, nicht imstande, der Übermacht der Entente zu trotzen, erklärte sich bereit, „wie immer auf das Wohl Griechenlands bedacht", das Land zu verlassen; die förmliche Abdankung lehnte er mit der Wahl dieser Worte ab. Der zweite Sohn des Königs, A l e x a n d e r (geb. 1893), nahm die Ausübung der königlichen Rechte an und wurde von der Entente als König anerkannt. Das Stockholmer Aftonbladet urteilte über diese Vorgänge: „Diese Gewalttat erscheint als einer der schwärzesten Schandflecke unserer Tage. Daß die Engländer und Franzosen sich den Anschein geben, als handelten sie aus rein ideellen Gründen, zum Schutz der angeblich vom König verletzten griechischen Verfassung, ist eine freche Lästerung göttlicher und menschlicher Gesetze." Der französische Ministerpräsident Ribot hatte die Dreistigkeit am 15. Juni in der Kammer zu sagen: „Die Schutzmächte waren nach dem Vertrag von 1864 verpflichtet, in Griechenland eine verfassungsmäßige Regierung zu sichern. Die Abdankung des Königs hat in der ganzen Welt den besten Eindruck gemacht." Der „Temps" vollends äußerte zynisch wie immer: „Die Politik der Großmächte, welche dem König gestattete den Thron seinem zweiten Sohn zu überlassen, ist ein starker Beweis von

Großmut. (NB. Die Verfassung Griechenlands schreibt kurz und bündig vor, daß der älteste Sohn Thronfolger ist!!) Das Volk wird sein Schicksal sicher eiligst Veniselos anvertrauen, der schon einmal sein Vaterland gerettet hat.“ Am 14. Juni reiste der wackere, von seinem Volk und vor allem von seinem Heer aufs höchste geschätzte und verehrte König mit seiner Familie aus Schloß Tatoi ab und wurde durch einen französischen Torpedojäger nach Korfu gebracht; von hier begab er sich auf einem englischen Kriegsschiff nach der Schweiz, wo er in Lugano von französisch gesinntem Pöbel schmählich beschimpft wurde. Zunächst nahm er dann Aufenthalt in St. Moritz; im Oktober unterzog er sich in einer Züricher Klinik einer erfolgreichen Operation. Erst nach seiner Abreise erfolgte wirklich die Aufhebung der Blokade; französische Truppen besetzten gleichzeitig Korinth. König Alexander betraute am 26. Juni den Todfeind seines Vaters Veniselos mit dem Vorsitz im neuen Ministerium, womit die Auslieferung Griechenlands an die Entente vollendet war. Veniselos übernahm selbst das Kriegswesen, dessen Leitung um so einfacher war, als die Franzosen auch noch Lamia, Larissa, Salona und Prevesa besetzten, was man in Italien mit mühsam verhehltem Groll ansah. Am 26. Juni brach die neue Regierung die diplomatischen Beziehungen zu Österreich und Deutschland ab, weil griechische Truppen nördlich von Saloniki den Deutschen und Österreichern feindlich gegenüberstünden; ebenso verfuhr man gegen die Türkei und Bulgarien. Veniselos erklärte die 1915 aufgelöste, ihm unbedingt ergebene Kammer für noch zu Recht bestehend und berief sie unter Auflösung der damals neu gewählten Kammer wieder ein; an das Volk Berufung einzulegen wagte er bezeichnenderweise nicht, und am 16. August sah er sich veranlaßt über das ganze Land den Belagerungszustand zu verhängen. Deshalb erhob „die Union der Hellenen“ in der Schweiz flammenden Protest gegen das von den

Vorkämpfern der Freiheit errichtete Gewaltregiment. Der Kurs der Drachme sank von 100 auf 80; die Polizei übte ein schrankenloses Regiment; die Zufuhr von Lebensmitteln nach Saloniki verminderte die Vorräte sehr stark und verschärfte noch die bestehende Teuerung.

c. Rumänien. Das rumänische Heer, das 1916 aus der Dobrudscha und der Walachei verjagt worden war, verlor nach amtlichen Angaben bis 31. Dezember an Toten, Verwundeten und Vermißten 280 803 Mann, darunter 7930 Offiziere. Aus dem von uns erbeuteten Bericht des Obersten Botea, der das 75. Regiment befehligte, ging hervor, daß das am 22. September neu aufgestellte Regiment aus Leuten mit unvollständiger Ausbildung bestand; mehr als die Hälfte hatte noch nicht eine einzige Schießübung mitgemacht; es gab keine festen Kader (Rahmen), keinen beweglichen Gesundheitsdienst, kein Verbandszeug, keine Gasmasken, keine vollständige Ausrüstung. Am 15. Juni wurde gemeldet, daß die 1916 beim Rückzug der Rumänen durch die Engländer zerstörten Erdölquellen wieder in vollen Betrieb gesetzt waren; die Gesellschaften hatten den deutschen Behörden das hl zu 16 Lei zu überlassen. Von 2,70 Millionen ha, welche früher landwirtschaftlich bebaut waren, standen damals 2,66 wieder im Betrieb, und zwar mit Weizen und Mais 1,1, mit Öl 80 000, mit Hülsenfrüchten 23 000. Der österreichische Reichstagsabgeordnete Onciul, ein Rumäne, machte damals den Vorschlag, ganz Rumänien unter Kaiser Karl zu stellen und so die nationale Einheit zu schaffen; ein auf Rumänien allein beschränkter Herrscher werde immer unter russischem Druck stehen. Am 9. Juli brachte der Secolo die Nachricht, daß die rumänische Kammer in Jassy mit 130 gegen 14 Stimmen sich für die Annahme des gleichen Wahlrechts (statt des Dreiklassenwahlrechts) und für die Enteignung der großen Güter zugunsten der Bauern ausgesprochen habe. Die Generalversammlung der Gesellschaft für die rumänischen Öl-

felder in London verlangte am 5. Oktober von der englischen Regierung einen Schadenersatz von 1 270 724 Pfund Sterling für die oben erwähnten Zerstörungen. Die Eindrücke, welche unsere Truppen in Rumänien von der Lage der Bauern empfingen, waren trostlos. Die große Mehrzahl war unterernährt, hauste in ganz armseligen Hütten, welche Herde von Seuchen, namentlich der Tuberkulose, waren, und erlag unter der Last hohen Pachts, der das statthafte Maß 2—3mal überstieg. 69% des Landes waren in der Hand von Großgrundbesitzern mit Gütern von 100—5000 Hektar und darüber. Diese verpachteten ihr Land und lebten vom Ertrag in Bukarest, Paris und Monte Carlo. Als die russische Bolschewiki-Regierung am 3. Dezember den Waffenstillstand vom 7.—17. Dezember mit den Mittelmächten und ihren Verbündeten für alle Kriegsschauplätze abschloß, trat auch Rumänien, das ohne Rußland völlig verloren war, dem Stillstand bei.

d. Serbien. Da das Land seit Ende 1915 gänzlich erobert war, hatte sich das serbische Heer nach Albanien und Korfu zurückgezogen, wo es reorganisiert wurde. Es kam dann nach Saloniki, wo es von 80 000 Mann (nach einer Nachricht vom 17. Januar) etwa 30 000 Mann durch Waffen und Krankheiten verlor.

e. Montenegro. Am 21. Januar ersetzte König Nikita das Ministerium Radewitsch durch General Milo Natanowitsch. Viel zu tun hat er nicht gefunden, da Montenegro ganz in österreichischen Händen ist.

f. Albanien. Am 3. Juni verkündigte General Ferrero, daß Albanien unter italienischem Schutz unabhängig sein solle. Die einseitig verfügte Maßregel rief in Frankreich (und auch sonst) einen unangenehmen Eindruck hervor, da Italien ohne die andern Mächte nichts verfügen könne, am wenigsten etwas, was nur ihm zugute kam. Der größte Teil des Landes

ist übrigens von den Österreichern und Bulgaren besetzt, von Skutari und Durazzo bis Berat und Badowicka.

g. Bulgarien. Im Januar besuchten bulgarische Schriftsteller und Künstler das deutsche Reich; in Stuttgart verweilten sie vom 28.—30. Januar, und im Gustav-Siegle-Haus fand ein stark besuchter bulgarischer Kunstabend statt. Kaiser Wilhelm II. war am 3. Februar bei dem König Ferdinand im ungarischen Bad Pöstyos; des Königs Bruder Prinz Philipp von Coburg bekam den schwarzen Adlerorden. Mitte April war Kronprinz Boris mehrere Tage im deutschen Hauptquartier. Am 11.—14. Juni verweilte dort der König mit seinen beiden Söhnen Boris und Kyrill; auch der Ministerpräsident Radoslawow war zugegen, und es wurde vollständige Übereinstimmung der deutschen und bulgarischen Regierung über alle schwebenden Fragen erzielt. Über München reiste der König nach Sofia zurück. Am 22. August waren bulgarische Schriftsteller in Berlin, und der Leiter der Täglichen Rundschau, Rippler, hob in einer gehaltreichen Rede die Ähnlichkeit der Schicksale beider Völker hervor, welche beide durch harten Kampf ihre Einheit erreicht hätten und dauernd zusammengehörten. Am 12. September starb Ferdinands zweite Gemahlin, die Königin Eleonore, geb. Prinzessin von Reuß-Köstritz, 57jährig an einem Herzleiden. Sie hatte, selbst evangelischen Bekenntnisses, 1908 dem seit 9 Jahren verwitweten König die Hand gereicht und ihre hohe Aufgabe als echte Landesmutter in frohen und trüben Tagen freundlich, gewissenhaft und treu erfüllt.

VII.

Italien.

Vom 5.—8. Januar hielten Briand, der Kriegsminister Liautey und der Munitionsminister Thomas für Frankreich,

Lloyd George, Milner und Generalstabschef Robertson für England, Gallitzin für Rußland in Rom eine Zusammenkunft mit den italienischen Ministern, worin angeblich über das Salonikiunternehmen beraten und der Beschluß gefaßt wurde, es trotz aller seiner bisherigen Unfruchtbarkeit fortzusetzen. Am 22. Januar verfügte ein königlicher Erlaß, daß die 4. Kriegsanleihe zu 5% ausgegeben werden solle, steuerfrei und bis 1931 unkündbar; Kurs 90%, Zeichnungsfrist bis 25. Februar. Sie ergab 2900 Millionen, davon 2000 in bar. Damals schrieb die kriegshetzerische Idea nazionale: „Die seit dem Herbst drohende Not kommt mit Riesenschritten näher. Wir haben schon 3 fleischlose Tage; nun kommen Brot- und Zuckerkarten — aber unsere Beamten arbeiten nicht mit der bekannten deutschen Pünktlichkeit!" Am 1. Februar wurde die Zahl der Eisenbahnzüge herabgesetzt, alle Rückfahrt-, Abonnements-, Serien- und Rundreisekarten abgeschafft, auch alle Schlaf- und Speisewagen; nur so viel Reisende sollten zugelassen werden, als Plätze da seien — alles wegen Kohlenmangels. Am 7. Februar erhielt statt des Herzogs der Abruzzen der Admiral Thaon de Revel den Oberbefehl über die Flotte, die im Krieg keine sehr achtunggebietende Rolle spielte. Die Einführung von Karten für Fleisch, Fett, Zucker, Mehl und Brot erfolgte am 13. März. Die steigende Not veranlaßte den Secolo, am 14. März zu schreiben: „es steht fest, daß die Minderheit des Parlaments den Krieg herbeiführte, während die Mehrheit dagegen war. Das neue demokratische System muß kommen, bei welchem keine Rede mehr ist von Mehrheit und Minderheit." Herr, dunkel ist der Rede Sinn! Am 22. August kam es, weil in ganz Turin kein Mehl und Brot war, zu blutigen Unruhen, in deren Verlauf die Kirche von San Bernardino und die der Madonna della pace im Feuer aufgingen und Alpini und Bersaglieri zu schießen sich weigerten; sardinische Truppen schlu-

gen dann am 24. den Aufruhr nieder, an deren Schluß noch ein Major, 1 Hauptmann und 2 Leutnants und einige reiche Hausbesitzer massakriert wurden. In der Kammer gab der Minister Canepa offen zu, daß der Aufruhr mehr noch aus Sehnsucht nach Frieden als aus Hunger entstanden sei. Am 7. September beschloß der Verwaltungsausschuß des Verpflegungskommissariats, spätestens ab 1. Oktober Teigwaren, Mais und alles Getreide auf die Köpfe einzuteilen. Die Ernährungsschwierigkeiten veranlaßten im September neue schwere Unruhen, infolge deren die Provinzen Alessandria, Genua, Turin, dann auch Neapel und ganz Venetien unter Kriegsrecht gestellt werden mußten. König Viktor Emanuel stattete am 29. September der Westfront bei Ypern und bei Thann im Elsaß einen Besuch ab. In der Kammer bildete sich damals eine neue Gruppe von 45 Abgeordneten, welche strengere parlamentarische Kontrolle der Regierung in allen internationalen und Kriegsfragen verlangte und als die der „verkappten Neutralisten“ bezeichnet wurde. Ihr gehörten an die zwei deutschfreundlichen Sicilianer Di Delmonte und Rossi, der angesehene Kunstkritiker Toscanelli, die mittelitalienischen Kriegsgegner Gerini und Patrizi, einige katholische Abgeordnete, welche den Kriegsrummel nicht mitgemacht hatten, und nahe Freunde Giolittis, wie Faëlli, Valenzani und Buenvino. Clemenceaus Blatt l'homme libre enthielt am 24. November folgendes interessante Geständnis: „In großen Städten wie Turin, Genua, Ravenna ist es aus Haß gegen Frankreich und England, denen man vorwarf Italien in den Krieg getrieben zu haben, zu blutigen Aufständen gekommen, und es hat den Anschein, als ob dieser Haß bereits in der italienischen Volksseele eingewurzelt sei.“ Der deutsch-österreichische Angriff vom 24. Oktober an, der den größten Teil Venetiens in unsere Hand brachte, bewirkte schon am 26. Oktober den Sturz des Ministerium Boselli, das mit 314 gegen 96 Stimmen in

einer kläglichen Minderheit blieb. An die Spitze des neuen Kabinetts trat am 30. Oktober Orlando, der den Kriegsstifter Sonnino für das Auswärtige und den Hauptheßer Bissolati für Wohlfahrtszwecke beibehielt, da Italien sich vorerst ganz in der Hand Englands befand. Den Schatz übernahm Nitti, die Finanzen der Katholik Meda, den Krieg General Alfieri. Am 12. Dezember erhielt Orlando eine Vertrauenskundgebung in der Kammer mit 274 gegen 65 Stimmen.

VIII.

Frankreich.

Der bekannte Historiker Driault sagt in seiner Schrift les traditions politiques de la France et les conditions de la paix: „Delcassé verhandelte mit Italien, England und Spanien über die Überlassung von Tripolis, Ägypten und Nordmarokko. Dieses Abkommen ist der Grund zum jetzigen Rachekrieg und stimmt mit Eduards VII. Gedanken überein, Deutschland zu vereinzeln. Der Panslawismus hatte den vollen Beifall Englands und Frankreichs, da es galt dem deutschen und österreichischen Handel im Osten Halt zu gebieten. Unsere Diplomatie arbeitete unausgesetzt daran Deutschland zurückzudrängen, das durch seine Stellung auf dem Weltmarkt sich England zum Feind machte. Jede Politik, welche dazu diente, Deutschland zu schwächen, wurde von Frankreich mit allen erdenklichen Kunstgriffen unterstützt. Durch ein heimliches Abkommen mit Italien wurde der Balkanbund gestiftet. England gewöhnte sich an den Gedanken eines russischen Konstantinopel. Schritt für Schritt kam man dem Ziel näher, Deutschland einzuschnüren und es zum Aufgeben seiner Ausdehnungspläne zu zwingen. Nur ein Krieg

konnte Deutschland von dem Griff befreien, der es zu erdrosseln drohte. Darum können die deutschen Staatsmänner mit Recht behaupten, daß der Anstoß, Deutschland zu schwächen und zu verkleinern, von Frankreich ausgegangen sei. Wir führen einen Krieg der Rache." Es ist unnötig, diesen ehrlichen Worten etwas anderes hinzuzufügen als: damit ist auch das heuchlerische Geschrei der amtlichen Stellen der Entente in Grund und Boden hinein gerichtet, als ob Deutschland die Brandfackel in die Welt geschleudert habe. Ex ore tuo te iudico.

Die militärische Lage beurteilte der Temps am 16. Januar so: „Das Jahr 1916 brachte bei Verdun und im Trentino defensive Erfolge. Der Ertrag der Offensive ist mager; an der Somme nur taktische Erfolge, ebenso bei Brussilow; die Front ist nicht geändert. Rumänien griff in dem Augenblick ein, wo Rußlands Kräfte erschöpft waren. Bei Saloniki nur ein geringfügiges Ergebnis. Die Haltung der Entente gegen Griechenland verschärft noch die Lage. Die Verantwortlichkeit der einzelnen Alliierten wird später festzustellen sein. Die Übereinstimmung ihrer Bemühungen bleibt weit unter dem Erwünschten und Erreichbaren. Zahlreiche Zusammenkünfte waren nur Salonunterhaltungen. Es ist unbedingt notwendig, eine Methode und ein Zentrum für die Arbeiten zu schaffen. Aus dem Stegreif zu handeln ist nicht am Platz."

Am 16. Januar mußten einige 1000 französische Gefangene, die hinter unserer Front waren, in die Feuerzone überführt werden, weil die Franzosen dies mit unsern Gefangenen so machten und die ihnen gestellte Frist ohne Erfolg verstrich. Am 19. Januar nahm die Kammer den Antrag Diagne an: „im Gegensatz zu Deutschlands Verlangen, daß die farbigen Truppen vom Schlachtfeld verschwinden sollen, bekunden wir, daß alle Kinder Frankreichs (!) ohne Unterschied der Farbe sich erheben, um das ganze menschliche Ge-

schlecht zu retten.“ Viviani stimmte namens der Regierung diesem — man kann wirklich nicht anders sagen — blödsinnigen Gerede zu. Wegen Kohlenmangels wurde nach der Agence Havas ab 22. Januar die Beleuchtung von Paris bis auf weiteres völlig eingestellt. Auch wurden allgemeine Zuckerkarten eingeführt und verboten, am Dienstag und Samstag Konditoreiwaren zu bereiten und sie in Wirtschaften zu verkaufen. Die sozialistische Partei spaltete sich am 19. Januar in zwei Teile, 50 Abgeordnete unter Renaudel (ministeriell) und 37 unter Pressemane, welche den Frieden eventuell auch ohne Rückgabe Elsaß-Lothringens, unter Vornahme einer Volksabstimmung daselbst, anstrebten. Am 29. Januar wurde eine geheime Sitzung über Griechenland gehalten und beschlossen: „Die Kammer ist stolz auf die hochherzige Haltung Frankreichs gegenüber von Griechenland (!!), das von seiner Pflicht [Serbien beizustehen] abgewichen ist, gegenüber dem abscheulichen Verfahren Deutschlands gegen das seiner Pflicht treue Belgien ... und erwartet, daß Griechenland veranlaßt wird, seine Pflicht gegen das heldenmütige Serbien zu erfüllen.“ Die Regierung erhielt mit 313 gegen 135 Stimmen einen Vertrauensbeweis; aber 143 Abgeordnete blieben der Sitzung fern. Wegen der großen Verluste genehmigte die Kammer am 4. Februar die Nachmusterung von 350 000 Mann, von denen 100 000 Mann eingestellt werden sollten. Es wurde angegeben, daß Frankreich von 8 Mill. Männern 6½ zum Heer einberufen habe. Am 4. Februar nahm die Kammer mit 337 gegen 152 Stimmen den Antrag Quenin an, daß Geistliche nicht bloß, wie bisher meist, zum Sanitätsdienst, sondern auch zum Dienst mit der Waffe sollten herangezogen werden können. Der Kriegsminister Liautey war dagegen aufgetreten, weil die Frage zurzeit geprüft werde, also eine Beschlußnahme aufgeschoben werden sollte. Trotzdem hat der Minister des In-

nern, Malvy, der besondere Vertrauensmann der Radikalen im Kabinett, sich der Abstimmung enthalten, also den Kriegsminister im Stich gelassen, worüber dieser eine heftige Szene mit ihm hatte; der Zusammenhalt des Ministeriums erlitt damit einen empfindlichen Stoß. In Nachahmung des deutschen Vorbildes wurde am 14. Februar ein Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst veröffentlicht, wonach alle Franzosen vom 16.—60. Jahre verpflichtet waren, diesen Dienst zu leisten. Der sozialistische Kongreß verwarf am 4. März auf das Drängen des Engländers Brake das Bekenntnis zur Internationale.

Die schon lange schleichende Ministerkrisis kam am 15. März dadurch zum Ausbruch, daß Liautey sich schroff weigerte, über die technischen Einzelheiten des Flugwesens der Kammer Aufklärungen zu geben, weil das die nationale Verteidigung gefährden könnte; nicht einmal in einer Geheimsitzung wollte er sich dazu herbeilassen. Darüber trat Briand mit dem ganzen Ministerium am 17. März zurück, und am 19. wurde Ribot mit dem Vorsitz betraut. Er übernahm das Äußere, Viviani die Justiz, Painlevé (Professor der Mathematik) das Kriegswesen, Admiral Lacaze die Marine, Thomas die Waffenlieferung, Thierry (als einziger offen sich so gebender Konservativer) die Finanzen, Malvy das Innere, Steeg den Unterricht, Clementel den Handel, Desplas die öffentlichen Arbeiten, David den Ackerbau, Violette die Lebensmittelversorgung, Bourgeois die Arbeiten, Maginot die Kolonien, Vincent als Unterstaatssekretär das Flugwesen. Ribot hatte als Ministerpräsident 1892 die Einverleibung von Dahome und Madagascar durchgeführt und das Bündnis mit Rußland abgeschlossen; im Herzen konservativ, war er zugleich ausgesprochener Imperialist, also ganz der Mann von 1914. Die zwei herrschenden Parteien der Radikalen und Radikal-

sozialisten triumphierten, daß sie „die zehnjährige Oligarchie" gestürzt und den Parlamentarismus hergestellt hätten. Das neue Ministerium setzte am 8. April den Generalissimus Nivelle (und 8 Generale) ab, weil er durch einen rücksichtslosen Angriff Hunderttausende ohne Erfolg geopfert hatte (er hieß nur le buveur de sang, der Blutsäufer), und ernannte am 16. Mai Petain zum Oberbefehlshaber. Die Stelle eines Generalstabchefs beim Kriegsministerium erhielt Foch, damit der Kriegsminister einen Sachverständigen an seiner Seite habe; zum Generalstabschef Petains wurde am 28. Juni Vidalen ernannt, und die Frage war nun, ob nicht Foch und Vidalen einander gegenseitig matt setzen würden. In der Frage, was aus Elsaß-Lothringen werden solle, sprach sich die Kammer am 5. Juni mit 453 gegen 55 Stimmen für deren „Rückkehr zum Mutterland" (!) und zugleich für Wiedergutmachung aller von Deutschland angerichteten Schäden aus. Die ministeriellen französischen Sozialisten erklärten am 21. Juni ebenfalls, daß Elsaß-Lothringen „zu seiner ursprünglichen Nationalität" (!) zurückkehren solle, waren aber der Ansicht, daß das doch mit einem „Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen" sich vereinigen lasse. Am 7. Juli griff der Sozialist Jobert den Präsidenten der Republik Poincaré heftig an, weil er zwar nur eine Minderheit für sich habe, gleichwohl aber die ausschlaggebende Stellung ausübe; es sei eine Verruchtheit gewesen, einen General an die Spitze zu stellen, dessen Wahnsinn die Soldaten Frankreichs mit ihrem Leben hätten bezahlen müssen. Der Kriegsminister Painlevé gab zu, daß schwere Fehler bei dem letzten Angriff begangen worden seien; die dafür Verantwortlichen seien aber abgesetzt worden und die Ergebnisse der Untersuchung sollten mitgeteilt werden. Das Ansehen Ribots litt dadurch, daß er am 1. Juni, „um die zum Schweigen zu bringen, welche Frankreich als Angreifer beschuldigten", versprach, er werde alle mit andern Mächten

abgeschlossenen Verträge „demnächst" (très prochainement) veröffentlichen, es aber kaltblütig einfach nicht tat. Dann enthüllte der deutsche Reichskanzler Michaelis am 28. Juli den geheimen Vertrag, durch welchen die russische Regierung im Januar 1917 sich verpflichtet hatte, Frankreich nicht bloß zu Elsaß-Lothringen zu verhelfen, sondern auch zur Verwandlung des linken Rheinufers in einen Pufferstaat zwischen Deutschland und Frankreich, also zu schlecht verhüllten zweifellosen Eroberungen. Nach einer langen Debatte hierüber erhielt Ribot am 2. August gleichwohl eine Mehrheit von 392 gegen 61 Stimmen, und er hat am 12. Juli die Chauvinisten dadurch sehr befriedigt, daß er „ein unverjährbares Recht Frankreichs auf Elsaß-Lothringen" verkündigte, „das keinerlei Volksabstimmung daselbst zulasse". Die Sozialisten traten aber über allen diesen Dingen doch schließlich aus der Mehrheit aus und erklärten öffentlich: England, Frankreich und die Vereinigten Staaten hätten unter dem Einfluß ihrer Großkapitalisten die Welt unter sich geteilt; Deutschland mußte bei diesem Wettrennen mittun, stieß aber überall auf Konkurrenz; seine Schuld liege nur darin, daß es 1914 das vom Zaren angerufene Schiedsgericht nicht annahm; aber auch die Demokratien seien dafür noch nicht reif gewesen. In einer Antwort an die skandinavischen Sozialisten verwarfen sie den englischen Hungerkrieg gegen Deutschland als gegen das menschliche Gefühl verstoßend und verlangten, daß die Seeherrschaft aus Englands Händen in die eines Völkerbundes übergehe. Indessen hielt ein sehr großer Teil der sozialistischen Partei unter Renaudel und Thomas auch jetzt noch unbedingt zur Regierung und war für den Krieg „bis zum Sieg der Zivilisation über den preußischen Militarismus". Das Ministerium Ribot entledigte sich am 2. August des Marineministers Lacaze, der durch den Vorstand des Marineausschusses Chaumet ersetzt wurde, und dann Malvys, der beschuldigt wurde, er habe den

im Gefängnis sitzenden alten Anarchisten Almereyda, den Schriftleiter des Frieden fordernden und die Engländer bekämpfenden Bonnet rouge, erdrosseln lassen, damit er nicht ihn bloßstellende Angaben mache. Erbittert über die Ausschiffung ihres Häuptlings machten die Radikalen gegen das Ministerium Front, und am 7. September mußte Ribot nach nicht halbjähriger Bekleidung des Vorsitzes zurücktreten. Das empfand Poincaré als einen auch gegen ihn als den Vertrauensmann der Reaktion gerichteten Schlag und suchte mit einer bloßen Umbildung des Kabinetts durchzukommen. Das gelang ihm freilich nicht; aber er brachte es doch soweit, daß Ribot in dem neuen Kabinett Painlevé das Auswärtige behielt. Painlevé selbst (geb. 1864) blieb Kriegsminister, Steeg übernahm das Innere, Klotz die Finanzen, Chaumet die Marine, Perret die Justiz, Loucheur die Munition, Renard die Kolonien, Vincent den Unterricht, Long die Lebensmittelversorgung; die andern Minister blieben auf ihren Posten. Die Sozialisten nahmen an dem Kabinett keinen Teil; auch Thomas mußte ihrem Drängen gemäß auf seinem Rücktritt beharren. Am 5. Oktober verlas der Präsident Deschanel einen Brief Leon Daudets, des Leiters der reaktionären action française, worin er Malvy anklagte, daß er seit drei Jahren alle militärischen Geheimnisse an Deutschland verraten habe, namentlich den Plan des Angriffs am Damenweg. Malvy beteuerte seine Unschuld, und die Kammer sprach der Regierung mit 350 Stimmen ihr Vertrauen aus. Auch das Ministerium Painlevé hatte kein langes Dasein. Am 13. November mußte es, weil die Kammer die Interpellation über die Lage entgegen Painlevés Forderung nicht verschieben wollte und sich mit 277 gegen 186 Stimmen vom Ministerium abwandte, zurücktreten, und nun kam, was man lange als „des Teufels letztes Sforzo“ (wie Wallenstein 1630 gesagt hat) erwartete: der stärkste, aber damit auch letzte Trumpf der Kriegshetzer wurde ausgespielt

und der „alte Tiger“ Clemenceau an die Spitze des Ministeriums gestellt. Er übernahm Vorsitz und Krieg, die Justiz Nail, das Auswärtige Pichon, das Innere Poincarés Gegenkandidat von 1913, Pams, die Finanzen Klotz, die Marine Leygues, den Handel Clementel, die öffentlichen Arbeiten Claveille, die Rüstungen Loucheur, den Unterricht Laferre, die Kolonien Simon, die Landwirtschaft Beret; Verpflegung und Arbeiten wurden nicht gleich besetzt. Am 20. November verkündete Clemenceau den „uneingeschränkten Krieg“ als sein Ziel und erhielt unter frenetischem Beifall ein Vertrauensvotum mit 408 gegen 65 Stimmen. Am 17. Dezember enthüllte er sein Ziel alle Friedensfreunde einzuschüchtern und durch Terrorismus die Kriegführung fortzusetzen, indem er die Ermächtigung erlangte, die Abgeordneten Caillaux und Loustelot unter Beseitigung ihrer Unverletzlichkeit vor Gericht zu ziehen. Die Regierung berief sich dabei auf die Artikel 76—79 des Strafgesetzbuchs; Caillaux sollte versucht haben verfrühten Frieden zu schließen und den Vertrag mit England zu zerreißen und sollte (wie Loustelot) mit Agenten der Mittelmächte (Bolo, Cavallini, Munir Bey) Beziehungen unterhalten haben. Da Caillaux selbst vor Gericht sich zu rechtfertigen wünschte, so wurde die Aufhebung seiner Unverletzlichkeit von der Kammer am 22. Dezember mit 417 gegen 2 Stimmen gewährt. In der Verhandlung legte Caillaux seinen Standpunkt so fest: er habe ein Bündnis mit Deutschland nie für möglich gehalten, solange Elsaß-Lothringen deutsch sei. Wohl aber sei er für eine Politik des Einvernehmens von Fall zu Fall gewesen, um einen neuen Krieg zu vermeiden. Als diese Möglichkeit 1914 zusammenbrach, habe er es als seine Pflicht erachtet, die Regierung in keiner Weise zu behindern; er sei darin vielleicht zu weit gegangen, indem er seiner Beunruhigung über die Vergeudung der Kräfte Frankreichs und über den Mangel an Fürsorge für die Zeit nach dem Krieg

nicht Ausdruck gegeben habe. Für die Zukunft sei er für einen Verein der Völker; die Regierung aber wolle diese Politik der Zukunft ersticken und so die Politik des Friedens durch eine heftige demagogische Verhandlung zu einer Politik der Niederlage stempeln. Die Kammer bewilligte am 31. Dezember die Einberufung der Jahresklasse 1919 mit 425 gegen 73 Stimmen. Auf eine Anfrage von Sembat u. a. Abgeordneten antwortete Pichon am 28. Dezember, daß der Krieg, auch wenn Rußland vor Deutschland kapitulieren sollte, für die übrigen Alliierten fortgehen werde, und die Kammer billigte das mit allen (384) abgegebenen Stimmen.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse Frankreichs gestalteten sich 1917 trübe. Am 12. Mai erklärte der Berichterstatter in der Kammer, Dumesnil, daß Frankreich durch die Abschaffung der Steuern auf Personen, Mobilien, Türen und Fenster 325 Mill. Fr. verliere, daß die Einkommensteuer, deren endliche Einführung in diesem Jahr nach langem Harren auch vom Senat gutgeheißen worden ist, 441 Mill. abwerfen werde, daß aber nach dem Krieg, falls er bis 30. Juni 1918 ende, 11 600 Mill. für den Staatshaushalt erforderlich sein würden. Diese ungeheuren Lasten müßten zum Teil den Deutschen aufgebürdet werden. Die Getreideernte Frankreichs betrug in Friedenszeiten 80—100 Mill. dz und reichte für den Bedarf aus. Sie sank aber infolge fehlender Arbeitskräfte und Düngemittel (Kali!) 1916 auf 56 Mill. und 1917 gar auf 35—39 Mill., was auf den Kopf jährlich einen Doppelzentner, auf den Tag 270 gr Getreide oder 180 gr Brot ergibt. Wenn 15—18 Mill. dz aus Amerika beschafft werden können, würden auf den Kopf 250 gr Brot geliefert werden können. Da Kartoffeln in Frankreich keine große Rolle spielen (1916 erntete Frankreich 12,6 Mill. t gegen 45,5 in Deutschland), so ist das eine recht schmale Versorgung, und selbst diese ist noch sehr unsicher, da die Unterseeboote

hier ein Wort mitsprechen. (Deutschland hatte 1917 einschließlich der Zufuhr aus Rumänien 90 Mill. dz Getreide zur Verfügung, also fast 1½ dz auf den Kopf, anderthalb mal mehr als in Frankreich; dazu 1 Pfund Kartoffeln täglich.) Der Ackerbauminister David gab am 28. September in der Kammer an, daß der Pferdebestand seit 1. August 1914 um 1 Mill. gesunken sei, die Zahl der Schweine von über 7 Mill. auf 4 211 000, die der Schafe von 16 131 000 auf 10 596 000, die des Rindviehs von 14 788 000 auf 12 442 000, wozu noch eine beträchtliche Gewichtsabnahme komme. Sehr ernst sei die Frage der Düngemittel, da von 90 000 t Kalisalzen 80 000 aus Deutschland kamen. Am 6. Oktober wurde in der Kammer über das schlechte Brot geklagt und 4 Mill. dz Saatkorn als erforderlich bezeichnet. Zu Anfang Dezembers fand wieder eine allgemeine Beratung des „Raubverbandes", wie nach Bekanntgabe der russischen Urkunden der Schwäbische Merkur treffend sagte, in Paris statt, auf welcher zwar der von Frankreich für nötig erachtete einheitliche Oberbefehl nicht beschlossen wurde, weil die Engländer nicht unter den Franzosen und die Franzosen nicht unter den Engländern stehen wollten. Lloyd Georges Eintreten für Nivelle als Generalissimus der Entente fand in England keinen Anklang. Dafür wurde eine allgemeine Einschränkung im Verbrauch der Nahrungsmittel als geboten erachtet und demgemäß in Frankreich der Brotanteil auf Kopf und Tag am 4. Dezember auf 200 gr vermindert.

Die holländische Tänzerin Mata Hary wurde anfangs Oktober trotz mangelnder Beweise als deutsche Spionin erschossen. Als die Deutschen über die geständige englische Spionin Miß Edith Cavell 1916 das Todesurteil verhängten und vollzogen, entstand zu beiden Seiten des Kanals ein großes ohrenzerreißendes Geschrei; jetzt meinte der Secolo, die Franzosen hätten recht getan und man solle ihr Beispiel nachahmen.

IX.

England.

Die Regierung übernahm am 1. Januar die Aufsicht auch über die irischen Eisenbahnen, wie sie es bezüglich der englischen und schottischen schon 1916 getan hatte. Es wurden 400 Züge aufgehoben, die Speisewagen abgeschafft, die Schnellzüge beschränkt, und täglich fuhr nur noch ein Paketboot nach Irland. Die Kriegskosten für das Jahr 1916—17 wurden am 1. April auf 39 Milliarden Mark angegeben, der Betrag der festen und der schwebenden Schuld auf 74 Milliarden. Die täglichen Kriegskosten bezifferte Bonar Law am 3. Mai auf 125,5 Mill. Mark, während sie im vorigen Jahr 124,8 ausgemacht hatten; im August stiegen sie auf 134 Mill., am 1. Dezember auf fast 135. Das Unterhaus bewilligte am 13. Februar 1250 Milliarden Mark, am 11. August 13 Milliarden, am 13. Dezember 11 Milliarden.

Der Unterseebootskrieg, der seit 1. Februar rücksichtslos geführt wurde, stellte England vor eine sehr ernste Lage. Man kann mit ziemlicher Genauigkeit den anfangs 1917 noch verfügbaren Schiffsraum Englands auf 24 Mill. t anschlagen; dazu kommt 1 Mill. mit Beschlag belegter deutscher Schiffe und 1 Mill. in englischen Dienst gepreßter neutraler Schiffe, da England diesen Neutralen nur dann Kohlen lieferte, wenn sie 30% ihres Raums für die englische Regierung frei hielten. Von diesen 26 Mill. t brauchte die Regierung 70% = 16 Mill. für die Kriegsnotwendigkeiten; es blieben also 10 Mill. t für den bürgerlichen Verkehr. Von diesen verbleibenden 10 Mill. englischen Tonnen wurden monatlich reichlich 4—500 000 t versenkt, so daß, weil die Neubauten bei weitem die Lücken nicht ausfüllten und die verbündeten und die neutralen Handelsflotten auch monatlich 3—400 000 t ein-

büßten, der Rückgang und das allmähliche Versiegen der Handelsschiffahrt drohte. Archibald Hurd stellte am 26. Januar fest, daß seit Kriegsbeginn 1245 englische Schiffe mit einem Inhalt von 2 947 475 t versenkt worden seien. Am 29. Januar wurde Kriegsbrot eingeführt, das zu 81% aus gemahlenem Weizen, zu 19% aus Haber, Gerste, Mais und Reis bestand. Am 5. April ordnete der Lebensmittelaufseher Lord Devonport an, daß ein fleischloser Tag in der Woche eingeführt wurde (in London der Dienstag, sonst der Mittwoch); Kartoffeln sollten in Wirtschaften nur an 2 Tagen verabreicht werden. Um diese Zeit wurde der wöchentliche Betrag an Fleisch auf den Kopf auf 2½ Pfund, an Brot auf 4 Pfund, an Zucker auf 1½ Pfund angegeben. Die Lebensmittel waren um 94% teurer als vor dem Krieg; die Fracht für Weizen aus den Vereinigten Staaten nach England war von 1,6 sh auf 31,3 gestiegen, aus Indien von 14,6 auf 240; die Fracht für den Reis aus Birma kostete statt 16 sh nun 300. Den Wert der versenkten Handelsschiffe bezifferte der Vorstand der englischen Dampfschiffahrtsgesellschaft auf 24 Milliarden Mark, woran England $^{3}/_{5}$ = 15 Mill. treffen. Lord Desborough, der Leiter des Verpflegungswesens in Maidenhead, erklärte Ende Mai, daß England noch für 12 Wochen Lebensmittel habe; die Ernte werde wieder für 12 Wochen reichen; was nachher, also anfangs Dezembers, werden solle, wisse niemand. Anfangs Juni wurde der tägliche Anteil an Brot für den Kopf noch auf 263 gr angegeben; die Regierung wollte aber an die dringend befürwortete Einführung der Brotkarte nicht heran, entweder weil ihr die Durchführung zu schwierig schien oder weil sie den moralischen Eindruck einer solchen Maßregel fürchtete. Weil es an Eisenbahnwagen und Schiffen zur Beförderung der Güter fehlte, mußten die Arbeiter im sog. Königtum Fife, den Bergwerken des Schwiegersohns der Königin Viktoria, im April

3 Tage in der Woche feiern, und die Zahl der unbenützt bleibenden Arbeitstage wurde täglich auf 110 000 angegeben. Lord Devonport trat am 14. Juni von seinem Amt zurück und erhielt Lord Rhondda zum Nachfolger. Dieser sah sich am 20. Dezember gezwungen den Gemeinden die Zuteilung von Margarine auf den Kopf, am 22. die aller Lebensmittel vorzuschreiben (sog. Rationierung).

Am 11. Juli machte Chamberlain als Staatssekretär für Indien Montagu Platz, weil man Chamberlain die schlechte Führung des mesopotamischen Feldzugs von 1916 vorwarf. Churchill erhielt als Munitionsminister wieder einen Platz im Kabinett, und Carson wurde im Kriegskabinett, dem kleinen alles leitenden Ausschuß, ein Sitz eingeräumt. Weil die Konferenz der englischen Arbeiter am 22. August mit 1 231 000 Stimmen gegen eine kleine Minderheit darauf beharrte, die internationale Besprechung über den Frieden in Stockholm zu beschicken, mußte der Arbeiterminister Henderson zurücktreten, und Lloyd George warf ihm vor, daß er die Konferenz über die Absichten der Russen nicht genügend unterrichtet habe; sonst würde sie anders entschieden haben. An Stelle von Henderson trat der Arbeiter Barnes. Die englischen Arbeiter sprachen sich damals für einen Frieden unter folgenden Bedingungen aus: Herstellung von Belgien, Serbien, Montenegro, Rumänien; Angliederung von Elsaß-Lothringen an Frankreich; Befriedigung Italiens seitens Österreichs; Arabien, Mesopotamien, Armenien und Afrika sollten von einem Ausschuß des Bundes der Völker verwaltet und Konstantinopel ein Freihafen werden. Mit solchen Ansichten waren die Arbeiter trotz aller sozialistischen Utopien, welche sie Ende Januars aufstellten (Übergang oder doch mindestens Beaufsichtigung des Privateigentums an das Volk; sofortige Übernahme der Bergwerke durch den Staat, Errichtung von Bauern- und Arbeitergütern usw.) und trotz aller Menschlichkeitsphrasen

doch tatsächlich ein Herz und eine Seele mit der Regierung. Nur der Arbeiterführer Snowden griff in einer Versammlung von Sozialisten am 8. Juni Cecil und Asquith scharf deswegen an, weil sie die deutschen Kolonien behalten wollten und das noch die Erfüllung einer göttlichen Sendung zu nennen wagten! Die Mitglieder des Ministeriums Lloyd George und Carson, ebenso wie der Oppositionsleiter Asquith erschöpften sich in maßlosen Forderungen. Carson verlangte z. B. im Juli, daß Deutschland sofort alle besetzten Gebiete räume, wozu er auch das linke Rheinufer rechnete, und daß es für seine Missetaten Buße tue. Ähnlicherweise wurde auf einer Zusammenkunft der Verbündeten zu St. Maurienne in Savoyen anfangs Mai Italien Smyrna und Adana in Kleinasien zugesichert, England Südpalästina und Mesopotamien, Frankreich Syrien. Der Norden Palästinas sollte unter gemeinsame Verwaltung gestellt werden. Auch wurde die Versicherung erneuert, daß Frankreich Elsaß-Lothringen, Italien die italienischen Teile Österreichs erhalten solle. Den Russen gab Asquith den Trost, daß England ganz wie sie einen Frieden ohne Annexionen wünsche; aber die Lostrennung „künstlich mit einem andern Staat vereinigter Gebiete“ sei keine Annexion! Wie viele Länder sind wohl mit England „künstlich vereinigt?“ Am 30. November richtete Lord Lansdowne, der Führer der Tories im Oberhaus, einen sehr vernünftigen Brief an das Daily Telegraph, worin er erklärte, daß die Verlängerung des Kriegs den Untergang der zivilisierten Welt bedeuten würde, daß „einige Kriegsziele“ unerreichbar seien und man die Friedenspartei in Deutschland durch gemäßigtes Verhalten stärken solle, indem man bekannt gebe, daß England nicht beabsichtige Deutschland zu vernichten, ihm eine andere Regierungsform, als es selbst wünsche, aufzuzwingen und ihm einen Platz unter den großen Handelsmächten zu versagen. Auch solle sich England bereit erklären das Problem der Freiheit der Meere zu

prüfen und einem allgemeinen Abkommen über Beilegung von Streitigkeiten beizutreten. Der Brief erregte den Zorn der Kriegshetzer, fand aber auch in weiten Kreisen Anklang. Darauf schlug auch Asquith am 12. Dezember in einer Rede zu Birmingham sanftere Saiten an, wollte von Vernichtungsabsichten gegen Deutschland nichts gehört haben, beharrte aber dabei, daß der preußische Militarismus vernichtet werden müsse.

Die irische Frage hat sich 1917 eher verschärft als an Gefährlichkeit verloren. Eine Reihe von Wahlkreisen, welche die ministerielle „Nationalistenpartei" innegehabt hatte, ging an die unversöhnliche Richtung der „Sinn-Feiner" (= wir selbst!) verloren, so am 9. Februar Nord-Roscommen an Plunkett, der seinen Sitz im Unterhaus dann gar nicht einnahm, weil er jede Gemeinschaft mit England verabscheute, am 9. Mai South-Longford, wo der im Gefängnis sitzende Mac Guineß mit 1498 Stimmen über Mac Kenna mit 1461 obsiegte. Am 8. März erklärte Lloyd George im Unterhaus, daß Homerule nur auf die Teile der Insel Anwendung finden solle, welche dies wünschten, gab also den Ulsterleuten Recht. Darauf kündigte Redmond an, daß seine Fraktion als Zeichen ihrer Verstimmung das Haus verlassen und künftig zur Opposition halten werde; den Krieg wolle sie aber nach wie vor fördern. Da dies mißverstanden wurde, erließ die Fraktion am 24. März die Erklärung, daß sie keineswegs sich verpflichtet habe (wie die Agentur Havas verbreitet hatte) die siegreiche Beendigung des Kriegs auf jede Weise zu fördern. In Cork entstanden am 24. Juni aufrührerische Bewegungen, wobei das Gerichtsgebäude übel zugerichtet und Hochrufe auf die irische Republik ausgestoßen wurden. Am 25. Juli trat auf Veranlassung des Ministeriums ein „irischer Konvent" zur Lösung der Home-Rule-Frage zusammen, ging aber am 25. September mit Hinterlassung eines Ausschusses ohne Ergebnis auseinander.

Die Wahlreform, welche allen erwachsenen Männern von 21 Jahren, den in Heer und Flotte stehenden von 19 Jahren und den Frauen vom 30. Jahr an das Wahlrecht zum Unterhaus verlieh, wurde am 24. Mai vom Unterhaus mit 329 gegen 40 Stimmen angenommen. Die Zahl der Wähler wächst damit von 8½ auf 16, indem 2 Mill. Männer und 6½ Mill. Frauen wahlberechtigt werden. Das Gesetz erhielt auch in dritter Lesung am 8. Dezember eine sehr große Mehrheit.

König Georg V. nahm am 17. Juni für sich und seine Familie im Privy Council den Namen Windsor an, um nicht länger Coburg heißen zu müssen. Damit hat er sicher auch allen Deutschen aus der Seele gehandelt.

Am 27. Dezember wurde der frühere Befehlshaber der Hochseeflotte, Jellicoe, von seinem jetzigen Posten als erster Seelord entfernt, unter Verleihung der Pairswürde für seine Verdienste. Der Grund seiner Absetzung war der Unwille über die Erfolglosigkeit des Abwehrkriegs gegen die Unterseeboote und über die Vernichtung ganzer Geleitzüge durch die deutschen Kreuzer und Torpedoboote; trotzdem wollte Jellicoe die Hochseeflotte nicht einsetzen, aus Furcht sie zu verlieren. Zum ersten Seelord wurde der Vizeadmiral Wemyß ernannt.

X.

Belgien. Niederlande. Schweiz. Spanien. Portugal.

a. Belgien. Am 9. Januar erklärte die englische Gesandtschaft im Haag die Angabe, daß England für die ökonomische Entwicklung des Kongostaats 90 Mill. Fr. geliehen habe, nachdem ihm die wertvollsten Staatsgüter dafür verpfändet worden seien, für falsch; das Darlehen sei ohne jedes Unterpfand gegeben worden. Die flämischen Verbände (der

Landesverband, der national-flämische Verband, der Davidsbund, Jungflandern, der Hochschulbund, der katholisch-flämische Verein) hielten nach Meldung vom 25. Januar eine Zusammenkunft und verlangten, daß im Frieden das Königreich Belgien nicht einfach hergestellt werden dürfe; vielmehr sollte es in zwei nationale Staatswesen mit einer gemeinsamen Verfassung auf föderativer Grundlage zerlegt werden. Am 4. Februar folgte dann ein entsprechender Aufruf der „aktiven" flämischen Gruppen an alle Staaten, und am 24. Februar wählten sie den aus 50 Mitgliedern bestehenden „Rat für Flandern". Dieser sandte eine Abordnung an den Reichskanzler, welche am 3. März mittags 1 Uhr empfangen wurde und ihn an seine Rede vom 5. April 1916 erinnerte, worin er den Flamen Schutz vor Verwelschung verheißen hatte. Sie bekam die Antwort: „Der Anruf der Vertreter eines stammverwandten Volks, welches einst mit uns durch politische, kulturelle und wirtschaftliche Bande verbunden war, findet bei uns herzlichen Wiederhall. Im Ringen gegen das Vordringen des Welschtums müssen uns gleiche Wege zum gleichen Ziel führen. Es soll eine völlige Verwaltungstrennung nach der Sprachgrenze eingerichtet werden; dafür wird bei den Friedensverhandlungen und über den Frieden hinaus gesorgt werden." Demgemäß wurde am 25. März angeordnet, daß ein flämischer Verwaltungskreis mit Brüssel, ein wallonischer mit Namur als Vorort gebildet werde. Der Generalgouverneur General Moritz v. Bissing hat das noch erlebt; am 18. April ist er 73jährig an einer Lungenentzündung gestorben, mit der in einer Denkschrift niedergelegten und durch eine einzigartige Kenntnis der Dinge gestützten Überzeugung, daß „Belgien im Interesse der Sicherheit Deutschlands nicht freigegeben, sondern unter unserem Einfluß bleiben müsse." Zu seinem Nachfolger wurde der General v. Falkenhausen bestellt. Die Engländer zerstörten, wie deutscherseits an-

fangs Oktober amtlich festgestellt wurde, bei ihren Angriffen in Flandern systematisch belgische Gotteshäuser durch Fliegerbomben oder Geschütze, so in Ostende die Kathedrale (während eines Sonntagsgottesdienstes, so daß viele Menschen umkamen), in Kortryk das Piepusstift, St. Johann und das Borromäusstift. Ein Ministerwechsel, den König Albert vornahm, ist ohne Bedeutung, weil die Minister fast nichts mehr zu regieren haben.

b. Die Niederlande. Am 29. Januar versagte England den Niederlanden die weitere Lieferung von Kohle. Da England auch die Zufuhren „regulierte", mußte am 5. Februar die Brotkarte eingeführt werden. Englische Flieger warfen am 1. Mai Bomben auf Zirikzee, wodurch 100 Häuser beschädigt und mehrere Menschen getötet wurden. Nach langen Verhandlungen entschuldigte sich England am 21. Juli und versprach Schadenersatz. Die holländischen Schiffe wurden über die von Deutschland am 31. Januar gesteckte Frist hinaus lange in England zurückgehalten; erst am 1. Mai kamen 15 von 20 zurück. Die „Nieuwe Amsterdam" schrieb am 12. Mai: „Die Demokratie, für welche der Verband zu kämpfen behauptet, ist eine dreimal verfluchte Lüge. Die amerikanische Demokratie ist nichts als die reinste Plutokratie (Herrschaft der Reichen); Amerika, England, Frankreich stehen alle in der Arbeiterfürsorge weit hinter Deutschland zurück. England wird auch plutokratisch regiert, und wenn es in Frankreich ehrlich zuginge, so würde nach dem Französling Fernau (der ein verhimmelndes Buch über die Republik schrieb) Rothschild Ministerpräsident, und Schneider von Creusot (der französische Krupp) und die großen Bankdirektoren würden Minister sein." Am 20. Mai kam erstmals seit Kriegsausbruch wieder ein deutsches Schiff, die Bavaria, mit Holz aus Norrköping in dem holländischen Hafen Ymuiden an. Die Kammerwahlen vom 16. Juni ergaben die Tatsache, daß alle 50 ausge-

schiedenen Mitglieder wieder gewählt wurden. Die neugegründete antideutsche „Staatspartei" und die Gegner der Verfassungsdurchsicht erlitten aber eine vernichtende Niederlage — nicht einer ihrer Bewerber wurde gewählt. Demgemäß kündigte die bei Eröffnung der Generalstaaten am 28. Juni verlesene Thronrede der Königin Wilhelmina eine Reform der Verfassung und des Unterrichtswesens an. Wegen Nahrungsnot entstanden am 1. Juli Unruhen in Amsterdam, und es wurde eine Anzahl von Läden geplündert. England dehnte am 4. Juli sein Sperrgebiet auf Meeresteile aus, deren Vermeiden die niederländische Schiffahrt hart betrifft. Am 17. Juli wurden von englischen Zerstörern 10 deutsche Dampfer innerhalb des neutralen Meeresgürtels bei Egmond beschossen; ein Dampfer sank, einer strandete, 4 wurden weggeführt; 3 entkamen, 1 wurde nach Ymuiden zurückgeschleppt. Die niederländische Regierung erhob darauf Beschwerde. Im September versprach England monatlich 180 000 t Kohlen zu liefern, wogegen ihm 180 000 t Schiffsraum überlassen werden sollten. Im Oktober kam ein Vertrag mit Deutschland über Lieferung von 250 000 t Kohle im Monat zustande; die Niederlande haben dafür andere Waren zu schicken.

c. Schweiz. Der Bundesrat fand es geraten, am 16. Januar die Vorsichtsmaßregeln zu verschärfen, indem er die 2. Division und den Rest der 4. und 5. auf den 24. einberief. Die 6. Mobilisierungsanleihe ergab am 1. Februar 139 154 600 Fr.; es waren 25 968 Zeichner. Dazu wurden von der ersten Anleihe 22 174 100 Fr. umgewandelt. Der Gazette de Lausanne schrieb die Aargauer Zeitung am 31. Januar folgendes ins Stammbuch: „Die Gazette verkauft täglich 50 000 Stück nach Frankreich; das gibt bei 10 Centimes für die Nummer 5000 Fr.; 1000 Fr. Unkosten abgezogen, bleiben 4000 Fr. Profit in einem Tag, in 10 Tagen 40 000, im Jahr 1½ Millionen! Das läßt tief blicken. Der

große Patriot Oberst Secretan (der maßgebende Mann der Gazette) hat als Nationalrat gegen das Gesetz über die Besteuerung der Kriegsgewinne gestimmt.“ Als er im Oktober starb, wurde unter den üblichen Lobeshymnen auf ihn dieser Artikel nicht erwähnt. Der Vertrag mit Deutschland vom 2. Dezember 1916, der am 30. April 1917 ablief, wurde bis 31. Juli 1917 erneuert und der Schweiz also für 3 Monate die Versorgung mit Kohlen nach Möglichkeit zugesichert und ihr das Recht erteilt, für 16 Mill. Fr. Seidenwaren, Stickereien, Uhren und verschiedene andere Waren in Deutschland einzuführen. Am 24. April warf ein französischer Flieger Bomben auf die bernische Stadt Pruntrut und richtete erheblichen Sachschaden an, den Frankreich ersetzen mußte. Am 17. Oktober und 21. Dezember 1915 und am 31. März 1916 waren auch deutsche Bomben auf schweizerischen Boden gefallen, weil die Franzosen hart an der Grenze militärische Arbeiten ausführten. Im Mai betrugen die Pensionspreise in den Gasthäusern von Arosa 7—10 Fr. täglich, in Sanatorien 10½ bis 15 Fr.; Pensionen bei Morschach am Vierwaldstättersee verlangten täglich 5½—6 Fr., solche bei Zug 6 Fr. — gewiß noch sehr mäßige Sätze. Die 7. Mobilisationsanleihe nötigte zu einem Gesetz über Erhöhung der Tabaksteuer, um die Zinsen zu decken; der Nationalrat genehmigte es am 12. Juni mit 106 gegen 13 Stimmen. Ab 1. Juni wurden statt bisher 425 000 Personen 960 000 vom Bund unterstützt, der jährlich für Milch und Brot etwa 20—23 Mill. Fr. ausgeben mußte. Am 19. Juni entstand ein großes Aufsehen. Der Leiter des Auswärtigen, Bundesrat Hoffmann, legte sein Amt nieder, weil in der „Times“ ein von ihm an den Nationalrat Grimm nach St. Petersburg gesandtes Telegramm veröffentlicht wurde, in welchem gesagt war, daß Deutschland mit Rußland Frieden zu schließen bereit sei. Dabei sollte freundschaftliche Verstän-

digung über Polen, Litauen und Kurland stattfinden, deren Völkereigenart berücksichtigt werden könne; Rußland sollte von Deutschland zum Zweck seines Wiederaufbaus unterstützt werden, in enge Handelsbeziehungen zu Deutschland treten und keine Einmischung in seine inneren Verhältnisse stattfinden. Hoffmann, ein sehr tüchtiger Mann, erklärte, daß er zurücktrete, um sein heißgeliebtes Vaterland vor Schaden zu bewahren; er habe durch Erleichterung des Friedens ihm dienen, nicht aber in unneutraler Weise sich beteiligen wollen. Der Bundesrat stellte fest, daß er selbst von Hoffmanns Schritt keine Kenntnis gehabt habe, daß er andernfalls ihn widerraten haben würde, und sprach Hoffmann für seine großen Dienste, die er dem Land in langen Jahren geleistet habe, seinen Dank aus. Grimm, ein Sozialdemokrat und Freund des Verbandes, wurde von Kerenskij „als deutscher Agent" aus St. Petersburg ausgewiesen. Zum Nachfolger Hoffmanns wurde von der Bundesversammlung am 26. Juni der Genfer Ador mit 168 gegen 119 Stimmen gewählt, der konservativ und verbandsfreundlich war. Er sollte aber nicht allein, sondern mit dem Bundespräsidenten Schultheß und dem Vizepräsidenten Calonder zusammen sein Amt versehen; vom 1. Januar 1918 ab sollte das „politische Departement" wieder an den Bundespräsidenten übergehen. Ende August wurde ein Vertrag mit Deutschland geschlossen, der bis 30. April 1918 gelten sollte; die Schweiz sollte monatlich 200 000 t Kohlen erhalten, zu 90 Fr. die Tonne statt wie bisher zu 60 Fr., und sollte zur Verbesserung des deutschen Geldwertes (der Frank stand auf 159 Pfennig!) Deutschland monatlich 20 Mill. Fr. vorstrecken, gegen hypothekarische Sicherheit. Die Tonne Eisen sollte 200 Fr. mehr kosten als bisher. Die Handelsaufsicht sollte genau so wie beim Verband geübt werden. Am 30. August fanden Kundgebungen der Arbeiterschaft gegen die Teuerung in allen großen Städten statt.

Ab 1. Oktober sollten Brot- und Mehlkarten eingeführt werden (250 gr auf den Tag, dazu 60 gr für Schwerarbeiter). Am 1. Oktober trat ein internationaler Gewerkschaftskongreß in Bern zusammen, dem aber Franzosen und Engländer fern blieben. Am 9. Oktober wurde verkündet, daß der Kohlenersparnis wegen die Geschäfte um 7 Uhr schließen sollten, die Wirtschaften um 11 Uhr; die Gasthöfe sollten im Winter nur ¼ ihrer Zimmer heizen, die Kino an 12 Tagen im Monat nicht spielen. In Zürich entstanden am 17. November Krawalle, deren Ziel noch recht dunkel ist; sowohl die Deutschen als der Raubverband wurden der Anstiftung beschuldigt. Die Polizei schritt ein, und dabei wurden 6, oder wie es später hieß, 4 Menschen getötet. Sozialdemokratische, von der Parteileitung aber energisch abgeschüttelte „Jungburschen" haben bei der Sache eine große Rolle gespielt. Die Bundesversammlung wählte am 13. Dezember den Graubünder Juristen Calonder mit 176 gegen 18 Stimmen zum Bundespräsidenten, Müller mit 155 gegen 44 zum Vizepräsidenten. Diese 44 Stimmen fielen auf Ador. Dieser erklärte am 14. Dezember im Ständerat, daß die Vereinigten Staaten mitgeteilt hätten, sie würden die Neutralität der Schweiz so lange garantieren, als die Schweiz selbst neutral bleibe und ihre Neutralität nicht angetastet werde. Die Schweiz werde diese Neutralität gegen jeden Angriff zu wahren wissen. Die Vereinigten Staaten hätten bis zum September 1918 der Schweiz 29 000 Wagen Korn versprochen; 3000 sollen noch im Dezember eintreffen.

d. Spanien. Der liberale Ministerpräsident Romanones protestierte am 9. Februar in Berlin gegen den uneingeschränkten Unterseebootskrieg, weil das Leben spanischer Bürger nicht gefährdet, der spanische Handel nicht gestört noch vermindert werden dürfe; Schiffe dürften wohl festgenommen, nicht aber vernichtet werden; Deutschlands Gründe,

vom internationalen Seerecht abzugehen, seien nicht genügend. Am 29. März wurden wegen drohenden Generalstreiks die verfassungsmäßigen Bürgschaften in allen Provinzen aufgehoben und der Streik unterdrückt. Romanones' Verhalten gegen Deutschland lief den Ansichten der großen Mehrheit der Spanier zuwider, und am 19. April mußte er das selbst anerkennen und dem (ebenfalls liberalen) Präsidenten des Senats, Garcia Prieto, Platz machen. Romanones war nicht sehr angesehen (trotz seines ungeheuren Reichtums), auch aus persönlichen Gründen, und er hatte in der Ernährungsfrage unpraktisch gehandelt, z. B. die Ausfuhr auch solcher Nahrungsmittel gestattet, welche die Armen notwendig brauchten. Prieto hatte 1912 als auswärtiger Minister anläßlich der Marokkoangelegenheit Frankreichs wahre Gesinnung gegen Spanien genügend kennen gelernt und war für unbedingte Neutralität; eben in diesem Sinn sprach sich auch der Kammerpräsident Villanueva aus. Am 20. April richtete Prieto eine Note nach Berlin, worin er die Hoffnung aussprach, daß Deutschland seine Maßnahmen in Rücksicht auf das Leben und die Sicherheit der spanischen Schiffer einrichten werde, worauf der Staatssekretär Zimmermann antwortete, daß Deutschland in eine Erörterung eintreten wolle, wie innerhalb der militärischen Notwendigkeiten die Schwierigkeiten Spaniens erleichtert werden könnten. Am 12. Juni machte Prieto wieder dem Konservativen Dato Platz. Gegen einen früheren spanischen Unterseebootserlaß, der die Tauchboote außerhalb des üblichen Völkerrechts stellte und nicht förmlich zurückgenommen war, erließ Deutschland am 2. August einen Protest. Am 14. August mußte wegen vielfältiger Unruhen, die zum Teil antimonarchischen Charakter trugen und bei denen der Verdacht auswärtiger Schürerei bestand, der Ausnahmzustand in ganz Spanien verkündigt werden. Dato nahm am 29. Oktober seine Entlassung, und nach verschiedenen vergeblichen Ver-

suchen ein Kabinett zustande zu bringen, berief der König am 3. November wieder Garcia Prieto. Dieser bildete — zum erstenmal — nicht ein reines Parteiministerium, sondern ein gemischtes. Der frühere Republikaner, nunmehrige Monarchist Rodés und ein strammer Konservativer de la Cierva traten ins Kabinett ein, und es besteht die Absicht ernsthafte Reformen durchzuführen. Ein erster Schritt war die Abschaffung der sog. Zivilgouverneure, welche lediglich zur Beeinflussung der Wahlen eingesetzt waren, und die nächsten Wahlen sollen wirklich frei sein.

e. Portugal. Der Belagerungszustand wurde am 13. Januar aufgehoben. Am 20. März soll nach Nachrichten aus portugiesischer Quelle Macao, die portugiesische Besitzung westlich des Kantonflusses (12 qkm, 65 000 Einwohner, befestigt), an Japan verkauft worden sein. Das Ministerium trat am 21. April zurück, und am 18. Juli hob der Kongreß wieder einmal — als Zeichen des inneren Glücks — die verfassungsmäßigen Bürgschaften für 30 Tage auf, damit in dieser Frist die Portugiesen von der Vortrefflichkeit ihrer 7 Jahre alten Republik überzeugt werden könnten. Am 13. August wurden bei Neuve Chapelle in Flandern viele Portugiesen von den Deutschen gefangen. Am 8. Dezember führte ein Aufruhr zum Sturz Alfonso Costa's und zur Einsetzung eines Ministeriums Sidonio Paës, das dem Krieg abgeneigt sein soll.

XI.

Afrika.

a. Marokko. Am 15. Januar erkannten die Vereinigten Staaten das 1911 errichtete französische Protektorat endlich an, „als Zeichen der bewährten und aufrichtigen Freundschaft, die das französische Volk für die Vereinigten Staaten gezeigt hat“. Die Aushebung von 15 000 Mann rief nach dem

Temps Ende Januar eine aufrührerische Bewegung hervor, die mit den Dingen in Tripolis zusammenhing und die durch eine an den Niger-Benuebogen entsandte Abteilung nicht gedämpft werden konnte. Nach 6 Monaten wurde sie an der Küste erstickt, dauerte aber in Timbuktu, in der ganzen Sahara, am Tschadsee fort.

b. Ägypten. Am 8. Oktober wurde festgestellt, daß der Schiffsverkehr durch den Suezkanal vom 1. Juli 1913 bis 30. Juni 1914 im ganzen 10 344 676 t betragen hatte, vom 1. Juli 1916 bis 30. Juni 1917 aber nur noch 4 257 000 t — eine Folge des Unterseebootskriegs im Mittelmeer. Am 10. Oktober starb der 1914 von den Engländern eingesetzte Sultan Hussein Kamel, den der Kalif in Stambul kraft kriegsgerichtlichen Spruchs im November 1916 zum Tod verurteilt hatte, und sein Bruder Achmed Fuad wurde zum Nachfolger ausgerufen.

c. Tripolis. Am 5. April wollen die Italiener einen Angriff der Eingeborenen, der aus der Gegend von Argila gegen Zuara erfolgte, abgeschlagen und 206 Araber getötet haben. Jedenfalls waren sie selbst an der Küste nicht mehr sicher.

d. Der Negerstaat Liberia (1847 als Asyl der Negersklaven errichtet, 95 000 qkm, 2 Mill. Seelen, meist Heiden und Muselmänner) erklärte unter englischem Druck ohne Grund an Deutschland Krieg und ließ die Deutschen an Bord eines englischen Kriegsschiffs bringen. Er hatte deshalb die Ehre, an dem Kriegsrat des Vielverbands in Paris am 29. November teilnehmen zu dürfen.

e. Südafrika. Bodenstein, Professor in Pretoria, erklärte im April, daß Südwestafrika bei Deutschland verbleiben sollte, damit der Zuzug von Weißen verstärkt werde. Geschehe das nicht, so werden schließlich die Schwarzen in Südafrika das Heft an sich reißen. Statt 100 Mill. Weißen, für welche

Raum vorhanden wäre, gebe es erst 2. England allein könne die Sache nicht machen. Die Nationalisten, der Anhang Hertzogs in der Union, nahmen im Sommer einstimmig einen Beschluß an, der jeden engen Zusammenschluß der Kolonien mit England verwarf; England suche dadurch nur die Selbstverwaltung der Kolonien einzuschränken. Ehe man sich darauf einlasse, solle lieber der Abfall Südafrikas von England erfolgen. Die Regierung verkaufte die ganze Wollernte an England, was die Farmer, die von den Vereinigten Staaten und Japan höhere Preise erhoffen konnten, in hohem Grad erbitterte.

XII.
Asien.

a. China. Die englische, japanische und amerikanische Diplomatie, die sonst sich offen oder im stillen bekämpften, setzten sich vereint dafür ein, China in den Krieg gegen Deutschland hineinzutreiben, und erreichten natürlich gegenüber dem schwerfälligen und innerlich zerklüfteten Reich ihr Ziel ohne große Schwierigkeit. Am 11. März stimmte die Abgeordnetenkammer mit 300 Stimmen Mehrheit, darauf der Senat mit 158 gegen 37 dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland zu, weil der Verband abgesehen von seinen Druckmitteln auch Nachlaß der 1901 China auferlegten Strafsumme und eine Zollreform in Aussicht stellte. England verfolgte bei allem vornehmlich das Ziel, den deutschen Handel mit China zu vernichten. Der deutsche Gesandte begab sich von Peking nach Java. Der Abbruch der Beziehungen erfolgte am 24. März, „weil Deutschland bereits schweren Schaden an chinesischem Leben und Gut angerichtet habe und die Achtung vor dem Völkerrecht als Pflicht verkündet werden müsse“. Am 3. Mai sprach sich das Parlament sogar für sofortige Kriegs-

erklärung aus, und die deutschen Schiffe wurden auch hier mit Beschlag belegt. Die Kriegserklärung erfolgte nach einem Beschluß des Ministerrats am 4. August. Nach der Agence Havas verkündigten die Statthalter der Mittel- und Nordprovinzen anfangs Juni ihre Unabhängigkeit von Peking, und am 18. August tat der militärische Befehlshaber von Yünnan dasselbe, übrigens mit dem Zusatz, daß er dem Krieg gegen Deutschland sich anschließe. Am 6. November zeigte der japanische Gesandte Hayaschi dem auswärtigen Amt in Peking an, daß am 2. November die Vereinigten Staaten und Japan ein Abkommen getroffen hätten, nach welchem die Vereinigten Staaten Japans besondere Interessen in China anerkannten, Japan aber die offene Tür zugestand. Auf Grund dieses Abkommens forderte Japan von China ein Monopol für alle Waffenlieferungen, Annahme japanischer Ratgeber für das Heer, Heranziehung japanischen Kapitals beim Ausbau der Arsenale, Ausbeutung der Eisenerzlager bei Nanking, um Japan vom amerikanischen Stahl unabhängig zu machen.

b. Japan. Am 27. Januar erlangte die Regierung von China die Zusicherung, daß es alle im September 1916 von Japan erhobenen Forderungen wegen einiger Zusammenstöße von Truppen annehme. Die Neuwahlen ergaben am 22. April 199 Sitze für das Ministerium Terauchi, 158 für die Opposition. Der Ausfall in 24 Wahlkreisen war noch unbekannt. Weil von 50 „Unabhängigen“ 40 für Terauchi waren, so hatte dieser eine sichere Mehrheit. Er handhabte den Stil der Entente vortrefflich und erklärte, daß er ein ernstes Zusammenwirken mit den Verbündeten anstrebe, die nach dem Minister des Auswärtigen, Baron Motono, die Sache der Zivilisation verfechten. Selbstverständlich. Am 26. Mai wurde berichtet, daß nach einer Angabe Lord Cecils im Unterhaus die japanische Flotte nicht bloß mit der englischen zusammen die deutschen Kreuzer in den östlichen Meeren vernichtet habe,

sondern daß Terauchi kürzlich auch leichtere Schiffe ins Mittelmeer sandte, um die Schiffahrt zu schützen; ebenso streiften japanische Schiffe den südlichen Teil des stillen Ozeans ab. Von Tokio aus wurden diese Angaben nicht nur sofort bestätigt und als der Admiral des Mittelmeergeschwaders Soto genannt, sondern auch hinzugefügt, daß ein drittes Geschwader in den Süden des atlantischen Ozeans geschickt worden sei. Daß in all diesen Angaben etwas für den einstigen Britenstolz tief Demütigendes lag, schienen die englischen Minister nicht zu empfinden; wenn es nur gegen den damned German geht, ist alles recht. Die Absendung japanischer Truppen nach Europa erklärte der Finanzminister am 17. November laut Reuterbericht als unmöglich; Japan helfe mit Geld, Schiffen, Munition. Ein furchtbarer Taifun verheerte am 3. Oktober Tokio, warf eine Menge Häuser nieder und beraubte 100 000 Menschen ihres Obdachs. Ende November erschien eine Abordnung von fünf japanischen Parlamentariern, Angehörige der fünf großen Parteien, in den Vereinigten Staaten, um festzustellen, ob die Vereinigten Staaten mit den ungeheuren Festungsanlagen auf den Inselbesitzungen Japan bedrohen wollten, was man in Japan annehme, oder ob sie ihrerseits einen japanischen Angriff befürchteten. Eine gemeinsame Aufgabe wäre es, die Philippinen für unabhängig und, falls das die Vereinigten Staaten wünschten, neutral zu erklären. So besagte eine Mitteilung der Fünf für die Presse.

c. Indien. Am 15. März teilte der Staatssekretär für Indien, Chamberlain, im Unterhaus mit, daß das indische Heer vor dem Krieg 230 000 Mann stark gewesen sei, daß im Krieg aber 300 000 Mann aus Indien mitgekämpft hätten, in Frankreich, Ägypten, Ostafrika und Mesopotamien. Die indischen Fürsten hätten in Beschaffung von Flugzeugen, Kriegsmaterial, Ambulanzen und Geld eine unvergleichliche Freigebigkeit bewiesen. Chamberlain mußte aber zurücktreten,

weil man ihm an der schlechten Vorbereitung des mesopotamischen Feldzugs von 1915—16 und der Kapitulation von Kut el Amara Schuld gab. Sein Nachfolger Montagu gab am 21. August im Unterhaus die Erklärung ab, daß, vorbehaltlich der unzerreißbaren Zugehörigkeit Indiens zum Reich, die Selbstverwaltung des Landes entwickelt werden solle; die Inder seien auch zu Offiziersstellen zugelassen. Nach dem japanischen Blatt Osaka Asahi Schimbun, das sich auf den Funkspruch des Admirals des japanischen Geschwaders im indischen Ozean berief, hat eine japanische Truppenabteilung die Ruhe in Bengalen hergestellt, allerdings nicht überall (so in Mittelbengalen) mit bleibendem Erfolg. Das in Stockholm befindliche indische Komitee verlangte im Oktober, daß auf dem Friedenskongreß der englischen Unterdrückung Indiens, Ägyptens und Irlands ein Ende gemacht werde.

d. Persien. Der Westen des Landes wurde wechselsweise von den Türken, die bis in den März Hamadan inne hatten, und von den Russen besetzt gehalten. Am 4. Februar brach in Fars ein Aufstand aus, der die Engländer zur Räumung dieses Landesteils zwang. Der russisch-deutsche Waffenstillstand vom 15. Dez. bestimmte, daß die Russen und die Türken ihre Truppen aus Persien als einem neutralen Lande zurückziehen sollten. Infolge davon telegraphierte der Abgeordnete zur Medschlis (Reichstag) Tagizadeh an den Reichskanzler Hertling, daß er im Namen des persischen Nationalkomitees und des ganzen persischen Volkes der deutschen Regierung als der wahren Beschirmerin der Freiheit der Völker enthusiastischen Dank bezeuge und weitere Schritte zur Herstellung der Selbständigkeit Persiens erhoffe. Das sollte besagen, daß, nachdem Rußland sich von dem Raub- und Teilungsvertrag von 1907 losgesagt hatte, nun auch England gezwungen werden müsse ein Gleiches zu tun.

XIII.

Australien.

In diesem Gemeinwesen tobte ein heftiger Streit über die Frage, ob die allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden solle oder nicht. Der erste Minister Hughes trat energisch für die Wehrpflicht ein und löste das Parlament am 6. März auf. In dem Wahlkampf trat die Arbeiterpartei gegen den Dienstzwang auf, den das Volk 1916 verworfen hatte, und sprach sich für Unterstützung der Verbündeten mit Lebensmitteln und Metallen aus. Die Kriegsgewinner sollten bis zu 100% ihres Einkommens aus Gewinnen besteuert werden. Am 9. Mai waren die Wahlen zu Ende; sie ergaben im Senat 25 Anhänger der Wehrpflicht und 13 Gegner, im Abgeordnetenhaus 50 und 25. Die Masse der Bevölkerung scheint gleichwohl gegen die Fortsetzung des Kriegs zu sein, weil er die ohnehin wenig zahlreichen weißen Arbeiter verschlingt und den Zustrom der verhaßten Gelben fördert.

XIV.

Amerika.

a. Canada. Nach einer Feststellung vom 24. Juni hatte das Land bis dahin 325 000 Mann nach Europa entsandt, von denen 90 000 getötet, verwundet oder gefangen wurden. In Munitionsfabriken arbeiteten 600 000 Mann. Da das Freiwilligensystem trotzdem nicht genug Kanonenfutter lieferte, so schlug die konservative Regierung Bordens die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht vor, was am 25. Juli vom Unterhaus mit 102 gegen 44 Stimmen angenommen ward. Am 10. August trat der Senat diesem Beschlusse bei. Die von Mockert geführten Arbeiter und die französische Partei er-

hoben aber heftigen Widerspruch; die französischen Canadier, welche schon bisher nur eine geringe Anzahl von Freiwilligen gestellt hatten, erklärten lieber sterben als sich zum Dienst zwingen lassen zu wollen. In Montreal fand eine von 5000 Menschen besuchte Protestversammlung statt, und selbst englische Stimmen erklärten, daß die Einheit Canadas schwer bedroht sei. Von 65 Abgeordneten Französisch-Canadas sind 63 als Gegner der Regierung gewählt worden, die indessen bei den Neuwahlen vom Dezember die Mehrheit erlangte.

b. Vereinigte Staaten. Am 7. Januar fand in Berlin ein Fest der deutschamerikanischen Handelsgesellschaft im Hotel Adlon statt, auf dem der Botschafter Gerard davon sprach, daß, solange die gegenwärtigen Staatsmänner Deutschland leiten, die Beziehungen der beiden Völker ausgezeichnet bleiben werden. Am 10. Januar genehmigte der Senat das Gesetz, nach dem sog. Analphabeten (Leute, welche nicht lesen noch schreiben können) nicht einwandern dürfen, mit 54 gegen 10 Stimmen. Der Präsident Wilson belegte aber wegen des Mangels an Arbeitern das Gesetz mit seinem Veto, weswegen es nicht wirksam wurde. Am 23. Januar richtete Wilson an den Senat eine Botschaft, in der er sich für einen „Frieden ohne Sieg“ aussprach, weil sonst die Rachsucht einen neuen Krieg entzünden würde. Alle Nationen sollten gleich berechtigt sein; Abtretung von Völkern, wie wenn sie Eigentum einer Macht wären, sei rechtswidrig. Polen solle unabhängig werden; alle Staaten sollen freien Zugang zu den Meeresstraßen haben und die Freiheit der Meere die condicio sine qua non des Weltfriedens sein. Bündnisse, welche die Völker in den Wettbewerb der Mächte hineinziehen und sie in einem Netz von Ränken und eigennütziger Nebenbuhlerschaft verstricken, sollen nicht geschlossen werden. Kurz nachher erfolgte am 31. Januar im Hauptausschuß des Reichstags die Ankündigung des rücksichtslosen Unterseebootskriegs

durch den Reichskanzler, und sofort brach Wilson am 4. Februar die diplomatischen Beziehungen zum deutschen Reiche ab. Der Senat erteilte dazu am 8. Februar mit 78 gegen 5 Stimmen seine Einwilligung; 13 Senatoren fehlten. Die Schweiz übernahm den Schutz der Deutschen in den Vereinigten Staaten, Spanien den der Amerikaner in Deutschland. Der Botschafter Gerard, der mindestens nichts gegen die Verschlechterung der Beziehungen getan hatte, reiste am 10. Februar aus Berlin ab, mit Hinterlassung von 400 000 Mark, welche in den Vereinigten Staaten für Witwen und Waisen gefallener deutscher Krieger ersammelt worden waren. Am 1. März gab Wilson eine Depesche des Staatssekretärs Zimmermann an den Gesandten in Mexiko, v. Eckhardt, bekannt, worin Mexiko für den Fall, daß die Vereinigten Staaten die Neutralität aufgeben sollten, ein Bündnis vorgeschlagen wurde; beide Staaten sollten gemeinsam Krieg führen und Frieden schließen. Deutschland versprach Mexiko allgemeine und finanzielle Hilfe und die Wiederangliederung von Neumexiko, Texas und Arizona an Mexiko, die sie den Vereinigten Staaten 1847 entrissen hatten. Caranza sei darauf aufmerksam zu machen, daß die Ausübung des rücksichtslosen Unterseebootskriegs England in einigen Monaten (!) zum Frieden nötigen werde. Die Art der Abfangung dieser Depesche ist nicht bekannt; natürlich machte sie, obschon gegen ihren Kern an sich nichts zu sagen ist, in den Vereinigten Staaten, namentlich in dem dadurch besonders betroffenen und bisher uns nicht ungünstig gesinnten Süden, einen sehr schlechten Eindruck. Öl ins Feuer goß erst recht der sattsam bekannte englische Zeitungskönig Lord Northcliffe (früher Harmsworth), der Besitzer der Times, Daily Mail, Nowoje Wremja u. a. Blätter; er errichtete im März eine „Interessengemeinschaft" mit 8 amerikanischen Zeitungen, d. h. er kaufte sie und schuf sie im Gegensatz zu den Blättern Hearst's

zu antideutschen Hetzblättern um. So konnte Wilson es wagen, noch weiter zu gehen, seines Herzens innerstes Streben zu offenbaren und am 2. April eine Botschaft an den Kongreß zu richten, in der er den Kriegszustand mit Deutschland beantragte. Dieser sei den Vereinigten Staaten formell auferlegt, weil Deutschland das Völkerrecht im allgemeinen und die Rechte der Vereinigten Staaten im besonderen mißachte. Es sei ein enges Zusammenwirken mit den andern Gegnern Deutschlands notwendig, durch Geld, Material, Flotte und Heer. Dieses solle auf 500 000 Mann gebracht werden, wozu die Annahme der allgemeinen Wehrpflicht notwendig sei. Der Kampf gelte nicht dem deutschen Volk, sondern nur den deutschen Machthabern, welche den Krieg im Interesse der Dynastie und einer kleinen ehrgeizigen Gruppe begonnen hätten. Auch Rußland sei seit der Revolution a fit partner for league of honour — ein geeigneter Teilhaber für den Ehrenbund. Ohne Kampf hat Wilson sein Ziel freilich nicht erreicht. Unter Führung des Senators Stone widersetzte sich im Februar ein Häuflein ehrlicher und wahrhaft friedlich gesinnter Männer dem selbstherrlichen Wilson, der, im stillen von jeher unser Feind und ein eifriger Gespons der Entente, nun offen seine Karten aufdeckte und mit äußerster Rücksichtslosigkeit und mit allen, keinem europäischen Monarchen zur Verfügung stehenden, Druckmitteln sein Land in den Krieg hineintrieb, den Wilson, mit weit mehr Grund als einst Kaiserin Eugenie, „seinen Krieg" nennen darf. Stone mit seinen 12 Freunden vereitelte die Absicht Wilsons, die Handelsschiffe zu bewaffnen und so einen Zusammenstoß mit den deutschen Tauchbooten hervorzurufen, durch Obstruktion am 13. März, an welchem Tag die Sitzungsperiode des Senats gesetzlich schloß. Wilson aber berief sofort eine außerordentliche Tagung und ließ einen Zusatz zur Geschäftsordnung des Senats beschließen, wornach der Senat künftig berechtigt sein

sollte, mit ²/₃ Mehrheit den Schluß der Erörterung vorzunehmen und so die Obstruktion zu erwürgen — alles im Namen der Freiheit! Nun nahm das Repräsentantenhaus die Kriegserklärung an Deutschland am 5. April mit 373 gegen 50 Stimmen an; der Senat tat mit 82 gegen 6 Stimmen das Gleiche. Es ging, wie es in Italien im Mai gegangen war; unzweifelhaft war ursprünglich die Mehrheit von Volk und Kammern der Vereinigten Staaten friedlich gesinnt; aber dem zielbewußten und rücksichtslos geübten Druck der Kriegspartei wich schließlich die rückgratlose Mehrheit, und Wilson durfte triumphierend sagen, daß er von den maßgebenden Körperschaften des Landes gedeckt wurde. Von nun ab war der Krieg Wilsons der Krieg der Nation. Nur die Sozialisten haben, was bei uns erst am 23. Juni bekannt wurde, vor der Kriegserklärung einen feierlichen Protest erhoben „gegen den verbrecherischen Versuch uns in den Krieg zu schleppen. Der Unterseebootskrieg ist freilich mitleidslos und unmenschlich; aber das ist die Eigentümlichkeit jedes Krieges und aller seiner Methoden, einerlei von welcher Partei sie angewendet werden. Dieser deutsche Tauchbootkrieg bedroht aber weder unsern nationalen Bestand noch unsere Unabhängigkeit, ja nicht einmal unsere Würde und Ehre. Er berührt überhaupt nicht das amerikanische Volk, sondern nur die Klassen, welche ungeheuren Gewinn aus Mordwerkzeugen ziehen. Wir haben weder Lust noch Grund, unser Blut für die Verteidigung dieser widerlichen Gewinne zu vergießen.“ Die Vereinigten Staaten haben einen deutschen und irischen Bevölkerungseinschlag, der viele Millionen zählt; aber Wilson hat diese Menschen so systematisch als bloße „Bindestrich-Amerikaner“ (Deutsch-Amerikaner, Irisch-Amerikaner) verdächtigt, daß sie nichts Durchschlagendes zu tun wagten und dem Unheil feig oder machtlos den Lauf ließen. Und doch ist nichts gewisser als das: Wilson brauchte nur zu tun, was ihm von

Stone und anderen oft genug nahegelegt wurde — nämlich seinen Landsleuten die Rückfahrt auf Schiffen, die ins Sperrgebiet führen, zu widerraten und sie so eine solche Fahrt gegebenenfalls auf ihre Verantwortung machen zu lassen: dann war jeder Grund zu einem Zusammenstoß mit Deutschland verhütet. Fragt man nach den Gründen, welche die Kriegspartei geleitet haben, so antwortet ein von Kommer verfaßter Artikel der Frankf. Ztg. vom 26. Juni darauf wie folgt: 1) Furcht vor einem deutschen Endsieg, der durch die Zerrüttung Rußlands infolge der Revolution und die sofort erkennbaren schweren Folgen des Tauchbootkriegs als sicher angenommen wurde, falls nicht die Vereinigten Staaten ihn verhinderten. 2) Furcht vor Vereinzelung nach dem Krieg, wenn man niemand beigestanden sei. 3) Bedürfnis nach innerem Zusammenwachsen durch einen Krieg, angesichts der zunehmenden Verdauungsbeschwerden des Schmelztiegels, d. h. angesichts der Unvereinbarkeit der vielen in den Vereinigten Staaten zusammengeströmten Volksstämme und Rassen. 4) Leidenschaftliches Verlangen der herrschenden Gruppen nach der allgemeinen Wehrpflicht als eines Gegengewichts gegen die allgemeinen Ausstände der Arbeiter. 5) Verlangen der Munitionsfabriken nach neuen Aufträgen, da mit dem 1. April 1917 die Bestellungen aus Europa aufhörten. Der russische Volkskommissär für das Auswärtige in der Regierung vom 6. November 1917, Trotzkij, hat in einer Rede im „ausführenden Zentralausschuß" laut Berichts vom 10. Dezember direkt gesagt, daß Wilson einem Ultimatum des amerikanischen Großkapitals gehorcht habe, den Absatz der Munition zu sichern. 6) Wunsch der Finanzmänner nach Sicherstellung ihrer der Entente geliehenen Gelder, eine Sicherheit, die im Fall einer Niederlage der Entente verschwand. 7) Imperia-

listische Bestrebungen nach Besitznahme von Mittelamerika und China, wozu eine Vermehrung der Machtmittel und der Machtstellung der Vereinigten Staaten gehörte. 8) Zuneigung der oberen Schichten des Ostens zu England und Wunsch nach engerem Zusammenschluß.

Die nächsten Maßnahmen waren nunmehr die Beschaffung von Geld für die neuen Verbündeten, wofür die „Freiheitsanleihe" sorgen sollte (der Senat bewilligte am 16. April 7 Milliarden Dollars, wovon 3 der Entente zu 3½% zur Verfügung stehen sollten) und die Beschlagnahme von 99 deutschen Schiffen, die in den Häfen der Vereinigten Staaten lagen. Ihr Gesamtinhalt belief sich auf etwa 600 000 Tonnen; das „Vaterland" hatte z. B. 54 285 t, der „Georg Washington" 22 570, die „Kronprinzessin Cecilie" 19 503. Die großen Schiffe gehörten teils dem norddeutschen Lloyd, teils der Hamburg-Amerika-Linie. Damals wurde von der in Toronto (Canada) erscheinenden Daily Mail berichtet, daß der Dampfer Baltic von der White-Star-Linie 44 Reisende, darunter 2 Amerikaner, und eine volle Ladung Munition nach Liverpool brachte; die amerikanischen Behörden hatten die Ausfahrt des Schiffes gestattet, und trotzdem behauptete Wilson, daß die Deutschen es seien, welche den Vereinigten Staaten den Kriegszustand aufgedrängt hätten! Da auch Österreich-Ungarn, die Türkei und Bulgarien die Folgerung aus der Kriegserklärung an Deutschland zogen und mit den Vereinigten Staaten brachen, so mußte der amerikanische Botschafter Penfield Wien Mitte April verlassen; er trug nach durchaus verläßlichen Nachrichten dem Grafen Czernin vorher an, daß Österreich-Ungarn sich von Deutschland trennen und den Osten Galiziens, das Banat, Bosnien, die Herzegowina und das Trentino abtreten, dafür aber Bayern und Schlesien erhalten sollte. Die Kriegserklärung an Österreich-Ungarn erfolgte am 7. Dezember auf Grund einstimmigen Be-

schlusses des Abgeordnetenhauses und fast einstimmigen des Senats (eine Stimme war dagegen). Die an die Türkei und Bulgarien steht noch aus.

Die amerikanische Ausfuhr sank im Februar von 613 auf 466 Millionen Dollars. Im April kamen Balfour, Joffre und Viviani nach den Vereinigten Staaten, um den Amerikanern Dank zu sagen und den noch nicht sehr regen Kriegseifer zu verstärken; an bombastischen Reden fehlte es dabei natürlich nicht; aber der Bürgermeister Hompson von Chicago lehnte den Empfang Joffres durch die Stadt ab, weil Chicago die sechstgrößte deutsche Stadt der Welt sei. Am 11. Mai wurde in der Person Hoover's ein „Lebensmitteldiktator für die Welt" bestellt, der die Verteilung der amerikanischen Waren an Verbündete und Neutrale regeln sollte. Die Neutralen wollte Wilson nur versorgen, wenn sie allen Handelsverkehr mit Deutschland und seinen Verbündeten abzubrechen sich bereit erklärten. Den Maßregeln gegen Griechenland stimmte Wilson nach dem Petit Parisien vom 21. Juni „im Interesse des Selbstbestimmungsrechts der Völker" zu. Aus diesem Anlaß sagte der Kopenhagener „Sozialdemokrat" ihm ins Gesicht, daß er der Knecht des Kapitalismus und deshalb aus einem Friedensapostel ein Kriegsschürer geworden sei und daß er den amerikanischen Arbeitern Pässe nach Stockholm versage, weil dort etwas für den Frieden herauskommen könnte. Ebenso sei der Friedensmann Ford, der früher Pflüge fabrizierte, nun ein Munitionshersteller und Kriegshetzer geworden. Am 25. Juni beschloß das Repräsentantenhaus die Beaufsichtigung der Verteilung von Lebensmitteln und Brennstoffen mit 365 gegen 5 Stimmen und bewilligte dafür 152½ Millionen Dollars. Am 26. September unterzeichnete Wilson die Elfmilliardenbill, welche 7 Milliarden für die Vereinigten Staaten und 4 für die Entente

auswarf. Bonar Law aber bezeugte den Amerikanern, ohne Schamgefühl zu empfinden, daß ohne ihre Hilfe England in schwieriger Lage sein würde. Ende September legte Wilson auf die für Frankreich und England im Bau befindlichen Handelsschiffe im Umfang von 2½ Millionen Tonnen Beschlag und nahm sie für die eigene Handelsflotte in Anspruch, was einen gefährlichen Wettbewerb mit England nach dem Krieg einleitete; Japan tat damals desgleichen. Wenn Lord Lansdowne damals in seinem berühmten Brief zum Frieden mahnte, so geschah es auch in der Erkenntnis der für England von Westen heraufziehenden Gefahr.

Einige amerikanische Regimenter sind nach Frankreich geschickt worden, als sog. „Renommier-Regimenter", wie auch 1916 russische Truppen dorthin überführt wurden. Der General Pershing aber, der mit einer Anzahl von Offizieren nach Flandern entsandt wurde, berichtete laut Funkspruch des Madrider Blatts A B C (s. Schwäb. Merkur vom 25. Juni), daß nach ihrer Ansicht die deutsche Westfront uneinnehmbar sei, falls nicht die Vereinigten Staaten titanische Anstrengungen machten. Die deutschen Reserven seien schier unerschöpflich und ihre Jahresstärke dürfte in 15 Jahren keine Verminderung erfahren. Das deutsche Heer sei im 4. Kriegsjahr stärker als je; Deutschland könne weder vernichtet noch zertrümmert werden. Die eroberten Länder lieferten den Mittelmächten die nötigen Nahrungsmittel und Rohstoffe, so daß der Krieg noch zehn Jahre dauern könne, ohne daß die Mittelmächte aufgerieben werden könnten. Unter diesen Umständen frage es sich, ob nicht die Verbündeten von den Vereinigten Staaten aufgefordert werden sollten, einer Friedensverhandlung keine Schwierigkeiten mehr entgegenzusetzen. Wenn doch ein Sieg nicht möglich sei, warum nicht gleich heute Frieden schließen? Die Zuverlässigkeit dieser Äußerungen ist englischerseits bestritten worden; aber ähnlich äußerte sich An-

fang Juli der North American, daß ohne Eingreifen der Vereinigten Staaten Deutschland vor Ende des Jahres bei den Erfolgen seiner Unterseeboote und dem Standhalten seiner Westfront den Frieden hätte diktieren können; es sei unbesieglich und das Volk der Vereinigten Staaten habe sich betrügen und ohne Kenntnis der wahren Sachlage in den Krieg zerren lassen. Mitte Oktober schrieb American World, daß Deutschland weder innerlich entzweit noch von Hunger bedroht sei; 3 Mill. Deutsche halten 5 Mill. Engländer und Franzosen im Schach; Deutschland habe 4 Mill. Reserven, seine Verbündeten 2—3 Mill.; wenn der Sieg erfochten werden solle, so müßten die Vereinigten Staaten 4, womöglich 8 Mill. aufbieten. Aber wie sollen sie, falls man sie überhaupt habe, ausgebildet und nach Europa befördert werden, solange die Tauchboote nicht vernichtet seien? Die Absicht, England mit Schiffbauten zu helfen, führte zum Vorschlag des Baus von Stahlschiffen; aber der damit beauftragte Göthals brachte nichts fertig, und Denman, der für Holzschiffe war, ebensowenig, weil es an Technikern, Arbeitern und Material fehlte. Dann sollte an ihrer Stelle Admiral Capps beides beschaffen, Stahl und Holzschiffe; aber auch er wurde mangels Erfolgs am 24. November durch Admiral Barris ersetzt, der auch nicht wußte, wie die Vereinigten Staaten die erforderlichen 6 Mill. Tonnen bauen sollten. Am 4. Dezember hielt Wilson im Kongreß eine Rede, worin er in seiner geschwollenen, unerträglichen Phrasenmacherei sagte: „Der Friede muß das Unrecht stillen. Er muß die einstmals schönen Landschaften und glücklichen Völker Nordfrankreichs und Belgiens von der preußischen Eroberung befreien, aber auch die Völker Österreich-Ungarns, des Balkans und der Türkei sowohl in Europa als in Asien von der unverschämten Fremdherrschaft der militärischen und Handelsautokratie Preußens befreien.“ Die Neuen Züricher Nachrichten bemerkten dazu: „Das ist

entweder das fluchwürdigste Börsenmanöver aller Zeiten oder die Tat eines Narren."

Von andern Ereignissen erwähnen wir, daß das Repräsentantenhaus am 20. Februar mit Handmehr den Ankauf der dänischen Antillen um die Summe von 25 Mill. Dollars guthieß. Am 31. März wurde auf den Virgil Islands, wie sie künftig heißen sollen, das Sternenbanner gehißt. Am 2. April trat der erste weibliche Abgeordnete, eine Frau Pankin, ins Repräsentantenhaus ein. Am 1. November wurden die Führer der Iren, General Melowes, Larkins und Mac Carlon verhaftet, am 5. Dezember der Deutsche Friedrich Kraft in New-Jersey zu 5 Jahren Gefängnis und 1000 Dollars Strafe verurteilt, weil er gesagt hatte, es sei zweifelhaft, ob Wilson verfassungsmäßig berechtigt sei Truppen nach Europa zu schicken. Freiheit wie in Amerika! Ein Seitenstück zur Ermordung Kata Harys war es, daß am 4. Dezember holländische Blätter erzählten, die Holländerin Anna Hültema sei in den Vereinigten Staaten wegen Spionage erschossen worden (vgl. S. 95). Tun's die Deutschen, so ist's Barbarei; tut's der Raubverband, so ist es Schutz der Zivilisation. Nach den Berichten niederländischer Blätter entwickelte sich allmählich ein „geradezu zaristisches" Schreckensregiment gegen alle, welche es wagten für den Frieden einzutreten und die Sache Deutschlands als nicht so ganz verworfen zu bezeichnen. Am 28. Dezember übernahm Wilson die oberste Leitung sämtlicher Eisenbahnen der Vereinigten Staaten.

c. Mittelamerika. Dem Beispiel der Vereinigten Staaten folgend erklärten Cuba und Panama am 9. April an Deutschland den Krieg. Zur Belohnung durfte Cuba an der Pariser Beratung vom 29. November teilnehmen. Am 20. Mai brachen Honduras und Nicaragua die Beziehungen zum deutschen Reiche ab, am 29. Mai Guatemala. Am 23. September erklärte Haiti den Krieg; am

26. brach Costarica die Beziehungen zu uns ab, „aus hohen Gründen und nationaler Rücksicht". Der Präsident von Mexiko, Carranza, verlangte am 14. Februar von Lansing, daß die Vereinigten Staaten jeden Handel mit kriegführenden Staaten einstellen sollten. Die Vereinigten Staaten trügen durch ihren Handel mit Munition zur Verlängerung des Kriegs bei und übernähmen eine schwere Verantwortung. Erhabene Gründe der Menschlichkeit, der Sittlichkeit und des nationalen Erhaltungstriebs müßten die Neutralen zwingen von solchem Tun abzustehen; Mexiko wolle dazu in seinem bescheidenen Teil helfen. Am 24. März wurde Lansings Antwort bekannt. Er lehnte Carranzas Ansinnen ab, weil ein Friede nicht in Aussicht stehe; Wilsons Bemühungen seien gescheitert, und Deutschland suche Mexiko und Japan gegen die Vereinigten Staaten zu verhetzen. Die Munitionsverschiffung sei übrigens auf gesunde Prinzipien und das Völkerrecht gegründet. Carranza erneuerte darauf das Ansinnen, daß Amerika dem Krieg fern bleibe. Nach neutralen Berichten waren die Sympathien der Mexikaner durchaus auf deutscher Seite, was angesichts des Verhaltens der Vereinigten Staaten gegen Mexiko sehr begreiflich ist. Der Ausschuß zur Begleichung der zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten bestehenden Gegensätze ging ohne Ergebnis auseinander. Am 12. März wurde Carranza aufs neue zum Präsidenten der Republik gewählt. Eine neue Verfassung sprach die Trennung von Kirche und Staat und die Abschaffung des Religionsunterrichts in den Volksschulen aus und bestimmte, daß neue Ölkonzessionen nur an Mexikaner verliehen werden dürften; der Staat erhielt die Macht den Kapitalismus einzuschränken.

d. Südamerika. Auch hier hat der Druck der Vereinigten Staaten dazu geführt, daß Brasilien am 11. April die Beziehungen zu uns abbrach; am 28. Oktober stimmten Senat und Abgeordnetenhaus einstimmig sogar der Kriegs-

erklärung zu, weil der früher deutsche, jetzt brasilianische Dampfer Macao von einem deutschen Unterseeboot torpediert worden sei; und Ende November überwies Brasilien die 30 mit Beschlag belegten deutschen Schiffe (250 000 t) zwecks der Beförderung von Lebensmitteln an Frankreich. Die Ausfuhr von Mangan-Eisenerzen aus Brasilien ist im Krieg von 183 330 t auf 503 103 gestiegen; ebenso nahm die Kohlenausfuhr sehr zu. Die Regierung beschloß die deutschen Zeitungen zu unterdrücken, die Deutschen von der Industrie fern zu halten und die Wechselehen mit Brasilianern zu verbieten. Am 14. April rief Bolivia seinen Gesandten in Berlin ab. In Peru wurden am 2. Oktober unsere Schiffe mit Beschlag belegt und am 9. Oktober gab der Kongreß von Peru mit 150 gegen 6 Stimmen seine Zustimmung zum Abbruch der Beziehungen; von Uruguay geschah dasselbe, und die Kammer sprach sich dafür mit 74 gegen 23, der Senat mit 13 gegen 3 Stimmen aus. Der Präsident Battle von Uruguay, der Herkunft nach ein Angelsachse, erließ eine Botschaft, wornach Uruguay zwar nicht unmittelbar von Deutschland beleidigt worden sei, es aber notwendig sei, mit den Verteidigern der Gerechtigkeit, der Demokratie und der kleinen Völker in Übereinstimmung zu bleiben. Ebenso zynisch als dumm. Endlich stellte auch Ecuador ohne weiteren Grund dem deutschen Gesandten seine Pässe zu. Eigentümlich verliefen die Dinge in Argentinien. Hier entstand eine leider berechtigte Verstimmung gegen Deutschland, weil unser Gesandter Graf Luxburg in einer von den Vereinigten Staaten abgefangenen und von Wilson veröffentlichten Depesche 1) den auswärtigen Minister von Argentinien einen notorischen Esel nannte und 2) riet argentinische Schiffe gegebenenfalls „verschwinden zu lassen". Der Senat forderte am 21. September, daß der argentinische Gesandte aus Berlin abgerufen werde, und zwar mit 23 gegen 1 Stimme; die Kam-

mer sprach sich am 25. September mit 53 gegen 18 Stimmen im gleichen Sinne aus. Nach der Agence Havas vom 4. Oktober bestand die Minderheit hauptsächlich aus Sozialdemokraten, und diese legten sogar, um ihren Einspruch zu verschärfen, ihre Mandate nieder. Der Präsident von Argentinien weigerte sich aber die Beschlüsse auszuführen. Graf Luxburg wurde nach Berlin zur Verantwortung berufen und reiste vorerst nach Chile ab. Neutral sind also geblieben Columbia, Venezuela, Paraguay, wo die deutschen Sympathien besonders stark sind, Argentinien und Chile.

XV.

Die christlichen Kirchen.

a. Die evangelischen Kirchen. Bis Ende März zählte man in Württemberg 45 geprüfte Kandidaten der Theologie, darunter 2 Pfarrer, und 65 Studenten als gefallen; 2 waren vermißt, 6 dauernd kriegsbeschädigt. Die bayrische Generalsynode in Ansbach nahm am 26. September die Neubearbeitung des Kirchenbuchs (Agende) mit der Anerkennung an, daß hier eine gewaltige Arbeit vorliege, in welcher an der Gottesdienstordnung nichts geändert, auch der Glaubensgrund unangetastet gelassen, aber ein Reichtum an liturgischem Gut dargeboten sei, der eine große Auswahl gestatte und die mannigfaltigsten Saiten erklingen lasse. In besonderen Fällen örtlicher oder allgemeiner Art wurden Abweichungen vom Kirchenbuch gestattet. In Württemberg ist 1916 beim Konsistorium eine Stipendenhilfe zur Erleichterung des theologischen Studiums gegründet worden, aus welcher Knaben zum Besuch von Lateinschulen Beihilfen gereicht werden sollen. Der Ertrag der Sammlung beläuft sich bis jetzt auf über 290 000 Mark, dreimal mehr als man er-

wartet und begehrt hatte. Das regte in Baden und Bayern zur Gründung des Melanchthonvereins an, der ähnliche Zwecke verfolgt. Die Feier der 400. Wiederkehr des Anschlags der 95 Thesen durch Luther am 31. Oktober wurde des Kriegs wegen zwar mit verhältnismäßiger Einfachheit und Zurückhaltung, aber doch allgemein in Deutschland und Schweden begangen und gab Anlaß zu allerlei kirchlichen Stiftungen (so des „Reformationsdanks", aus dem für allerlei Aufgaben der evangelischen Kirche Zuwendungen erfolgen sollen; bis Mitte Dezember war eine halbe Million Mk. beisammen). Der deutsch-evangelische Kirchenausschuß, in dem alle evangelischen Landeskirchen vertreten sind, erließ am 30. September eine Ansprache, in welcher er auf folgende Punkte hinwies: 1) Die Reformation hat die Religion von Veräußerlichung und Werkheiligkeit befreit und sie ins Heiligtum des Herzens und der Gesinnung zurückgerufen. 2) In der persönlichen Erfahrung von Sünde und Gnade, von Buße und Glaube hat sie den Heilsweg unseres Herrn Jesu Christi neu ans Licht gestellt. 3) Im Gedanken vom allgemeinen Priestertum hat sie die sittliche Verantwortung des Einzelnen aufs höchste gesteigert und mit der Freiheit eines Christenmenschen von aller äußeren Herrschaft doch die opferwillige Hingabe im Dienst der Brüder als Gebot der Nachfolge Christi gefordert. 4) Im Ernst der Buße, in der Kraft des Glaubens liegen auch heute die verborgenen Kräfte für die Gesundung unseres Volks. Gemäß dem Willen Papst Benedikts XV. unterblieben von katholischer Seite Vorstöße gegen die Reformationsfeier, und die Evangelischen erwiderten dies gebührendermaßen mit Verzicht auf polemische Ausfälle. Ein viel freundlicheres Bild, als das Jahr 1883 geboten hatte.

b. Römisch-katholische Kirche. Am 10. Januar wurde der erste päpstliche Geheimkämmerer Monsig-

nore v. Gerlach, nächst dem Kardinalstaatssekretär das erste Glied des päpstlichen Hofstaats, als Deutscher aus Italien ausgewiesen; er begab sich nach Lugano. Am 13. Februar traten Vertreter der Katholiken von Deutschland, Österreich-Ungarn und der Schweiz in Zürich zusammen, um Maßregeln für eine spätere Wiederanknüpfung der Beziehungen der Katholiken der ganzen Welt nach dem Krieg einzuleiten. Die Führer der Katholiken der in Zürich nicht vertretenen Länder wurden eingeladen, einer „internationalen katholischen Union“ beizutreten. Ein Echo scheint dieser Aufruf nicht gefunden zu haben. Am 19. April wurde vom Bundesrat das deutsche Jesuitengesetz von 1872 mit einer Stimme Mehrheit, wie es heißt, aufgehoben und die Jesuiten wieder ermächtigt Niederlassungen zu errichten. Der Papst richtete am 15. August wieder eine Aufforderung an alle kriegführenden Staaten, in Friedensverhandlungen einzutreten. Er schlug Rückgabe aller Eroberungen, also Herstellung Belgiens, und einen gütlichen Vergleich über Elsaß-Lothringen und die italienischen Teile Österreichs vor. Er bekam von Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei höfliche und im Grundsatz — natürlich nicht in den Einzelheiten — zustimmende Antworten; der Vielverband hat jede Antwort gänzlich unterlassen. Am 27. September bat der Ausschuß der indischen Muselmänner den Papst, daß er als Personifikation der Gerechtigkeit und Barmherzigkeit sich der Muslime von Ägypten, Algier, Buchara, China, des Kaukasus, der Krim, Marokkos, Persiens und Tripolitaniens annehmen möge; diese Länder, einst glänzende Mittelpunkte der Zivilisation, seien nun unter ein tyrannisches Joch gebeugt, haben aber nicht aufgehört ihre Freiheit auf Grund der Einheit ihres Glaubens und ihrer Abstammung zu verlangen. Am 26. September hielt der katholische Presseverein für Bayern eine Sitzung in

München. Dabei sagte der an Stelle des gestorbenen Kardinals Bettinger zum Erzbischof beförderte Faulhaber: „Die Tätigkeit des Vereins wird am tiefsten erfaßt, wenn sie als Seelsorgearbeit betrachtet wird. Der Geistliche soll sie in diesem Sinn treiben, und die Gläubigen haben es als Religionspflicht anzusehen, daß sie den Worten des Geistlichen in bezug auf die Presse folgen." Dazu bemerkte die nationalliberale Augsburg-Münchener Abendzeitung vom 28. September: „Aus solcher Auffassung können sich bedenkliche Erscheinungen ergeben, namentlich in Wahlzeiten. Wir haben das schon erlebt, und wir werden es nun leider wieder erleben." Bei einer katholischen Versammlung in Worms sagte der Straßburger Historiker Martin Spahn nach dem Stuttgarter „Deutschen Volksblatt" vom 10. Oktober: „Nach Zeiten der Mißachtung von Päpsten und Papsttum durch die Welt öffnen Tage der Not der Welt die Augen über die ungeheure Bedeutung des Statthalters Christi für die Kulturaufgaben der Zeit und der Völker. Jetzt hat Benedikt XV. mit ungewöhnlichem Weitblick Kriegs- und Friedensziele abgesteckt, die des Beifalls nicht zuletzt des ganzen deutschen Volks sicher sein dürfen. Unsere Orientierung muß von Rom kommen, muß Rom sein. Der Papst hat über den Frieden gesprochen; unsere Pflicht als Katholiken ist, ihm und seinen Gedanken zu folgen; denn er will unser Bestes, unsere Selbständigkeit nach außen und innen, einen Frieden, der Dauerhaftigkeit in sich birgt, da er keinen Stachel hat. Mit Stolz blicken wir auf das Jahr 1917 in einer Zeit, wo der unheilvolle Riß des Jahres 1517 wieder vor uns auflebt. Damals Ablehnung des Papsttums, heute Triumph des Papsttums. Die ganze Welt horcht auf den Statthalter Christi. Auf den tobenden Wellen des Kriegsmeeres erblicken wir das Schifflein Petri, gesteuert von fester Hand." Am 12. Dezember fragte der katholische Abgeordnete Longinotti in der italienischen Kammer an, ob die von St. Pe-

tersburg aus veröffentlichte Klausel des italienisch-englisch-französischen Vertrags echt sei, wornach der heilige Stuhl an der Mitwirkung bei den Friedensverhandlungen verhindert werden soll. Der Unterstaatssekretär im auswärtigen Amt Borsarelli antwortete, die Klausel stehe nicht in dem Vertrag. Daß sie gar nicht bestehe, sagte er nicht. Am Weihnachtsfest hielt Benedikt XV. eine Ansprache an die Kardinäle, in der er (nach der „getreuen Übersetzung" des bayrischen Kuriers) sagte: „In Bewunderung des göttlichen Ratschlusses gehen wir hin nach Jerusalem auf den Pfaden Judäas. Es ist Zeitgeschichte. Menschlicher Ratschluß und göttlicher Plan gingen Hand in Hand. Während jener das Land unterjochte, hat dieser den Jahrhunderte alten Wunsch der Väter erfüllt, indem er dem christlichen Glauben die heiligen Stätten und ehrwürdigen Schollen wieder gab, wo jenes Blut vergossen wurde, mit dem wir erlöst sind. Jerusalem, du himmlische Stadt und selige Offenbarung des Friedens, bringe Gott den Hymnus des Jubels, der Dankbarkeit und Liebe dar." Diese Worte riefen in Konstantinopel und in allen Ländern des Vierbundes einen sehr ungünstigen Eindruck hervor. Der Text des bayrischen Kuriers wich nicht wesentlich ab von dem der Agencia Stefani, der als unrichtig bezeichnet worden ist, und der Schwäbische Merkur sagte: „auch nach diesem Text ist unbestreitbar, daß Benedikt XV. das Namenchristentum der barbarischen Aushungerer Mitteleuropas für vollgültiges Christentum genommen und das zeitweilige Aufhören der Türkenherrschaft über Jerusalem mit Genugtuung begrüßt hat."

Zweites Buch.

Der Weltkrieg.

I.

Der Krieg im Westen.

Eine amtliche Mitteilung besagte Mitte Januar, daß wir und unsere Verbündeten zurzeit in Belgien 29 000, in Frankreich 22 310, in Rußland 280 450, in Serbien 85 867, in Montenegro 14 180, in Albanien 20 040, in Rumänien 100 000 = reichlich 550 000 Quadratkilometer fremden Bodens inne hatten. Am 25. Januar wurden bei der Höhe 304 vor Verdun französische Stellungen in 1600 Meter Breite erstürmt und 500 Gefangene gemacht. Ein englischer Angriff an Ancre und Somme brachte dem General Haig die Einnahme des Dorfs Gondcourt ein. Dagegen eroberten die Deutschen am 15. Februar bei Repont in der Champagne 4 feindliche Gräben (2600 m breit und 800 m tief) und nahmen 21 Offiziere und 837 Mann gefangen; auch verblieben ihnen 20 Maschinengewehre. Vom 24. Februar ab wurde eine planmäßige Zurücknahme unserer Westfront zu beiden Seiten der Ancre (in einer Breite von 20 und einer Tiefe von 5 Kilometern bei Gondcourt, Serre, Miraumont, Ligny) vorgenommen, nachdem alle vorhandenen Anlagen zerstört waren, und vom 15. bis 17. März geschah dasselbe weiter im Süden von Bapaume bis Peronne, Roye und Noyon, in einer Breite von 35 und einer Tiefe

von 5—8 Kilometern. Die Räumung geschah, „ohne daß eine Konservenbüchse oder ein Bündel Stroh zurückgelassen wurde", und unter völliger Zerstörung aller Dinge, welche den Feinden einen Aufenthalt in dem verwüsteten Gebiet erleichtern konnten. Gewiß eine harte, aber im Krieg gestattete und notwendige Maßregel. Die Londoner Zeitschrift the Nation schrieb: „Das Deutschland, das unter allen Opfern Combles, Thiepval, Pozières zu halten beschloß, war kein so furchtbarer Gegner als das, welches Stellungen räumte, die nur unter unerschwinglichen Opfern zu behaupten waren. Das erste war schwach und töricht; das zweite ist klug und gefährlich. Der Rückzug erfolgte nicht unter irgendeinem Zwang — der Bericht Haigs von der Einnahme Bapaumes nach schwerem Kampf war erfunden —, sondern mit einer kühlen Absichtlichkeit, welche unsere Anerkennung finden muß. Er erfolgte nicht, ohne daß neue Streitkräfte im Westen gesammelt und ein furchtbarer Schlag gegen unsere Verbindungen geführt war. Es ist möglich, daß der Bewegungskrieg über uns kommt, ehe wir uns dessen versehen, oder daß Deutschland einen Angriff an einer andern Stelle der Front plant und nur unsere Offensive an der Ancre lähmen will." In Gefechten bei Reims am 4. und 5. April wurden von uns 15 Offiziere, 827 Mann gefangen und 4 Maschinengewehre und 10 Minenwerfer erbeutet.

Der Unterseebootkrieg erwies sich bald als so gefährlich für England, daß der Feldmarschall Haig den Befehl erhielt die flandrische Küste als den Stützpunkt der Boote um jeden Preis zu erobern. Demgemäß unternahm er am Ostersonntag den 9. April bei Arras einen mächtigen Vorstoß in einer Breite von 20 Kilometern, und wie gewöhnlich hatte er im Anfang einigen Erfolg. Zwei bayrische und württembergische Divisionen und die Hamburger erlitten schwere Verluste; die Engländer gelangten bis Givenchy und

bemächtigten sich der Vimyhöhe. Im Tal der Scarpe kamen sie 2½ Kilometer vorwärts; die Zahl der Gefangenen haben sie auf 11 000, die der erbeuteten Kanonen auf 110 angegeben. Bis 15. April betrug die größte Tiefe ihres Einbruchs 5 Kilometer. Aber der ersehnte Durchbruch gelang ihnen trotz allem nicht; die tapferen Württemberger hielten Bullecourt mit zäher Ausdauer und fingen am 11. April 1100 Engländer. Am 16. April begann auch der französische Angriff an der Aisne mit weit gesteckten Zielen, nachdem ein zehntägiges Trommelfeuer die deutschen Stellungen in ein wüstes Trichterfeld verwandelt hatte. Bei Soupir, bei Soissons, Craonne und Reims stürzten sich ungeheure Infanteriemassen in 40 Kilometer Breite auf die Deutschen, und der Generalissimus Nivelle gab die Losung aus: vorwärts, vorwärts um jeden Preis! Der deutsche Bericht hat diese Schlacht eine der größten der Weltgeschichte genannt — die ersten deutschen Stellungen gingen auch hier verloren und die Franzosen wollten 10 000 Gefangene gemacht haben. Aber dann kam der Angriff auch hier ins Stokken, und am 17. erneuerten die „abgekämpften Divisionen" den Angriff nicht. Ebensowenig hatten am 18. April Vorstöße in der Champagne, die bei Auberive in 20 Kilometern Breite geschahen, einen wirklichen Erfolg, trotz der aufs höchste gesteigerten Feuerwirkung, und ein neuer kolossaler englischer Angriff bei Arras, der in 30 Kilometer Breite geschah, und dessen Brennpunkte Avion, Oppy, Gavrelle, Roux und Guémappe waren, brachte Haig nichts ein als die Trümmer von Guémappe. Ein dritter gewaltiger Vorstoß der Engländer am 28. April an der Straße von Arras nach Cambrai wurde so vollständig abgeschlagen, daß die Angreifer nicht bloß keinen Schritt Boden gewannen, sondern wir sogar unsere alten Linien — außer Arleux — zurückeroberten. Dieser Tag war nach dem amtlichen Bericht ein

neuer Erfolg unseres Fußvolks, das, kraftvoll geführt und wirksam durch die Schwesterwaffen unterstützt, sich der Größe seiner Aufgabe vollkommen gewachsen zeigte. Über 6000 tote Engländer wurden vor unsern Stellungen gezählt, 1000 Gefangene gemacht und 10 ihrer Tanks, d. h. Panzerautos, von welchen sie sich eine unwiderstehliche Wirkung versprochen hatten, zusammengeschossen. Es wurde festgestellt, daß der Feldmarschall 44 Divisionen = 700 000 Mann eingesetzt hatte. Mit 400 000 Mann versuchten die Franzosen, bei denen Ende April Nivelle als buveur de sang (Blutsäufer) abgesetzt und durch Petain ersetzt worden war, am 5. und 6. Mai an der Aisne durchzubrechen, in 35 Kilometer Breite. Am ersten Tag erstürmten sie den Winterberg und das an seinem Abhang liegende Dorf Chevreaux; aber am zweiten wurde ihnen das Dorf und der Nordabhang des Winterbergs wieder entrissen, während die Hochfläche von keinem Teil besetzt wurde. Am 8. Mai eroberten die Deutschen Fresnoy von den Engländern zurück, wogegen Bullecourt, von wo die Württemberger weggezogen worden waren, am 17. Mai verloren ging. Am 20. Mai nahmen die Franzosen bei Nauroy östlich von Reims den Cornilletberg und südwestlich von Mauronvillers den Keilberg; der Kaiser aber konnte am 2. Juni seiner Gemahlin telegraphieren, daß nach Hindenburgs Bericht die feindliche Offensive nach siebenwöchiger Dauer gescheitert sei. „Am stahlharten Willen unserer Truppen zerschellte des Gegners Ansturm," und er ließ im Mai 237 Offiziere und 12 500 Mann in unserer Hand, zum Beweis, daß wir den Krieg im Westen nicht bloß verteidigungsweise führten, sondern auch mit erfolgreichen Gegenstößen.

Wenige Tage nachher erfolgte ein von langer Hand durch Anlegung ungeheurer Minengänge vorbereiteter Sturm der Engländer südlich von Ypern. Mittelst 600 Tonnen Sprengstoff wurden an nicht weniger als 19 Stellen

große Sprengungen vorgenommen und der sog. Wytschaetebogen und das seit Herbst 1914 von uns besetzte Dorf Messines erstürmt; an Gefangenen meldete Haig 9000. Dabei wurden aber 10 Divisionen abgenutzt, so daß am 8. und 9. Ruhe herrschte; die Fortsetzung des Angriffs am 10. blieb ohne Erfolg, wie überhaupt diesmal nach der Feststellung des Schweizer Obersten Egli — im Unterschied von der Sommeschlacht — die Ausdauer der Angreifer erheblich geringer war. Die Verluste der Engländer bis zu dieser Zeit wurden auf 250 000 Mann berechnet, und ebenso hoch die der Franzosen.

Da der Erfolg aller dieser Anstürme nicht von ferne den Hoffnungen entsprach, so hielten die Verbündeten am 26. Juni in St. Jean de Maurienne in Savoyen eine Gesamtberatung, auf der wieder einmal eine einheitliche Offensive beschlossen wurde. Um diese Zeit — am 30. Juni — traf die erste Abteilung amerikanischer Truppen in Frankreich ein; nach ihren Erzählungen waren sie unterwegs zweimal von Unterseebooten angegriffen worden, aber vergeblich. Die Engländer stürmten am 31. Juli mit 12 Divisionen, unterstützt von französischen Truppen und zwei Reiterdivisionen „mit noch nie eingesetzten Massen", — nicht einmal von Brussilow! — in 25 Kilometern Breite beiderseits von Ypern an, gewannen aber nur Trichterstellungen in unserer Abwehrzone; in ungestümem Gegenstoß wurden sie wieder aus Langhemarck und St. Julien hinausgeworfen; nur Bixschoote blieb in ihrer Hand. Am „Damenweg" nördlich von Suippe wurden wichtige Stellungen bei Cerny von uns gewonnen und 1500 Franzosen gefangen. Eine amtliche „Kriegsbilanz" vom 1. Aug. stellte fest, daß wir und unsere Verbündeten in Europa noch 548 700 qkm feindlichen Landes besetzt hielten, also ein um 8000 qkm größeres Gebiet als Deutschland; in diesem Gebiet befinden sich 47 Festungen. Die

Gegner hatten noch 16 000 qkm von uns oder unsern Verbündeten inne. Die russischen Verluste beliefen sich auf 9,5 Millionen Menschen, die französischen auf 4,4, die englischen (ohne die Indier) auf 1,6, die italienischen auf 1,6, die serbischen auf 0,5, die rumänischen auf 0,3 Mill., alles nach vorsichtigem Anschlag. An Gefangenen hatten die Mittelmächte 3 Mill., darunter fast 30 000 Offiziere in ihrer Gewalt. Erbeutet wurden 12 000 Kanonen, 5000 Maschinengewehre; 2000 Flugzeuge wurden abgeschossen. An Kriegsschiffen sind versenkt 930 000 Tonnen, an Handelsschiffen der Feinde 10 Mill. Tonnen. Die Kriegskosten unserer Feinde betrugen 258 Milliarden Mark, die der Mittelmächte 107.

Der erste Tag des vierten Kriegsjahrs, der 1. August, wurde durch einen deutschen Gegenstoß bezeichnet, welcher die meisten verlorenen Stellungen zurückgewann; dabei wurden bei St. Julien von 20 Tanks 14 zerstört, und die Kraft der Gegner erwies sich als hart getroffen. Damals brachte selbst die Moring-Post die Nachricht, daß die Offiziere des amerikanischen Korps sehr pessimistisch urteilten; die deutschen Stellungen seien unelnnehmbar; der Krieg werde 1919 noch nicht zu Ende sein, und Rußland sei militärisch ganz zusammengebrochen. Ein neuer englischer Angriff am 10. August bei Roulers und Hollebeke war wieder vergeblich. Am 15. entbrannte dann die zweite große Schlacht in Flandern, in 18 Kilometern Breite, zwischen Bixschoote und Wytschaete; der Angriff zerschellte aber nach großen Verlusten; nur bei Driegrachten und Langhemarck erlangten die Engländer örtliche Erfolge. Gleichzeitig warfen sich im Artois 4 kanadische Divisionen auf die deutschen Stellungen bei Hulluch und Lens; aber nach elf Angriffen erlahmte ihre Stoßkraft. Nicht minder scheiterten französische Angriffe am Damenweg in 5 Kilometern Breite. Am zweiten Großkampftag, den 16. August, stießen die Engländer bei Langhemarck durch

unsere Stellungen und drangen bis Poelkapelle vor; allein ein Gegenstoß warf sie wieder aus allen eroberten Punkten hinter den Steenbach zurück; ja an einigen Stellen stürmten die Deutschen die englischen Stellungen und stellten die Linie vom 31. Juli her, so an der Straße Roulers—Ypern. Im Artois war das einzige Ergebnis, daß die Franzosen das Dach der Kathedrale von St. Quentin zusammenschossen und das Innere des herrlichen Gotteshauses ausbrannte. Durch einen überraschenden Vorstoß gewannen die Engländer schließlich das Dorf Langhemarck. „Daily Telegraph“ aber gestand: „so gewaltig unser Ansturm, so gewaltig und unwiderstehlich war die Wucht des deutschen Gegenstoßes. Die deutsche Artillerie tritt uns viel schneller und gründlicher entgegen als an der Somme, und die deutschen Maschinengewehre werden vorbildlich versteckt und geleitet; sie sind den unsrigen überlegen.“ Dr. Wendt-Fenton schrieb in der „World“ am 17. August: „Angesichts der militärischen Lage ist es Unsinn zu verkünden: Englands überwältigender Sieg sei in unmittelbarer Nähe. Sir Douglas Haigs letzte Offensive hat bisher den Weg der früheren genommen. Wir haben Stellungen erstürmt und verloren, und sind vielleicht ein paar hundert Ellen um das Opfer einiger tausend Mann vorwärts gekommen. Bei dem gegenwärtigen Durchschnitt können wir hoffen, daß wir vielleicht 1925 die deutsche Armee hinter den Rhein gedrängt haben — falls dann überhaupt noch Leute übrig sind, um zu kämpfen.“ Und Stegemann stellte am 17. September fest (nachdem zwar am 20. August die Franzosen in einer Schlacht vor Verdun in 23 Kilometern Breite den „toten Mann“, den Südrand des Raben-Waldes und Currières, am 22. August auch die Höhe 304 in ihre Gewalt gebracht, die Engländer am 8. September aber nichts erreicht hatten): „Die Schlacht in Flandern hat den Engländern den geringsten Erfolg gebracht, der bis jetzt einer mit versammelten Kräften unter-

nommenen Offensive beschieden war, dank der gesteigerten Artilleriewirkung, besonders der glänzenden Technik der Vergasung der englischen Stellungsbatterien und der ersten vom Angreifer gewonnenen Linien, sowie der überlegenen Operationsfähigkeit des zum Gegenstoß schreitenden deutschen Fußvolks." Infolge dieser Vorzüge der Deutschen sind auch alle weiteren Versuche des Durchbruchs gescheitert. Am 2. Oktober verjagte das württembergische Regiment Nr. 122 die Franzosen vor Verdun bei Höhe 344 und Dorf Samogneux aus einer sehr starken Stellung und hielt den gewonnenen Ort gegen alle Gegenangriffe; den Oberbefehl führte Major Otto Bürger. Am 3. Oktober, „einem Schlachttag von seltener Schwere", ward im Ypernbogen gekämpft; am 9. Oktober von elf englischen und einer französischen Division bei Ypern, am 22. Oktober von 100 000 Engländern bei Poelkapelle und am Südrand des Houthoulsterwaldes, dessen schöne Schlösser und Parkanlagen allmählich zugrunde gingen; am 23. Oktober von den Franzosen bei Soissons in der Richtung von Laon, wobei sie allerdings von Westen und Süden gleichzeitig vorstoßend die Dörfer Allemant und Chavignon mit 800 Mann wegnahmen, dann aber stecken blieben. Am 26. und 30. Oktober und am 10. November drangen die Engländer und Franzosen bei Poelkapelle und Paschendaele vor, wo anfängliche Erfolge wieder verloren gingen. „Die Engländer," sagt der deutsche Bericht vom 16. November, „haben in der Zeit vom 1. Juli an bis heute 143 qkm Trichterfelder erobert, wir dagegen in Galizien und der Bukowina 25 850 qkm, bei Riga 2840, bei Jakobstadt 470, auf Ösel, Dagö und Moon 3890, in Italien bis zur Piave 12 200, bei Asiago 300 = 45 550!" Dazu kamen im Lauf dieser 4½ Monate 390 500 Gefangene und 3233 Kanonen.

Nochmals, am 20. und 21. November, unternahm Sir Douglas Haig einen Stoß gegen Cambrai, und zwar im

Gegensatz zu der bisherigen Methode nicht nach langem Trommelfeuer, sondern in raschem Vorgehen. Dadurch wurden die Deutschen überrascht und ihnen die Dörfer Graincourt und Marcoing entrissen; die Engländer brachen eine 5 Kilometer tiefe Lücke. Der Jubel in London war groß; die Glocken von St. Paul wurden geläutet, und man hoffte, daß der Anfang vom Ende da sei. Gleichzeitig schlugen die Franzosen an der Aisne los. Die Deutschen holten aber am 30. November zu einem wuchtigen Gegenstoß aus, indem sie den durch die Engländer eröffneten Sack gleichzeitig von Norden und von Südwesten her faßten. An der zweiten Stelle drangen unsere Regimenter links der Schelde unwiderstehlich vor, erstürmten die schon lange den Engländern gehörenden Dörfer Gonnelieu und Villers-Guislain, machten 4000 Gefangene und erbeuteten ganze Batterien. Am 1. Dezember fiel ihnen auch Masnières in die Hände, obwohl Haig nicht weniger als 300 Tanks ins Gefecht brachte. In den nächsten Tagen nahmen wir Bacquerie, Graincourt, Anneux, Cantaing, Noyelles, endlich auch Marcoing. Der ganze Angriff war nicht bloß abgeschlagen, sondern die alten englischen Stellungen selbst zum Teil verloren gegangen; auf 10 Kilometer Breite, 4 in der Tiefe waren wir vorwärts gekommen. Die Beute betrug 9000 Gefangene, 148 Geschütze, 716 Maschinengewehre. Es war der herbste Schlag, den die Engländer in 2½ Jahren erlitten haben; Haigs Stellung wankte. Am 15. Dezember stellte der amtliche deutsche Bericht fest, daß die Flandernoffensive der Engländer nach fast viermonatlicher Dauer und 16 Schlachten als vorläufig beendigt betrachtet werden könne. In ihr seien 93 Divisionen (fast das ganze englische Heer!) mit Material und Munition der Kriegsindustrie von $^4/_5$ der Welt eingesetzt worden. Aber ein Bruchteil der deutschen Armee habe dem Feind trotz seiner gewaltigen Überlegenheit der Zahl eine Niederlage nach der andern zugefügt. Haigs ganzer Gewinn bestehe in einem

Streifen Land von 20 Kilometer Breite und an wenigen Stellen von 7 Kilometer Tiefe; dieser Streifen sei aber durch Millionen von Geschossen aufgewühlt und umgepflügt, auf Jahrzehnte hinaus eine trostlose Wüstenei, wo kein Baum und kein Strauch mehr wachse.

Wir stellen im Folgenden noch einige Beweise 1) für die Unwahrhaftigkeit und 2) für die Unmenschlichkeit unserer Gegner zusammen. Zu 1) schrieben die „Basler Nachrichten" am 13. Mai: „Das Steinsche Verfahren, nicht alles, aber nur Wahres zu sagen, ist unzweifelhaft das beste." Damals wollten die Franzosen 30 000, die Engländer 20 000 Gefangene gemacht haben; dagegen stellte der preußische Kriegsminister v. Stein fest, daß wir alles in allem nur 7500 Vermißte hatten. Wir sollten 200 000 Mann verloren haben, berechneten aber unsererseits den feindlichen Verlust auf 300 000 Mann. Die „Basler Nachrichten" erklärten sich für die Glaubwürdigkeit der deutschen, auf soliden Unterlagen aufgebauten Angaben. Englische Berichte besagten, daß am 4. April 5 deutsche Flugzeuge abgeschossen oder zum Landen gezwungen worden seien; in Wahrheit hatten wir 24 feindliche Flugzeuge zerstört und nicht ein einziges eingebüßt. Nach einem französischen Funkspruch vom 18. Juni sollten 2000 Granaten planlos auf Reims gefallen sein; in Wahrheit verfeuerten wir an dem betreffenden Tag 55 Granaten auf Batterien, welche durch Flieger zweifellos erkannt waren. Zu Punkt 2: In Galizien haben die Russen die Ukrainer männlichen Geschlechts zwischen 19 und 35 Jahren gruppenweise nach dem innern Rußland verschleppt, ohne daß der Vielverband oder Wilson, welche über „belgische Deportationen" durch die Deutschen jammerten, ein Wort des Tadels fanden. Am 7. April wurde bekannt gegeben, daß man Befehle gefunden hatte, welche französischen Gefangenen durch Briefe zugesteckt werden sollten und sie an-

wiesen, bei landwirtschaftlichen Arbeiten möglichst viel Schaden zu stiften, die Augen der Saatkartoffeln auszustechen, Vieh zu töten, Sand in die Maschinen zu streuen, Feuer anzuzünden, mit Werkzeugen, welche erst nach 5—6 Stunden einen Brand verursachten, damit die Täter nicht entdeckt werden könnten. Am 17. April ward mitgeteilt, daß auf dem Plus-Douce-Hof südlich von Wulverghem die Fahne des roten Kreuzes wehte, daß deutsche Flieger aber einen sehr starken Verkehr von Wagen und Förderbahnen dorthin feststellten. Der Hof ward daraufhin unter Feuer genommen; ein Schuß traf bald den Hof, und das angebliche Lazarett flog in die Luft, weil es in Wahrheit ein gewaltiges Munitionslager war. Am 7. Mai las man: „Ein gefangener, ausgetauschter Hauptmann hat unter Eid versichert, daß er, weil er militärischen Verrat ablehnte, ohne Hilfe und Nahrung gelassen, von Soldaten mit den gemeinsten Ausdrücken beschimpft, selbst im Krankenhaus angespuckt und verhöhnt wurde. Seine Wunden wurden nicht gepflegt, obwohl sich Maden darin bildeten; er mußte im bloßen Hemd, ohne Strümpfe, im Unrat 16 Stunden im Wagen liegen. Am 14. Mai wurde mitgeteilt, daß ein englischer Gefangener Motley bezeugt habe, daß er deutsche Kriegsgefangene am Kanal von Sailly bei Armentières in der Feuerzone zu arbeiten gezwungen sah. Das veranlaßte deutsche Gegenmaßregeln; auch wurde, weil Freiburg und Stuttgart, offene Städte, wiederholt mit Bomben beworfen wurden, eine große Anzahl französischer Offiziere in diese Städte an besonders bedrohte Stellen gebracht. Der Oberstleutnant Frey hat (nach dem schwäbischen Merkur Nr. 297) bezeugt, daß die Verwüstungen bei Peronne (S. 134) keine unnützen gewesen seien und er in St. Quentin keine Klage über die Deutschen gehört habe.

II.

Der Krieg im Osten.

Der Winter verhinderte hier wie herkömmlich größere Unternehmungen. Nur an der Aa bei Riga drangen am 5. Januar russische Bataillone in unsere Stellungen, wurden aber wieder zurückgedrängt. Darauf wurden von den Unseren russische Linien, 10 Kilometer breit, erstürmt und 2000 Gefangene gemacht. Die russische Revolution vom 11. März hatte die Wirkung die Kriegsführung zu lähmen, da der Oberbefehl nun sehr oft wechselte — statt des dem Zaren treuen Everth wurde zunächst Leschtschinski Anführer der Nordwestfront, Alexejew Generalissimus; als dieser den annexionslosen Frieden als Hirngespinst bezeichnete, kam an seine Stelle Brussilow, usw. mit Grazie in infinitum — und weil die Soldaten, welchen zuchtwidrige Freiheiten eingeräumt wurden, nicht mehr Lust hatten zu fechten. Man erwartete auch deutscherseits, daß von den Russen Friedensverhandlungen eröffnet werden würden, und ein großer Erfolg am Stochod, wo am 3. April der Brückenkopf bei Tobolje erobert, 130 Offiziere mit 9500 Mann gefangen und 15 Kanonen erbeutet wurden, gab Anlaß zu einer förmlichen Entschuldigung in der Nordd. Allg. Zeitung. Das Journal des Débats hat damals behauptet, daß ursprünglich 100 deutsche, österreichische und türkische Divisionen an der Ostfront gestanden seien, also (diese Front auf 1526 Kilometer berechnet) je eine Division auf 15 Kilometer. Diese sehr dünne Linie (man rechnet sonst 4 Divisionen für 10 Kilometer Breite) sei bis 1. Februar noch um 6 Divisionen geschwächt worden; nach der Revolution hätten die Deutschen 22 Divisionen nach dem Westen gezogen. Bei den Russen sei alles so aufgelöst, daß von Angriff nicht mehr die Rede sein könne; die Heeresleitung habe

am 11. Mai rund heraus erklärt: „von einem Sieg kann schwerlich mehr gesprochen werden.“ Nun hat allerdings Kerenskij, der nach friedensfreundlichen Redensarten sich schließlich so mauserte, daß er von Miljukow nicht mehr zu unterscheiden war, den Kampfeseifer noch einmal zu entflammen versucht. Am 30. Juni abends setzten sich die Russen in Bewegung, und am 1. Juli geschah nach einem fürchterlichen Trommelfeuer mit 20 Divisionen, deren Regimentern Kerenskij den Ehrennamen „Regimenter des 1. Juli“ beilegte, ein furchtbarer Angriff auf die Gegend von Brzezany, mit der offenbaren Absicht auf Lemberg und das Ölgebiet von Drohobycz vorzugehen. Die Russen nahmen das Dorf Konjuchy, wurden aber sonst überall durch Sachsen, Rheinländer und Türken zurückgeschlagen, „unter Verlusten, die alles Dagewesene überstiegen“. Der Südflügel wurde zurückgetrieben, der Nordflügel kam nicht voran. Ein neuer Angriff am 6. Juli mit 9—10 Divisionen, die in 15 Wellen aufeinander folgten, hatte kein besseres Ergebnis. Erst am 8.—9. Juli wurden die Österreicher bei Stanislau zurückgedrängt; durch deutsche Reserven kam der Kampf aber zunächst zum Stehen. Trotzdem besetzten die Russen am 8. Halicz, am 11. Kalusz, und es schien, als ob ihr Angriff doch nicht ohne Erfolg gewesen sei.

Da aber geschah das Unerwartete. Hindenburg entschloß sich das Hinzögern des östlichen Krieges durch eine kraftvolle Offensive zu beendigen und den Russen das österreichische Gebiet, das sie seit drei Jahren inne hatten, zu entreißen. Unter dem Oberbefehl des Prinzen Leopold, des obersten Heerführers im Osten, erfolgte am 19. Juli bei Zloczow ein wuchtiger Durchstoß durch die russischen Linien, die in einer Tiefe von 15 Kilometern an drei Stellen zertrümmert wurden; dabei fiel die 400 Meter hohe Zlota Gora in unsere Hand, und die Verfolgung wurde alsbald so schneidig betrieben, daß binnen 3 Tagen das 35 Kilo-

meter entfernte Tarnopol erreicht und besetzt wurde. Die russischen Berichte beklagten sich selbst, daß die Truppen die nötige Standhaftigkeit nicht entwickelten, nicht mehr fechten wollten und an manchen Stellen gegen den ausdrücklichen Befehl ihrer Führer zurückgingen. Kornilow erhielt nunmehr statt Brussilow den Oberbefehl. Aber auch er konnte nicht mehr helfen. Jetzt geriet die ganze Ostfront in Bewegung; sechs russische Divisionen, welche die Deutschen bei Dünaburg angriffen, acht, welche bei Smorgon dasselbe versuchten, wurden so zugerichtet, „daß nur Trümmer zurückkehrten", und da auf Kerenskijs Drängen 50 000 Studenten zu den Waffen geeilt sein sollen, so wurde besonders der gebildete Volksteil hart getroffen. Kaiser Karl begab sich nunmehr selbst zu seinem Heer, und unter seinen Augen eroberte Böhm-Ermolli den Aufstieg vom Sereth zur Höhe. Nach Tarnopol fielen auch Trembowla, Stanislau und Nadworna, während am unteren Sereth Mackensen in den Feuerkampf eingriff. Am 26. Juli bemächtigten sich Bayern und Österreicher nach heftigem Straßenkampf Kolomea's, und am 31. Juli überschritten die Sieger auf einer Breite von 50 Kilometern den Grenzfluß Zbrucz und setzten sich auf dessen östlichem Ufer, also auf russischem Boden, fest. Dabei haben sich die Osmanen hervorgetan, welche mit altbewährter Zähigkeit den Feind zuerst aufhielten und dann von der Zlota Lipa bis zum nördlichen Sereth zurückwarfen. In Czernowitz, der Hauptstadt der Bukowina, zog am 3. September nach hartem Kampf der Generaloberst Erzherzog Joseph ein und befreite endgültig die Stadt, welche 1914 und 1916 dreimal in die Hand der Russen gefallen war. Auch Kimpolung wurde befreit, und Hindenburg bat den Kaiser telegraphisch, flaggen und Viktoria schießen zu lassen, weil Österreich nun im Wesentlichen vom Feind befreit sei. Nur Brody befand sich noch in der Gewalt der Russen.

Erregten schon diese Erfolge in den verbündeten Reichen stürmischen Jubel, so war dies noch weit mehr der Fall, als nun auch von Livland her herrliche Siegesbotschaften erschollen. Im Gegenstoß gegen die oben erwähnten russischen Angriffe bei Dünaburg ging die achte Armee unter dem General der Infanterie v. Hutier auf Riga vor und eroberte nach dreitägiger Schlacht am 3. September diese an mehreren Stellen brennende Stadt. Dabei gingen unsere Truppen sowohl von Westen Rigas als von Südosten vor. Nichts hielt sie auf, weder der 300 Meter breite Dünastrom, der mit außerordentlicher Schnelligkeit und Sicherheit überschritten wurde, noch Wälder und Sümpfe. Vergebens suchten russische Streitkräfte südlich der großen Straße nach Wenden den Abzug der geschlagenen 12. Armee zu decken; sie erlagen unserem Sturm. 386 Kanonen, zahlloses Kriegsgerät, Vorräte aller Art, 8000 Mann fielen in die Hände der Deutschen. Auch diesmal wurde im ganzen Reich geflaggt und Viktoria geschossen, und der „Temps" schrieb: „Wenn ein so breites Hindernis wie die Düna so rasch von den Deutschen genommen wurde — welche Front werden die Russen da noch halten?" Welches kluge Gesicht aber wird der Schriftleiter der „Times" gemacht haben, der ein paar Tage vorher hatte drucken lassen: „Hindenburg verstand es nicht eine gute Gelegenheit zu nützen; er verdient eher den Namen Marschall Rückwärts." Das Beispiel verdient vermerkt zu werden, falls wieder einmal ängstliche Gemüter sich durch englische Großsprechereien sollten einschüchtern lassen.

In raschem Nachdringen nahmen die Sieger am 4. September auch den Hafen Rigas, Dünamünde, wo 22 schwere und 18 leichte Geschütze erbeutet wurden. Die Russen gaben jetzt auch das lang verteidigte Friedrichsstadt auf, und am 6. September hielt Kaiser Wilhelm seinen Einzug in das befreite Riga, wo ihn die deutsche Bevölkerung mit unendlichem Jubel begrüßte; durfte man doch nunmehr nach drei-

jährigem härtesten Druck wieder ungestraft auf den Straßen sich deutsch anreden! In dem altehrwürdigen „Schwarzhäupterhaus“ nahm der Kaiser einen Imbiß ein, und allgemein war in Riga und im Reich die Überzeugung, selbst bei den Anhängern des Beschlusses vom 19. Juli, daß Mittel und Wege gefunden werden müßten und werden würden, damit die alte, seit 1711 russische Stadt nicht wieder aus dem Schoß der Mutter gerissen und den Barbaren ausgeliefert werde. Dann wurden die Erfolge erweitert, indem General Graf Egon Schmettau am 22. September die Russen aus dem 40 Kilometer breiten und 10 Kilometer tiefen Brückenkopf von Jakobstadt hinauswarf und dieses selbst einnahm; 4000 Gefangene, 50 Kanonen waren die Siegesbeute, und die Russen mußten hinter die Düna zurückweichen. Einige Tage vorher, am 18. September, war die kurländische Ritter- und Landschaft in Mitau zusammengetreten; am 21. September wurde der „erweiterte Landtag“ eröffnet. Er erhielt vom Prinzen Leopold die Vollmacht, einen aus allen Berufs- und Volkskreisen gebildeten Landtag auszuschreiben. Es soll ein „Landesrat“ geschaffen werden, der aus 6 Abgeordneten des großen, 6 des kleinen Grundbesitzes, 4 der Städte, einem Ritter, einem Geistlichen bestehen soll. Die kurländische Landesversammlung erbat in feierlichen Worten, die bei uns mit heiligem Ernst und festem Entschluß gehört worden sind, „den Schutz des deutschen Kaisers und des mächtigen deutschen Reiches“ für Kurland. Am 21. September trat auch ein „litauischer Landesrat“ in Wilna zusammen, auf Befehl des Prinzen Leopold. Die Eröffnung nahm der Verwaltungschef Fürst Isenburg-Birstein vor; der Landesrat sollte durch Vertreter der Minderheiten ergänzt werden. Der Landesrat beschloß, mit der Unterstützung des deutschen Reiches die bestehende Not zu lindern, die Wirtschaft wieder aufzubauen und einen selbständigen nationalen Staat zu errichten.

Einige Wochen nachher wurde die Welt durch neue wichtige Botschaften aus dem hohen Norden überrascht. In aller Stille wurde von den neu gewonnenen Stellungen am rigaischen Meerbusen, von Hamburg und Lübeck aus eine Unternehmung vorbereitet, welche uns den völligen Besitz des Meerbusens sichern sollte. Die russischen Minenfelder wurden abgesucht und beseitigt und in der Morgendämmerung des 12. Oktober deutsche Truppen auf der Insel Ösel gelandet, und zwar an mehreren Punkten, vor allem an der Taggabucht im Nordwesten. Die russischen Batterien wurden durch unsere Großkampfschiffe niedergekämpft, die russischen Truppen nach der Halbinsel Sworbe im Südwesten Ösels gedrängt und hier zur Ergebung gezwungen. Die kleinen Inseln im Busen Abro und Runo wurden ebenfalls besetzt; bis 17. Oktober war ganz Ösel (etwa 1/8 von Württemberg) in unserer Gewalt, 10 000 Gefangene gemacht, 50 Geschütze erbeutet. Dann bemächtigte sich General v. Kathen, der das Ganze mit Vizeadmiral Erhard Schmidt zusammen leitete, auch der Inseln Dagö und Moon; auf Dagö wurden 1200 Russen gefangen. Binnen neun Tagen war das ganze Unternehmen abgeschlossen, das von Freund und Feind als ein Meisterwerk der Kriegführung anerkannt wurde. Es wurde von Neutralen nicht ohne Ironie mit dem Gallipoli-Unternehmen der Verbündeten in eine für die Entente nicht schmeichelhafte Vergleichung gesetzt. Es war um so erfreulicher, als es mit nur 19 000 Mann durchgeführt wurde und unsere Verluste 150 Mann nicht überstiegen. Damit war uns die Herrschaft über die Ostsee erkämpft, der finische Busen verriegelt und der Welt dargetan, daß die deutsche Flotte nicht von Meuterei zerfressen, sondern ihrer Aufgabe vollauf gewachsen und ein Stolz und ein Bollwerk der deutschen Nation war.

III.

Der Krieg auf dem Balkan.

Die schwere Niederlage Rumäniens wurde im Jahr 1917 vollendet. Am 3. Januar wurde von den Bulgaren und ihren Verbündeten Matschin und Jijla (nördl. von Matschin), am 5. Januar Braila (eine Stadt von 70 000 Einwohnern) eingenommen; von diesem Tag an lag Galatz unter dem Feuer deutscher Geschütze. Die von Siebenbürgen her vordringenden Truppen Falkenhayns (9. Armee) erstürmten am 8. Januar von zweiten Seiten her Focsani und machten hier 5400 Gefangene. Die Russen zogen aus der Gegend ab, weil die Odobestiberge im Norden und die Milkovu-Linie im Westen in der Hand ihrer Gegner waren und sie fürchten mußten, abgeschnitten zu werden. Anfang Januar erstürmten die Türken Badeni, den letzten von den Russen noch gehaltenen Ort südlich von Sereth. Damit war dessen rechtes unteres Ufer so ziemlich in unsern Händen, und selbst der „russische Invalide" erkannte den „Blitzzug gegen den Sereth" als eine große Leistung an; besondere Anerkennung zollte diese Militärzeitung der Durchbildung der deutschen Reiter im Fußgefecht. Auch Nanesti am Sereth wurde am 18. Januar besetzt. Von da an trat ziemliche Ruhe auf diesem Kriegsschauplatz ein. Erst Anfang Juli, als Kerenskij die Offensive überhaupt neu belebte, begann sie auch hier wieder aufzuflammen. Die Deutschen und die Österreicher faßten aber den Feind gleichzeitig von Focsani und von Czernowitz her; Panciu fiel im August, und bis zum 17. dieses Monats wurden auf diesem Kriegsschauplatz 200 Offiziere und 11 000 Mann gefangen, und 33 Geschütze und 118 Maschinengewehre erbeutet.

In Südmakedonien hatten die Engländer und Franzosen am 18. November 1916 den General v. Below aus Mona-

stir verdrängt. Weiter konnten sie aber auch 1917 nicht vordringen, obwohl das ganze Jahr über Sarrail hier, am Cernabogen, am Presba- und Ochridasee Angriffe unternahm. Eine Aufgabe dieses „Saloniki-Unternehmens“ war wohl von dem Vierverband in Erwägung gezogen, aber auf der Beratung in Rom am 5.—8. Januar abgelehnt worden. Am 23. März beglückwünschte Kaiser Wilhelm II. den Zaren Ferdinand zur Zurückweisung französischer Anstürme bei Monastir, wobei die Franzosen 40 000 Mann verloren. Am 8. Mai scheiterte ein neuer großer Angriff zwischen Doiran- und Presbasee und im Cernabogen; am 9. Mai wurde er in einer Breite von 16 Kilometern wiederholt, aber abermals ohne Erfolg und unter blutigen Verlusten. Die Engländer zogen sich darauf hinter das rechte Ufer der Struma zurück, und im November räumten die Franzosen die Gegend westlich vom Ochridasee, nachdem sie eine Zeitlang versucht hatten sich bis zum unteren Skumbi auszubreiten. Am 16. September beschossen italienische Schiffe das an geschichtlichen Erinnerungen reiche Kloster Pojani nördlich der Vojusamündung. Die Italiener hielten den Süden Albaniens, vor allem Valona. Vgl. oben S. 82.

IV.

Der italienische Krieg.

Am 14. Mai begann der Generalissimus Graf Cadorna die zehnte Isonzoschlacht, auf 40 Kilometer Breite, nachdem ein dreitägiges Trommelfeuer vorausgegangen war. Die Absicht war, den nördlichen Flügel der Österreicher südwärts gegen Plawa und Görz abzudrängen. Der erste Angriff wurde abgeschlagen, die Italiener an manchen Stellen in ihre eigenen Linien verfolgt und 1600 gefangen. Aber am 17. Mai mußte General Boroewitsch nach dreitägigem heißem

Kampf die Hochfläche von Kuk räumen, am 23. Jamiano (nahe dem Meer). Weiter konnten die Italiener aber nicht vordringen; sie verloren an Gefangenen durch österreichische Gegenstöße 130 Offiziere und 4600 Mann, wollten aber freilich selber mehr als die doppelte Zahl Feinde (316 Offiziere, 10 245 Mann) gefangen haben. Bis zum 25. Mai steigerte sich die Wut der Angriffe, besonders auf der Karsthochfläche; am 25. und 26. Mai erreichte die Schlacht ihren Höhepunkt. Damals schlugen die Honvedregimenter Nr. 12 und 81 und das 3. Bataillon von Nr. 20 in 48 Stunden nicht weniger als 17 Angriffe ab, das ungarische Linienregiment Nr. 27 sogar 18 in einem einzigen Tag; dazu stürmte es dreimal eine Höhe. Am 27. Mai, dem Pfingstfest, erlahmte der Angriff. „Was die Verteidiger," so sagte der amtliche Bericht, „zu leisten hatten, an Abwehr und Gegenangriff, unter stärkstem Geschützfeuer, im Ringen von Mann gegen Mann, das gehört der Geschichte an." Die Österreicher bezifferten damals die Zahl der von ihnen eingebrachten Gefangenen auf 13 000, die Italiener auf 22 449, darunter 487 Offiziere. Am Pfingstmontag den 28. Mai flammte der Sturm auf dem Karst nochmals auf, aber wieder ohne Erfolg. Am 4. Juni haben die Österreicher das am 23. Mai verlorene Jamiano zurückerobert und dabei mehrere italienische Regimenter fast ganz gefangen genommen, so von Nr. 86 volle 2685 Mann, von Nr. 69 auch 1932, von Nr. 71 endlich 1831 Mann, so daß die Zahl der eingebrachten Gefangenen auf 22 000 anwuchs. Am 5. Juni erklärte Boroewitsch die zehnte Isonzoschlacht für beendigt. Cadorna hatte 35 Divisionen, die volle Hälfte des Gesamtheers, eingesetzt; er hatte nach mäßiger Schätzung 160 000 Mann an Toten und Verwundeten eingebüßt, dazu 22 000 Gefangene, und er hatte nur einige örtliche Erfolge erreicht, die er nicht einmal alle zu behaupten vermochte.

Ein italienischer Angriff bei Schlegen (Asiago) und

im Suganer Tal blieb am 10. Juni auch ohne Ergebnis. Cadorna zog darauf seine Truppen aus dem genannten Tal zurück, um alle Kräfte für die elfte Isonzoschlacht zu sammeln. Diese begann er am 18. August mit 48 Divisionen, mehr als zwei Dritteln des Gesamtheers, in einer Breite von 70 Kilometern, und unter Einsatz von 6800 Kanonen, worunter 1300 englische und amerikanische waren. Diesmal waren den Angreifern größere Erfolge beschieden; sie erstürmten auf dem Karst das Dorf Selo, und auf der Hochfläche von Bainsizza und Heiliggeist drangen sie unter Wegnahme des Dorfs Vrh und des Monte Santo in einer Breite von 15 Kilometern 2—7 Kilometer tief in die Verteidigungsstellung der Österreicher ein. An der Wippach und bei Görz erreichten sie aber nichts, und am 11. September konnte der österreichische Bericht feststellen, daß Cadorna 210 000 Mann geopfert habe (wozu noch 20 000 Gefangene kamen), ohne den ersehnten Durchbruch auf Triest erzielt zu haben.

Gleichwohl brüsteten sich die Italiener mit den erreichten Erfolgen und hofften in einer zwölften Isonzoschlacht doch endlich den vollen Sieg zu erstreiten. Die Schlacht kam auch, aber in ganz anderer Weise, als man im Hauptquartier Victor Emanuels III. und in Rom annahm. Aus militärischen und aus politischen Gründen beschlossen die deutsche und österreichische Heeresleitung von der Verteidigung, die man in den Dolomiten und am Isonzo seit bald 2½ Jahren handhabte, zum Angriff überzugehen. In aller Stille — ob auch vielverheißende Nachrichten da und dort durchsickerten: niemand erhob die Stimme über das Flüstern — wurde unter dem in der zweiten Masurenschlacht, in Kurland und in Makedonien bewährten General v. Below ein Heer bereit gestellt, unter Überwindung ungeheurer durch Natur und Jahreszeit geschaffener Schwierigkeiten. Dieses Heer zog von Klagenfurt und Villach her über die Drau und die

oberste Sawe weg ins Isonzogebiet und holte hier zu wuchtigem Stoß aus. Auf die sechste Stunde in der Frühe des 24. Oktober ward der Losbruch des Orkans festgestellt, und auf die Minute brach er los. Deutsche und Österreicher durchstießen in einer Breite von 30 Kilometern von Flitsch über Karfreit bis Tolmein die gewaltig ausgebauten feindlichen Stellungen, nicht achtend hohe Berge, nicht achtend Eis und Schnee, und jagten den Feind in wilde Flucht. Der junge Kaiser Karl war persönlich erschienen, um den Oberbefehl zu führen, und unter seinen Augen wurden 30 000 Italiener gefangen und 300 Kanonen erbeutet. In Rom führte die Schreckenskunde zum Sturz des Ministeriums Boselli (26. Oktober) und zur Ernennung des Ministeriums Orlando (30. Oktober), wobei der Unglücksmann Sonnino abermals das Auswärtige behielt. Cadorna schrieb die Niederlage in seinem Bericht offen der schlechten, ja verräterischen Haltung von Teilen der 2. Armee zu; aber richtiger wäre es nach dem Urteil des Schweizer Obersten Egli, die geringe Widerstandskraft großer Teile des italienischen Heeres dafür verantwortlich zu machen. Der Vormarsch der Sieger war unaufhaltsam; am 27. Oktober wurde Görz, das fast 15 Monate italienisch gewesen war, befreit, und am gleichen Tag rückten Belows Vortruppen in der ersten italienischen Stadt Cividale (mit ihren langobardischen Erinnerungen an Paul Warnefried!) ein. Unaufhörlich stieg, geradezu lawinenhaft, die Zahl der Gefangenen und der erbeuteten Geschütze auf 60 000, 100 000, auf 600, 700. Die Straßen waren besät mit Tausenden von Fuhrwerken mit unermeßlichen Vorräten aller Art. „Es war ein furchtbarer Rückzug, sagte der Rittmeister Freiherr v. Märcker zu Geerath in den deutschen Kriegsnachrichten Nr. 170 vom 17. Dezember, für den die Kriegsgeschichte aller Zeiten kein Beispiel kennt, ein Bild völliger Auflösung noch nach Wochen, einzig in seiner stummen Beredsamkeit. Es

gibt keinen Gegenstand der Bewaffnung, Ausrüstung und des Gepäcks, der hier nicht zu Tausenden und aber Tausenden wild zerstreut rechts und links der Straße auf freiem Feld weggeworfen worden wäre, um die Eile der Flucht zu erhöhen." Am 29. Oktober rückten die Deutschen in Udine ein, wo seit Ende Mai 1915 Cadornas Hauptquartier gewesen war; die Fäden der Oberleitung waren damit durchschnitten; die Heere Capello's und des Herzogs von Aosta waren zur Hälfte vernichtet. Der Vielverband hoffte, daß die Italiener am Tagliamento sich halten, daß dieser „zur zweiten Marne" werden würde. Vergebliche Hoffnung — statt dessen wurden am Tagliamento 60 000 Italiener abgefangen, und bereits konnte Ludendorff melden, daß nun 200 000 Mann gefangen, 1800 Kanonen eingebracht seien. Jetzt geriet auch die österreichische Front nordwärts vom Isonzo, die Heere v. Kraus und Krobatin, in Bewegung, und schließlich von Trient her Conrad v. Hötzendorff: wie in einer Symphonie, wo ein Instrument ums andere einfällt. So ward am 4. November der Tagliamento überschritten; in einer Länge von 150 Kilometern brach die italienische Nordfront zusammen; am 9. November stand Below an der Piave. Conrad erstürmte am 5. den Col di Lana und Asiago und befreite Cortina d' Ampezzo und San Martino di Castrozza; im Brentatal drang er gegen die obere Piave vor; am 10. fiel Belluno, am 15. Primolano und Feltre in die Hand der Angreifer; die Zahl der Gefangenen überstieg 250 000, die der erbeuteten Geschütze 2300. Cadorna wurde jetzt, wie einst Joffre, unter schonender Form abgesetzt; er sollte mit dem Franzosen Foch und dem Engländer Wilson einen obersten Kriegsrat bilden; den Oberbefehl erhielt statt seiner General Diaz, der seine Leute mit dem im Anmarsch befindlichen englisch-französischen Hilfsheer tröstete und als guter Royalist die Losung ausgab: unter den Fahnen des Hauses Savoyen zu neuem Kampf und Sieg!

Nach einer Pause von etwa drei Wochen begann der Angriff der Verbündeten aufs neue. Conrad v. Hötzendorff, der dem überraschend schnellen Vorstoß v. Belows nicht schnell genug sich hatte anschließen können, erstürmte am 4. Dezember den Monte Meletta auf der Hochfläche der „sieben Gemeinden", nahm 11 000 Italiener gefangen und eroberte 60 Geschütze. Er versuchte auch seinerseits in die venetianische Tiefebene vorzudringen; hiebei wurde um den Monte Grappa heiß gekämpft, und die französischen Truppen des Generals Fayolles entrissen am 30. Dezember den Österreichern und Deutschen einen Teil ihrer Stellungen am Monte Tomba und machten ihrer Angabe nach fast 1400 Gefangene.

V.

Der türkische Krieg.

In Armenien ist das ganze Jahr über nichts Wesentliches geschehen. Die Russen hatten 1916 Erserum, Trapezunt und Erzindjan erobert und damit Armenien größtenteils an sich gebracht. Der Ausbruch der Revolution setzte dem Oberbefehl des Großfürsten Nikolaus ein Ziel, und seine Nachfolger haben sein Werk nicht fortgeführt, wohl unter den lähmenden Einwirkungen des Umsturzes der festen Autorität und des übermächtigen Friedensbedürfnisses, das sich auch in Europa bei den Russen geltend machte.

In Mesopotamien standen die Türken dem General Maude gegenüber, der nach der Katastrophe von Kut el Amara den Oberbefehl erhalten hatte und einen neuen Vorstoß mit bewundernswerter Umsicht und Zähigkeit vorbereitete. Er versah Basra mit neuen Kaianlagen, so daß die großen Indiendampfer hier direkt ausladen konnten, bald 1 Million Tonnen täglich statt daß vorher 222 000 auf Flußdampfern

entladen wurden. Dann ließ Maude durch Arbeiter aus Nigeria und andern tropischen Gegenden, welche das Klima ertrugen, eine Feldbahn längs des Tigris vortreiben, welche ihm die rasche Ausnutzung der großen Hilfsquellen Indiens ermöglichte, und zog aus Indien auch frische, gut ausgerüstete Truppen in solcher Stärke heran, daß er schließlich den Türken, welche eine Eisenbahn nicht zur Verfügung hatten, eine überlegene Truppenzahl entgegensetzen konnte. So neigte sich, nachdem noch am 9. Januar und am 1. und 17. Februar englische Angriffe auch nach englischem Zugeständnis zurückgeschlagen worden waren, das Zünglein der Wage schließlich auf Maudes Seite, und hier haben die Russen von Persien her mitgewirkt, indem sie die rechte Flanke der Türken zu überflügeln drohten. Am 23. Februar mußten diese Kut el Amara räumen und verloren hier und bei der Verfolgung 20 000 Mann und viele Geschütze. Am 11. März mußte auch Bagdad geräumt werden, das die Kurden im letzten Augenblick barbarisch plünderten; so begreift es sich, daß die Engländer fast als Retter empfangen wurden. Gleichzeitig erzwangen die Russen die Preisgabe von Hamadan und Kermanschah, warfen die Türken völlig aus Persien hinaus und traten in direkte Fühlung mit den Engländern. Musch in Armenien dagegen haben die Türken am 2. Mai den Russen wieder abgenommen. Von Bagdad aus drang Maude nach Norden vor und schlug — nach seinen Angaben — die Türken 100 Kilometer nordwestlich von Bagdad am 28. September bei Ramadje, machte 3800 Gefangene und erbeutete 13 Geschütze. Die Türken haben freilich diese Angaben bestritten. Der Tod Maudes am 18. November war jedenfalls ein harter Schlag für England. Er erfolgte in einem Augenblick, wo eine türkische Unternehmung auf Bagdad, die durch die Vernichtung großer Munitionsvorräte in Haidar Pascha (Explosion vom 2. September) aufgehalten war, in Gang zu kommen schien.

Im Hedschas wollen die Türken am 27. Januar die Rebellen mit großen Verlusten zersprengt haben. Mekka ist aber nach wie vor in deren Hand, und bei der Abneigung der Araber gegen die Türken ist der durch Bestechung geförderte englische Einfluß in Arabien übermächtig — ebenso wie in Mesopotamien, das schon vor dem Krieg halb und halb eine englische Kolonie war. Im Juli schlug der Scherif Hussein von Mekka die Türken bei Maan, 100 Kilometer von Berseba; er legte sich den Titel König des Hedschas bei.

Von Ägypten her kam den Türken in Palästina schwere Gefahr, da die Engländer einen wohldurchdachten, von weitem her angelegten Plan verfolgten, sich des Landes als eines Teils der „Landbrücke" von Kairo über Mekka, Bagdad, Südpersien und Belutschistan nach Indien zu bemächtigen. Sie legten eine Eisenbahn von Kanara am Suezkanal nach Katia und El Arisch an und führten sie dem Meer entlang bis gegen Gaza; auch sorgten sie durch eine Wasserleitung aus den Süßwasserseen für Trinkwasser und Badegelegenheiten inmitten der Wüste. Gleichwohl wurden sie bei dem Versuch das von Olivenhainen umgebene Gaza zu nehmen zweimal mit großen Verlusten zurückgeschlagen, am 26. und 27. März und am 17. April. Die erste Schlacht, an der fünf türkische Divisionen teilnahmen, mit einer guten, durch österreichische Kanoniere bedienten Artillerie, ist wohl die größte Schlacht gewesen, deren die lange Geschichte Palästinas gedenkt; die Türken zählten über 3000 englische Tote. Es ist für die Wahrheitsliebe der britischen Regierung bezeichnend, daß sie den Bericht des Generals Murray, der den Sachverhalt ehrlich schilderte, der Öffentlichkeit einfach unterschlug und Siege meldete; selbst die kriegswütige „Daily Mail" erklärte im November, als der Inhalt des Berichts durchsickerte, daß das Volk absichtlich irregeführt und der König sogar gezwungen worden sei ein Glückwunschtelegramm an Murray

zu schicken!! Am 26. Juni warfen die Engländer 70 Bomben auf den Ölberg bei Jerusalem, was ihrem stets so aufdringlich ausgeschrienen Christentum sehr wohl anstand. Den Oberbefehl übernahm nach Murrays Abgang General Allenby, der, mit großen Streitkräften ausgerüstet, am 31. Oktober Berseba besetzte, das türkische Heer unter Dschemal Pascha von Osten her überflügelte und es so zwang am 7. November Gaza aufzugeben. Am 10. November bemächtigte Allenby sich Askalons, wobei er 1100 Gefangene gemacht haben wollte, und am 18. rückte er in Jaffa ein, der Hafenstadt Jerusalems, das von dieser Stadt 56, von Gaza 70 Kilometer entfernt ist. Damit gerieten auch die sehr gut gehaltenen Ansiedlungen der schwäbischen Templersekte in englische Gewalt. Bei dem Vormarsch auf Hebron und Jerusalem leisteten aber die Türken, durch die Berge unterstützt, zähen Widerstand und schlugen mehrere englische Angriffe mit ihrer gewohnten Tapferkeit zurück. Allenby wandte aber die gleiche Überflügelungstaktik an wie bei Gaza: er schnitt Jerusalem gegen Osten von Jericho ab und griff es gleichzeitig von Westen und Südwesten an, so daß es ihm gelang über Hebron (22 000 Einwohner) und Bethlehem (8000 Einwohner) an die Stadt (84 000 Einwohner) heranzukommen und sie von mehreren Seiten zu umfassen. Wollten sie nicht abgeschnitten werden, so mußten die Türken Jerusalem räumen; am 8. Dezember nahm es Allenby durch überraschenden Stoß von Westen her. Es ist bezeichnend, daß eine französische und eine italienische Abteilung mitwirkten, damit England wenigstens dem Schein nach nicht allein Herr der heiligen Stadt sei. Die Türken behaupteten sich nördlich und östlich von Jerusalem, wurden aber, wenn die Engländer die Wahrheit sagen, am 27. Dezember in der zweiten Gegend empfindlich geschlagen und verloren 1000 Tote und einige Geschütze. Die türkischen Berichte besagten ungefähr das Gegenteil.

VI.

Der Krieg in Ostafrika.

Wie am 25. März das Wolff'sche Telegraphenbüro mitteilen konnte, haben wir zweimal seit Kriegsanfang die englische Seesperre durchbrochen und unsere Schutztruppe unter Lettow-Vorbeck in freilich verhältnismäßig geringem Umfang mit Kanonen, Maschinengewehren und Schießbedarf versorgt. Das erstemal geschah es im Februar 1915 unter dem Oberleutnant der Reserve Christiansen, das zweitemal anfangs 1916 durch den Hilfskreuzer Marie unter Leutnant zur See Sörensen. Der erste Dampfer wurde dann von dem englischen Kreuzer Hyacinth in der Mansarbucht zerstört; der zweite entkam bei der Rückfahrt nach Tandjang Priock bei Batavia. Der Heldenmut und die Ausdauer, mit welcher Lettow und seine Truppen, schwarze und weiße, einer 10—15fachen Übermacht der Engländer, Portugiesen und Belgier widerstanden, ist einzig in seiner Art; die Treue der Askaris war über alles Lob erhaben. Lettow hielt sich zwischen Mgeta und Rufidschi, und General Smuts kehrte ohne den erhofften vollen Sieg nach Prätoria heim. Natürlich neigte sich aber der Erfolg allmählich der erdrückenden Übermacht zu, mit der General Van Deventer im Mai den Angriff nach Schluß der Regenzeit erneuerte. Von der See, von Norden, Süden und Westen her drangen die feindlichen Heersäulen vor. Am 3. Oktober meldeten die Engländer den Fall von Mikindani, am 18. den von Newala. Am 27. November mußte sich Hauptmann Tafel, bei Newala völlig eingekreist, mit 12 Offizieren, 6 Militärärzten, 92 deutschen Unteroffizieren und Soldaten, 1212 Askaris und 2260 sonstigen Eingeborenen ergeben, und am Ende des Jahres trat v. Lettow-Vorbeck unter Räumung unseres Gebiets auf den portugiesischen Boden über.

VII.

Der See- und Luftkrieg.

a. Der Seekrieg. Das große Ereignis des Seekriegs ist die Erklärung des uneingeschränkten Unterseebootskrieges ab 1. Februar 1917. Sie erfolgte mittelst einer Note an die Vereinigten Staaten am 31. Januar, in der es hieß: Die deutsche Regierung habe von der Botschaft Wilsons an den Senat, welche ihr am 22. mitgeteilt worden sei, mit der größten Aufmerksamkeit Kenntnis genommen, und die Richtlinien der Botschaft (Freiheit der Völker, Freiheit der Meere, Verhütung künftiger Kriege) stimmen in weitem Umfang mit den Grundsätzen und Wünschen Deutschlands überein. Deutschland wolle Belgien nicht einverleiben und wünsche den Iren und Indiern die Freiheit. Um so mehr beklage die kaiserliche Regierung die Eroberungssucht der Gegner. Seit 2½ Jahren unterbinde England und die von ihm geführte Mächtegruppe in brutaler Verachtung des Völkerrechts nicht nur den loyalsten Handel ihrer Gegner, sondern auch den ihr nicht genehmen Handelsverkehr der Neutralen. Darum falle ab 1. Februar jede Beschränkung in der Verwendung der deutschen Kampfmittel weg. Eine der Note beigegebene Denkschrift stellte die Grenzen des um die Lande unserer Gegner gezogenen Sperrgebiets fest, innerhalb dessen künftig allem und jedem Seeverkehr mit allen Mitteln sollte entgegen getreten werden. Den neutralen Schiffen wurde noch eine Frist zur Heimkehr gegeben, welche für Dampfer in der Nordsee am 7., im Mittelmeer am 12. Februar ablief; für Segelschiffe dauerte sie bis 1. März. Daß die Vereinigten Staaten von diesem Schritt Deutschlands den Anlaß herleiteten, ihren bisher geführten heimlichen Krieg gegen uns in einen offenen zu verwandeln, ist schon S. 117 erzählt worden. Der niederländische Volkswirt Lotsy aber

schrieb am 8. Februar im „Nieuwe Courant“ vom Haag: „Deutschland torpediert nicht ohne Warnung. Es zieht einen Kreis um England, innerhalb dessen torpediert wird; außerhalb nicht. Jedes Schiff, das in diesen Kreis hineinfährt, weiß, daß es sich in Gefahr begibt; es ist also gewarnt. England hat versucht Deutschland auszuhungern, ohne Rücksicht auf die Neutralen; es hat überdies Deutschlands Friedensangebot abgelehnt und dadurch den Unterseebootkrieg hervorgerufen. Man kann nun einmal eine Katze nicht in die Ecke jagen, ohne sich ihren Krallen auszusetzen. Wilson will sich das Recht freien Verkehrs mit England nicht nehmen lassen; aber das auf den Verkehr mit Deutschland läßt er sich vollständig nehmen, und den Verkehr mit andern Neutralen läßt er sich durch englische Minenfelder sperren.“ Ebenso äußerte sich der schwedische Militärschriftsteller Liljedahl im Stockholmer Aftonbladet: „England hat als Waffe die Hungerblokade gewählt. Deutschland antwortet mit dem Tauchboot, und das ist sein volles Recht. Der deutsche Sieg über England bedeutet für uns Schweden vor allem, daß auch Rußland nach Asien zurückgedrängt wird. England aber kämpft für die Unterdrückung Europas durch Rußland.“ Was die Wirkung des Tauchbootkriegs angeht, so wurden noch im Dezember 1916 nur 415 000 t Schiffsraum genommen oder versenkt (329 000 t feindlicher, 86 500 neutraler Schiffsraum). Auch darunter waren freilich fette Bissen: am 31. Dezember 1916 wurde in Stettin der englische Dampfer Yarrowdale durch den Offiziersstellvertreter Badewitz eingebracht, der ein Prisenkommando von 16 Mann unter sich hatte. An Bord des Dampfers, den ein deutscher Hilfskreuzer im atlantischen Ozean aufgebracht hatte, waren 169 Gefangene von einem norwegischen und 7 englischen Schiffen, außerdem 1 Lastauto, 1 Personenauto, 6300 Kisten Gewehrpatronen, 30 000 Rollen Stacheldraht, 3000 t Stahl, 6000 t

Weizen, 2000 t Mehl, 1900 Pferde und eine Menge Fleisch, Speck und Wurst. Die Admiralität hoffte vom 1. Februar an auf eine monatliche Versenkungsziffer von 600 000 t; die Wirklichkeit hat aber diese Rechnung weit überboten; denn es wurden versenkt im Februar 781 500 Tonnen, im März 885 000, im April 1 091 000, im Mai 869 000, im Juni 1 016 000, im Juli 811 000, im August 808 000, im September 672 000, im Oktober 674 000, im November 607 000, im Dezember 702 000, zusammen seit 1. Februar 8 958 000 t, d. h. 1/3 des gesamten Handelsschiffsraums der Welt.

Das Sperrgebiet ist englischerseits am 26. Januar zwischen Borkum und Esbjerg erweitert worden. Deutscherseits geschah dies erstmals am 24. März, indem das nördliche Eismeer vom 24.° östlicher Länge und 75.° nördlicher Breite an (mit Ausnahme des norwegischen Hoheitsgebiets) gesperrt wurde, und dann am 21. November. Damals wurde 1) das Sperrgebiet im Westen von England erweitert, weil von Amerika immer mehr Schiffe kamen, 2) ein Sperrgürtel um die portugiesischen Azoren gezogen, welche einen Mittelpunkt feindlichen Verkehrs von Amerika her zu bilden anfingen, und 3) wurde wegen des in Griechenland durch Venizelos herbeigeführten Umschwungs der freie Kanal für die griechische Schiffahrt aufgehoben. Die Wirkung des Tauchbootkriegs haben die feindlichen Staatsmänner nur widerwillig anerkannt oder möglichst heruntergesetzt. Aber ein Fachmann wie Archibald Hurd gestand am 26. Juli im „Daily Telegraph": „England hatte vor dem Krieg 3000 Schiffe mit über 1600 t Raum; davon sind 1500 für den bürgerlichen Verkehr verwendbar gewesen; aber 500 sind schon versenkt. Wöchentlich werden 5—6 Schiffe neu gebaut, aber 20 vernichtet. Wenn die Amerikaner ein Heer schicken, brauchen sie ihre Schiffe selbst und können uns nichts mehr bringen." Am 21. Septem-

der sagte der amerikanische Sachverständige Johnson im „New Republican“: „Wenn die Verbündeten den Verlust nicht durch Neubauten ausgleichen, so ist der Krieg für sie mit Jahresschluß verloren.“ Hervés Victoire aber erklärte am 24. November: „Die Torpedierung eines einzigen Weizenschiffs bedeutet achttägigen Brotmangel für 2 638 000 Menschen.“ Daran reihen wir die Aufstellung eines hervorragenden deutschen Sachverständigen, Dr. Alfred Lohrmann von Bremen. Dieser berechnete nach Berichten vom 31. Mai gegenüber einem Vertreter des Pester Journals, daß England am 1. Februar noch 19 Mill. t Schiffsraum hatte. Davon benötigte die Kriegsverwaltung für die Zwecke von Heer und Flotte 12 Millionen; es bleiben also für die bürgerlichen Zwecke noch 7, von welchen die Hälfte versenkt ist. 3 Mill. t sind gleich der Last, welche 400 000 Wagen befördern, oder gleich 10 000 Güterzügen zu 40 Wagen. Grubenholz kommt fast nicht mehr nach England; Italien erhält statt monatlich 800 000 t Kohlen nur noch 40 000. Die Höchstziffer der englischen Bauten im Frieden betrug 1,9 Mill. t.

Von sonstigen Ereignissen zur See nennen wir folgende. Am Ende des Jahres 1916 ist, wie kurz nach Neujahr bekannt wurde, das französische Kriegsschiff Gaulois versenkt worden, womit die Zahl der vernichteten Kriegsschiffe unserer Feinde auf 186 mit 759 430 t anwuchs. Davon trafen England 125 und 565 200 t. Frankreich hatte vor dem Krieg 759 000, Italien 565 000 t Kriegsschiffsraum; wir hatten also dem Raum nach mehr vernichtet, als die französische Kriegsflotte faßte. Am 9. Januar wurde das englische Schlachtschiff Cornwallis (1901 vom Stapel gelassen, 14 200 t) im Mittelmeer von einem Tauchboot zerstört. Am 23. Januar fand in den Hoofden vor Holland ein Gefecht zwischen deutschen Torpedobooten und leichten englischen Seestreitkräften statt, wobei 2 Zerstörer durch uns vernichtet wurden und eins

unserer Boote in Seenot geriet, so daß es den niederländischen Hafen Ymuiden anlaufen mußte. In der Nacht vom 25. zum 26. Februar stießen deutsche Torpedoboote durch den Kanal und in die Themse vor und beschossen Margate. Am 19. März wurde das französische Großkampfschiff Danton (1909 fertig, 18 400 t, 850 Mann) im westlichen Mittelmeer von dem Unterseebootskapitän Mohrat versenkt, und die „Liberté“ schrieb: „Die Deutschen haben die Aufgabe gelöst das Periskop unsichtbar zu machen; damit sind die bisherigen Kampfmittel gegen die Tauchboote wertlos geworden.“ Auch die andern Mittel zur Abwehr — Unterseebootsfallen, Seeflugzeuge, Minen, Zusammenstellung von Geleitszügen unter dem Schutz von Kriegsschiffen — erwiesen sich als nicht durchschlagend; wir verloren durchschnittlich im Monat 2—3 Unterseeboote und bauten dafür 6, so daß die Gefahr für die Gegner wuchs, nicht abnahm. Der Hilfskreuzer Möwe unter seinem kühnen Führer Burggraf Nikolaus zu Dohna-Schlodien kam am 22. März von seiner zweiten Fahrt glücklich zurück und meldete, daß er 22 Handelsschiffe und 5 Segler mit zusammen 123 000 t im atlantischen Ozean versenkt hatte. Dabei machte der Burggraf 593 Gefangene; er ward für seine Taten vom Kaiser zum Flügeladjutanten ernannt. Am gleichen 22. März ging der Dampfer Rotoruc (11 114 t) mit 100 000 geschlachteten Ochsen vor Plymouth infolge Torpedierung unter; Tags zuvor der amerikanische Dampfer Healton mit 6000 t Petroleum nach der niederländischen Küste. Die Festung Dünkirchen erhielt am 26. März 200 Granaten durch deutsche Torpedoboote. Wie berechtigt es war, daß wir mit allen Schiffen innerhalb der Sperrzone unnachsichtlich verfuhren, beweist die Angabe der „Mail of Empire“ in Torento (Canada) vom 17. April, laut deren der White-Star-Dampfer Adriatic, der von Newyork nach Liverpool fuhr, außer den Reisenden an Bord hatte 1943 Kisten Granat-

hülsen, 176 mit Patronenhülsen, 1768 mit Gewehren, 500 mit Bajonetten, 16 mit Lafetten, 1800 mit Patronen, 458 mit Geschützteilen; außerdem eine Anzahl Autos, viel Aluminium und Kupfer. Der Dampfer Baltic führte mit sich 44 Reisende, 1252 Kisten Granathülsen, 1200 mit Patronen, 780 mit Gewehren, 17 mit Revolvern, 66 mit Geschützteilen; dann Autos, Aluminium, Kupfer, Baumwolle. Der Cunarddampfer Carmania hatte neben Reisenden 4109 Kisten mit Granathülsen, 800 mit Patronen an Bord. Überall wurden also Personendampfer auch zur Munitionsbeförderung verwandt — ganz wie 1915 die Lusitania.

In der Nacht vom 20. auf den 21. April gaben leichte deutsche Seestreitkräfte aus großer Nähe 650 Schüsse auf die Befestigungen von Dover und Calais ab, mit guter einwandfrei beobachteter Wirkung. In einem sich daran anschließenden Gefecht verloren wir 2 Torpedoboote, vernichteten aber auch mehrere englische. Margate wurde am 26. April zum zweitenmal beschossen. Der Hafen von Belfast auf Irland mußte am 27. April wegen Minengefahr gesperrt werden. Deshalb erklärte damals die „Morning Post": „Die britische Seemacht im alten Sinne besteht nicht mehr. Der Zustand, in dem das ganze wirtschaftliche und politische System auf einer sieghaften Flotte und der unbedingten Freiheit der Zufuhr beruhte, ist dahin." Und der Rappel verlangte am 6. Mai, da die Mittelmächte mehr Unterseeboote bauten als England und Frankreich zerstören könnten, müßten unbedingt ihre Ausgangspunkte Zeebrügge, Ostende u. a. zerstört werden. „Unsere Kriegsflotte ist unversehrt (!). Wollen wir die Partie verlieren, ohne alle Trümpfe ausgespielt zu haben?" In der Tat unternahmen die Engländer am 10. Mai mit Schiffen und Flugzeugen einen Vorstoß auf Zeebrügge, aber ohne militärischen Schaden anzurichten. Am gleichen Tag fand zum zweitenmal in den

Hoofden ein Seegefecht statt, wobei ein englischer Zerstörer sank. Bei Otranto im ionischen Meer wurde am 15. Mai der englische Kreuzer Dartmouth angeschossen, rettete sich aber noch in den Hafen. Im Juli ging das französische Kriegsschiff Vanguard mit 900 Mann durch eine Mine unter, und am 31. Juli gab die englische Admiralität den Verlust der Ariadne durch Torpedoschuß zu. Da war es ein magerer Trost, daß am 1. September 4 bewaffnete deutsche Fischdampfer bei Bjeregad an der jütischen Küste von englischen Torpedobooten zerstört oder auf den Strand getrieben wurden. Beim Herannahen starker deutscher Streitkräfte entfernten sich die Engländer. Am 5. Oktober versank das englische Kriegsschiff Drake (14 300 t) durch Torpedoschuß an der irischen Nordküste. Eine besonders kühne Seemannstat führten am 17. Oktober die kleinen Kreuzer Brummer und Bremse bei den Shetlandsinseln aus. Sie griffen einen von Bergen herkommenden Geleitszug von 11 Schiffen und 2 Zerstörern an und vernichteten von diesen 13 Fahrzeugen 12, darunter beide Zerstörer, den einen auf den ersten, den andern auf den achten Schuß. Als am 17. November 6 englische Großkampfschiffe und viele kleine Kreuzer und Torpedoboote in die deutsche Bucht eindringen wollten, wurden sie im Meer zwischen Terschelling und Hornsriff von deutschen Seestreitkräften zur Umkehr gezwungen. Am 12. Dezember führten deutsche leichte Schiffe einen Vorstoß gegen die Mündung des Tyne aus, und zerstörten 2 große Dampfer und 2 Streifschiffe. Am gleichen Tag wurde wieder ein von Bergen herkommender, in der Richtung auf die Shetlands fahrender Geleitszug von 6 Dampfern durch leichte Schiffe unter Kapitänleutnant Kolbe völlig zerstört; auch 1 Zerstörer und 4 Bewachungsfahrzeuge sanken. Wir hatten keine Schiffsverluste.

Ein besonderes Kapitel ist nach wie vor das der eng-

lischen Völkerrechtsbrüche. Am 12. Januar wurde ein deutsches Tauchboot von einem Schiff, das die dänische Flagge zeigte, plötzlich beschossen, konnte aber noch rechtzeitig tauchen — also ein Fall empörenden Mißbrauchs neutraler Farben zur Unterseebootsfalle! Deutscherseits wurde auf Grund mündlicher Aussagen festgestellt, daß die Engländer Lazarettschiffe zur Beförderung von Truppen und Schießbedarf verwendeten, daß sie Lazarettschiffe bald als solche gebrauchten, bald sie aus der Liste strichen, bald wieder einsetzten. Deshalb wurde am 31. Januar bekannt gegeben, daß künftig Lazarettschiffe nur noch außerhalb des Kanals von Brest ab fahren dürften, sonst aber der Torpedierung verfallen seien. Weil auch im ägäischen Meer der gleiche Mißbrauch vorkam, wurde am 29. Mai die Erklärung vom 31. Januar auf das östliche Mittelmeer ausgedehnt und nur in der griechischen Fahrrinne eine gewisse Möglichkeit der Fahrt freigelassen. Am 6. Mai schrieb der Schwäbische Merkur, daß ein norwegischer Schiffsoffizier bezeugte, er wisse, daß ein englisches Munitionsschiff den Kanal unter der Flagge des roten Kreuzes durchfahren habe; „ich halte das für eine feige Gemeinheit." Am 4. Dezember las man, daß laut dem Göteborger Aftonbladet vom 2. August ein schwedischer Seemann den Mißbrauch der Lazarettschiffe bestätigte und als von den Engländern selbst zugegeben bezeichnete. Dieselben hätten am 1. Mai, an welchem Tag noch freie Fahrt war, die schwedischen Schiffe am Auslaufen aus den englischen Häfen verhindert, dafür aber englische Schiffe unter schwedischer Flagge als Unterseebootsfallen ausgesandt. Die „Daily Mail" — gewiß in diesem Fall ein unverdächtiger Zeuge — schrieb am 29. Juni: „Der furchtbare Vorfall beim Ausladen von Munition aus dem Hospitalschiff Varela rechtfertigt die Versenkung solcher Schiffe durch die Deutschen." Endlich die Feststellung, daß die Engländer einen Preis von 100 Mark für jeden getöte-

ten deutschen Seesoldaten oder Matrosen bezahlten, so für die Vorfälle vom 28. Januar und 4. Juni 1916. (Siehe Schwäb. Merkur 1917 Nr. 7, 5. Januar.)

b. Der Luftkrieg. Der englische Fliegeroffizier Billing sagte am 29. März im Unterhaus: „Vor kurzem hat England die Oberherrschaft in der Luft gehabt; jetzt ist das nicht mehr der Fall. Die neuen deutschen Albatroseinsitzer haben eine viel größere Steigfähigkeit als unsere Flugzeuge; wer unter ihnen ist, der ist verloren. Am 9. März haben sie elf unserer Flugzeuge abgeschossen; ein anderesmal sind 9 englische Flugzeuge von 4 deutschen rettungslos besiegt worden." Der Fliegeroffizier Prinz Friedrich Karl von Preußen geriet am 21. März schwer verwundet in englische Gefangenschaft und starb trotz aller Pflege am 8. April. Der Prediger Caldwell, der ihn besuchte und ihm Trost zugesprochen hatte, rühmte seine vornehme Gesinnung, seine Ritterlichkeit und Religiosität. Er wollte vor den andern Gefangenen nichts voraus haben, um sie nicht zu berauben und etwas zu haben, was ihnen entzogen würde, während sie es vielleicht nötiger hätten als er. „Ich liege hier als hilfloser Gefangener; aber ich bedaure es nicht, daß ich die Gefahr auf mich genommen habe. Ich tat mein Bestes für mein Land. Gern würde ich leben, um meinem Volk bei seinem Aufbau zu helfen." Wie sagte einst 1866 ein republikanisches italienisches Blatt? „Ja, das muß man sagen, die Prinzen aus dem Haus Savoyen sind tapfere Männer; sie decken den Ehrenschild ihres Landes mit ihren Leibern." Ein Wort, das zweimal auf die Hohenzollern zutrifft. Im März wurden durch uns 161 Flugzeuge und 19 Fesselbälle vernichtet; wir verloren nur 45 Flugzeuge, keinen Fesselball. Am 14. April um 12 Uhr griffen 12 englische Flugzeuge die offene Stadt Freiburg i. Br. (zum so und so vieltenmal!) an; um 5 Uhr erschienen wieder 23 über der Stadt und warfen Bom-

den ab, wodurch 7 Frauen, 3 Männer und 1 Soldat getötet, 17 Frauen, 8 Männer und 2 Kinder verwundet wurden. Drei Flugzeuge wurden dabei von unsern Abwehrtruppen vernichtet, der Anführer, ein Oberst, gefangen. Ausdrücklich wurde diese Schandtat Englands als Rache für die Versenkung des „Lazarettschiffs“ Gloucester Castle bezeichnet. Im April verloren unsere Gegner 362 Flugzeuge und 29 Fesselbälle, wir 74 und 10. Ein Zeppelinangriff auf London und ganz Südengland (Harwich, Norwich) tat in der Nacht vom 24. zum 25. Mai erheblichen Schaden. Am 13. Juni wurde der Angriff durch Flugzeuge wiederholt und die Docks, Werften, Bahnanlagen und Speicher von London scharf beschossen; dabei wurden 66 Menschen getötet, 439 verwundet, nach englischen Angaben; Kinder sollen 26 getötet, 94 verwundet worden sein. London ist aber der größte Waffenplatz Englands! Große Brände und Verheerungen wurden dabei beobachtet. Am 30. Juni las man, daß die Engländer auf den Kopf des erfolgreichen Fliegers v. Richthofen einen Preis von 1000 Pfund St. = 20 000 Mark gesetzt hatten. Bemerkungen dazu erscheinen überflüssig. Am 5. Juli griff ein Luftgeschwader Harwich an, und am 7. Juli erfolgte die größte bisher ausgeführte Beschießung der Docks von London. Da die Franzosen behaupteten, daß die Beschießung offener Städte nur eine Vergeltungsmaßregel sei, so wurde am 10. Juli deutscherseits amtlich erklärt, dies sei eine Lüge. Wo deutsche Flugzeuge gegen französische Städte ausgesandt wurden, dienten diese feindlichen Truppen als Unterkunft wie Chalons und Amiens, und es bestanden dort wichtige Lager von Munition, Lebensmitteln und Heeresbedürfnissen aller Art. Unsere Angriffe seien grundsätzlich nur gegen militärische Ziele gerichtet und unsere Führung würde sich einer schweren Pflichtverletzung schuldig machen, wenn sie solche Städte deshalb nicht angriffe, weil bei den Angriffen unbeteiligte Zuschauer in Gefahr

geraten könnten. Möge die französische Regierung die Bevölkerung aus dem Kriegsgebiet entfernen oder ihre Heeresanlagen außerhalb der Ortschaften anlegen. Im August verloren wir 64 Flugzeuge und 4 Fesselbälle, die Gegner 295 und 37; im September waren die Zahlen bei uns 82 und 5, bei den Gegnern 374 und 22. Die Engländer suchten dieses für Deutschland sehr rühmliche Verhältnis durch falsche Nachrichten zu verdunkeln; so wollten sie am 11. Mai 2 Flugzeuge verloren haben statt 7, am 20. 4 statt 6, am 24. 3 statt 5. Am 29. September wurde Dünkirchen durch Flugzeuge mit 60 000 Kilogramm Bomben belegt und großenteils durch Brände zerstört, so daß der englische Nachschub nach Frankreich wesentlich erschwert wurde. Ein neuer Zeppelinangriff auf London, Birmingham, Manchester, Nottingham, Hull und Grimsby erfolgte in der Nacht vom 19. auf den 20. Oktober, solche durch Flugzeuge wieder auf London vom 5. auf den 6. Dezember, und vor dem Weihnachtsfest.

VIII.
Verhandlungen.

Wir stellen hier eine Anzahl von Kundgebungen kurz zusammen, welche auf die Beziehungen der Mächte untereinander und auf die langsam sich vollziehende Anbahnung des Friedens sich beziehen; zum Teil sind sie in anderem Zusammenhang schon erwähnt. Am 11. Januar erging eine deutsche Note an die Neutralen, welche darauf hinwies, daß das Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 von unsern Feinden abgelehnt worden sei. Deutschland und Österreich wurden 1914 angegriffen; die Gegner unterdrücken Irland, die Buren, Nordafrika, die russischen Fremdvölker. Sie brachen alles Völkerrecht (sogleich zu Anfang des Krieges das Londoner Seerechtsabkommen von 1909); sie eröffneten

den Aushungerungskrieg, drückten die Neutralen, verwendeten farbige Truppen, dehnten den Krieg entgegen früheren Abreden auf Afrika aus und übten unmenschliche Behandlung gegen die Gefangenen. Die Vorwürfe über deutsche Greuel seien längst widerlegt; die Verantwortung für den Krieg tragen die Gegner. Am 12. Januar überreichte der Raubverband dem Staatssekretär Wilsons, Lansing, die Antwort auf dessen Note vom 21. Dezember. Darin hieß es: Deutschland und Österreich-Ungarn hätten den Krieg angefangen und alle möglichen Greuel verübt; sie müssen gezwungen werden Belgien, Serbien, Montenegro und Rumänien herzustellen und zu entschädigen. Deutschland müsse die den Verbündeten geraubten Gebiete (lies: Elsaß-Lothringen und Posen und Westpreußen) zurückgeben. Die Einwohner des türkischen Reichs müssen von der blutigen Tyrannei der Türken befreit und dieses der westlichen Zivilisation fremd gegenüberstehende Volk müsse aus Europa vertrieben, die Absichten des Zaren mit Polen müßten erfüllt werden (d. h. ganz Polen soll unter Rußland kommen). Der Schwäbische Merkur vom 14. Januar bemerkte dazu: „Nun ist klar, daß dem Vierbund nur ein Weg zur Behauptung von Dasein und Entwicklungsfreiheit bleibt: den Raubtieren die Zähne auszureißen." Selbst die Newyorker World gestand zu, daß die Ziele des Verbands nur durch den Zusammenbruch Deutschlands und seiner Verbündeten erreichbar seien, und es sei unmoralisch, daß Italien und Rumänien Gebiete erhalten sollten, welche ihnen nie gehört hätten.

Am 16. Januar begründete Balfour in einer Note an die Vereinigten Staaten die Forderung, daß die Austreibung der Türken, welche unter deutschem Befehl Armenier und Syrier morden, die Rückgabe von Elsaß-Lothringen an Frankreich und der unerlösten Gebiete an Italien dem Frieden der Welt sehr nützlich sein würden; Deutschland müsse ge-

schwächt werden. Am 29. Januar sprach Wilson im Senat über den „Frieden ohne Sieg“. Am 31. Januar kündigte eine deutsche Note an die Vereinigten Staaten und alle Neutralen angesichts der Ablehnung des Friedensangebots den Beginn des uneingeschränkten Unterseebootskriegs an, woraus am 4. Februar der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland und am 5. April die Kriegserklärung an Deutschland, am 7. Dezember an Österreich-Ungarn sich ergaben. Das deutsche Angebot an Mexiko (S. 117) gab Wilson am 1. März bekannt. Miljukow kündigte am 1. Mai die Absicht der neuen russischen Regierung an, den Krieg bis zum vollen Sieg fortzusetzen. Am 12. Mai gestand er zu, daß Geheimverträge bestünden, daß sie aber nicht veröffentlicht werden dürften, weil sonst ein Bruch zwischen Rußland und seinen Verbündeten erfolgen würde. Als damals der Sovjet die Losung ausgab: Friede ohne Annexionen und ohne Entschädigungen! antwortete Wilson am 11. Mai, daß das Unrecht gut gemacht und Weltdemokratie und Weltverbrüderung durchgeführt werden müßten, und England griff am 12. Mai bloß die Lösung der polnischen Frage heraus, welche die Befreiung der von Preußen und Österreich unterjochten polnischen Landschaften einschließe; insofern das eine Annexion im eigentlichen Sinn nicht sei, stimme S. M. Regierung ganz mit den Russen überein. Und die Franzosen erklärten später, daß die Zurücknahme von Elsaß-Lothringen keine Annexion, sondern eine „Desannexion“ sei, die Rückgängigmachung einer Annexion, was die bolschewikistische Iswestija ehrlicherweise nicht gelten ließ.

Da weder Miljukow noch Ribot (S. 91) mit den Geheimverträgen herausrückten, so half der Reichskanzler Michaëlis ihnen am 28. Juli nach, indem er vor einer großen Anzahl eingeladener Vertreter der Presse den

Inhalt jener Verträge bekannt gab, die kurz vor dem Ausbruch der Revolution, welche das Zarentum wegfegte, zwischen Rußland und Frankreich abgeschlossen worden waren. Nach diesem Vertrag sollte Frankreich Elsaß-Lothringen, das Saarbecken und alles erhalten, was ihm sonst auf dem linken Rheinufer gut dünke; auch Syrien sollte französisch werden. Der Reichskanzler teilte auch mit, daß der Präsident der Republik Poincaré zuerst ohne Wissen Briands die Unterzeichnung des von dem auswärtigen Minister Doumergue vorbereiteten Vertrags durch den Botschafter Paléologue angeordnet und Briand nachträglich zugestimmt habe; auch zog er den Schleier von den stürmischen Verhandlungen weg, welche wegen dieser Dinge in den geheimen Sitzungen der Abgeordnetenkammer zu Paris (1. und 2. Juni 1917) sich abgespielt hatten, und stellte fest, daß der auf Miljukow gefolgte russische Minister des Auswärtigen Tereschtschenko gegen den Vertrag Einsprache erhoben, Briand aber die Ansicht vertreten habe: das revolutionäre Rußland müsse halten, was der Zar versprochen habe. Am 21. August teilte Michaëlis im Hauptausschuß des Reichstags ferner mit, daß am 4. März 1915 — also während des Dardanellenunternehmens — Rußland Konstantinopel, das europäische Ufer der beiden Meerengen und des Marmara-Meeres, mit der Linie Enos—Midia, die Inseln des Marmara-Meeres, die asiatische Halbinsel zwischen dem schwarzen Meer, Bosporus, Ismid und dem Sakarifluß, endlich die vor den Dardanellen liegenden Eilande Tanedos und Imbros verlangt habe und England am 12. März, Frankreich am 12. April ihr Einverständnis erklärt hätten. Später ließ der Zar sich noch Kurdistan und Trebisond zusagen. Ribot hat am 31. Juli 1917 in der Pariser Kammer die Angaben des Reichskanzlers zu bestreiten versucht, sie aber nur bestätigt; er sagte, daß nicht die Annexion des linken Rheinufers verlangt worden sei, sondern nur

die Aufsuchung von Bürgschaften gegen einen neuen deutschen Angriff, und als eine solche Bürgschaft sei die Verwandlung des linken Rheinufers in einen selbständigen Staat erachtet worden, der Belgien und Frankreich gegen einen Angriff von der rechten Rheinseite sichern sollte. Als ob ein solcher Staat, unter den Griffen Frankreichs liegend, etwas anderes als ein Vasallenstaat Frankreichs gewesen wäre! In diesem Zusammenhang weisen wir auf eine offenbar von eingeweihter Seite stammende Flugschrift hin, welche „la paix que nous concluons" („der Friede den wir schließen") sich betitelte und für Frankreich Elsaß-Lothringen, das Saarbecken und vom linken Rheinufer alles forderte, was Frankreich wünschen möge, dann für Belgien Aachen, Köln und Bonn, für Holland Krefeld und Ostfriesland; Hannover solle ein selbständiges Land unter englischer Vormundschaft werden, und die Niederlande, Belgien und Luxemburg sollen mit Frankreich einen gallischen Bund bilden. Die deutschen Kolonien werden unter die Sieger verteilt; die Hohenzollern verlieren die Kaiserwürde, welche unter den deutschen Fürsten abwechselt. Das Stockholmer Blatt Nya Dagligt Allehanda schrieb zu all diesen Dingen: „Der deutsche Reichskanzler hat das dunkle Gewebe von Raubplänen, den Vertrag zwischen dem verkommenen Zarismus und der demokratischen Republik vor den Augen der erstaunten Welt offen gelegt. Wir haben das seltene Vergnügen dem „Sozialdemokraten" zustimmen zu können, wenn er schreibt: ‚Die Wahrheit ist im Anzug; die Enthüllung der Machenschaften ist die Vorbereitung des Friedens.' Wird man sie dem russischen Volke vorenthalten können?" Und Kuyper, der holländische frühere Ministerpräsident, schrieb am 1. Dezember im Standard: „Während der deutsche Kaiser in London und Petersburg aufs freundschaftlichste empfangen wurde, verschwor man sich hinter seinem Rücken. Deutschland durfte im Juli 1914 keinen Augenblick

zögern, wenn es der Falle entgehen wollte; aus allen Archiven geht hervor, daß man damals die Mittelmächte überfallen und ihnen den tödlichen Stoß versetzen wollte." Ein Versuch der den Bolschewiki vorausgehenden russischen Regierung, durch Geheimpapiere Deutschland bloß zu stellen, als ob es Dänemark habe 1904 vergewaltigen wollen, rief die Nordd. Allg. Zeitung am 10. September auf den Plan. Sie enthüllte die enge Verbindung, welche Englands Gebaren 1904 und 1905 im russisch-japanischen Krieg zwischen Deutschland und Rußland erzeugt hatte, welche Zar Nikolaus II. aber festzuhalten nicht willensstark genug gewesen war.

Hierher gehört weiter die Enthüllung, welche der Prozeß gegen den 1916 wegen Hochverrats gefangen gesetzten früheren Kriegsminister Suchomlinow gezeitigt hat. Die Nowoje Wremja meldete am 26. August 1917, daß aus den Zeugenaussagen des Generalstabschefs von 1914, Januschkewitsch, und aus Angaben Suchomlinows selbst sich ergeben habe, daß der Zar am 30. Juli auf das dringliche Telegramm Kaiser Wilhelms II. hin den direkten Befehl erteilt habe die Mobilmachung aufzuheben. Suchomlinow hatte aber, „weil er das für technisch unmöglich ansah", Einwände erhoben, und als der Zar bei seinem Befehl blieb, habe er ihn angelogen, die Mobilmachung geschehe nur im Südwesten. Zum Glück habe man dem Zaren noch am 30. Juli eine andere Überzeugung beigebracht, und Suchomlinow, der in den Kerker zu kommen fürchtete, erhielt den Dank für die gute Durchführung der Mobilisierung. Somit steht aktenmäßig fest, daß die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens, welche am 30. Juli aufleuchtete, durch verruchte Machenschaften vereitelt worden ist und das Unheil rettungslos über die Welt hereinbrach.

Am 23. November begann auch die neue russische Regierung der Bolschewiki mit der Bekanntgabe

der Akten, welche sich auf die Abmachungen der früheren russischen Regierungen mit dem Raubverband bezogen. Man lernte da eine Anzahl interessanter Berichte kennen, welche die bisher schon durch den deutschen Reichskanzler entlarvten schamlosen Eroberungsabsichten der Feinde Deutschlands und seiner Verbündeten rückhaltlos bloßlegten. Von den eigentlichen Verträgen wurde, wie es scheint, nur der mit Italien gefunden, der aber auch alle früheren Nachrichten über Italiens Anspruch auf die Herrschaft über fast die ganze Westküste des Balkans bis Valona herunter vollauf bestätigt hat. Man darf sagen, daß damit das geschichtliche Urteil über die Schuldfrage des Weltkrieges endgültig gefällt ist, und die neutralen Stimmen sind darüber denn auch völlig einmütig.

Was die Friedensbewegung anbetrifft, so sind hier zu verzeichnen der Beschluß des deutschen Reichstages vom 19. Juli (s. oben S. 12), die Anregung des Papstes Benedikt XV. vom 15. August (s. oben S. 130) und die Antwort der deutschen Regierung an den päpstlichen Staatssekretär Gasparri vom 19. September, mit der die Antworten Österreichs, der Türkei und Bulgariens sachlich übereinstimmten. Die österreichische Antwort war in einem dem katholischen Charakter Österreichs entsprechenden besonders warmen Ton der Hochachtung und Verehrung des Papstes gehalten. Die deutsche Note erkannte die edle menschliche Gesinnung des Papstes an; dessen Bestreben sei auch das des Kaiser Wilhelms II. von Anfang seiner Regierung an gewesen, bis zu der Krisis, aus welcher der Weltkrieg hervorging. „Das deutsche Volk stand im werktätigen Willen zum Frieden hinter dem Kaiser. Im Einklang mit dem Wunsch S. Heiligkeit und der Friedenskundgebung des deutschen Reichstags vom 19. Juli will die kaiserliche Regierung brauchbare Grundlagen für einen gerechten und dauerhaften Frieden finden.“ Besonders erklärte die Note die

Zustimmung zu der Ansicht des Papstes, daß künftig an die Stelle der materiellen Macht die moralische Macht des Rechts treten müsse, und billigte die Abgrenzung der Rüstungen zu Land, zu Wasser und in der Luft, wahre Freiheit und Gemeinsamkeit der See, endlich das Schiedsgerichtsverfahren. „Von diesem Geist aus gilt es mehr das Einigende als das Trennende zu betonen und jedem Volk befriedigende Daseinsbedingungen zu schaffen." Als Antwort verlangte Asquith am 26. September die Räumung von Frankreich, Belgien und Rußland, die Abtretung von Elsaß-Lothringen, die Erfüllung der längst fälligen Ansprüche Italiens und Rumäniens, die Herstellung und die Gewährung weiten Raums für das heldenhafte Serbien (dem England eine ganze Division zur Hilfe gesandt hat!!), dann das Gleiche für Polen, Griechenland und die Südslawen. Auch werde es notwendig sein auf lange Zeit gegen die Unredlichen und Widerspenstigen eine Art militärischen oder wirtschaftlichen Zwangs auszuüben. Wie groß die Gegenrechnung seitens anderer Völker für England ausfallen müßte, davon sprach Asquith nicht. Der Staatssekretär v. Kühlmann bezeichnete am 9. Oktober im Reichstagsausschuß die elsaß-lothringische Frage als das einzige Hindernis des Friedens, was als deutscher Verzicht auf Belgien ausgelegt wurde. Als Lloyd George in einer neuen Rede die Deutschen Verbrecher und Banditen nannte, antwortete der Reichskanzler Graf Hertling am 17. Dezember in einer Unterredung mit dem Besitzer des Wolffschen Telegraphenbüros Dr. Mantler: „Mit Schimpfworten werden moderne Kriege nicht gewonnen, vielleicht aber verlängert. Das ist nach diesen Schmähungen klar: für uns ist ein Verhandeln mit Männern von derartiger Gesinnung ausgeschlossen. Die englische Regierung unter der Führung von Lloyd George ist dem Gedanken eines gerechten Verständigungsfriedens unzugänglich. Unser Weg im Westen ist darnach klar." Die Ergebnisse des wahnwitzigen

Kriegswillens bestehen u. a. darin, daß England in dem Jahr seit der Ablehnung unseres Friedensangebots weiter verbraucht hat 53 Milliarden Mark, Frankreich 35,3, Rußland 46,6, Italien 12,2, die Vereinigten Staaten 53,1; zusammen 200 Milliarden. Dagegen gaben aus Deutschland 36, Österreich-Ungarn 18,7, die Türkei 0,66 und Bulgarien 0,64 = 56 Milliarden.

Nach den Reden die Taten! Am 3. Dezember schloß Rußland mit dem Vierverband eine Waffenruhe vom 7.—17. Dezember, aus der durch Verhandlungen in Brest-Litowsk am 15. Dezember ein förmlicher Waffenstillstand vom 17. Dezember bis 14. Januar erwuchs. Werde er nicht 7 Tage vorher gekündigt, so laufe er ganz von selbst weiter. Bezeichnend an dem Aktenstück ist abgesehen von seinem eigentlichen Inhalt, daß darin in Artikel 4 „zur Entwicklung und Befestigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern der vertragschließenden Parteien" ein organisierter Verkehr der Truppen in gewissen Grenzen (nur bei Tage, für gleichzeitig höchstens 25 Mann) gestattet wurde; dabei sollten Nachrichten, Zeitungen und Waren des täglichen Gebrauchs ausgetauscht, bzw. verkauft werden dürfen. Der Handel in einem näher bestimmten Seegebiet wurde freigegeben. Auch die Losgabe der Zivilgefangenen, in erster Linie der Frauen und Kinder, wurde in Aussicht genommen. Umgruppierungen an den Fronten, die eine Offensive vorbereiten könnten, waren verboten. Besonders bedeutsam erscheint Artikel 10, der lautet: „Ausgehend von dem Grundsatz der Freiheit, Unabhängigkeit und territorialen Unversehrtheit des neutralen persischen Reiches sind die türkische und die russische oberste Heeresleitung bereit die Truppen aus Persien zurückzuziehen. Sie werden deshalb mit der persischen Regierung in Verbindung treten, um die Einzelheiten zu regeln." Wenn man bedenkt, daß England und Rußland 1907 Persien sozusagen unter sich

teilten, so kann man diesen Artikel nur als eine Aussage jener Abkunft seitens Rußlands auffassen, was logischerweise die Folge haben muß, daß entweder auch England Persien freigibt oder dort als offenkundiger alleiniger Räuber dasteht. Die Bolschewiki waren unzweifelhaft folgerichtig in ihrer Selbstbefreiung von den Banden, welche England den Russen angelegt hatte.

Die Friedensverhandlungen wurden sofort in Brest-Litowsk aufgenommen. Deutschland wurde dabei vertreten von dem Staatssekretär v. Kühlmann, Österreich von dem Grafen Czernin, die Pforte durch den auswärtigen Minister Nessimy und bald durch den Großwesir Talaat, Bulgarien durch den Justizminister Popow. Im Auftrag der russischen Regierung erschienen Trotzkij und Joffe und andere Personen. Alle Bevollmächtigten waren von einem Stab von Beamten und Hilfskräften für die verschiedenen Interessengebiete begleitet. Am 23. Dezember trat man in die Verhandlungen ein, und am 25. erfolgte auf Wunsch der Russen eine Bekanntgabe der erzielten Ergebnisse. Darnach befand der Vierbund die russischen Vorschläge eines Friedens ohne gewaltsame Annexionen und ohne Entschädigungen als diskutable Grundlage für einen allgemeinen gerechten Frieden, lehnte aber die Lösung der Nationalitätenfrage auf dem Weg zwischenstaatlicher Verhandlungen ab und behielt sie der Entscheidung jedes einzelnen Staates vor. Die vollständige Rückgabe der deutschen Kolonien wurde als eine unter allen Umständen festgehaltene Forderung bezeichnet. Auf den Wunsch der Russen wurden die allgemeinen Verhandlungen für zehn Tage (bis 4. Januar) unterbrochen, damit auch die andern Völker sich mit den Grundlagen des Friedens bekannt machen könnten; die Verhandlungen über Dinge, die besonders mit Rußland zu erledigen waren, wurden aber fortgesetzt.

Dokumentarischer Anhang.

1. Umtriebe in Syrien.

Auszüge aus einem türkischen Rotbuch.

N. O. (G.K.G.) Das Generalkommando der 4. osmanischen Armee gibt in der kürzlich als Rotbuch erschienenen Schrift „Die Wahrheit über die syrische Frage" eine von Originaldokumenten belegte ausführliche Darstellung über die Vorgeschichte der national-arabischen, gegen die Konstantinopeler Regierung gerichteten Umtriebe, deren Aufdeckung zu Beginn des Weltkrieges zu einer Reihe von Hochverratsprozessen führte, die größtenteils mit der Verurteilung der Angeklagten zum Tode oder zu langen Freiheitsstrafen endeten. Die Vollstreckung der Urteile wurde im Lager der Entente dazu benutzt, ein wüstes Geschrei über die angebliche türkische Schreckensherrschaft in Syrien zu erheben. Abgesehen davon, daß man wohl der osmanischen Regierung allein das Urteil darüber überlassen muß, wie sie mit überführten Hochverrätern verfahren zu müssen glaubt, haben gerade die Westmächte am wenigsten Ursache, die syrischen Prozesse zum Gegenstand ihrer moralischen Entrüstung über die türkische Grausamkeit zu machen. Es mag ja sehr ärgerlich für Franzosen und Engländer sein, durch die türkische Justiz der besten Vorkämpfer für ihre Sache beraubt worden zu sein. Gleichwohl aber hätten sie eigentlich besser daran getan, wenn sie nicht durch ihr Zorngeheul das türkische Rotbuch provoziert hätten, das die Zusammenhänge der arabischen Nationalpropaganda mit den englischen und französischen Behörden in Syrien und Ägypten aus dem Inhalt französischer Konsulatsarchive erweist. Es sollte eigentlich den Franzosen kaum angenehm sein, wenn nunmehr mit unbestreitbarer Sicherheit festgestellt wird, daß sie durch die Ungeschicklichkeit ihrer Vertreter selbst den Strick für ihre Anhänger in Syrien geliefert haben. Aus dem Rotbuch, das nach einer einleitenden Übersicht über die ganze Bewegung auf Grund von Zeugenaussagen und Dokumenten die Tätigkeit der einzelnen revolutionären Gesellschaften und die Rolle der französischen und englischen Regierung innerhalb der Bewegung bespricht, sei hier in der Übersetzung noch einiges wiedergegeben:

Der Zweck aller dieser Organisationen, die schließlich alle zu einer einzigen, dem Dezentralisationskomitee in Kairo zusammen-

schmolzen, kann in wenigen Zeilen zusammengefaßt werden: Aufrichtung des Kalifats in Ägypten unter britischer Schutzherrschaft und Umformung des Khedivats in ein Kalifat; Einbeziehung des Südteils von Syrien, von Haifa bis zur ägyptischen Grenze unter das englische Protektorat und des Nordteils von Haifa bis Alexandrette unter die französische Herrschaft; Aufrichtung eines unabhängigen mohammedanischen Fürstentums in Syrien. Einige verfolgten auch das Ziel, Beirut der Libanonprovinz anzugliedern und die Grenze des Libanon bis zur Bukaa auszudehnen oder Syrien einfach von Frankreich annektieren zu lassen.

Bei der Untersuchung gegen die Organisatoren dieser geheimen Pläne, durch die man die politische Einheit des Staates zu zertrümmern hoffte, hat das Kriegsgericht nur die wahren Anstifter der Bewegung entdeckt und bestraft, während diejenigen, die guten Glaubens sich den Gesellschaften angeschlossen hatten, ohne die geheimen Absichten zu kennen und die nur dazu dienten, die Zahl der Mitglieder zu vergrößern, in keiner Weise beunruhigt wurden. Man kann nicht genug diesen wesentlichen Punkt hervorheben: der vor dem Kriegsgericht in Alai verhandelte Prozeß ist in keiner Weise eine Frage der Nationalitäten; er ist nichts als eine einfache Hochverratssache. Es gibt also in dieser ganzen Angelegenheit nichts, was Arabien anginge oder was den Gedanken an einen Versuch zu einem arabischen Aufstande erwecken könnte. Man kann vielmehr nur von dem Verbrechen des Hochverrates oder einer Straftat gegen das Vaterland im allgemeinen, höchstens von einem an der arabischen Nation begangenen Treubruch reden. Übrigens waren die Ruhestörer, deren verderbliche und zerstörende Tätigkeit sich nur auf einen kleinen Kreis beschränkte, selbst nicht so zahlreich, wie man annehmen zu können glaubte. Das Kriegsgericht von Alai hat in personam oder in contumaciam nicht mehr als 200 Personen, sowohl Mohammedaner als Christen, verurteilt.

Die arabische revolutionäre Bewegung verkörperte sich, wie des weiteren ausgeführt wird, in einer Reihe von geheimen Gesellschaften, die mit Ausnahme der unter dem Schutz des französischen Konsulats in Beirut gegründeten Nahda-el-Lubnanije sämtlich erst nach der jungtürkischen Revolution entstanden waren. Sie hatten ihren Sitz entweder im Lande selbst oder aber, und das waren die gefährlicheren, in Ägypten, wo sich bereits seit den Zeiten der Herrschaft

Abdul Hamids eine Reihe von syrischen Revolutionären aufhielt. Die Geschichte der einzelnen Gesellschaften zeigt fast immer dasselbe Bild. Unter dem Schein sozialer, wissenschaftlicher oder rein gesellschaftlicher Veranstaltungen wurden von einigen wenigen Führern, die fast allen Klubs gleicher Richtung angehörten, junge arabische Studenten oder Offiziere angelockt, die man erst später, wenn sie ihre Aufnahmefähigkeit für die revolutionären Ideen erwiesen hatten, in die wahren Ziele einweihte. Während diese Ziele anfänglich noch gemäßigte waren und im wesentlichen tatsächlich nur die Dezentralisation der Verwaltung für die arabischen Landesteile forderten, gerieten sie allmählich unter dem Einfluß französischer und englischer Agenten immer mehr in eine extreme Richtung hinein, die auf die völlige Loslösung der arabischen Gebiete der Türkei hinarbeitete. Die zahlreichen kleinen Klubs verschmolzen schließlich in Kairo zu dem Zentralkomitee der La-Merkazije.

Besonders interessant für uns ist es, zu beobachten, wie wenig sich die französische und englische Regierung im Hinblick auf ihre Absichten in Syrien gegenseitig trauten. So schreibt Herr Ottavi, Generalkonsul der französischen Republik in Damaskus, am 27. November 1913 an die französische Botschaft in Konstantinopel, indem er den Plan, einen ägyptischen Prinzen in Damaskus zum Wali zu ernennen, erörtert:

„Es scheint mir unzweifelhaft, daß die Ernennung eines ägyptischen Prinzen nach Damaskus die beklagenswerteste Wirkung auf unseren Einfluß in Syrien haben würde. Ebenso auch wie die Einsetzung von englischen Inspektoren oder Beiräten. Dies würde uns ebensoviel oder vielleicht sogar noch mehr schaden, als wenn man Deutsche (!) hierher senden würde."

Aber auch Frankreich selbst blieb nicht müßig. Nach der Aussage des Abd el-Ghani el-Araissi versprach der französische Konsul in Kairo dem Komitee der La-Merkazije für den Fall eines syrischen Aufstandes die Lieferung von 20 000 Gewehren, Entsendung dreier französischer Panzerschiffe zum Schutze der Insurrektion und endlich alles Geld, dessen die Aufständischen bedürfen würden. Auch die Italiener entfalteten eine lebhafte Tätigkeit. Ihr Einmischungsgebiet war Südarabien, und zwar insbesondere Assir, wo Saijed el-Idrissi sich im Aufstande gegen die Pforte befand. Des weiteren erbringt der Bericht eingehendes Material über die Wühlarbeit des Komitees in Zentralarabien und Mesopotamien. In

jedem Falle wird der volle Beweis geliefert, daß die Angeklagten von Alai des Verbrechens des Hochverrates durchaus überführt waren. Damit dürfte ein für allemal das törichte Gerede von der türkischen Gewaltherrschaft in Syrien begraben sein.

2. Townley (Persien).

31. Januar 1917.

Ein interessantes Schlaglicht — schreibt die Nordd. Allg. Ztg. Ende Januar — auf den Wettstreit, der zwischen England und Rußland, den angeblichen Vorkämpfern für die kleinen und schwachen Nationen, in der Vergewaltigung, Unterdrückung und Ausbeutung Persiens besteht, verdanken wir einem in unserem Besitz befindlichen Brief, den der englische Gesandte Sir Walter Townley in Teheran am 7. April 1915 an den englischen Generalkonsul in Schiras, O'Connor, gerichtet hat. Der Brief ist eine Klage, aber keine um Persien, sondern um den Verlust des größeren Beuteanteils. Eifersucht und Ärger, daß Rußland den fetten Bissen erhascht hat, haben ihn diktiert. Wir lassen den Teil des Briefes, der in diesem Zusammenhang interessiert, in wortgetreuer Übersetzung folgen, während wir auf den Rest des Briefes bei anderer Gelegenheit zurückkommen werden.

Privat. Britische Gesandtschaft.
Teheran, 7. April 1915.

Mein lieber O'Connor!

Meine Zeit in Persien geht also nun schnell zu Ende. In weniger als einer Woche wende ich mein Gesicht der Heimat zu, und das sogenannte Land der Rosen wird mich nicht wiedersehen. Ich gehe nach Hause auf Urlaub, der mir im höchst aufmunternden Stil gewährt worden ist, jedoch ohne daß ich um ihn nachsuchte, weil Korostovetz[1]) und ich sich nicht vertragen konnten. Wer konnte sich mit dem guten alten Korostovetz vertragen? In jedem Falle gehe ich nun, und ich habe natürlich keine Absicht, jemals wieder zurückzukehren, obwohl ich angeblich nur auf Urlaub gehe. Ich habe diese Beendigung meines Aufenthalts in Persien seit längerer Zeit erwartet, ja eigentlich seitdem ich hierher kam, weil ich sicher war, daß unsere Freunde am Newastrand eines Menschen überdrüssig werden würden, der nicht dasaß, um mitanzusehen,

---

[1]) der damalige russische Gesandte in Teheran,

wie sie gemächlich ganz Persien verschlangen. Azerbaijan [1]) war schlimm genug, aber noch lange nicht ausreichend für den moskowitischen Appetit. Nachdem sie einen tüchtigen Bissen in Ispahan geschluckt hatten, war der Plan natürlich in Bereitschaft, die Hand auf Fars zu legen, und zwar auf demselben Wege, durch den sie versucht hatten, Ispahan ihrer Sphäre völliger Kontrolle einzuverleiben. Die einzige Möglichkeit, sie dabei zu hindern, war die, den Krieg in ihr eigenes Bollwerk Azerbaijan zu tragen, und so ihre Hand vom Zentrum und vom Süden fernzuhalten. Dies tat ich absichtlich und berührte eine empfindliche Stelle dadurch, daß ich verschiedene ihrer Skandale enthüllte. Zwei Dinge konnten sie nicht verzeihen, erstens die Ernennung von Samsam [2]) nach Ispahan, die die Hohlheit ihrer dortigen Lage entlarven half. Sie werden einige Zeit brauchen, bis sie wieder hergestellt haben, obwohl der gute alte Grahame [3]) ihnen dabei nach Kräften durch seine Schnitzer helfen wird. Zweitens das Vorhandensein der Imperial Bank [4]) in der russischen Zone als die Agentur, durch die die Einnahmen nach Teheran übermittelt wurden. Von A. O. Wood [5]) werden sie sich für geraume Zeit nicht losmachen können. Dann kam der Krieg und damit ihre Gelegenheit darzulegen, daß in einer so gefährlichen Zeit die beiden Gesandtschaften in engerer Fühlung sein müßten, als es möglich wäre, solange Korostovetz und ich blieben. Darum gehen wir beide. Tatsächlich standen wir auf intimem und herzlichem Fuße, seitdem der Krieg begann, welches auch immer die Situation vorher gewesen sein mag. Sobald natürlich bekannt wurde, daß ich gehen müßte, stürzte sich die öffentliche Meinung Persiens förmlich auf die richtige Folgerung, daß ich Rußland geopfert wor-

[1]) Die von den russischen Truppen trotz jahrelang wiederholten persischen Protests besetzte Provinz im Norden.

[2]) Samsam-es-Saltaneh, Khan des kriegerischen Stammes der Bachtiaren, besetzte 1908 Ispahan, war später wiederholt Premierminister.

[3]) Englischer Generalkonsul in Ispahan.

[4]) Die sog. „Imperial Bank of Persia", ein rein englisches Unternehmen, das „das Alleinrecht erhielt, Papiergeld in Umlauf zu setzen gegen das Recht, wenn es verlangt würde, der persischen Regierung ein Fünftel des Kapitals zu 9 v. H. Zinsen zu leihen".

[5]) Direktor der Imperial Bank in Teheran.

den sei. Da es aber augenscheinlich war, daß ich das Vertrauen meiner Regierung verloren hatte, so verschwand auch natürlich mein Einfluß. Der Krieg hat dazu gedient, den tiefen Haß aller Klassen für Rußland zu zeigen; als dessen Verbündete haben wir auf einen guten Teil dieses Hasses Anspruch....

gez. Walter Townley."

Sir Walter Townley ist jetzt englischer Gesandter im Haag. Wie England, das mit Vorliebe andere der Nichtachtung geschlossener Verträge beschuldigt, die mit verbündeten Nationen getroffenen feierlichen Verträge „rektifiziert", zeigt weiter ein uns vorliegender Schriftwechsel zwischen der indischen Regierung und dem Auswärtigen Amt in London aus dem Anfang des Jahres 1914. Durch das Übereinkommen von 1907, das nach Lord Curzons Wort im Oberhaus vom 22. März 1911 die „Unteilbarkeit und Unabhängigkeit Persiens garantierte", war Ispahan in die russische Interessensphäre eingeschlossen worden, also russisches Handelsgebiet. In den Dokumenten nun, die die Förderung des britischen Handels in Persien zum Gegenstand haben, werden Vorschläge über Vorschläge gemacht, wie dem russischen Handel in Persien das Wasser abgegraben werden könnte. Wurde schon in dem oben abgedruckten Schriftstück von Townley triumphierend darauf hingewiesen, daß man durch die Ernennung des russenfeindlichen Bachtiarenkhans Samsam-es-Saltaneh zum Gouverneur von Ispahan russischem Vordrängen Halt geboten hatte, so wird in den zwischen Delhi, London, Teheran und Bushire gewechselten Geheimberichten immer wieder das Verlangen unumwunden ausgesprochen, Ispahan und sein Distrikt müsse der englischen Einflußsphäre angegliedert werden, „nicht aus kommerziellen, sondern vor allem aus politischen Gründen". Wir begnügen uns heute, aus den später in anderem Zusammenhang zu behandelnden Schriftstücken die folgende Stelle hervorzuheben:

Vertraulich.

Das Staatsamt für Indien an das Auswärtige Amt.

Staatsamt für Indien, den 4. März 1914.

In Erwiderung auf den Brief vom 12. November 1913 überreiche ich anbei zur Vorlage für den Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten die Abschrift eines Geheimbriefes der indischen Regierung, die eine Darlegung ihrer Ansichten über die allgemeine

Lage des britischen Handels in Südpersien hinsichtlich der Ausdehnung südlich des russischen Handelseinflusses enthält...

gez. T. H. Holderneß.

Vertrauliche Anlage.

Die indische Regierung an den Marqueß of Crewe.

Delhi, den 22. Januar 1914.

Ew. Lordschaft.

Mit Beziehung auf Ew. Lordschaft Telegramm vom 17. November 1913 haben wir die Ehre, die nachstehenden Bemerkungen über die Aussicht russischen Handelswettbewerbs in Südpersien zu übermitteln...

Wir sind völlig damit einverstanden, daß es wünschenswert ist, jede vernünftige Maßregel zu ergreifen, um den Handel von Süden aus auf der Bushire—Shiraz—Isfahan-Linie zu erleichtern und zu ermutigen, nicht nur im Interesse des indischen Handels, sondern aus politischen Gründen, als einen Schutz gegen die Ausbreitung des russischen Handels und damit des russischen Einflusses vom Norden her...

gez. Hardinge of Penshurst.

gez. O'M. Creagh. S. A. Imam. W. H. Clark. R. H. Craddock. W. S. Myers.

So sieht der „friedliche Wettbewerb" und die Loyalität Englands gegenüber geschlossenen Verträgen aus.

3. Deutsches Angebot an Mexiko.

Amerikanischerseits ist am 1. März 1917 der angebliche Wortlaut eines Schreibens des Staatssekretärs Zimmermann an den deutschen Gesandten in Mexiko, v. Eckardt, vom 19. Januar 1917 veröffentlicht worden. Reuter meldet dazu, diese Weisungen seien an Herrn v. Eckardt durch den Grafen Bernstorff gegeben worden, eine Abschrift sei in den Besitz der amerikanischen Regierung gelangt. Der Brief lautet nach der amerikanischen Veröffentlichung:

„Berlin, 19. Jan. 1917. Am 1. Februar werden wir den uneingeschränkten U-Bootkrieg beginnen. Trotzdem hat man die Absicht, Amerika neutral zu halten. Wenn diese Bemühungen nicht gelingen, so schlagen wir ein Bündnis mit Mexiko auf folgender Grundlage vor: Wir werden gemeinschaftlich Krieg führen und Frieden schließen. Wir werden eine all-

gemeine finanzielle Unterstützung gewähren, und es wird angenommen, daß Mexiko das verlorene Gebiet von Neu-Mexiko, Texas und Arizona zurückerhält. Einzelheiten der Ausführung werden Ihnen überlassen. Sie haben den Auftrag, Carranza in strengstem Vertrauen zu sondieren, sobald es gewiß ist, daß ein Krieg mit Amerika ausbrechen wird, ihm Wink zu geben, er möge sich aus eigener Initiative mit Japan in Verbindung setzen, dieses Land zum Anschluß auffordern und gleichzeitig seine Vermittlung zwischen Japan und Deutschland anbieten. Lenken Sie die Aufmerksamkeit Carranzas darauf, daß die Ausführung des rücksichtslosen U-Bootkrieges es möglich macht, England niederzuzwingen und innerhalb weniger Monate zum Frieden zu bringen. Zimmermann."

Reuter behauptet, dieses Schriftstück sei schon in den Händen Wilsons gewesen, als er die Beziehungen zu Deutschland abgebrochen habe. Es sei eine ausreichende Antwort auf die Klage des deutschen Reichskanzlers, daß Amerika kurzerhand die Beziehungen abgebrochen habe ohne Gründe für sein Vorgehen anzugeben. Der Londoner „Daily Telegraph" meldet aus Newyork, daß der Brief an den deutschen Gesandten in Mexiko in Bernstorffs Handschrift dem Kurier übergeben worden sei, der in Bernstorffs Diensten stand; der Brief sei dann durch einen Agenten des amerikanischen Geheimdienstes abgefangen worden. Die amerikanische Regierung erklärt, an der Echtheit des Briefes sei nicht zu zweifeln, doch mache es die Rücksicht auf die Sicherheit gewisser Personen, deren Leben in Gefahr geraten könnte, notwendig, zu verschweigen, wie der Brief in ihre Hände gelangt sei.

4. Deutschland und Amerika.

Wien, 8. März. (W.T.B.) Die „Neue Freie Presse" veröffentlicht an der Spitze ihres Blattes zwei Aktenstücke, welche dartun, daß die Vereinigten Staaten bereits vor dem Abbruch der Beziehungen zu Deutschland die Entente unterstützten. Das eine Aktenstück lautet:

Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Nr. 168.

Mexiko, den 26. Oktober 1916.

Exzellenz! Ich beehre mich Eurer Exzellenz mitzuteilen, daß ich gestern um 6 Uhr nachmittag nachstehendes Telegramm des Herrn

Staatssekretärs der Vereinigten Staaten erhalten habe: „Teilen Sie General Carranza mit, daß der Vertreter Großbritanniens in Washington Nachrichten über die Tätigkeit deutscher Untersee-boote im Golf von Mexiko empfangen hat und hinzufügt, daß die Alliierten sich gezwungen sehen werden, nachdrückliche Maßnahmen zu ergreifen, falls sie Kenntnis erhielten, daß ihren Feinden Hilfe im mexikanischen Territorium gewährt worden ist. Bewirken Sie, daß General Carranza erfasse, welch große Bedeutung der sofortigen Ergreifung von wirksamen Maßnahmen zukommt, welche dahin zielen, daß der Gebrauch des mexikanischen Territoriums als Operationsbasis kriegführender Schiffe verhindert werde, sowie die Notwendigkeit, unverzüglich, wenn es noch nicht geschehen sein sollte, eine strenge Zensur der drahtlosen Telegramme anzuordnen, insbesondere solcher, die aus Mexiko Schiffe auf hoher See zu erreichen bestimmt sind, oder die sich auf die Bewegung von Schiffen beziehen. General Carranza soll sich beständig vor Augen halten, daß die leichteste Verletzung der mexikanischen Neutralität zu den nachteiligsten Folgen führen kann. gez. Lansing.

Ich beehre mich, Eure Exzellenz zu bitten, dieses Schriftstück zur Kenntnis General Carranzas gütigst bringen zu wollen, und ergreife diese Gelegenheit, Eure Exzellenz meiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern. gez. Charles Parker.

Die Antwort Mexikos lautet:

Mexiko, den 4. November 1916.

Herr Stellvertreter! Ich habe die Ehre, auf das höfliche Schreiben Eurer Hochwohlgeboren, Nr. 168 vom 26. des verflossenen Monats, Bezug zu nehmen, worin Sie diesem Sekretariat ein Telegramm des Staatssekretärs der Vereinigten Staaten abschriftlich mitteilen. Auf Anweisung des ersten mit der Exekutivgewalt der Nation beauftragten Oberbefehlshabers der konstitutionalistischen Armee erlaube ich mir Eurer Hochwohlgeboren um Übermittelung nachstehender Note an Seine Exzellenz den Herrn Sekretär für die äußeren Angelegenheiten der Vereinigten Staaten zu bitten. „Ich beehre mich, Eurer Exzellenz die von Herrn C. Parker an dieses Sekretariat vollzogene Übermittelung eines Telegramms Eurer Exzellenz zu bestätigen, worin Sie sagen, der Vertreter Großbritanniens in Washington habe die Nachricht über die Tätigkeit deutscher Unterseeboote im Golf von Mexiko erhalten und füge hinzu, daß die Alliierten sich gezwungen sehen würden, nachdrücklich Maß-

nahmen zu ergreifen, falls sie Kenntnis erhielten, daß ihre Feinde Hilfe aus dem mexikanischen Territorium erhalten, und worin Sie gleichzeitig die Notwendigkeit beteuern, raschest die wirksamsten Maßnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, daß mexikanisches Territorium als Operationsbasis kriegführender Schiffe gebraucht werde, da die leichteste Verletzung der mexikanischen Neutralität in diesem Falle zu den transzendentalsten Folgen führen könne. In schuldiger Beantwortung habe ich die Ehre, Eurer Exzellenz gegenüber dem tiefen Befremden Ausdruck zu geben, das bei der mexikanischen Regierung die Tatsache hervorgerufen hat, daß Seine Exzellenz der Herr Botschafter Großbritanniens in Washington sich an die Regierung der Vereinigten Staaten gewandt hat in einer Angelegenheit, welche ausschließlich Mexiko betrifft, um so mehr, als Großbritannien einen bei der mexikanischen Regierung akkreditierten Vertreter unterhält, dessen Vermittlung der Vertreter Großbritanniens hätte in Anspruch nehmen sollen. Nichtsdestoweniger beantwortet als eine Höflichkeitsbezeichnung gegenüber der Regierung Eurer Exzellenz die mexikanische Regierung dieses Mal die Vorstellungen, welche die Regierung Großbritanniens durch Ihre Vermittelung erhoben hat. Die mexikanische Regierung betrachtet es als ungerechtfertigt, daß die Alliierten sie verantwortlich machen wollen für die Tätigkeit deutscher Tauchboote im Golf von Mexiko, da ja solche Tauchboote amerikanische Häfen angelaufen und auch Schiffe innerhalb der territorialen Gewässer der Vereinigten Staaten versenkt haben, ohne daß dieses Verhalten irgend welche Konflikte oder Schwierigkeiten zwischen beiden Ländern hervorgerufen hätte, und ohne daß aus diesem Grunde die Regierung Eurer Exzellenz verantwortlich gemacht worden wäre. Nichtsdestoweniger erlaubt sich die mexikanische Regierung, Ihrem Wunsch gemäß, die herzlichen Beziehungen, welche immer zwischen Mexiko und Großbritannien obwalteten, zu erhalten, Großbritannien gegenüber anzuregen, wie nützlich es sein würde, wenn die englische Flotte die deutschen Unterseeboote verhinderte, aus ihrer heimatlichen Basis auszufahren. Dadurch wäre die mexikanische Republik gegen unangenehme Begebenheiten gedeckt, welche der gegenwärtige europäische Konflikt veranlassen könnte. Wenn die in diesem Sinn von Großbritannien ergriffenen Maßnahmen nicht wirksam werden, dann wird die mexikanische Regierung nach Erfordernis der Um-

stände handeln, falls deutsche Tauchboote in mexikanischen Gewässern fahren." Indem ich Eurer Hochwohlgeboren für die Übermittelung der vorstehenden Note an Seine Exzellenz den Herrn Staatssekretär der Vereinigten Staaten danke, erneuere ich die Versicherung meiner Hochachtung. Der Sekretär: Aguilar."

5. Die Wahlrechtsänderung in Preußen.

Ein Erlaß des Kaisers.

(W.T.B.) Berlin, 7. April. (Amtlich.) Seine Majestät der Kaiser und König hat an den Reichskanzler und Präsidenten des Staatsministeriums Dr. v. Bethmann Hollweg folgenden Erlaß gerichtet:

„Noch niemals hat sich das deutsche Volk so fest gezeigt wie in diesem Kriege. Das Bewußtsein, daß sich das Vaterland in bitterer Notwehr befand, übte eine wunderbar versöhnende Kraft aus und trotz aller Opfer an Blut draußen im Feld und schwerer Entbehrungen daheim ist der Wille unerschütterlich geblieben, für den siegreichen Endkampf das Letzte einzusetzen. Nationaler und sozialer Geist verstanden und vereinigten sich und verliehen uns eine ausdauernde Stärke. Jeder empfand: Was in langen Jahren des Friedens unter manchen inneren Kämpfen aufgebaut war, das war doch der Verteidigung wert.

Leuchtend stehen die Leistungen der gesamten Nation in Kampf und Not vor meiner Seele. Die Erlebnisse dieses Ringens um den Bestand des Reiches leiten mit erhabenem Ernste eine neue Zeit ein. Als dem verantwortlichen Kanzler des Deutschen Reiches und ersten Minister Meiner Regierung in Preußen liegt es Ihnen ob, den Erfordernissen dieser Zeit mit den rechten Mitteln und zur rechten Stunde zur Erfüllung zu verhelfen. Bei verschiedenen Anlässen haben Sie dargelegt, in welchem Geiste die Formen unseres staatlichen Lebens auszubauen sind, um für die freie und freudige Mitarbeit aller Glieder unseres Volkes Raum zu schaffen. Die Grundsätze, die Sie dabei entwickelten, haben, wie Sie wissen, meine Billigung. Ich bin mir bewußt, dabei in den Bahnen meines Großvaters, des Begründers des Reiches, zu bleiben, der als König von Preußen mit der Militärorganisation und als deutscher Kaiser mit der Sozialreform monarchische Pflichten vorbildlich erfüllte und die Voraussetzung

dafür schuf, daß das deutsche Volk in einmütigem, ingrimmigem Ausharren diese blutige Zeit überstehen wird.

Die Wehrmacht als wahres Volksheer zu erhalten, den sozialen Aufstieg des Volkes in allen seinen Schichten zu fördern, ist von Beginn Meiner Regierung an Mein Ziel gewesen. Bestrebt, in festbewahrter Einheit zwischen Volk und Monarchie dem Wohle der Gesamtheit zu dienen, bin Ich entschlossen, den Ausbau unseres inneren, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens, so wie es die Kriegslage gestattet, ins Werk zu setzen.

Noch stehen Millionen Volksgenossen im Felde, noch muß der Austrag des Meinungsstreites hinter der Front, der bei einer eingreifenden Verfassungsänderung unvermeidlich ist, im höchsten vaterländischen Interesse verschoben werden, bis die Zeit der Heimkehr unserer Krieger gekommen ist und sie selbst am Fortschritt der neuen Zeit mitraten und -taten können. Damit aber sofort beim glücklichen Ende des Krieges, das, wie ich zuversichtlich hoffe, nicht mehr fern ist, das Nötige und Zweckmäßige auch in dieser Beziehung geschehen kann, wünsche Ich, daß die Vorbereitungen unverweilt abgeschlossen werden.

Mir liegt die Umbildung des preußischen Landtags und die Befreiung unseres gesamten innerpolitischen Lebens von dieser Frage besonders am Herzen. Für die Änderung des Wahlrechts zum Abgeordnetenhause sind auf Meine Weisung schon zu Beginn des Krieges Vorarbeiten gemacht worden. Ich beauftrage Sie nunmehr, Mir bestimmte Vorschläge des Staatsministeriums vorzulegen, damit bei der Rückkehr unserer Krieger diese für die innere Gestaltung Preußens grundlegende Arbeit schnell im Wege der Gesetzgebung durchgeführt werde. Nach den gewaltigen Leistungen des ganzen Volkes in diesem furchtbaren Kriege ist nach Meiner Überzeugung für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr.

Der Gesetzentwurf wird ferner die unmittelbare und geheime Wahl der Abgeordneten vorzusehen haben.

Die Verdienste des Herrenhauses und seine bleibende Bedeutung für den Staat wird kein König von Preußen verkennen. Das Herrenhaus wird aber den gewaltigen Anforderungen der kommenden Zeit besser gerecht werden können, wenn es in weiterem und gleichmäßigerem Umfange als bisher aus den verschiedenen Kreisen und Berufen des

Volkes führende, durch die Achtung ihrer Mitbürger ausgezeichnete Männer in seiner Mitte vereinigt.

Ich handle nach den Überlieferungen großer Vorfahren, wenn ich bei Erneuerung wichtiger Teile unseres festgefügten und sturmerprobten Staatswesens einem treuen, tapferen, tüchtigen und hochentwickelten Volk das Vertrauen entgegenbringe, das es verdient.

Ich beauftrage Sie, diesen Erlaß alsbald bekannt zu geben.

Großes Hauptquartier, den 7. April 1917.

Wilhelm I. R.
v. Bethmann Hollweg.

An den Reichskanzler und Präsidenten des Staatsministeriums.

6. Die Wahrheit über die russische Mobilmachung.

Lug und Trug im russischen Generalstab.

(W.T.B.) Stockholm, 29. August. Die „Nowoje Wremja" vom 26. August meldet zum Suchomlinow-Prozeß: In der Zeugenvernehmung sagte als erster Zeuge der frühere Stabschef des Höchstkommandierenden, General Januschkewitsch, aus. Auf Fragen der Verteidigung erzählte der Zeuge die Umstände, welche der Kriegserklärung vorangingen. Zu Anfang war beschlossen worden, nur die Teilmobilisierung der vier Bezirke zu erklären, um Österreich-Ungarn zu schrecken. Dann aber wurde die Frage anderweitig entschieden und am 30. Juli wurde nach meinem Vortrag beim Exzaren die Gesamtmobilmachung unterzeichnet. Aus Peterhof erschien ich in der Ministerratssitzung und überbrachte den vom Exzaren unterzeichneten Mobilmachungsukas. Aber noch an demselben Tage gegen 11 Uhr abends wurde ich vom Zaren ans Telephon gerufen. Es wurde die Frage gestellt, ob man nicht um die allgemeine Mobilmachung herumkomme, ob man sie nicht durch eine Teilmobilisierung lediglich gegen Österreich ersetzen könne. Ich antwortete, das sei außerordentlich schwierig. Es drohten katastrophale Folgen. Die Mobilmachung habe bereits begonnen, 400 000 Reservisten seien bereits einberufen. Da erklärte mir der Exzar bestimmt, er habe von Kaiser Wilhelm ein Telegramm erhalten, in welchem sich jener mit seinem Ehrenwort dafür verbürge, daß, falls die allgemeine Mobilmachung nicht erklärt werde, die Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland wie

bisher freundschaftlich bleiben würden. Nach einem neuen Vortrag beim Zaren fand eine Beratung im Schloß statt, an welchem Sasonow, Suchomlinow und ich teilnahmen. In etwa 10 Minuten hatten wir beschlossen, daß die Aufhebung der Mobilisation für Rußland verderbenbringend sei.

Nach dem Zeugen bat Suchomlinow Ergänzungen zu der Aussage machen zu dürfen. In der Nacht zum 30. Juli, erklärte er, läutete mich der Exzar an und befahl mir, die Mobilmachung aufzuheben. Ich erhielt einen direkten Befehl, einen bestimmten Befehl, der keinerlei Erwiderungen zuließ. Ich wußte es, daß es unmöglich sei, die Mobilmachung rückgängig zu machen, daß es technisch undurchführbar sei. Ich fühlte, daß ich zugrunde gehe. Eine halbe Stunde nach dem Gespräch mit dem Exzaren läutete mich Januschkewitsch an. Er sagte mir, der Zar habe erklärt, die Mobilmachung einzustellen. Und was haben Sie ihm geantwortet? fragte ich ihn. Er antwortete, daß es technisch unmöglich sei. Aber der Zar befahl trotzdem, die Mobilmachung einzustellen. General Januschkewitsch fragte mich nun, was jetzt geschehen solle. Ich antwortete ihm: Tun Sie nichts. Am nächsten Morgen log ich dem Zaren vor und erklärte ihm, die Mobilmachung finde nur in den Bezirken des Südwestgebietes statt. Zum Glück brachte man dem Zaren an demselben Tage eine andere Überzeugung bei und ich bekam meinen Dank für die gute Durchführung der Mobilmachung; andernfalls säße ich längst im Kerker.

Zeuge Januschkewitsch wird nochmals vorgerufen und läßt sich über seine Unterredung mit dem deutschen Militärattaché aus. Er sagte: Ich gab ihm das Ehrenwort des Generalstabschefs, daß in jenem Moment, genau um 3 Uhr am 29. Juli, die Mobilmachung noch nicht erklärt sei. Der Major glaubte mir nicht. Ich hielt mich für berechtigt, ihm eine solche Erklärung schriftlich zu geben, weil eine Mobilmachung in diesem Moment tatsächlich noch nicht erfolgt war. Den Ukas darüber hatte ich bei mir in der Tasche.

7. Depeschen aus Buenos Ayres.

Berlin, 13. Sept. (Privattelegramm.) Wie das Berliner Tageblatt aus dem Haag meldet, wird der Wortlaut der von der amerikanischen Regierung aufgefangenen Chiffredepeschen des Gra-

fen Luxburg in der Mitteilung des Washingtoner Staatsdepartements wie folgt wiedergegeben: Mai 1917 Nr. 32. Die Regierung hat jetzt die deutschen und österreichischen Schiffe, auf die bisher eine Wache gestellt war, freigelassen. Infolge der Beilegung des Monte Protegido-Falles ist eine große Veränderung in der öffentlichen Meinung eingetreten. Die Regierung will in Zukunft die argentinischen Schiffe nur bis Las Palmas ausklarieren. Bitte den kleinen Dampfer Orantuasa, 31. Januar (Washingtoner Zusatz: d. h. der Dampfer ist am 31. Januar ausgefahren) 300 Tonnen, der sich nun Bordeaux nähert mit der Absicht, seine Flagge zu verändern, entweder zu schonen oder spurlos verschwinden zu lassen. Gez.: Luxburg. — 4. Juli 1917 Nr. 95. Ich höre mit Sicherheit, daß der gegenwärtige Außenminister, der ein Esel von Ruf und Englands Freund ist, in einer Geheimsitzung des Senates gesagt hat, daß Argentinien in Berlin ein Versprechen fordern solle, keine argentinischen Schiffe mehr in den Grund zu bohren und im Weigerungsfalle solle man die Beziehungen abbrechen. Ich rate, das abzulehnen, eventuell spanische Vermittelung zu erbitten. Luxburg. — 9. Juli 1917 Nr. 64. Bitte die Antwort an Argentinien, ohne irgendwelche Neigung zu Zugeständnissen zu zeigen, hinauszuschieben bis zum Empfang weiterer Berichte. Ein Ministerwechsel ist wahrscheinlich. Bezüglich der argentinischen Dampfer rate ich, sie zur Umkehr zu zwingen oder sie ohne Hinterlassung von Spuren zu versenken oder ihnen freie Durchfahrt zu geben. Sie sind alle sehr klein. Luxburg.

8. Die russische Veröffentlichung der Geheimdokumente.

22. Dezember 1917.

„Iswestija" vom 2. Dezember veröffentlicht folgendes geheime Aktenstück:

Geheimtelegramm des Geschäftsträgers in Paris. 5. September 1917. Nr. 889. Dringend.

Swatikow bittet mich, dem Ministerpräsidenten und dem Minister des Auswärtigen folgendes zu übermitteln. Ich halte es für meine Pflicht, der provisorischen Regierung mitzuteilen, daß bei Gelegenheit meiner Abschiedsaudienz beim Präsidenten der Republik Poincaré durch die Eroberung Rigas und das darauf folgende Vorrücken der Deutschen außerordentlich erregt war. Er befragte mich sehr eingehend über die Möglichkeit

eines sofortigen Vorstoßes gegen Petersburg, das ihm als fast vollständig schutzlos erscheint. „Die Nachrichten aus Rußland sind sehr schlecht", sagte er, „und wir sind durch die Lage der Dinge in Rußland überhaupt außerordentlich beunruhigt. Sie verstehen natürlich, daß die Regierung sich zwar als provisorische bezeichnen kann, aber tatsächlich eine dauernde Regierung sein kann und auch deren äußeres Aussehen haben kann. Wir wünschen Kerenskij von Herzen Erfolg in seinen energischen Bemühungen, mit den schärfsten Maßnahmen die militärische und administrative Ordnung wiederherzustellen. Ich muß Ihnen offen sagen, daß eine Niederlage Rußlands jetzt ein nationales Unglück für Frankreich bedeuten würde!" Dann sprach Poincaré die Überzeugung aus, daß General Sankewitsch, ein sehr kluger und vorsichtiger Mann, dessen Mitarbeit er sehr schätze, und mit dem er schon alle Einzelheiten besprochen habe, es verstehen würde, die meuternde russische Brigade im Lager von Courtines zur Vernunft zu bringen, ohne daß es notwendig wäre, daß die Franzosen mit Waffengewalt gegen die Russen vorgingen, was nur die Deutschen sehr erfreuen würde. Zum Schluß befragte mich der Präsident viel über Kornilow und mehrere andere der Regierung angehörende Persönlichkeiten. Mich persönlich, als einen Teilnehmer der Revolution vom ersten Augenblick an, befragte er sehr eingehend über die ersten Tage des Umsturzes. Der Präsident schloß mit der Bitte, der provisorischen Regierung seinen Gruß und seine Wünsche für ihre Festigkeit und Kraft zu übermitteln. Der Ministerpräsident Ribot erschien mir durch die russischen Ereignisse vollständig niedergedrückt und erschüttert. Meine Versuche, ihn zu beruhigen, waren vergeblich. Über die zukünftige Rolle Rußlands im Kriege spricht er mit offenem Pessimismus, wobei er sich über das Unglück Frankreichs infolge der russischen Niederlage bitter beklagte. Mit begierigem Interesse fragte er danach, wer aus der Umgebung Kerenskijs ein harter und energischer Mensch wäre. Er zeigte mir auf der Karte die möglichen Erfolge der Deutschen in Richtung auf Petersburg, wenn ihnen nicht mit einem entsprechneden Gegenstoß begegnet würde. Nach Erhalt des Telegramms des Generals Hermonius reise ich sofort ab. Sewastopulo.

9. Der französisch-russische Rheinufervertrag.

Der „Manchester Guardian“ veröffentlicht Mitte Dezember den Wortlaut der Note des russischen Ministers des Auswärtigen vom 14. Februar 1917 an den französischen Botschafter in Petersburg, die den genauen Inhalt der zwischen der Zarenregierung und Frankreich über die Losreißung des linken Rheinufers von Deutschland getroffenen Abmachungen enthält. Die Note lautet:

In Ihrer Note vom heutigen Tage waren Ew. Exz. so freundlich, der kaiserlichen Regierung mitzuteilen, daß die Regierung der Republik die Aufnahme folgender Forderungen und Sicherheiten in die Deutschland zu stellenden Friedensbedingungen ins Auge gefaßt hat:

1. Elsaß-Lothringen ist an Frankreich zurückzugeben.

2. Die Grenzen sind mindestens bis zu den Grenzen des früheren Herzogtums Lothringen auszudehnen und sind nach dem Ermessen der französischen Regierung so, wie es die strategischen Bedürfnisse erfordern und unter Einschluß des ganzen Eisenbezirks und des ganzen Saarkohlenbezirks in das französische Gebiet zu ziehen.

3. Der übrige Teil der auf dem linken Rheinufer gelegenen Gebiete, die jetzt Teile des Deutschen Reichs bilden, sind ganz von Deutschland abzutrennen und von jeder politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit von Deutschland zu befreien.

4. Die Gebiete auf dem linken Rheinufer außerhalb des französischen Gebiets sind als selbständiger und neutraler Staat zu errichten und sollen von französischen Truppen so lange besetzt werden, bis die feindlichen Staaten alle im Friedensvertrag festgesetzten Bedingungen und Sicherheiten vollständig erfüllt haben.

Ew. Exzellenz teilte mit, daß die Regierung der Republik glücklich sein würde, wenn sie in der Lage wäre, auf die Unterstützung der kaiserlichen Regierung für ihre Pläne rechnen zu können. Auf Befehl seiner kaiserlichen Majestät meines erhabensten Herrn, habe ich die Ehre, Ew. Exz. im Namen der kaiserlichen Regierung durch gegenwärtige Note zu benachrichtigen, daß die Regierung der Republik auf die Unterstützung der kaiserlichen Regierung für die

Durchsetzung ihrer Pläne in der oben angegebenen Weise rechnen kann.

10. Die Weihnachts-Sitzung in Brest-Litowsk.

Brest-Litowsk, 25. Dez. In der Sitzung vom 22. Dezember hatte die russische Delegation erklärt, sie gehe von dem klar ausgesprochenen Willen der Völker Rußlands aus, möglichst bald den Abschluß eines allgemeinen — für alle in gleicher Weise annehmbaren — Friedens zu erreichen. Unter Berufung auf die Beschlüsse des allrussischen Kongresses der Arbeiter- und Soldatendeputierten und des allrussischen Bauernkongresses wies die russische Delegation darauf hin, daß sie die Fortsetzung des Krieges bloß zu dem Zwecke, um Annexionen zu erreichen, für ein Verbrechen halte und daß sie daher feierlich ihren Entschluß kundgebe, unverzüglich die Bedingungen eines Friedens zu unterschreiben, der diesen Krieg auf der Grundlage der ausgeführten Bedingungen beendigte.

In der heute unter dem Vorsitz des bevollmächtigten Vertreters Österreich-Ungarns, Grafen Czernin, gehaltenen Plenarsitzung gab dieser namens der Delegation des Vierbundes folgende Erklärung ab, mit der die vorstehenden Ausführungen der russischen Delegation beantwortet wurden:

Die Delegationen der verbündeten Mächte gehen von dem klar ausgesprochenen Willen ihrer Regierungen und ihrer Völker aus, möglichst bald den Abschluß eines allgemeinen gerechten Friedens zu erreichen. Die Delegationen der Verbündeten sind in Übereinstimmung mit dem wiederholt kundgegebenen Standpunkte ihrer Regierungen der Ansicht, daß die Leitsätze des russischen Vorschlags eine diskutable Grundlage für einen solchen Frieden bilden können. Die Delegationen des Vierbundes sind mit einem sofortigen allgemeinen Frieden ohne gewaltsame Gebietserwerbungen und ohne Kriegsentschädigung einverstanden.

Wenn die russische Delegation die Fortsetzung des Krieges nur zu Eroberungszwecken verurteilt, so schließen sich die Delegationen der Verbündeten dieser Auffassung an. Die Staatsmänner der verbündeten Regierungen haben wiederholt in politischen Erklärungen betont, die Verbündeten würden, um Eroberungen zu machen, den Krieg nicht um einen Tag verlän-

gern. An diesem Standpunkte haben die Regierungen der Verbündeten stets festgehalten. Sie erklären feierlich ihren Beschluß, unverzüglich einen Frieden zu unterschreiben, der diesen Krieg auf Grundlage der vorstehenden ausnahmslos für alle kriegführenden Mächte in gleicher Weise gerechten Bedingungen beendigt.

Es muß aber ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß sich sämtliche, jetzt am Kriege beteiligten Mächte innerhalb einer angemessenen Frist ausnahmslos und ohne jeden Rückhalt zur genauesten Beobachtung der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen verpflichten müssen, wenn die Voraussetzungen der russischen Delegation erfüllt sein sollten. Denn es würde nicht angehen, daß die jetzt mit Rußland verhandelnden Mächte des Vierbundes sich einseitig auf diese Bedingungen festlegen, ohne die Gewähr dafür zu besitzen, daß Rußlands Bundesgenossen diese Bedingungen ehrlich und rückhaltslos auch dem Vierbund gegenüber annehmen und durchführen. Dieses vorausgeschickt, ist zu den von der russischen Delegation als Verhandlungsgrundlagen vorgeschlagenen 6 Punkten das Nachfolgende zu bemerken:

Zu 1.: Eine gewaltsame Aneignung von Gebieten, die während des Krieges besetzt worden sind, liegt nicht in den Absichten der verbündeten Regierungen. Über die Truppen in den zurzeit besetzten Gebieten wird im Friedensvertrag Bestimmung getroffen, soweit nicht über die Zurückziehung an einigen Stellen vorher Einigkeit erzielt wird.

Zu 2.: Es liegt nicht in der Absicht der Verbündeten, eines der Völker, die in diesem Kriege ihre politische Selbständigkeit verloren haben, dieser Selbständigkeit zu berauben.

Zu 3.: Die Frage der staatlichen Zugehörigkeit nationaler Gruppen, die keine staatliche Selbständigkeit besitzen, kann nach dem Standpunkte der Vierbundsmächte nicht zwischenstaatlich geregelt werden. Sie ist im gegebenen Falle von jedem Staate mit seinen Völkern selbständig auf verfassungsmäßigem Wege zu lösen.

Zu 4.: Desgleichen bildet nach Erklärungen von Staatsmännern des Vierbundes der Schutz des Rechtes der Minoritäten einen wesentlichen Bestandteil des verfassunggebenden Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Auch die

Regierungen der Verbündeten verschaffen diesem Grundsatz, soweit er praktisch durchführbar erscheint, überall Geltung.

Zu 5.: Die verbündeten Mächte haben mehrfach die Möglichkeit betont, daß nicht nur auf den Ersatz der Kriegskosten, sondern auch auf den Ersatz der Kriegsschäden wechselseitig verzichtet werden könnte. Hiernach würden von jeder kriegführenden Macht nur die Aufwendungen für ihre in Kriegsgefangenschaft geratenen Angehörigen, sowie die im eigenen Gebiet durch völkerrechtswidrige Gewaltakte den Zivilangehörigen des Gegners zugefügten Schäden zu ersetzen sein. Die von der russischen Regierung vorgeschlagene Schaffung eines besonderen Fonds für diese Zwecke könnte erst dann zur Erwägung gestellt werden, wenn die feindlichen Kriegführenden innerhalb einer angemessenen Frist sich den Friedensverhandlungen anschließen.

Zu 6.: Von den vier verbündeten Mächten verfügt nur Deutschland über Kolonien. Seitens der deutschen Delegation wird hierzu in voller Übereinstimmung mit dem russischen Vorschlage folgendes erklärt: Die Rückgabe der während des Krieges gewaltsam in Besitz genommenen Kolonialgebiete ist ein wesentlicher Bestandteil der deutschen Forderungen, von dem unter keinen Umständen abgegangen werden kann. Ebenso entspricht die russische Forderung der alsbaldigen Räumung solcher vom Feinde besetzten Gebiete den deutschen Absichten. Bei der Natur der deutschen Kolonialgebiete scheint, von den früher erörterten grundsätzlichen Erwägungen abgesehen, die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts in den von der russischen Delegation vorgeschlagenen Formen zurzeit nicht durchführbar. Aber der Umstand, daß in den deutschen Kolonien die Eingeborenen trotz der größten Beschwerden und trotz der geringen Aussicht eines Kampfes gegen den um das Vielfache überlegenen und über unbegrenzten überseeischen Nachschub verfügbaren Gegner in Not und Tod treu zu ihren deutschen Freunden gehalten haben, ist ein Beweis ihrer Anhänglichkeit und ihres Entschlusses, unter allen Umständen bei Deutschland zu bleiben, ein Beweis, der an Ernst und Gewicht jede mögliche Willenskundgebung durch Abstimmung weit übertrifft.

Die von der russischen Delegation im Anschluß an die eben erörterten sechs Punkte vorgeschlagenen Grundsätze für den wirtschaftlichen Verkehr finden die uneingeschränkte Zustimmung

der Delegationen der verbündeten Mächte, welche von jeher für die Ausschließung jedweder wirtschaftlichen Vergewaltigung eingetreten sind, und die in der Wiederherstellung eines geregelten und den Interessen aller Beteiligten volle Rechnung tragenden wirtschaftlichen Verkehrs eine der wichtigen Vorbedingungen für die Anbahnung und den Aufbau freundschaftlicher Beziehungen zwischen den zurzeit kriegführenden Mächten erwarten.

Anknüpfend an diese Erklärungen führte hierauf Graf Czernin aus: Auf Grund dieser soeben entwickelten Prinzipien sind wir bereit, mit allen unseren Gegnern in Verhandlungen zu treten. Aber, um nicht unnötige Zeit zu verlieren, sind die Verbündeten bereit, sofort in die Beratung derjenigen Spezialpunkte einzutreten, deren Durcharbeitung sowohl für die russische Regierung als für die Verbündeten auf alle Fälle notwendig erscheinen wird.

In Erwiderung hierauf erklärte der Führer der russischen Delegation, diese konstatiere mit Genugtuung, daß die Antwort der Delegationen Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei die Prinzipien eines allgemeinen demokratischen Friedens ohne Annexionen aufgenommen habe. Sie erkenne die enorme Bedeutung dieses Fortschritts auf dem Wege zum allgemeinen Frieden an, müsse jedoch bemerken, daß die Antwort eine wesentliche Beschränkung in Punkt 3 enthalte. Die russische Delegation konstatiere weiter mit Befriedigung die in der Erklärung der Vierbundmächte zu Punkt 5 enthaltene Anerkennung des Prinzips ohne Kontributionen. Sie macht jedoch hinsichtlich der Entschädigungen für den Unterhalt von Kriegsgefangenen Vorbehalte. Ferner erklärt die russische Delegation, sie lege Wert darauf, daß Privatpersonen, die unter Kriegsaktionen gelitten haben, aus einem internationalen Fonds entschädigt werden. Die russische Delegation erkennt an, daß die Räumung der von dem Gegner besetzten deutschen Kolonien den von ihr entwickelten Grundsätzen entspricht. Sie schlägt vor, die Frage, ob das Prinzip der freien Willensäußerung der Bevölkerungen auch auf die Kolonien anwendbar sei, einer besonderen Kommission vorzuenthalten.

Anschließend erklärte der Führer der russischen Delegation, diese sei trotz der erwähnten Meinungsverschiedenheiten der Ansicht, daß

die in der Antwort der Vierbundmächte enthaltene offene Erklärung, keine aggressiven Absichten zu hegen, die taktische Möglichkeit biete, sofort zu Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden unter allen Kriegführenden zu schreiten. Mit Rücksicht hierauf schlägt die russische Delegation eine zehntägige Unterbrechung de Verhandlungen vor, beginnend heute abend und endigend am 4. Januar 1918, damit den Völkern, deren Regierungen sich den hier geführten Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden noch nicht angeschlossen haben, die Möglichkeit geboten wird, sich mit den jetzt aufgestellten Prinzipien eines solchen Friedens bekannt zu machen. Nach Ablauf dieser Frist müssen diese Verhandlungen unter allen Umständen fortgesetzt werden.

Der Vorsitzende, Graf Czernin, ersuchte hierauf die russische Delegation, diese Antwort schriftlich zu überweisen und sofort in die Behandlung jener speziellen Punkte einzutreten, welche für alle Fälle zwischen der russischen Regierung und den Regierungen der verbündeten Mächte geregelt werden müssen.

Der Führer der russischen Delegation schloß sich dem Vorschlag des Vorsitzenden an und sprach seine Bereitwilligkeit aus, sogleich in die Besprechung jener Einzelheiten einzutreten, die auch für den Fall allgemeiner Friedensverhandlungen den Gegenstand spezieller Erörterungen zwischen Rußland und den vier Verbündeten zu bilden hätten.

Auf Antrag des Staatssekretärs v. Kühlmann wurde einstimmig beschlossen, zur Vermeidung jeglichen Zeitverlustes und in Würdigung der Wichtigkeit der zu erfüllenden Aufgaben diese Verhandlungen schon morgen vormittag zu beginnen.

11. Hauptpunkte des Waffenstillstands-Vertrags.

Zwischen den bevollmächtigten Vertretern der obersten Heeresleitungen Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei einerseits und Rußlands andererseits wird zur Herbeiführung eines dauerhaften, für alle Teile ehrenvollen Friedens folgender Waffenstillstand abgeschlossen:

I. Der Waffenstillstand beginnt am 17. Dezember 1917, 12 Uhr mittags (4. Dezember 1917, 14 Uhr, russische Zeit) und dauert bis zum 14. Januar 1918, 12 Uhr mittags (1. Januar 1918, 14 Uhr, russische Zeit). Die vertragsschließenden Parteien sind be-

rechtigt, den Waffenstillstand am 21. Tage mit siebentägiger Frist zu kündigen. Erfolgt dies nicht, so dauert der Waffenstillstand automatisch weiter, bis eine der Parteien ihn mit siebentägiger Frist kündigt.

II. Der Waffenstillstand erstreckt sich auf alle Land- und Luftstreitkräfte der genannten Mächte auf der Landfront, im russischen schwarzen Meer und der Ostsee. Auf den russisch-türkischen Kriegsschauplätzen in Asien tritt der Waffenstillstand gleichzeitig ein. Die Vertragschließenden verpflichten sich, die Anzahl der an den genannten Fronten und auf den Inseln des Moonsundes befindlichen Truppenverbände (auch hinsichtlich ihrer Gliederung und ihres Etats) nicht zu verstärken und an diesen Fronten keine Umgruppierungen zur Vorbereitung einer Offensive vorzunehmen. Ferner verpflichten sich die Vertragschließenden bis 14. Januar 1918 (1. Januar 1918, russische Zeit) von der Front zwischen dem schwarzen Meere und der Ostsee keine operativen Truppenverschiebungen durchzuführen, außer wenn sie im Augenblick der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages schon eingeleitet sind. Endlich verpflichten sich die Vertragschließenden, in den Häfen der Ostsee östlich des 14. Längegrades östlich von Greenwich und in den Häfen des schwarzen Meeres während der Dauer des Waffenstillstandes keine Truppen zusammenzuziehen.

III. Als Demarkationslinien an der europäischen Front gelten die beiderseitigen vordersten Hindernisse der eigenen Stellungen. Diese Linien dürfen nur unter den Bedingungen unter Ziffer IV überschritten werden. Dort, wo keine geschlossenen Stellungen bestehen, gilt beiderseits als Demarkationslinie die Gerade zwischen den vordersten besetzten Punkten. Der Zwischenraum zwischen beiden Linien gilt als neutral. Ebenso sind schiffbare Flüsse, die die beiderseitigen Stellungen trennen, neutral und unbefahrbar, es sei denn, daß es sich um vereinbarte Handelsschifffahrt handelt. In den Abschnitten, wo die Stellungen weit auseinanderliegen, sind alsbald durch die Waffenstillstandskommissionen (Ziffer VII) Demarkationslinien festzulegen und kenntlich zu machen. Auf dem russisch-türkischen Kriegsschauplatz in Asien sind die Demarkationslinien, sowie der Verkehr über dieselben (Ziffer IV) nach Vereinbarung der beiderseitigen Höchstkommandierenden zu bestimmen.

IV. Zur Entwickelung und Befestigung der freundschaftlichen

Beziehungen zwischen den Völkern der vertragschließenden Parteien wird ein organisierter Verkehr der Truppen unter folgenden Bedingungen gestattet:

1. Der Verkehr ist erlaubt für Parlamentäre, für Mitglieder der Waffenstillstandskommissionen (Ziffer VII) und deren Vertreter. Sie alle müssen dazu Ausweise von mindestens einem Korpskommando bezw. Korpskomitee besitzen.

2. In jedem Abschnitt einer russischen Division kann an etwa zwei bis drei Stellen ein organisierter Verkehr stattfinden. Hierzu sind im Einvernehmen der sich gegenüberstehenden Divisionen Verkehrsstellen in der neutralen Zone zwischen den Demarkationslinien einzurichten und durch weiße Flaggen zu bezeichnen. Der Verkehr ist nur bei Tage von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang zulässig. An den Verkehrsstellen dürfen sich gleichzeitig höchstens 25 Angehörige jeder Partei ohne Waffen aufhalten. Der Austausch von Nachrichten und Zeitungen ist gestattet. Offene Briefe können zur Beförderung übergeben werden. Der Verkauf und Austausch von Waren des täglichen Gebrauchs an den Verkehrsstellen ist erlaubt.

3. Die Beerdigung Gefallener in der neutralen Zone ist erlaubt. Die näheren Bestimmungen sind jedesmal durch die beiderseitigen Divisionen und höheren Dienststellen zu vereinbaren.

4. Über die Rückkehr entlassener Heeresangehöriger des einen Landes, die jenseits der Demarkationslinie des anderen Landes beheimatet sind, kann erst bei den Friedensverhandlungen entschieden werden. Hierzu rechnen auch die Angehörigen polnischer Truppenteile.

5. Alle Personen, die (entgegen den vorstehenden Vereinbarungen unter 1—4) die Demarkationslinie der Gegenpartei überschreiten, werden festgehalten und erst beim Friedensschluß oder bei der Kündigung des Waffenstillstandes zurückgegeben. Die vertragschließenden Parteien verpflichten sich, ihre Truppen durch strengen Befehl und eingehende Belehrung auf das Einhalten der Verkehrsbedingungen und die Folgen von Überschreitungen hinzuweisen.

V. Für den Seekrieg wird folgendes festgelegt:

Der Waffenstillstand erstreckt sich auf das ganze schwarze Meer und auf die Ostsee östlich des 15. Längegrades östlich von

Greenwich und zwar auf alle dort befindlichen See- und Luftstreitkräfte der vertragsschließenden Parteien. Für die Frage eines Waffenstillstandes im Schwarzen Meere und in den russischen Küstengewässern des nördlichen Eismeeres wird von der deutschen und der russischen Seekriegsleitung im gegenseitigen Einvernehmen eine bestimmte Vereinbarung getroffen werden. Gegenseitige Angriffe auf Handels- und Kriegsschiffe in den genannten Gewässern sollen nach Möglichkeit schon jetzt unterbleiben. In jene besondere Vereinbarung sollen auch Bestimmungen aufgenommen werden, um nach Möglichkeit zu verhindern, daß sich Seestreitkräfte der vertragschließenden Parteien auf anderen Meeren bekämpfen.

*

Zusatz zum Waffenstillstands-Vertrag:

Zur Ergänzung und zum Weiterausbau des Abkommens über den Waffenstillstand sind die vertragschließenden Parteien übereingekommen, schnellstens die Regelung des Austausches der Zivilgefangenen unmittelbar durch die Front in Angriff zu nehmen. Hiebei soll die Frage der Heimschaffung der im Laufe des Krieges zurückgehaltenen Frauen und Kinder unter 14 Jahren in erster Linie berücksichtigt werden.

Die vertragschließenden Parteien werden sofort für tunlichste Verbesserung der Lage der beiderseitigen Kriegsgefangenen Sorge tragen. Dies soll eine der vornehmsten Aufgaben der beteiligten Regierungen sein.

Um die Friedensverhandlungen zu fördern und die der Zivilisation durch den Krieg geschlagenen Wunden so schnell wie möglich zu heilen, sollen Maßnahmen zur Wiederherstellung der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den vertragschließenden Parteien getroffen werden. Diesem Zweck soll u. a. dienen: Wiederaufnahme des Post- und Handelsverkehrs und Versand von Büchern und Zeitungen und dergleichen innerhalb der durch den Waffenstillstand gezogenen Grenzen. Zur Regelung der Einzelheiten wird eine gemischte Kommission von Vertretern sämtlicher Beteiligten demnächst in Petersburg zusammentreffen.

Brest-Litowsk, 15. Dezember 1917.

Grundsätzlich genehmigt und unter Vorbehalt der endgültigen Formulierung unterzeichnet.

gez.: Unterschriften.

12. Die Friedens-Verhandlung im Osten.

(W.T.B.) Brest-Litowsk, 29. Dez. Im Laufe der gestrigen Besprechung zwischen den Delegationen der Verbündeten und Rußland wurde die vorläufige Beratung jener Punkte beendigt, die auch bei Abschluß des allgemeinen Friedens zwischen Rußland einerseits und diesen Mächten andererseits geregelt werden müssen. Diese Beratungen sind im Geiste der Versöhnlichkeit und gegenseitigen Verständnisses geführt worden. In einer ganzen Reihe wichtiger Punkte wurde die Basis für eine Einigung geschaffen. Außer politischen Fragen wurden auch manche rechtlicher und wirtschaftlicher Natur behandelt und vorbehältlich der Prüfung durch die heimischen Behörden und endgültiger Redaktion in befriedigender Weise geregelt.

Zunächst wurde eine Einigung über die Wiederherstellung des durch den Krieg unterbrochenen Vertragszustandes erzielt.

Ferner wurde vereinbart, daß in rechtlicher wie in wirtschaftlicher Beziehung das eine Land vor anderen nicht schlechter behandelt werden soll, als irgendein drittes Land, das sich nicht auf Vertragsrechte berufen kann. Kriegsgesetze sollen aufgehoben, die davon Betroffenen in ihre früheren Rechte wieder eingesetzt oder entschädigt werden. In weiteren Bestimmungen werden die für die Kriegskosten und Kriegsschäden aufgestellten Regeln näher aufgeführt, namentlich einige über die Behandlung der den Zivilangehörigen außerhalb des Kriegsgebietes erwachsenen Schäden.

Über die gegenseitige Freilassung und Heimbeförderung von Kriegsgefangenen und Zivilinternierten wurde grundsätzliche Einigung erzielt. Das Gleiche gilt von der Rückgabe der beiderseitigen Kauffahrteischiffe. Endlich wurde die schleunige Wiederaufnahme der diplomatischen und konsularischen Beziehungen vorgesehen.

In wirtschaftlicher Hinsicht ergab sich völliges Einverständnis über die sofortige Einstellung des Wirtschaftskrieges, über die Wiedereröffnung des Handelsverkehrs und über die Einrichtung eines organisierten Warenaustausches.

Ferner wurde im Wesentlichen Übereinstimmung über die Grundlagen erzielt, auf welchen die wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder dauernd geregelt werden.

In der wichtigen Frage der Behandlung der beiderseits besetzten Gebiete wurde von russischer Seite folgender Vorschlag gemacht: In voller Übereinstimmung mit der offenen Erklärung der beiden vertragschließenden Teile, daß ihnen kriegerische Pläne fernliegen und daß sie einen Frieden ohne Annexionen schließen wollen, zieht Rußland seine Truppen aus den von ihm okkupierten Teilen Österreich-Ungarns, der Türkei und Persiens zurück und die Mächte des Vierbunds ihre aus Polen, Litauen, Kurland und den anderen Gebieten Rußlands. Entsprechend den Grundsätzen der russischen Regierung, die das Recht aller in Rußland lebenden Völker ohne Ausnahme auf Selbstbestimmung bis zur Absonderung verkündete, wird der Bevölkerung dieser Gebiete die Möglichkeit gegeben, binnen kürzester, genau bestimmter Frist, vollkommen über die Frage ihrer Vereinigung mit dem einen oder anderen Reich oder über die Bildung eines selbständigen Staates zu entscheiden. Hiebei ist die Anwesenheit irgend welcher Truppen in den abstimmenden Gebieten nicht zulässig außer von nationalen oder örtlichen Milizen. Bis zur Entscheidung dieser Frage aber liegt die Verwaltung dieser Gebiete in den Händen von in demokratischer Weise gewählten Vertretern der örtlichen Bevölkerung selbst. Die Frist der Räumung nebst den näheren Umständen und Beginn und Verlauf der Demobilisierung werden durch eine besondere militärische Kommission bestimmt.

Dem gegenüber schlug Deutschland vor, den ersten beiden Artikeln des zu schaffenden Präluminarvertrags nachstehende Fassung zu geben:

Art. 1. Rußland und Deutschland erklären die Beendigung des Kriegszustandes. Beide Nationen sind entschlossen, fortan in Frieden und Freundschaft zu leben. Deutschland würde bereit sein, sobald der Frieden mit Rußland geschlossen und die Vorbedingungen durchgeführt sind, die jetzigen Stellungen in den besetzten russischen Gebieten zu räumen, soweit sich nicht aus Art. 2 ein Anderes ergibt.

Art. 2. Die russische Regierung nimmt Kenntnis von den Beschlüssen, worin der Wille ausgedrückt ist, für Polen, sowie für Litauen, Kurland, Teilen von Esthland und Livland die volle staatliche Selbständigkeit in Anspruch zu nehmen und aus dem russischen Reichsverband auszuscheiden und ist bereit, die sich hieraus ergebenden Folgerungen zu ziehen.

Wenn in jenen Gebieten, auf welche die vorstehenden Bestimmungen Anwendung finden, die Frage der Räumung nicht so liegt, daß diese gemäß dem Art. 1 vorgenommen werden kann, so werden Zeitpunkt und Modalität der nach russischer Auffassung nötigen Bekräftigung der schon vorliegenden Lostrennungserklärungen durch eine Volksabstimmung auf rechtlicher Grundlage, bei der irgendein militärischer Druck ausgeschaltet ist, der Beratung und Festsetzung durch eine besondere Kommission vorbehalten.

Eine im wesentlichen gleichlautende Formulierung wurde von österreichisch-ungarischer Seite vorgeschlagen.

Die russische Delegation nahm diese Erklärung zur Kenntnis und stellte ihre Auffassung darüber wie folgt fest:

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß als tatsächlich ausgedrückter Volkswille nur eine solche Friedenserklärung betrachtet werden kann, die als Ergebnis einer unter Ausschaltung jeglichen militärischen Druckes in den betreffenden Gebieten vorgenommenen Abstimmung erscheint. Dabei schlagen wir vor und bestehen darauf, daß eine klarere und genauere Formulierung dieses Punktes erfolgt. Wir sind jedoch damit einverstanden, daß zur Prüfung der technischen Bedingungen für die Verwirklichung eines derartigen Referendums, zugleich zur Festsetzung einer bestimmten Räumungsfrist eine Spezialkommission eingesetzt wird.

Register.

89100024231



